

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

herausgegeben von
Karl Dietrich Bracher Hans-Peter Schwarz
Horst Möller

Aus dem Inhalt

Igor Lukes

**Die Amerikaner und die kommunistische Machtergreifung
in der Tschechoslowakei 1948**

Holger R. Stunz

Hitler und die „Gleichschaltung“ der Bayreuther Festspiele

Martina Steber

**Herbert Butterfield, der Nationalsozialismus und
die deutsche Geschichtswissenschaft**

Dieter Sauer

Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft

Peter Hoffmann

**Henning von Tresckow und die Staatsstreichpläne
im Jahr 1943**

**Institut für Zeitgeschichte
Oldenbourg**

■ Wusste der amerikanische Geheimdienst wirklich nichts?

Igor Lukes

Ein nachrichtendienstliches Versagen 201 AufsätzeDie Amerikaner und die kommunistische Macht-
ergreifung in der Tschechoslowakei 1948

■ Selbstpreisgabe oder Indienstnahme?

Holger R. Stunz

**Hitler und die „Gleichschaltung“
der Bayreuther Festspiele** 237Ausnahmезustand, Umdeutung und sozialer Wandel
einer Kulturinstitution 1933–1934

■ Cambridge-Historiker als Sympathisant des Dritten Reiches?

Martina Steber

**Herbert Butterfield, der Nationalsozialismus und
die deutsche Geschichtswissenschaft** 269

■ Wird die Arbeit wirklich knapp?

Dieter Sauer

Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft 309 Diskussion

Soziologische Deutungen in zeithistorischer Perspektive

■ Die Debatte um Tresckow geht weiter.

Peter Hoffmann

**Oberst i.G. Henning von Tresckow und
die Staatsstreichpläne im Jahr 1943** 331 DokumentationSchreib-Praxis. Ein anwendungsorientiertes Seminar
des Instituts für Zeitgeschichte

365 Notiz

367 Rezensionen
online

375 Abstracts

377 Autoren

Die Amerikaner sahen nichts und hörten nichts, als sich 1947/48 der kommunistische Umsturz in Prag anbahnte. Dabei waren sie in der tschechoslowakischen Hauptstadt mit ganzen Heerscharen von Geheimdienstagenten vertreten. Woher rührte dieses Versagen? Igor Lukes zeigt, daß die amerikanischen Agenten in Prag auf großem Fuß lebten und ausgezeichnete Beziehungen zur besseren Gesellschaft in Politik, Militär und Bürokratie unterhielten – und daß sie dabei den Kontakt zum Wirklichkeitsleben verloren, das in zunehmendem Maße die Kommunisten bestimmten.

Igor Lukes

Ein nachrichtendienstliches Versagen

Die Amerikaner und die kommunistische Machtergreifung in der Tschechoslowakei 1948

Im Zentrum des Aufsatzes steht die Arbeit der amerikanischen Nachrichtendienste in Osteuropa nach 1945 – und zwar am Beispiel der Tschechoslowakei, die sich dafür besonders gut eignet, auch wenn die Prager Nachkriegskrise einige spezifische Aspekte aufweist.

Ein Fall für sich

Im Herbst 1944 glaubten nur noch Optimisten, die Sowjetunion werde es Polen, Ungarn und anderen osteuropäischen Ländern gestatten, ihre politische Zukunft selbst zu suchen. Besonders eindeutig zeigte sich die sowjetische Diplomatie im Falle Polens. Bereits im Juli 1941 lehnte der sowjetische Botschafter in London, Iwan Maiski, die Forderung ab, die der Premier der polnischen Exilregierung, Wladyslaw Sikorski, an Moskau gerichtet hatte, nämlich die deutsch-sowjetische Teilung Polens vom 28. September 1939 für null und nichtig zu erklären¹. Die Zukunft Polens sollte in den folgenden Jahren wieder und wieder zwischen den Alliierten debattiert werden, doch blieb die sowjetische Herrschaft über das Land während des ganzen Krieges ein unverrückbares Ziel Moskaus.

Hingegen gibt es keine Beweise dafür, daß Stalin ähnlich klare Pläne für das Geschick der Tschechoslowakei verfolgte, wo die Trennlinien zwischen Ost und West nach dem Mai 1945 etwa dreißig Monate lang ziemlich durchlässig blieben. Er hatte während des Krieges die Entwicklungen in den tschechoslowakischen Emigrantenkreisen sehr genau beobachtet und sich die Mühe gemacht, einige ihrer führenden Persönlichkeiten kennenzulernen. Auch verfolgte er, nachdem der Krieg zu Ende gegangen war, die Vorgänge in Prag mit großer Aufmerksamkeit: Von August 1945 bis Mai 1948 ließ er den Führern der Kommunistischen

¹ Vgl. Sir John Wheeler-Bennett/Anthony Nicholls, *The Semblance of Peace. The Political Settlement After the Second World War*, London 1972, S. 34 f.

Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) seine Direktiven über einen Geheimsender zukommen, der im Hause des Generalsekretärs der Partei, Rudolf Slansky, installiert worden war. Den Sender bediente der Tscheche Karel Smisek, ein Agent des sowjetischen Nachrichtendienstes, jeden Montag, Mittwoch und Freitag. Das ganze Material wurde dann durch Spezialeure weitergeleitet².

Doch trotz Stalins persönlichem Engagement war noch im Sommer 1947 unklar, ob das Land in den Sowjetblock gesogen, ob seine Verankerung in der westlichen Welt halten oder ob es wie eine Brücke zwischen Ost und West existieren werde. Kurzum, die politische Krise in Prag, die im Frühjahr 1945 begann, hatte keinen vorhersagbaren Ausgang. Vor allem deshalb paßte das Muster, das bei anderen osteuropäischen Ländern erkennbar ist, nicht auf die Tschechoslowakei; sie war ein Fall für sich.

Es gibt aber noch etliche andere Faktoren, die aus der Tschechoslowakei einen guten Gegenstand für Studien zur Arbeit amerikanischer Geheimdienste nach dem Zweiten Weltkrieg machen. Beim ersten Faktor geht es um die Zeit und die Gelegenheit, geheimdienstliche Operationen einzuleiten. Die amerikanische Armee hatte bei der Befreiung Polens von der nationalsozialistischen Herrschaft keine direkte Rolle gespielt, und die Ausdehnung der sowjetischen Herrschaft auf das Land geschah gewaltsam und schnell. Das galt auch – mit signifikanten regionalen Abweichungen – für Ungarn und die anderen osteuropäischen Staaten. Als amerikanische Diplomaten und Nachrichtendienstoffiziere nach Warschau kamen, hatten sie wenig oder gar keine Zeit, das Terrain zu sondieren und Verbindungen anzuknüpfen, die in der Zukunft hätten genützt werden können. Von Beginn an operierten sie unter dem starken oder sogar extremen Druck der einheimischen Gegenspionage und der sowjetischen Dienste.

Das genaue Gegenteil traf für die Tschechoslowakei zu, wo dem nachrichtendienstlichen Apparat der Amerikaner genügend Zeit zu Gebote stand, sich auf die kommende Krise vorzubereiten. Kleine Einheiten der amerikanischen Armee hatten Prag zwei Tage vor den russischen Truppen erreicht, das amerikanische Militär befreite etliche der bedeutenderen tschechischen Städte, und G. I.s blieben in Westböhmen sieben Monate lang stationiert. In dieser Zeit konnten Amerikaner unbehindert nach Prag und wieder zurück reisen, und die amerikanischen Nachrichtendienste hatten mithin fraglos zahllose Gelegenheiten, dort Wurzeln zu fassen.

Ferner brauchten die tschechischen Kommunisten bis Februar 1948, ehe sie ihre Diktatur etablieren konnten. Zuvor saßen in jeder Abteilung des Prager Regierungsapparats Beamte, die den Amerikanern nur zu gern vertrauliche Informationen lieferten. Den Ton gab Präsident Edvard Benesch vor, der mit so bekannten Nachrichtendienstfunktionären wie dem Amerikaner Allen Dulles,

² Im Mai 1942 wurde Smisek Leiter der Technischen Abteilung im Innenministerium, in dem mehrere, nach Säuberungen nur noch ganz zuverlässige Kommunisten saßen. Für die nächsten zwei Jahre setzte er seinen regelmäßigen Kontakt – dreimal pro Woche – mit dem Kreml fort, wobei er die Ausrüstung des Ministeriums benützte. Hinweise bei Karel Pacner, *Ceskoslovensko ve zvláštich sluzbach*, Bd. III, Prag 2002, S. 26 f.

dem Engländer Robert Bruce Lockhart und anderen zusammentraf. Viele hochrangige Angehörige der Regierung, darunter auch Minister, Dutzende Offiziere der Armee, Polizeibeamte, Agenten der Geheimpolizei, Nachrichtendienstler und sogar ein berüchtigter Hardliner der KPdSU waren bereit, die amerikanischen Dienste in Prag mit Informationen zu versorgen. Die „Lieferanten“ waren keine Agenten im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Sie mußten nicht formell rekrutiert, geheim geführt und bezahlt werden, da es zwischen ihnen und den Amerikanern eine Gemeinsamkeit der Interessen gab. Die Protagonisten der Nachrichtendienste konnten sich kein besseres Milieu wünschen.

Wie später noch zu erklären sein wird, haben es die führenden Militärs der Vereinigten Staaten in der Endphase des Krieges abgelehnt, ihre operative Planung von politischen Erwägungen beeinflussen zu lassen. Infolgedessen eroberte die Rote Armee nicht nur den Hauptpreis des Krieges, Berlin, sondern auch Prag. Das verschaffte der sowjetischen Seite einen strategischen Vorteil und wirkte stimulierend auf die gut organisierten kommunistischen Gruppen im Lande. Um diesen Rückstand wettzumachen und in der Tschechoslowakei dennoch operieren zu können, verstärkten die Vereinigten Staaten ihre diplomatische und nachrichtendienstliche Präsenz im Lande. Auf den kommunistischen Staatsstreich vom Februar 1948 reagierte Washington, indem es sich mehr und mehr auf verdeckte nachrichtendienstliche Operationen konzentrierte. Diese Wendung war 1948/49 besonders deutlich, als die Vereinigten Staaten Grund zu der Furcht hatten, die Sowjetunion werde einen großen Krieg entfesseln.

Drei Vertreter amerikanischer Dienste spielten dabei eine besonders große Rolle: Charles Katek, Kurt Taub und Spencer L. Taggart. Als sie nach Prag kamen, um sich auf dem Felde der Spionage im Kalten Krieg zu versuchen, hatten sie Schwung und Lokalkennntnis, aber wenig oder gar keine professionelle Ausbildung. So konnte es nicht ausbleiben, daß sie alsbald schwere, ja vernichtende Niederlagen erlitten. Das Netz, das Major Jaromir Nechansky und Velešl Wahl für die Vereinigten Staaten aufbauten, liefert dafür ein Beispiel. Seine Zerstörung durch den Statní bezpečnost (StB), den tschechoslowakischen Sicherheitsdienst, und andere Rückschläge veranlaßten die Vereinigten Staaten, sich aus der Tschechoslowakei zurückzuziehen und die Region für die Dauer des Kalten Krieges weitgehend dem sowjetischen Rivalen zu überlassen.

Die Tschechoslowakei in den Augen amerikanischer Diplomaten und Soldaten

Stalins Angriff auf Polen im September 1939, die Verschleppung von etlichen hunderttausend polnischen Soldaten und Zivilisten durch den NKWD, die Entdeckung der Gräber ermordeter polnischer Offiziere im Wald von Katyn, Stalins hinterlistiges Verhalten während des Warschauer Aufstands, die Verhaftung von General Leopold Okulicki und anderer Führer der Heimatarmee, ganz zu schweigen von den außerordentlich schwierigen Grenzfragen – dies alles machte Polen zu einem der zentralen Probleme für jene Diplomaten, deren Aufgabe es war, sich mit den Geschicken Nachkriegs-Europas zu befassen. Vor allem herrschte

unter westlichen Politikern die Meinung vor, Polen sei der augenfälligste Prüfstein für die diversen Theorien über Stalins Absichten nach Kriegsende.

Unter den Experten waren die Meinungen geteilt. Der amerikanische Diplomat Harry N. Howard, der Leiter der Osteuropa-Abteilung im State Department, erinnerte sich 1976 an ein Treffen amerikanischer Experten für sowjetische Angelegenheiten, das 1944 stattfand. Es habe Konsens bestanden, daß „Polen der Prüfstein ist, ob wir in den Nachkriegsjahren mit der Sowjetunion zusammenarbeiten können“. Charles E. Bohlen, einer der besten amerikanischen Diplomaten und Rußlandkenner, habe jedoch eingeworfen: „Es ist nicht Prüfstein.“ Moskau mißtraue den Exilpolen in London, und die Londoner Polen hätten natürlich allen Grund, den Russen zu mißtrauen. Der wahre Prüfstein, fuhr Bohlen fort, sei die Tschechoslowakei. Präsident Edvard Benesch habe sein Möglichstes getan, um den Kreml zufriedenzustellen; im Dezember 1943 habe er sogar mit Stalin einen Freundschafts- und Beistandspakt zur Sicherung der Zusammenarbeit im Nachkriegseuropa geschlossen, obwohl seine britischen Gastgeber diesen Schritt mißbilligt hätten. „Sollte die UdSSR den Vertrag tatsächlich erfüllen und ihn nicht verletzen, dann hätten wir einen Hinweis darauf, daß es doch möglich ist, mit der Sowjetunion auszukommen. Sollte die Sowjetunion den Vertrag jedoch brechen – obwohl die Tschechen so weit gegangen seien, wie von ihnen billigerweise zu erwarten –, so könnte das ein Zeichen dafür sein, daß Kooperation mit der Sowjetunion nicht möglich sein wird.“³ Andere einflußreiche amerikanische Politiker teilten diese Ansicht⁴. Benesch und sein Außenminister Jan Masaryk hatten indes keine Bedenken, mit Moskau zusammenzuarbeiten, und nahmen an, daß andere Länder in der Region ihrem Beispiel folgen würden⁵.

Im Office of Strategic Services (OSS) glaubte man ebenfalls, daß am Geschick der Tschechoslowakei die künftigen Ost-West-Beziehungen abgelesen werden könnten. In seinem „Bericht über die Tschechoslowakei: Angelpunkt Europas“ wurde dargetan, daß „die Tschechoslowakei, auf Grund ihrer geographischen Lage der Schlüssel zu Europa, nun eine neue Rolle übernimmt, nämlich die eines Testgeländes für die beiden großen divergierenden Ideologien, eines Schachbretts, wo der nächste Zug im großen Spiel zwischen Ost und West gemacht werden wird“. Die zentrale Frage, so argumentierten die Analytiker des

³ Harry N. Howard, interviewt von Richard D. McKinzie, 7./8. 10. 1976, Niederschrift in: Harry S. Truman Presidential Library, Independence, Missouri.

⁴ Averell Harriman zollte Benesch Lob und sagte, die tschechischen Beziehungen zur Sowjetunion seien „die besten, die wir in Osteuropa erwarten können“, und äußerte weiter, daß alle Osteuropäer ihre „Sicherheit bei der Sowjetunion suchen“, aber Versuche abwehren sollten, „sowjetisch geförderte herrschende Gruppen, unterstützt von der sowjetischen Geheimpolizei“, zu installieren, zit. nach Eduard Mark, Charles E. Bohlen and the Acceptable Limits of Soviet Hegemony in Eastern Europe. A Memorandum of 18 October 1945, in: *Diplomatic History* 3 (1979), H. 2, S. 201–213, hier S. 205 f.

⁵ „Benes is 60 Today: Gets Warm Tributes“, in: *New York Times*, 28. 5. 1944. Jan Masaryk stellte bei dieser Gelegenheit fest, Präsident Benesch „hofft aufrichtig, daß unsere Politik der loyalen Kooperation mit der Sowjetunion von anderen genau verfolgt und einer der Ecksteine für die Erholung eines freien und demokratischen Europa sein wird“.

OSS, laute, ob das Land seine Souveränität behaupten könne, wenn sein Wirtschaftsleben nach dem sowjetischen Modell organisiert werde, während seine politischen Werte der westlichen demokratischen Tradition folgten. Die Antwort auf diese Frage hänge vom sowjetischen Verhalten ab, aber auch von Washington: „Wenn die Vereinigten Staaten gegenüber Tschechen und Russen sich fest und stark verhalten, werden sie den Tschechen unschätzbare Hilfe leisten und unser Ansehen bei den Russen kräftigen.“ Die Studie schloß: „Heute ist die Tschechoslowakei ein Testfall geworden, der das Muster für das spätere Geschehen in anderen Ländern Mittel- und Südeuropas, am Ende auch in Westeuropa, liefert. Prag ist der am weitesten vorgeschobene Beobachtungsposten in diesem Mächtespiel. Einmal mehr kann die kleine Republik Tschechoslowakei die künftige Gestalt der Dinge anzeigen.“⁶

Die Diplomaten und nachrichtendienstlichen Analytiker der USA beurteilten die Welt, die sich nach dem Kampf gegen Adolf Hitler in Ost und West zu scheiden begann, realistisch. Sie hofften, daß eine Koexistenz mit Stalin möglich sein werde, richteten sich aber auch auf andere Möglichkeiten ein. Was auch kommen mochte, sie zogen aktives Engagement einer passiven Hinnahme der Verwirklichung sowjetischer Pläne vor. Zum Beispiel erfuhr das State Department Anfang April 1945 – „mit Überraschung“ –, daß sich Präsident Edvard Benesch bereits auf tschechoslowakischem Territorium aufhielt und nur von sowjetischen Diplomaten begleitet war; in seiner Umgebung befand sich nicht ein Vertreter der Westmächte. Washington verlangte sofort, daß, wie es das Protokoll erforderte, auch amerikanische Diplomaten zur Entourage des Präsidenten stoßen müßten. Der ranghöchste Repräsentant der USA bei der tschechoslowakischen Exilregierung erhielt die Anweisung, „sich sogleich zum Sitz der tschechoslowakischen Regierung zu begeben“⁷.

John H. Bruins, ein amerikanischer Diplomat, der schon vor dem Krieg in Prag gedient hatte und nun dahin zurückkehren sollte, ließ fünfzig Stück amerikanisches Diplomatengepäck zusammenpacken und in Glasgow auf ein Schiff bringen. Weisungsgemäß machten sich er und einige seiner Kollegen bereit, sich Präsident Benesch anzuschließen. Doch unmittelbar vor ihrem Aufbruch wurde die Reise abgesagt. Sowjetische Behörden hatten erklärt, daß sie ausländischen Diplomaten keine „Unbequemlichkeiten“ bereiten wollten, und die Ausstellung der erforderlichen Visa verweigert⁸. Jedoch hatte Washington notifiziert, daß die

⁶ National Archives and Record Administration (künftig: NARA), Office of Strategic Services, Research and Analysis Branch: Report on Czechoslovakia, Pivot Point of Europe, 4. 7. 1945. Die Wendung „einmal mehr“ im letzten Satz bezieht sich höchstwahrscheinlich auf das Ende September 1938 unterzeichnete Münchner Abkommen und Hitlers Bruch dieses Abkommens am 14./15. 3. 1939.

⁷ NARA, The Department of State, Washington, an die amerik. Botschaft, London, für Rudolph E. Schoenfeld, Geschäftsträger, der Verbindung zur tschechoslowakischen Exilregierung hielt, 4. 4. 1945, 860f.01/3-2845, CS/EG.

⁸ Dorothy Bruins, *Life of a Family in the U.S. Foreign Service: Opal of Many Hues*, unveröff. Manuskript im Besitz des Verfassers, S. 218.

USA im Falle der Tschechoslowakei gleichberechtigten Zugang für ihre Repräsentanten erwarteten, ebenso die Respektierung der protokollarischen Regeln und der etablierten Prinzipien diplomatischer Höflichkeit.

Anders als die Diplomaten glaubten einige amerikanische Spitzenmilitärs, die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion könnten anfangs ganz auf logistische Probleme reduziert werden: wie die beiden Mächte ohne Friktionen in Kontakt kommen, wie sie ihren gemeinsam eroberten Raum sichern und wie sie sich schließlich wieder voneinander lösen könnten. Ihre sowjetischen Kollegen hatten freilich nie die Freiheit, allein den Notwendigkeiten des Krieges zu folgen, vor allem nicht, nachdem Stalin, wie Wheeler-Bennett schrieb, „jeden Zweifel daran beseitigt hatte“, daß er darauf bestehen werde, die Nachkriegskarte Europas nach dem Grundsatz zu zeichnen: „Wo ich ess’, da schlaf’ ich auch.“⁹

Diese Asymmetrie zwischen amerikanischer und sowjetischer Einstellung zur Kriegführung und deren politische Konsequenzen sollten sich besonders deutlich hinsichtlich Berlins und Prags zeigen. Mitte April 1945 kam General Dwight D. Eisenhower zu dem Schluß, daß die wichtigste Aufgabe, die seine Truppen zu bewältigen hätten, darin bestehe, die Stadt „Lübeck [zu nehmen] und dann das Gebiet westlich und nördlich davon zu säubern“. Dies, so behauptete er, sei „weit wichtiger als die Eroberung Berlins“¹⁰. General George C. Marshall bekräftigte Eisenhowers Entscheidung, sich auf Lübeck statt auf Berlin zu konzentrieren¹¹. Sie hätten schwerlich ein geopolitisch noch weniger bedeutendes Ziel finden können als die Provinzstadt in Schleswig-Holstein, während Stalin seine Marschälle antrieb, Berlin zu nehmen¹².

George S. Patton und seine Dritte Armee erreichten die tschechoslowakische Grenze am 18. April 1945¹³. Nur 316 Tage waren seit der Invasion in Frankreich vergangen, und der historisch denkende General faßte die Bergkette entlang der Westgrenze Böhmens scharf ins Auge. Er hatte sich bislang blitzschnell bewegt und brannte darauf, in gleichem Stile fortzufahren¹⁴. Doch war er sich nicht sicher, wie weit er gehen dürfe. Die Meldung, daß die 2. Kavallerieabteilung seiner 11. Panzerdivision um 9.55 Uhr die tschechische Grenze überschritten habe,

⁹ Wheeler-Bennett, *Semblance of Peace*, S. 289.

¹⁰ Joseph Patrick Hobbs, *Dear General. Eisenhower's Wartime Letters to Marshall*, Baltimore 1971, S. 222.

¹¹ Ed Gray, General of the Army. George C. Marshall, *Soldier and Statesman*, New York 1990, S. 529 f. Marshall schrieb an Eisenhower: „Persönlich, und abgesehen von allen logistischen, taktischen und strategischen Implikationen, wäre ich abgeneigt, amerikanische Leben für rein politische Zwecke aufs Spiel zu setzen.“ Eisenhower stimmte dem zu: „Ich werde keine Operation versuchen, die ich für militärisch unklug halte, nur um einen politischen Preis zu gewinnen, es sei denn, ich erhalte spezifische Befehle der Combined Chiefs of Staff.“

¹² Ivan S. Konev, *Zapiski komanduiushchego frontom, 1943–1945*, Moskau 1981, S. 399.

¹³ „Patton Bisepts Reich and Enters Czechoslovakia“, in: *Christian Science Monitor*, 18. 4. 1945; „Patton Crashes Deeper Inside Czechoslovakia“, in: *Los Angeles Times*, 19. 4. 1945; „Into Czechoslovakia“, in: *New York Times*, 19. 4. 1945.

¹⁴ Bruins, *Life*, S. 231.

ermutigte Winston Churchill, Anthony Eden und Feldmarschall Bernard Montgomery, die Eisenhower drängten, so tief wie möglich in tschechisches Territorium einzudringen¹⁵. Berlin war verloren – die Russen erschienen in den Außenbezirken just an dem Tag, an dem Pattons Aufklärer über die tschechische Grenze vorföhlten. Warum nicht Prag nehmen, das von der Grenze, die sich nun fest in amerikanischer Hand befand, lediglich 150 Kilometer entfernt war¹⁶? Eisenhower hatte keinen Grund, den Vormarsch zu stoppen und die mitteleuropäische Metropole den Russen zu überlassen. Er allein hielt den Schlüssel zu Prag und dessen politischer Orientierung nach dem Krieg in den Händen, benutzte ihn aber nicht.

Ende des Monats plädierte Churchill abermals für eine Fortsetzung der Offensive. An Präsident Harry Truman gewandt, erklärte der Premierminister, daß die Befreiung Prags durch westliche Streitkräfte „von entscheidender Bedeutung für die Nachkriegssituation in der Tschechoslowakei sein und wohl auch die in den Nachbarländern beeinflussen“ könne¹⁷. Andere an seiner Stelle hätten vielleicht nachgegeben, aber Eisenhower sah keinen Grund, seine ursprüngliche Planung zu ändern, zu der eben ein Vordringen in die Tschechoslowakei nicht gehörte.

Anfang Mai 1945 machten zwei unerwartete Vorgänge Eisenhowers prekäre Lage noch komplexer. Erstens stellte Pattons Dritte Armee fest, daß deutscher Widerstand in der westlichen Tschechoslowakei minimal bis nicht-existent war. Die Wehrmacht war am Ende. Ihre mutlosen Soldaten hatten keinen anderen Gedanken mehr, als sich den Amerikanern zu ergeben¹⁸. Eisenhowers Argument, er könne keine amerikanischen Leben riskieren, nur um einen politischen Vorteil zu erlangen, wurde mithin stumpf.

Das zweite unerwartete Geschehen hing mit dem Ausbruch von Kämpfen zwischen tschechischen Aufständischen und zurückgehenden deutschen Einheiten zusammen. Die Nachricht darüber traf bei Eisenhower in Reims in der Nacht vom 4. auf den 5. Mai 1945 ein; gleichzeitig signalisierte Patton, die Kämpfe hätten eine neue Situation geschaffen, in der ein weiterer amerikanischer Vormarsch in die Tschechoslowakei gerechtfertigt sei¹⁹. Eisenhower stimmte vorsichtig zu. Er schickte telegrafisch der amerikanischen Militärmission in Moskau eine Botschaft für das sowjetische Oberkommando, in der er sagte, daß er beabsichtige, „sofort bis zur Linie Karlsbad–Pilsen–Budweis vorzugehen und diese Städte zu besetzen. Danach sind wir bereit, unseren Vormarsch in der Tschechoslowakei bis zur Elbe und Moldau fortzusetzen, um die westlichen Ufer dieser Flüsse in

¹⁵ Vgl. Charles M. Province, *Patton's Third Army, A Daily Combat Diary*, New York 1992, S. 258, und Jindrich Marek, *Serikovy solokapr. Pribehy spojeneckych novinaru a vojaku z kvetna 1945*, Eger 2002, S. 179.

¹⁶ Vgl. Stephen E. Ambrose, *Eisenhower*, Bd. 1, New York 1983, S. 395.

¹⁷ Martin Gilbert, *Winston S. Churchill*, Bd. 7: *Road to Victory 1941–1945*, London 1986, S. 1322.

¹⁸ Vgl. Tomas Jakl, *Kveten 1945 v ceskych zemich: pozemni operace vojsk Osy a Spojencu*, Prag 2004.

¹⁹ Vgl. George S. Patton, *War As I Knew It*, Boston 1947, S. 326 f.

die Hand zu nehmen, in Koordination mit sowjetischen Plänen zur Säuberung der östlichen Ufer²⁰. Die russische Reaktion war prompt. Das sowjetische Oberkommando verlangte, daß die Amerikaner nicht über die Linie Karlsbad–Pilsen–Budweis hinausgingen, „damit ein mögliches Durcheinander von Streitkräften vermieden werden kann“²¹. Am gleichen Tag, am 5. Mai, kam es zu heftigen Gefechten in Prag, doch Eisenhower bekräftigte nur seine Weisung an Patton, bei Pilsen anzuhalten; er ignorierte alle weiteren Interventionen und telegraphierte dem Oberkommando der Roten Armee: „Die alliierten Streitkräfte haben Befehl, an der Linie Karlsbad-Pilsen-Budweis stehenzubleiben.“²² Patton zögerte nicht, das eine unkluge Entscheidung zu nennen²³. Zu diesem Zeitpunkt waren die Russen rund 400 Kilometer von Prag entfernt, die Amerikaner lediglich 80.

Nach der Kapitulation in Reims mußten die Feindseligkeiten am Ende des 8. Mai 1945 eingestellt werden. Prag sah jedoch an diesem Tag die schwersten Kämpfe, seit die Nationalsozialisten rund sechs Jahre zuvor die Stadt eingenommen hatten. Die SS, „wahnsinnig vor Rachedurst“, verübte in etlichen Teilen der Stadt abscheuliche Grausamkeiten²⁴. Eine kürzlich entstandene Studie hat gezeigt, daß, während die Amerikaner in Pilsen standen, allein in Prag 1694 Tschechen ums Leben kamen und fast die gleiche Anzahl schwer verletzt wurde. Auch starben in diesen schlimmen Tagen des Mai 1945 etwa tausend deutsche Soldaten und Zivilisten, ferner dreihundert Angehörige der Wlassow-Armee²⁵. Letztere erwiesen sich als die unbesungenen Helden der Vorfälle. Am 6. Mai marschierten sie in Prag noch als Verbündete des Dritten Reiches ein, wobei sie hofften, sich den Amerikanern ergeben zu können. Nachdem sie die Stadt erreicht hatten, wechselten sie jedoch die Seiten und leisteten den Tschechen dringend erforderliche Hilfe, da das sonst niemand tat, und gingen dann einem trüben Geschick entgegen: da ihnen die westlichen Alliierten Asyl verweigerten, endeten sie vor sowjetischen Exekutionskommandos oder im Gulag²⁶.

²⁰ NARA, General Eisenhower an die United States Military Mission, Moskau, 4. 5. 1945, FW 860f.01/12-1748.

²¹ NARA, United States Military Mission, Moskau, an Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (SHAEF), 5. 5. 1945, FW 860f.01/12-1748.

²² NARA, General Eisenhower an die United States Military Mission, Moskau, 6. 5. 1945, FW 860f.01/12-1748.

²³ Vgl. David Eisenhower, Eisenhower, At War 1943–1945, New York 1986, S. 801 f.

²⁴ Callum A. MacDonald/Jan Kaplan, Prague in the Shadow of the Swastika. A History of the German Occupation 1939–1945, London 1995, S. 192.

²⁵ Vgl. Zdenek Roucka, Skonceno a podepsano: drama prazskeho povstani, Pilsen 2003, ohne Paginierung; Verluste aller Seiten sind am Ende der englischen Zusammenfassung aufgeführt.

²⁶ NARA, Office of Strategic Services, Report on Czechoslovakia, Abschnitt X: „Es wird allgemein eingeräumt, daß die Brigade Wlassow Prag vor großem Blutvergießen und Zerstörung bewahrt hat. Sie traf in einem kritischen Augenblick ein, als die Tschechen nicht in der Lage waren, dem zunehmenden deutschen Druck standzuhalten. Sie hatte die Waffen und die Munition, um die Deutschen in Schach zu halten, und sie machte ihre Sache großartig. Man kann ruhig sagen, daß sie größeren Anteil an der Befreiung Prags hatte als die Rote Armee, die erst am 9. Mai anlangte, als die schlimmsten Kämpfe vorbei waren und nur noch Säuberungsaktionen durchzuführen blieben.“

Anfang Mai 1945 waren die Russen vor Prag noch nicht zu sehen. Allerdings brachte jedermann Verständnis dafür auf, da die Schlacht um Berlin die äußerste Anstrengung von der Roten Armee gefordert hatte. In den Augen der tschechischen Bevölkerung waren es vielmehr die G. I.s, die rund 80 Kilometer vor Prag müßig stehenblieben, während die SS Geiseln exekutierte. Der Historiker Jan Slavik hat die dramatischen Ereignisse im Mai 1945 genau verfolgt. In seinem Tagebuch fragte er sich, ob die Amerikaner Prag absichtlich nicht zu Hilfe kommen wollten, weil es nun zur sowjetischen „Interessenzone“ gehöre. Das wäre in der Tat „stupide“, konstatierte er mit einem Anklang von Unglauben²⁷. Patton hätte ihm beigepflichtet. Als er nach Kriegsende von Journalisten gefragt wurde, warum die amerikanische Armee Prag nicht genommen habe, antwortete er bitter: „Weil man uns befohlen hatte, es nicht zu tun.“²⁸

Die Rote Armee erreichte Prag schließlich in den frühen Morgenstunden des 9. Mai. Sie verlor genau zehn Soldaten bei der Säuberung der Stadt von den letzten Resten der einst so mächtigen Wehrmacht, unter denen sich etliche Scharfschützen befanden, dazu auch Männer und Frauen in Zivil, die halb wahnsinnig waren aus durchaus berechtigter Angst vor dem wütenden Mob und entschlossen, nicht lebend in dessen Hände zu fallen²⁹. Bis die Rote Armee erschien, hatten fast alle Deutschen die Stadt verlassen können, um sich nach Westen zu den Amerikanern durchzuschlagen. Es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, daß die Befreiung Prags der billigste Sieg war, den die Sowjetunion im Laufe ihres Feldzugs gegen das Dritte Reich erfocht.

Eisenhowers Entscheidung, die amerikanischen Truppen bei Pilsen anzuhalten, mag, wie ein amerikanischer Diplomat einräumte, „aus militärischen Gründen erklärlich“ gewesen sein. Aber ihre politische Botschaft minderte den amerikanischen Einfluß auf die Nachkriegsentwicklung in Prag und bescherte so den Russen einen Vorteil; man nahm sie als Anzeichen dafür, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, starken sowjetischen Einfluß hinzunehmen³⁰.

Es gibt keinen Grund für die Annahme, General Eisenhower habe eine solche Wirkung beabsichtigt. Doch sein Entschluß, Prag der Roten Armee zu überlassen, brachte jene Amerikaner, die nach 1945 zum Dienst an der amerikanischen Botschaft bestimmt worden waren, in eine ungünstige Position. Manche nahmen es persönlich: „Wir haben die Tschechoslowakei angeschmiert“, sagte einer mehr als fünfzig Jahre später. „Wir hätten Prag befreien können. Nach dem Krieg verwandten wir viel Zeit auf den Versuch, die Tschechen davon zu überzeugen, daß sie kein Teil des Ostblocks seien. Aber was immer wir auch sagten, die Russen waren

²⁷ Jaroslav Boucek, Kveten 1945 v deniku Jana Slavika, in: *Historie a vojenstvi* 50, 2 (2001), S. 437–450, hier S. 442.

²⁸ Patton, *War As I Knew It*, S. 330.

²⁹ Vgl. Roucka, *Skonceno a podepsano*, engl. Zusammenfassung. Neben den zehn Mann Verlusten, die sie beim Eindringen in Prag erlitt, verlor die Rote Armee weitere zwanzig Soldaten bei Unfällen, von denen einige mit Alkohol zu tun hatten.

³⁰ John A. Armitage, *The View from Czechoslovakia*, in: Thomas T. Hammond (Hrsg.), *Witnesses to the Origins of the Cold War*, Seattle/London 1982, S. 216 f.

die Ersten in Prag.³¹ Die kommunistische Propaganda machte natürlich aus dem Eintreffen der Roten Armee in Prag ein heiliges, miraculöses Ereignis, während die Gründe für das Stehenbleiben der Amerikaner in Pilsen gröblich entstellt wurden³².

Der amerikanische Nachrichtendienst in Prag: Oberst Charles Katek und die Militärmission

Der amerikanische Nachrichtendienst in Prag war um zwei getrennte Zentren organisiert, die Militärmission und die Botschaft der Vereinigten Staaten³³.

Die Militärmission wurde bereits wenige Wochen nach Kriegsende eingerichtet. Selbst für jene höchst anormale Ära war sie ein sehr unorthodoxes Unternehmen. Ihre ursprüngliche Bezeichnung lautete „Mission der Repatriierungskommission“, und ihre vorgebliche Aufgabe bestand in der Suche nach vermissten amerikanischen Soldaten; bald wurde sie umbenannt in „Kommission für die Fahndung nach Kriegsverbrechern“, wonach, was allgemeiner klang, „Die Militärmission“ folgte. Die Adresse blieb jedoch immer gleich: Loretanske-Platz Nr. 2, ebenso das Personal. Die tschechischen Behörden konnten unschwer feststellen, daß es sich um einen Zweig der „Strategic Services Unit“ (SSU) handelte, eine Nachfolgerin des OSS und eine Vorläuferin der CIA³⁴.

Kommandeur der Mission war Major – später Oberst – Charles Katek³⁵. Er war der erste von diversen, gewissenmaßen überlebensgroßen Amerikanern, die gleich nach Kriegsende in Prag einfielen. Agenten des tschechoslowakischen Nachrichtendienstes beschrieben Katek so: „Das Objekt ist 195 cm groß und wiegt etwa 105 kg. Oft rot im Gesicht, ist seine Stirn hoch, sein Haar hellbraun; seine Augen sind blau, seine Augenbrauen buschig, er hat große Augen und Ohren, ein kantiges und vorstehendes Kinn, große Hände an kurzen und kräftigen Armen. Wirkt

³¹ Interview des Verfassers mit Spencer L. Taggart, 23. 4. 1999.

³² Open Society Archives an der Central European University, Budapest, 300-30-22/box 8. Radio Prag ließ am 3. 5. 1952 eine Frau Anđelova aus Pilsen zu Wort kommen. Sie räumte ein, erleichtert gewesen zu sein, als amerikanische Panzer in ihre Stadt einrollten. Sie war jedoch enttäuscht, als sie erfuhr, daß die Amerikaner Prag während der Kämpfe nicht zu Hilfe kamen und jedermann daran hinderten, dorthin zu gehen. Eine andere Stimme in der Sendung bestätigte ihre Behauptung, die Amerikaner hätten einen Ring um Prag gebildet und jeden zurückgewiesen, der den Aufstand unterstützen wollte. Sowjetische Uniformen mögen nicht so schmuck gewesen sein wie die der Amerikaner, sagte ein dritter Teilnehmer an der Sendung, aber die Sowjets seien in die Tschechoslowakei gekommen, um zu kämpfen und die Nazis zu vertreiben, während die Amerikaner nur an Materiellem, Alkohol und Tanzereien interessiert gewesen seien.

³³ Archiv des Innenministeriums Prag (künftig: AMV), Z-65, 305-592-1, OBZ (Obranne zpravodajstvi), Hauptdirektorat, Verteidigungsministerium 50.457/Nachrichtendienst-Angelegenheiten – 2c -/1946, 24.1.1946, gez. Oberstleutnant B. Reicin, Stabskapitän Karel Vas.

³⁴ 1946 hielt das Verteidigungsministerium an der etablierten G-2-Struktur fest und verband sie mit den Resten des am 1. 10. 1945 aufgelösten OSS zu einer temporären Organisation, der SSU. Diese wurde dann in die kurzlebige Central Intelligence Group (CIG) umgewandelt. 1947 rief der National Security Act die CIA ins Leben.

³⁵ Interview des Verfassers mit Kateks Tochter Janet Edwards, 19. 7. 2000.

wie ein Ringer.³⁶ Tatsächlich war Katek nur etwas über 1,80, doch ist ihr Irrtum verständlich. Sie waren nicht die Ersten, die den Mann größer sahen, als er in Wirklichkeit war.

1910 in Chicago geboren, Sohn einer Familie tschechischer Einwanderer, transportierte Katek in seiner Jugend Klaviere zu den Häusern der Reichen; zu Hause sprach die Familie tschechisch und auch etwas deutsch. Der junge Mann mit ungewöhnlich breiten Schultern und kräftigen Armen entdeckte schon früh, daß ihn nur Bildung aus der engen Welt von „Katek Brothers Moving Company“, eines Familienbetriebs, führen werde. Seine Eltern und sein Bruder Otto, der das Unternehmen erben sollte, waren einverstanden, als er darum bat, aufs College gehen zu dürfen. Mit ihrer finanziellen Hilfe besuchte er die Universität von Illinois in Urbana-Champaign. Anfänglich ein durchschnittlicher Student, wurde er ständig besser, bis er in seinem Abschlußjahr nur noch Bestnoten hatte. 1934 erhielt er sein Diplom, und im gleichen Jahr heiratete er. Für das Graduiertenstudium ging er an die Northwestern University in Evanston, Illinois, wo er im Juli 1942 erfolgreich seine Dissertation verteidigte: „Die Entwicklung einer tschechischen demokratischen Tradition 1840–1867“. Als ihn der Prüfungsausschuß nach seinen Plänen für die Zukunft fragte, antwortete Katek, er hoffe für das Office of Strategic Services arbeiten zu können. Zunächst aber, mit dem Dokortitel geschmückt, fand er eine Stelle als Lehrer am Merton College im nahegelegenen Cicero³⁷. Es war besser, als Klaviere zu transportieren, aber tödlich langweilig. Er wartete auf seine Einberufung zum Militär³⁸.

In der Armee blieben sein Dokortitel und seine tschechischen wie deutschen Sprachkenntnisse nicht unbemerkt. Nach einem Offizierslehrgang war das OSS in der Tat seine logische Bestimmung. Bald nach London geschickt, fungierte er dort vor allem als Verbindungsoffizier zur tschechoslowakischen Exilregierung. Seine Aufgabe war politischer Natur, und so erhielt er keine Ausbildung im Handwerk der professionellen Nachrichtenoffiziere. Katek besaß viel Verstand, war ein guter Gesellschafter und konnte jedermann bezaubern. Im alten Europa fand er all das, wovon er während seiner Jugendjahre in Chicago geträumt hatte. Als Amerikaner war er andererseits unbehindert von allen Empfindungen, die mit Standes- und Klassenunterschieden zu tun haben, und so fühlte er sich in den Pubs von London ebenso zu Hause wie in den Herrenhäusern der Oberschicht. Ein Kollege bemerkte, Katek habe „ungeschliffenes Charisma“³⁹. Er war nie wohlhabend, doch sollte er die nächsten 25 Jahre zu einem großen Teil in der Gesellschaft der Reichen Europas verbringen. Ein enger Freund, ein strammer Sozialdemokrat mit wenig Respekt vor Hierarchien, meinte, Katek habe sich in aristokratischen Kreisen besonders wohl gefühlt. Titel hätten ihm geschmei-

³⁶ Archiv des tschechischen Nachrichtendienstes (Ustav zahraničnich styku a informací, kůnftig: UZSI), 11549/320, Americká rozvědka v NSR a Rakousku, Operation Volant 2, 23. 1. 1968.

³⁷ Archiv der Northwestern University, Evanston, Illinois. Die Disputation fand am 27. 7. 1942 statt. Kateks Hauptprüfer war Professor Franklin D. Scott.

³⁸ Interview des Verfassers mit Janet Edwards, 19. 7. 2000.

³⁹ Interview des Verfassers mit Louise Schaffner, 30. 1. 1999.

chelt: „In Europa beeindruckten ihn die Höheren sehr; Bankiers, reiche Familien, Barone, Grafen!“⁴⁰

Indes war er sicherlich kein leicht empfänglicher Naivling, sondern ganz im Gegenteil eine geborene Führungskraft mit einer magnetischen Aura. „Wenn er einen Raum betrat, wichen die Leute zurück und machten Platz, als ob er ihm gehöre“, erinnert sich seine Tochter⁴¹. Ein Kollege faßte den gleichen Eindruck in die Worte: „Wenn Katek hereinkam, kam eine Persönlichkeit.“⁴² Katek wurde rasch befördert und als amerikanischer Major Verbindungsoffizier des OSS zur tschechischen Exilregierung in London. Das Verhältnis war spannungsfrei. Im Januar 1945 erhielten Katek und zwei weitere OSS-Offiziere hohe tschechoslowakische Kriegsauszeichnungen. In der Würdigung erscheint Katek als Chef der tschechoslowakischen Abteilung des OSS; es heißt darin: „Major Katek ist ein ergebener Verfechter unserer Sache. Er arbeitet eng und verständnisvoll mit den militärischen und politischen Vertretern der Tschechoslowakei zusammen. Sein Engagement und seine Unterstützung sind von zentraler Bedeutung.“ Die Auszeichnung war der „Orden vom Weißen Löwen, III. Klasse“⁴³.

Major Katek und seine Gruppe OSS-Agenten überschritten die tschechoslowakische Grenze am 30. April 1945. In Prag traf er am 10. Mai ein, kurz nach dem Erscheinen der Roten Armee⁴⁴. Nachdem er zu anderen OSS-Offizieren Verbindung aufgenommen hatte, die vor ihm in die Stadt gelangt waren, übernahm er den Schlüssel zur amerikanischen Botschaft von den Schweizer Diplomaten, die ihn während des Krieges in Verwahrung gehabt hatten. John H. Bruins, der in der Uniform eines amerikanischen Brigadegenerals nach Prag gekommen war, schloß die Botschaft auf⁴⁵. Geschäftsträger Alfred W. Klieforth teilte dem State Department mit, der Schweizer Generalkonsul habe die Vertretung der amerikanischen Interessen niedergelegt, und am 29. Mai 1945 nahm die Botschaft ihre Tätigkeit wieder auf⁴⁶. Botschafter Laurence A. Steinhardt, schon 1944 ernannt, war bereits unterwegs⁴⁷. Er überreichte Präsident Benesch sein Beglaubigungsschreiben am 20. Juli 1945⁴⁸.

In der Zusammensetzung der tschechoslowakischen Nachkriegsregierung spiegelte sich ein alarmierender Zuwachs kommunistischer Macht. Doch die Hauptsorge der Botschaft galt anfänglich der Entschädigung für Vermögen, das vor dem Krieg amerikanischen Bürgern oder Korporationen gehört hatte und nun

⁴⁰ Brief Taubs an den Verfasser, 2. 11. 1999.

⁴¹ Interview des Verfassers mit Janet Edwards, 19. 7. 2000.

⁴² Interview des Verfassers mit Kurt Taub, 6. 3. 2000.

⁴³ Staatliches Zentralarchiv (künftig: SUA), Loreta, 61-19-5.

⁴⁴ Interview des Verfassers mit Kurt Taub, 5. 3. 2000; Pavel Zacek, OSS a ceske povstani, in: Národní osvobození, Nr. 10 (10. 5. 2001), S. 8.

⁴⁵ Interview des Verfassers mit William H. Bruins, 29. 4. 2004.

⁴⁶ Archiv Ministerstva Zahranicnich Veci (Archiv des Außenministeriums, künftig: AMZV), Diplomatský protokol, cizi ZU v Praze, USA, 1945–55, box 55, Alfred W. Klieforth, Geschäftsträger, an Vlado Clementis, geschäftsführender Außenminister, Prag, 7. 6. 1945.

⁴⁷ „Velvyslanc Spojenych statu americkych nastoupil v urad“, Rude Pravo, 22. 7. 1945.

⁴⁸ „Velvyslanc USA zhajil cinnost“, in: Lidové noviny, 21. 7. 1945.

Gegenstand umfassender Nationalisierungsprogramme war. Das State Department schätzte, daß es um Vermögen im Wert von 30 bis 50 Millionen Dollar gehe. Der Botschafter widmete diesem Problem viel Zeit und Energie⁴⁹. Nicht jeder Angehörige seines Stabes war damit einverstanden: „Statt mich mit Vermögensangelegenheiten zu befassen, hätte ich es vorgezogen, Gewerkschaften zu beobachten und nach Beweisen für sowjetischen Druck Ausschau zu halten.“⁵⁰

Trotz der Nationalisierungsdekrete vom Oktober 1945 blieb das offizielle amerikanische Bild von der Tschechoslowakei positiv getönt. Für Optimismus hatte sich schon früh William J. Donovan entschieden, der Direktor des OSS. In einem Memorandum für den Präsidenten erklärte Donovan, daß „die Tschechoslowakei im Gegensatz zu den Ruinen der Hoffnungslosigkeit Deutschlands ein hoffnungsvolles Bild bietet. Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Apparat ist mehr oder weniger intakt, und es gibt hier die Möglichkeit einer rascheren Erholung als in den meisten anderen europäischen Ländern.“⁵¹

Major Kateks engster Mitarbeiter war Sergeant Kurt Taub, ein bescheidener Mann, der fließend Tschechisch sprach. Er kam am Abend des 8. Mai 1945 in einem Jeep mit einem OSS-Offizier namens Eugene Fodor in Prag an. Taub und Fodor kannten die Tschechoslowakei und ihre politische Klasse wie ihre Hosentaschen. Taub trug zwar die Uniform der amerikanischen Armee, doch war unverkennbar, daß er zum Frontsoldaten nicht taugte. Er erschien den Menschen als stiller und zurückhaltender Intellektueller. Er konnte Fragen stellen, ohne den Eindruck zu erwecken, daß er eine Untersuchung durchführe: „Ich hatte die Gabe, mit den Leuten zu reden, mit ihnen gut auszukommen und sie ganz informell zu befragen. Sie vertrauten mir.“⁵² Er war für alles offen, geduldig und wußte zuzuhören.

Taub wurde 1911 in Brünn geboren. 1926 ging er nach Prag, wo er eine Anstellung bei Schenker u. Co. fand, einem Speditionsunternehmen. Sein Vater, Siegfried (Vitezslav) Taub, war vor dem Krieg Vizepräsident des tschechoslowakischen Parlaments und vielleicht der einzige tschechisch-deutsche Politiker gewesen, der fließend Tschechisch sprach. Als Hitlers Heerscharen erschienen, entkam die Familie Taub nach Schweden. Nach einiger Zeit bekam sie jedoch Visa für die USA, wo sie an dem Tag eintraf, an dem die Japaner angriffen. 1943 wurde Taub eingezogen und nach Camp Croft in South Carolina beordert. Nie sehr robust, war er nicht fähig, mit den viel jüngeren Rekruten mitzuhalten. So nahm er es mit großer Freude auf, als die Armee seine Herkunft genauer unter die Lupe nahm und ihn dann in die tschechische Sektion von OSS in Großbritannien steckte. Dort lernte er Charles Katek kennen, der anfänglich die Absicht hatte,

⁴⁹ Library of Congress, Department of State, Office of Research and Intelligence, Nr. 3439, Czechoslovak Decrees on Nationalization: An Analysis, 25. 1. 1946, und Department of State, Division of Research for Europe, Office of Intelligence Research, Nr. 3715.2, 5. 5. 1947.

⁵⁰ Interview des Verfassers mit Spencer L. Taggart, 23. 4. 1999.

⁵¹ Harry S. Truman Presidential Library, Papers of Harry S. Truman, William J. Donovan, Direktor OSS an den Präsidenten, Washington, 28. 8. 1945.

⁵² Interview des Verfassers mit Kurt Taub, 5. 3. 2000.

ihn für ein Kommando-Unternehmen in der besetzten Tschechoslowakei ausbilden zu lassen. Der Plan wurde jedoch aufgegeben, als sich herausstellte, daß Taub unter Höhenangst litt und den erforderlichen Fallschirmspringer-Lehrgang nicht machen konnte⁵³.

Ein überraschendes Nebenprodukt dieses Fiaskos war eine lebenslange Freundschaft zwischen Katek und Taub. Die beiden waren höchst unterschiedlich – in physischer und in ideologischer Hinsicht. Katek, ein bereits höherrangiger Offizier, war „groß, gewichtig, muskulös, ein sehr guter Tennisspieler“. Als Konservativer verabscheute er den Kommunismus mit Leidenschaft, und seine Freunde suchte er unter den Wohlhabenden, dem Adel und der politischen Klasse⁵⁴. Taub, lediglich Sergeant, war klein und mager, gemäßigt Sozialist und auf soziale Gerechtigkeit eingeschworen; seine Freunde fand er unter linken Intellektuellen. Aber die beiden ergänzten sich fast ideal. Katek und Taub wurden die prominentesten Vertreter der amerikanischen Militärmission am Loretanske-Platz Nr. 2.

Zur Militärmission gehörten ferner Major Eric Vesely, Major Otto Jakes, Hauptmann Blahoslav Hruby, Leutnant Charles Stiassny, Leutnant Eugene Fodor, George Homa, Donald Dunber und Ralph Meyer⁵⁵. Ein häufiger Besucher war Leo Disher, ein Amerikaner, der in Prag die United Press International vertrat. Da er mit Hana, der Tochter des legendären Chefs des militärischen tschechoslowakischen Nachrichtendienstes in Großbritannien, General Frantisek Moravec, verheiratet war, dachten allerdings viele, er sei in doppelter Eigenschaft in Prag. Das war gewiß die Meinung von Obranne zpravodajstvi (OBZ), der militärischen Abwehr: „In Wahrheit ist [Disher] ein Offizier des amerikanischen Nachrichtendienstes.“⁵⁶

In Prag angekommen, wohnte Katek vorübergehend im Hotel Steiner, doch fand er bald eine luxuriöse Wohnung gleich neben der Militärmission. Loretanske-Platz war eine sehr gute Prager Adresse. Katek, Taub und ihre Kollegen „machten“ dort einen Salon, in dem sich die interessantesten und einflußreichsten Prager regelmäßig trafen. Bei Charles Katek eingeladen zu sein war für jedermann höchst erstrebenswert. In der Militärmission am Loretanske-Platz sammelten Oberst Katek und seine Kollegen Nachrichten – und zwar ganz offen. Unter ihren Gästen befanden sich Angehörige etlicher vornehmer Familien:

⁵³ Jahre später kam Taub auf dieses Ereignis zurück: „Das war wirklich Glück, wenn man jetzt denkt, wohin ich gesprungen wäre und unter welchen Bedingungen, gräßlich allein daran zu denken.“ Brief Taubs an den Autor, 2. 11. 1999.

⁵⁴ Interview des Verfassers mit Kurt Taub, 6. 3. 2000. Taub sagte, Katek sei ein „großartiger“ und sehr ehrgeiziger Tennisspieler gewesen. Einer seiner Partner auf dem Tennisplatz war Karel Koželuh, der in den zwanziger Jahren und noch danach das Berufstennis beherrschte.

⁵⁵ Arnost Heidrich, Generalsekretär des Außenministeriums, an das Büro des Ministerpräsidenten, 23. 5. 1946, in: SUA, Büro des Ministerpräsidenten, Geheim, SUA, A UPV-T, Nr. 2760, Signatur 378/4/2.

⁵⁶ Oberstleutnant Bedrich Reicin und Hauptmann Karel Vas, Hauptdirektorat, OBZ, Verteidigungsministerium, 302-592-1, Nr. 150.457/Geheimbericht 2c-/1946, 24. 1. 1946, in: AMV, Z-651, Ordner 13.

Schwarzenberg, Lobkowitz, Czernin, Kolowrat und Nadherny; dazu Regierungsvertreter wie die Minister Jan Masaryk, Petr Zenkl, Jaroslav Stransky, Adolf Prochazka und Frantisek Hala, Dutzende von Parlamentsabgeordneten, darunter Ivo Ducharek, zahllose führende Geschäftsleute, zum Beispiel Vladimir Kabes, und einflußreiche politische Journalisten, so Julius Firt, Ferdinand Peroutka und Pavel Tigrid⁵⁷. Oberst Katek unterhielt außerdem ausgezeichnete Beziehungen zu den Mitgliedern der Familie Bata (Schuhfabrikanten), die in der Tschechoslowakei geblieben waren.

Die Besucher lockte die Aussicht auf freundschaftliche Konversation und anregende politische Debatten in die Militärmission. Natürlich verschmähte auch niemand gutes Essen, ausländische Alkoholika, Tabak und Jazz-Platten, die Katek regelmäßig in Mengen aus dem Nürnberger Stützpunkt der amerikanischen Armee erhielt. Jedermann wußte, daß Katek und seine Kollegen Informationen für die Regierung der Vereinigten Staaten sammelten; wer kam und redete, war sich im klaren, daß seine Worte weitergegeben werden konnten. Es gehörte zu Kateks Methode, die Grenzlinie zwischen Abendgesellschaften und Spionage zu verwischen. Das machte sein Leben einfach und angenehm.

Die Militärmission hatte jedoch auch einige Informanten, die von den Amerikanern nicht öffentlich hofiert wurden und denen es ihr eigener Verhaltenskodex nicht erlaubte, an Gesellschaften im Haus am Loretanske-Platz teilzunehmen. Dazu zählten Angehörige der gefürchteten Sicherheitspolizei (zum Beispiel Jaroslav Svejdar), der regulären Polizei (zum Beispiel Stanislav Liska) und des tschechoslowakischen Nachrichtendienstes wie General Josef Bartik⁵⁸ sowie Offiziere der Armee (General Alois Seda, Oberst Ferdinand Seda) und der Luftwaffe (General Jaroslav Kaspar, General Herbert Nemeč). Anders als die Politiker, konnten die Militärs und Sicherheitsfunktionäre nicht vorgeben, bloß gesellschaftlich mit Oberst Katek zu verkehren. Wenn sie mit Vertretern der Militärmission über ihre Tätigkeit sprachen, vor allem wenn sie detaillierte Fragen beantworteten, die ihnen Katek manchmal vorlegte, verstrickten sie sich in Spionage und Verrat. Doch selbst in solchen Fällen machte Katek keinen Versuch, den handwerklichen Regeln zu folgen, die in der Welt der Nachrichtendienste

⁵⁷ Diese Namen sind von Louise Schaffner genannt worden, Interview, 29. 1. 1999.

⁵⁸ Die aufschlußreichste Studie über den StB stammt aus der Feder eines seiner Offiziere. Vgl. Karel Kaplan (Hrsg.), StB o sobe: vypoved vystrované Bohumila Doubka, Prag 2002. Der tschechoslowakische Auslandsnachrichtendienst hatte in der Nachkriegszeit eine höchst komplizierte Geschichte. Er wurde im Sommer 1945 als XII. Abteilung des Direktorats Z im Innenministerium etabliert. 1946 wurde das Direktorat Z Direktorat VII und der Auslandsnachrichtendienst Gruppe Z-B. später Gruppe VII-B. Im Oktober 1947 wurde Direktorat VII in die „Sicherheitsgruppe“ eingereiht und im Dezember 1947 in das III. Direktorat umgewandelt. Darin die Sektion Auslandsnachrichtendienst Sektor III/Ab. Am 17. 10. 1948 wurde die „Sicherheitsgruppe“ zur „Gruppe I – Sicherheit“ und der Nachrichtendienst zur Gruppe Bab. Am 23. 10. 1950 wurde „Gruppe I – Sicherheit“ in das neugeschaffene Ministerium für Nationale Sicherheit integriert und dort als Unabhängiger Sektor B/2 geführt, im April 1951 in Direktorat Z und 1952 in „Direktorat für auswärtige politische Nachrichten“ umbenannt. 1953 wurde abermals ein neues System im Innenministerium geschaffen, in dem der Nachrichtendienst einfach als I. Direktorat figurierte, vgl. UZSI.

gewöhnlich Anwendung finden. Wenn er die Soldaten und Polizisten auch nicht zu seinen Gesellschaften einlud, traf er mit ihnen immerhin während der Geschäftsstunden in der Mission zusammen.

Als Oberst – später General – Jaroslav Kaspar in die Mission kam, um eine lange Liste von Fragen abzuholen, die den Stand der tschechoslowakischen Armee betrafen, bemerkte er zu seiner Verblüffung, daß Katek den Namen „Col. Kaspar“ in deutlichen Buchstaben im Terminkalender auf seinem Schreibtisch festgehalten hatte. Schockiert, stellte er Katek zur Rede und warf ihm Leichtfertigkeit vor. Katek reagierte verdutzt auf den Zornesausbruch seines Gasts. Er erklärte, sie befänden sich doch in seinem Büro, zu dem außer seinem Stab niemand Zutritt habe. Kaspar riß die Seite aus dem Kalender und verbrannte sie auf der Stelle⁵⁹.

Die überraschendste Quelle für Katek war Vaclav Kopecky, Mitglied des Politbüros, Informationsminister und einer der berühmtesten orthodoxen Kommunisten⁶⁰. Er war gewiß kein amerikanischer Geheimagent. Aber er kannte Kurt Taubs Vater und Bruder Walter aus den Jahren der Ersten Republik als kompromißlose Antifaschisten und brachte ihnen Achtung entgegen. So war es ihm eine Freude, Kurt Taub regelmäßig zu treffen. „Kopecky sprach sehr offen. Und er verleugnete das nie. Manche hielten ihn für dumm, weil er soviel redete. Aber das war nicht Dummheit. Er schuf sich den Ruf, ‚einer aus der Masse‘ zu sein, einer der immer die Wahrheit sagt.“⁶¹ Gleichwohl lieferte Kopecky gelegentlich Informationen von erheblichem Wert. Zum Beispiel erinnerte sich Taub später daran, daß Kopecky während einer Diplomatenparty, die zwei Wochen vor dem kommunistischen Staatsstreich im Prager Palais Waldstein stattfand, beiläufig sagte, die KPTsch werde „bald“ die totale Macht übernehmen. Taub verstand das als eine ihm persönlich zuge dachte Botschaft⁶².

Die Aktivitäten der amerikanischen Militärmission in Prag erregten soviel Aufsehen, daß andere Amerikaner, die damals in Prag Dienst taten, nicht recht wußten, was sie von der Sache halten sollten. Louise Schaffner, Dritte Sekretärin an der amerikanischen Botschaft, kannte Katek gut. Sie schätzte seine zupackende Art und bewunderte seine Kenntnisse der tschechischen Politik. Sie bemerkte aber auch, daß Katek „sich sehr auffällig benahm, was doch für einen Nachrichtenmann seltsam ist“⁶³. Auch der spätere Botschafter Nathaniel Davies traf Katek in Prag, wo er von November 1947 bis Oktober 1949 als Dritter Sekretär an der amerikanischen Botschaft arbeitete. Er hielt ihn für gut informiert, sah aber

⁵⁹ Interview des Verfassers mit Ladislav Bittman, 23. 3. 2004. Bittman war Offizier des StB und emigrierte 1968 aus Protest gegen den sowjetischen Einmarsch in die USA.

⁶⁰ Ein OSS-Bericht charakterisierte Kopecky als „in der Wolle gefärbten Kommunisten, linientreues Parteimitglied, und er ist schlau, intelligent, klug, ein Mann, mit dem unbedingt zu rechnen ist“. Er „spricht glänzend. Er hat eine schnelle Auffassungsgabe. Er ist offen mit Amerikanern.“ NARA, Office of Strategic Services, „Report on Czechoslovakia: Pivot Point of Europe“, 4. 7. 1945.

⁶¹ Interview des Verfassers mit Kurt Taub, 5. 3. 2000.

⁶² Brief Taubs an den Verfasser, 2. 11. 1999.

⁶³ Interview des Verfassers mit Louise Schaffner, 29. 1. 1999.

gleichfalls die „spektakuläre Persönlichkeit“ des Obristen⁶⁴. Selbst Kurt Taub mußte zustimmen: „Jedermann in Prag wußte, daß Katek und wir andern alle an politischen Informationen interessiert waren.“⁶⁵

Die tschechischen Behörden verfolgten das Treiben der Militärmission mit Argusaugen. Sie kamen rasch zu der Vermutung, daß Oberst Katek Chef der SSU in der Tschechoslowakei und seine Aufgabe militärische und politische Spionage sei⁶⁶. Auf einem undatierten StB-Schriftstück ist vermerkt, daß im November 1945 Agenten der militärischen Abwehr (OBZ) 38 Tschechen als regelmäßige Besucher der Militärmission ausgemacht hatten⁶⁷, und im Januar 1946 glaubte die OBZ, daß die Mission mit ihren zehn Offizieren 109 Agenten beschäftigte⁶⁸.

Da relevante Dokumente in den Vereinigten Staaten noch immer unzugänglich sind, ist es nicht möglich zu verifizieren, daß Katek, Taub und ihre Kollegen tatsächlich eine so große Zahl von Agenten kontrollierten. Nach Interviews mit Kurt Taub scheint die Behauptung weit übertrieben zu sein. Aber die Militärmission unter der Leitung Kateks war auf nachrichtendienstlichem Felde in der Tat äußerst aktiv. Sie bezog ihre Informationen jedoch von freiwilligen und gut platzierten Tschechen, nicht von angeworbenen Agenten. Die OBZ ahnte das auch: „Ein geheimer Informant teilt uns mit, daß Katek vom Hauptquartier in Frankfurt kritisiert worden sei, weil er kein Agentennetz unterhalte. Er rühme sich, der beste Nachrichtenmann zu sein, weil er seine Agenten nicht bezahle. Was er wissen müsse, erfahre er von Ministern und Parlamentsabgeordneten.“⁶⁹

Vom Sommer 1945 bis zum Februar 1948 übermittelte die Militärmission den amerikanischen Dienststellen in Deutschland und später direkt nach Washington Informationen aus Quellen von eindrucksvoller Vielfalt. Ein tschechischer Informant, der in der Militärmission arbeitete, referierte Katek: „Eure Leute“, so sagte der Oberst, „kommen zu uns aus eigenem Antrieb und in solcher Zahl, daß wir, vor allem in letzter Zeit, nicht mehr in der Lage sind, sie während der Dienststunden abzufertigen.“ Der Informant fügte hinzu, daß Kateks Quellen vor allem in den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Eliten zu finden seien. Wahrscheinlich sei die militärische Quelle ein Generalstabsoffizier⁷⁰. Man konnte deshalb sehr leicht glauben, daß die Nachrichten von so gut unterrichteten und platzierten Individuen ausreichten, um es Analytikern zu ermöglichen, ein zutreffendes und genaues Bild von der politischen Krise in der Tschechoslowakei zu gewinnen.

⁶⁴ Telefonisches Interview mit Nathaniel Davis, 2. 3. 2003.

⁶⁵ Interview des Verfassers mit Kurt Taub, 5. 3. 2000.

⁶⁶ UZSI, 11549/320.

⁶⁷ Major Frantisek Bedrich, Leiter des regionalen OBZ, an das Verteidigungsministerium, Hauptdirektorat, OBZ, 26. 11. 1945, in: AMV, 302-33-5. Die beste Quelle zum Thema OBZ ist Frantisek Hanzlik/Jan Pospisil/Jaroslav Pospisil, Sluha dvou panu, Wisowitz 1999.

⁶⁸ Oberstleutnant Bedrich Reicin und Karel Vas, Hauptdirektorat, OBZ, Verteidigungsministerium, 302-592-1, Nr. 150.457/Geheimbericht.2c-/1946, 24. 1. 1946, in: AMV, Z-651, Ordner 13.

⁶⁹ Ebenda.

⁷⁰ Nationalarchiv, Archiv des Zentralkomitees der KPTsch (künftig: SUA ACC CPC), Behälter 100/36, Ordner 401-404.

Der amerikanische Nachrichtendienst in Prag: Spencer L. Taggart und die amerikanische Botschaft

Die Personen, die nach dem Zweiten Weltkrieg an der amerikanischen Botschaft in Prag Dienst taten, hatten, mit ganz wenigen Ausnahmen, eines gemeinsam: Sie waren Antikommunisten. Im Laufe eines Jahres nach Kriegsende waren eine skeptische Einstellung zur Sowjetunion und eine ablehnende Haltung gegenüber der kommunistischen Ideologie Allgemeingut geworden. Viele Amerikaner, die im Sommer 1945 nach Prag kamen, um an der Botschaft zu arbeiten, waren ihrer Zeit jedoch noch voraus. An ihrer Spitze stand Botschafter Laurence A. Steinhardt. Erfolgreicher Anwalt mit einer Kanzlei in New York, sprühte Steinhardt vor Energie und Optimismus. Er war ein gut aussehender dynamischer Mann mit einer Neigung zu Gewagtem⁷¹. Obwohl kein Karrierediplomat, hatte er, ehe er nach Prag kam, bereits viermal als Botschafter fungiert: in Schweden, in Peru, in der Sowjetunion und in der Türkei.

Steinhardt war kein Diplomat von Geblüt; dafür war er zu freimütig. Einige glaubten, er hätte größeren Erfolg gehabt, wäre er in New York in die Politik und dann nach Washington gegangen⁷². In Verhandlungen setzte sich seine kraftvolle Persönlichkeit vor allem dann durch, wenn es um Vermögensangelegenheiten ging. Aber in der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei traf Steinhardt auf eine Gegenspielerin, die weder beschwätzt noch eingeschüchtert werden konnte, erst recht nicht überredet oder gekauft. Auch wenn sie einen Augenblick lang bereit war, auf Zeit zu spielen, war der KPTsch im Grunde und am Ende nichts an Verhandlungen gelegen. Sie trachtete nach der absoluten Macht, und Steinhardts juristische Fähigkeiten waren in solcher Lage von ebenso geringem Nutzen wie seine als Diplomat erworbenen Erfahrungen. Auch muß im Auge behalten werden, daß er stets auch für die New Yorker Anwaltskanzlei tätig blieb, die er zusammen mit seinem Onkel weiter betrieb.

Zwar ein Freund Franklin D. Roosevelts, der ihn ja auch mit den diversen Botschafterposten belohnt hatte, teilte Steinhardt nie dessen Respekt vor Stalin. Er hatte in der Sowjetunion während der schwierigen Jahre von 1939 bis 1942 gedient, und dies sollte seine Einstellung zum Kommunismus für den Rest seines Lebens erheblich beeinflussen. Die Herren des Kreml hatten ihm Abneigung entgegengebracht und ihn wiederholt schlecht behandelt. In ihren Augen war er ein „wohlhabender jüdischer Bourgeois [...] durchdrungen vom üblen Geruch des

⁷¹ Ein überaus gelungenes Porträt Botschafter Steinhardts bei Cecilia Countess Sternberg, Journey, London 1977. Vgl. auch Walter Birge, Aufzeichnungen, unveröff. Manuskript im Besitz des Verfassers, Kap. Czechoslovakia, S. 1.

⁷² Taub glaubte, dass Steinhardt viel Verständnis für Macht und politisches Drama gehabt habe, aber weniger geeignet war für die ernsthafte Seite der Diplomatie; Interview mit Kurt Taub, 6. 3. 2000. Steinhardts Tochter erklärte, man habe ihm angeboten, für den New Yorker Senat zu kandidieren oder für das Amt des Bürgermeisters von New York City oder des Gouverneurs vom Staat New York. Er habe sich dann für den Senatsitz entschieden; Interview des Verfassers mit Frau Dulce-Ann Steinhardt-Sherlock, 18. 1. 1998.

Zionismus“⁷³. Steinhardt wiederum fand das kommunistische System und seine Führer böse und ekelhaft. Letztere seien, so schrieb er, „völlig gleichgültig gegen die Meinung der Außenwelt und denken nicht in den Bahnen des Westens. Ihre ethischen Standards sind den in westlichen Ländern vorherrschenden diametral entgegengesetzt. Infolgedessen ist es unmöglich, mit ihnen so umzugehen wie mit Leuten aus dem Westen.“⁷⁴

Steinhardt hielt sich für einen Experten in Fragen des stalinistischen Rußland und war bitter enttäuscht, als er erkennen mußte, daß er Roosevelt nicht nach Jalta begleiten werde. Seiner Familie sagte er, der Präsident mache einen schweren Fehler, nach Jalta zu gehen, und die Sache werde noch schlimmer, wenn er Leute wie Harry Hopkins mitnehme, den Steinhardt im Verdacht hatte, ein „Salonbolschewist“ zu sein⁷⁵.

Zur Zeit von Jalta war Steinhardt Botschafter in der Türkei, wußte aber bereits, daß er bald bei der tschechoslowakischen Regierung akkreditiert werden würde. Als er Mitte Juli 1945 die Botschaft in Prag übernahm, war er darauf erpicht, Erfolg zu haben und sich einen Namen zu machen⁷⁶. Bei seinen Mitarbeitern hielt sich hartnäckig das Gerücht, daß er sich eines Tages um die Präsidentschaft bewerben werde⁷⁷.

Im Prager Palais Schönborn umgab sich Steinhardt mit etlichen Gleichgesinnten. Oberst – später Brigadegeneral – Joseph Anthony Michela, der Militärattaché, war mit Steinhardt schon in der Sowjetunion gewesen und haßte das Land und sein politisches System nicht weniger als sein Chef. Zur Lösung der entstehenden Ost-West-Spannungen schlug er des öfteren den Einsatz von Nuklearwaffen vor, was ihm den Spitznamen „Bombenschmeißer-Michela“ eintrug. Walter Birge war lediglich Dritter Sekretär, als er nach Prag kam, doch hatte auch er schon für Steinhardt gearbeitet, in der Türkei. Die beiden verband eine herzliche Abneigung gegen das sowjetische System, und sie waren entschlossen, sein Vordringen in die Tschechoslowakei und womöglich noch weiter nach Westen zu verhindern⁷⁸. Das galt ebenso für Spencer Taggart, Charles Katek, Louise Schaffner, George Bogardus, Ralph Saul und andere Mitglieder des Botschaftsstabs.

Der Schluß scheint nicht abwegig zu sein, daß die Mannschaft, die Steinhardt in Prag dirigierte, nicht die Absicht hatte, irgendwelchen kommunistischen oder sowjetischen Machenschaften entgegenzukommen. Die politische Gesinnung des Botschafters und seine Energie verbanden sich, um für die von Taggart geleitete Nachrichtenabteilung eine günstige Atmosphäre zu schaffen. Wie sein Kollege und Konkurrent Oberst Katek hatte Spencer Taggart eigentlich an eine akademische Laufbahn gedacht, und wie Katek sprach er fließend Tschechisch; auch ver-

⁷³ Dennis J. Dunn, *Caught Between Roosevelt and Stalin: America's Ambassadors to Moscow*, Lexington 1998, S. 107.

⁷⁴ Ebenda, S. 106.

⁷⁵ Interview des Verfassers mit Dulce-Ann Steinhardt-Sherlock, 18. 1. 1998.

⁷⁶ „Steinhardt Reaches Prag“, in: *New York Times*, 17. 7. 1945.

⁷⁷ Interview des Verfassers mit Louise Schaffner, 28. 1. 1999.

⁷⁸ Interview des Verfassers mit Walter Birge, 2. 11. 1998.

stand er viel von der Geschichte der Region. Spencer Laird Taggart, im Juni 1911 geboren, kam aus einer Mormonenfamilie in Idaho. Seine Eltern erwarteten von ihm, daß er Farmer würde. Im September 1931 erhielt er ein Schreiben seines Bischofs, in dem er aufgefordert wurde, als Missionar in die Tschechoslowakei zu gehen. Der Reisetermin war schon festgesetzt: Oktober 1931. Im folgenden Monat traf der junge Mann tatsächlich in Prag ein – der erste Mormone, der je in die tschechoslowakische Hauptstadt gekommen war⁷⁹.

Taggart blieb drei Jahre. Er lernte Tschechisch und nahm sich Zeit, tief in die komplexe Geschichte und die Kultur des Landes einzudringen. Im November 1934 kehrte er nach Hause zurück und schrieb sich an der Utah State University in Logan ein. 1936 machte er seinen Abschluß und heiratete. Vorübergehend dachte er daran, Konzertpianist zu werden (er hatte die Musik Smetanas, Dvoraks und Janaceks lieben gelernt), entschloß sich dann aber, in Berkeley bei dem Historiker Robert Joseph Kerner in Geschichte zu promovieren. Taggart erinnerte sich daran, daß er mit Katek erstmals 1938 im Seminar Professor Kerners zusammentraf. Er fand ihn sehr „liebenswert“. Natürlich hatte er damals keine Ahnung, daß sie beide bald Kollegen im Nachrichtengeschäft sein würden⁸⁰.

Als der Krieg begann, nahm er eine Stellung in der Kriegsabteilung des Justizministeriums an, und Ende 1942 kam er zum OSS. Anders als Katek hatte er seine Promotion nicht abgeschlossen, doch erhielt er eine Ausbildung im nachrichtendienstlichen Handwerk. Eine für den Posten des Nachrichtenchefs an der amerikanischen Botschaft in Prag besser qualifizierte Person läßt sich kaum vorstellen.

Taggart kam im Frühjahr 1945 mit einem klaren Auftrag nach Prag: „Ich wurde dorthin geschickt mit einem weitgesteckten Ziel – den Tschechen bei der Bewahrung ihrer Unabhängigkeit zu helfen und die westliche Demokratie zu fördern.“⁸¹ In diesem Lichte gesehen, sollte Taggart jene Werte bewahren helfen und fördern, die der Mehrheit der politischen Klasse und der Bevölkerung ohnehin teuer waren. Daher fiel es ihm nicht schwer, Zugang zu etlichen Personen zu gewinnen, die sowohl verständig wie gut informiert waren. Er wollte im Gespräch nur vier identifizieren, Petr Zenkl, Major Jaromir Nechansky, Jan Stransky und Ivo Duchacek, doch gab es auch noch andere.

Anders als die lauten Angehörigen der Militärmission gab sich Taggart stets seriös. Er kämmt sein Haar gerade nach hinten und trug eine runde Brille, was ihm das Aussehen eines in Gedanken versunkenen Akademikers gab. Oberst Katek dagegen war es in der Botschaft zu eng. Er zog es vor, von seinem eigenen Feld, von der Militärmission, aus zu operieren, und er suchte die Gelegenheiten, da er dem Botschafter seinen Respekt zu bezeugen hatte, auf ein Minimum zu reduzieren. Taggart hingegen verließ das Palais Schönborn nur selten. Wenn er es tat, so nur um Agenten zu treffen – während Katek sie in sein Büro bestellte,

⁷⁹ Vgl. Spencer L. Taggart, *Becoming a Mormon Missionary*, unveröff. Manuskript im Besitz des Verfassers.

⁸⁰ Interview des Verfassers mit Spencer L. Taggart, 23. 4. 1999.

⁸¹ Ebenda.

operierte Taggart klandestin. Als Nachrichtenoffizier arbeitete er an der Botschaft unter spezieller Leitung, doch akzeptierte er die Autorität des Botschafters.

Wenn Katek an der Militärmission eine stattliche Mannschaft beschäftigte und die Abendgesellschaften dort in aller Munde waren, hatte Taggart nur einen Kollegen, Samuel Meryn, und keiner von den beiden trank. Sie verbrachten ihre Abende zu Hause. Meryn hatte als Samuel Polakov das Licht der Welt im Januar 1910 in Prag erblickt, war Anwalt geworden, jedoch 1939, als die Nationalsozialisten Prag besetzten, in die Vereinigten Staaten emigriert. Er nannte sich nun Meryn (Mädchenname seiner Mutter) und ließ sich in New York nieder. Im März 1942 trat er in die Armee ein und wurde amerikanischer Staatsbürger. Er nahm am Feldzug in Tunis teil und kam als Angehöriger einer Infanterieeinheit der 5. Armee über Rom bis Österreich; Sergeant Meryn hatte vor allem Kriegsgefangene zu befragen⁸². Im Februar 1946 ehrenhaft entlassen, ging er nach Prag, um das Familienvermögen zu reklamieren, blieb jedoch als Angestellter an der amerikanischen Botschaft. Da er bald direkt unter Taggart arbeitete, ist anzunehmen, daß er vom Nachrichtendienst rekrutiert worden war. Diplomatischen Status bekam er indes nicht⁸³.

Taggarts wichtigster Agent an der Botschaft war Reinhold Pick. Dieser bemerkenswerte Mann engagierte sich häufig in Missionen im amerikanischen Interesse, und wie Meryn hatte er dabei nicht den Schutz, den anderen der Status des Diplomaten in der Welt der Geheimdienste gab. Überdies war Pick damals nicht einmal amerikanischer Staatsbürger⁸⁴. Im Oktober 1918 im ukrainischen Bachmut als Sohn eines tschechischen Vaters und einer russischen Mutter geboren, wurde Pick von einem lutheranischen Geistlichen der kaiserlich deutschen 212. Infanteriedivision getauft; es war der Geistliche, der auf dem teutonisch klingenden Vornamen bestand. Zwei Dekaden lebte er im Milieu der tschechischen oberen Mittelklasse, befand sich aber zur Zeit der Konferenz von München und der Besetzung Prags, die im März 1939 folgte, in London. Während des Krieges kämpfte er in den Reihen der Tschechoslowakischen Panzerbrigade; er gehörte zu den ersten, die sich meldeten.

Nach dem Krieg wurde er, nun ein dekoriertes Veteran, aus der tschechoslowakischen Armee entlassen, zog aber die Aufmerksamkeit eines amerikanischen Nachrichtenoffiziers in Pilsen auf sich, der ihn Generalmajor Ernest N. Harmon empfahl, dem höchstrangigen amerikanischen Soldaten im Lande. Im November 1945 fuhr ihn General Harmon zur Botschaft in Prag und stellte ihn Steinhardt vor, der ihn zum Chef der Verwaltungsabteilung machte. Beide, Katek wie Taggart, fanden bald heraus, daß Pick ein kluger, loyaler und unternehmerischer Mann war. Sie begannen allmählich bei verschiedenen Operationen Gebrauch von seinen Fähigkeiten zu machen. Nach der kommunistischen Machtüber-

⁸² Telefonisches Interview mit Marga Meryn, 5. 7. 1999.

⁸³ AMV, V-5443, Nechansky und Gesellschaft, Anhang; Meryns Ankunft in Prag, in: AMV, V-5443, Vysetrovaci spis, KV StB, Prag 25. 10. 1949.

⁸⁴ Interviews des Verfassers mit Reinhold Pick, 10./11. 4. 1999.

nahme im Februar 1948 fungierte Pick bei der Planung und Leitung der Flucht etlicher demokratischer Politiker, die in Lebensgefahr schwebten. Es war Pick, der die Flucht Petr Zenkls, der Frau Zenkls und der beiden StB-Agenten, die Zenkl unter Bewachung halten sollten, dirigierte. Nach diesem spektakulären Erfolg fuhr der vorsichtige Taggart persönlich Pick in einem Diplomatenwagen über die Grenze. Das Ansehen, das Pick in der Botschaft genoß, zeigt sich am besten daran, daß seine Verlobte von keinem Geringeren als Botschafter Steinhartd – versteckt in dessen Privatflugzeug – aus der Tschechoslowakei herausgebracht wurde.

Katek und Taggart und die drei Tests: Mai 1946, Marshall-Plan, Februar 1948

Die Militärmission und Taggarts Nachrichtenabteilung an der Botschaft waren mit qualifizierten und motivierten Leuten besetzt. Zwischen den zwei Teams existierte ein Wettbewerb, der auf ihre Aktivitäten stimulierend wirkte. Doch trotz ihres Engagements, trotz ihrer guten Informationsquellen und trotz ihrer Kenntnis des Terrains wurde die amerikanische Botschaft überrascht, wann immer es in der Tschechoslowakei zu Krisen kam.

Die erste Überraschung hing mit dem Sieg der KPTsch in den Wahlen vom Mai 1946 zusammen⁸⁵. Das OSS und die Analytiker des State Department nahmen das Wahlergebnis natürlich zur Kenntnis, doch wenn sie die Resultate der Wahlen von 1935 mit den Wahlen von 1946 verglichen und die jeweilige Stimmabgabe für linke und rechte Parteien betrachteten, schien die Verschiebung keineswegs alarmierend zu sein⁸⁶. Jedoch beruhte die Interpretation der Wahlen von 1946 nach den Begriffen „links“ und „rechts“ auf der irrigen Annahme, die KPTsch und die Sozialdemokratie von 1935 glichen den Kommunisten und Sozialdemokraten von 1946. Ein solches Verständnis wäre aber nur dann gerechtfertigt gewesen, hätten Ereignisse wie die Konferenz von München, die sowjetischen Siege bei Stalingrad, Moskau und Kursk und im Mai 1945 das Erscheinen der Roten Armee in Prag keinen Einfluß auf die Wähler gehabt.

Man mußte schon ein Aktivist der Partei, ein Ideologe oder ein Exzentriker sein, um 1935 für die KPTsch zu stimmen. In Böhmen erreichte die Partei 9 Prozent, in Mähren 8,6 und in der Slowakei 13, während die Sozialdemokraten im Schnitt bei 12 Prozent lagen⁸⁷. Doch ein Jahrzehnt später gewannen die Kommunisten in Böhmen 43,3 Prozent, in Mähren 34,5 und in der Slowakei 30,5; die

⁸⁵ Die KPTsch gewann 38 %, die Tschechische Nationalsozialistische Partei 18 %, die Volkspartei 16 %, die Sozialdemokraten 13 %, in: Library of Congress (künftig: LoC), OSS/State Department Intelligence and Research Reports, part V, Postwar Europe, 86/2091, OIR Nr. 4181, „Domestic and Foreign Politics of Czechoslovakia since the Liberation“, 22. 4. 1947.

⁸⁶ Ebenda.

⁸⁷ LoC, OSS/State Department Intelligence and Research Reports, part V, Postwar Europe, 86/2091, Department of State, Office of Intelligence Research, OIR Nr. 4181, „The Czechoslovak Party System“, 1. 9. 1945.

Sozialdemokraten erreichten immerhin noch über 15 Prozent⁸⁸. Die Kommunistische Partei, die vor dem Krieg nie in einer Regierung vertreten gewesen war, hielt oder kontrollierte nun jedes wichtige Ministerium. Die Wahlen vom Mai 1946 zeigten eine Revolution in der Einstellung der Wähler an.

George Bogardus, der von 1945 bis 1948 als Diplomat in Prag tätig war, befand sich beim Botschafter, als die Wahlergebnisse veröffentlicht wurden. Als Journalisten Steinhardt nach seiner Reaktion befragten, stand Bogardus neben ihm. Er erinnert sich daran, daß die ersten Worte des Botschafters fünf Grad neben dem Thema des Interviews lagen, die nächsten Sätze zehn Grad, und dann sprach Steinhardt nicht weniger als zehn Minuten über etwas ganz anderes. Am Schluß seiner Rede schlug er einen optimistischen Ton an. Es sei eine meisterliche rhetorische Leistung gewesen⁸⁹.

Es war verständlich, daß der Botschafter das Gesicht wahren wollte und in der Öffentlichkeit um den Brei herumredete. Die Wahlen von 1946 stellten eine böse politische Niederlage der westlich orientierten Parteien dar und eine persönliche Niederlage Steinhardts, der überaus optimistische Vorhersagen riskiert hatte⁹⁰. Aber die Vogel-Strauß-Haltung, die Steinhardt vor der Presse zeigte, dominierte auch in der Botschaft. Nur wenige versuchten die erstaunliche Tatsache wirklich zu erfassen, daß die KPTsch, eine Partei mit einer totalitären Ideologie, 38 Prozent der tschechoslowakischen Wähler gewonnen hatte. Dem Wahlergebnis zum Trotz blieb die offizielle Einschätzung der tschechoslowakischen Situation durch die Botschaft weiterhin optimistisch⁹¹. Die Wahlen von 1946 stellten einen „schweren Schlag“ für die amerikanischen Interessen dar, gab Kurt Taub später zu. „Aber waren wir klug genug zu erkennen, daß wir den Anfang vom Ende erlebt hatten? Ich bezweifle das.“⁹²

Ein anderes Ereignis, das unmißverständlich besagte, der Kreml und die tschechoslowakischen Kommunisten seien drauf und dran, die Macht in ihre Hände zu nehmen, kam im Juli 1947, als Prag die Einladung zu der Pariser Konferenz erhielt und akzeptierte, deren Gegenstand der Marshall-Plan zum Wiederaufbau

⁸⁸ LoC, OSS/State Department Intelligence and Research Reports, part V, Postwar Europe, 86/2091. Department of State, Office of Intelligence Research, OIR Nr. 4181, „Domestic and Foreign Politics of Czechoslovakia since the Liberation“, 22. 4. 1947.

⁸⁹ Interview des Verfassers mit George Bogardus, 3. 6. 1998.

⁹⁰ Steinhardts Optimismus folgte der vom OSS vorgegebenen Linie. Dessen Analytiker meinten im April 1945, „trotz starker kommunistischer Repräsentation“ werde die tschechoslowakische Regierung „wahrscheinlich nicht auf ein bolschewistisches Programm drängen“. Statt dessen werde sie sich auf „Dezentralisierung“ und Wirtschaftsreformen konzentrieren; LoC OSS/State Department Intelligence and Research Reports, part V, Postwar Europe 86/2091, R u. A Nr. 3015, „The New Czechoslovak Government“, 3. 4. 1945. Im Juli 1945 erwartete das OSS, die KPTsch werde etwa 25 % der Stimmen gewinnen und hinter der Tschechischen Nationalsozialistischen Partei bleiben, deren Stimmenanteil das OSS auf 30 bis 35 % schätzte. Vgl. NARA. Office of Strategic Services, Research and Analysis Branch, „Report on Czechoslovakia: Pivot Point of Europe“, 4. 7. 1945.

⁹¹ Vgl. Petr Mares, *Waiting for Godot. American Policy and the Czechoslovak Elections*, May 1946, in: *Soudobé dějiny* 4 (1997), H. 1.

⁹² Interview des Verfassers mit Kurt Taub, 6. 3. 2000.

Europas war. Die Sowjets hatten schon Anfang Juli klargemacht, daß sie weder an der Konferenz teilnehmen noch sich am Marshall-Plan selbst beteiligen würden. Die Tschechen aber – einschließlich der Führer der KPTsch – wollten noch am 7. Juli 1947 nach Paris reisen, wurden dann aber von einer Einladung in den Kreml überrascht.

Zwei Tage später war eine offizielle Prager Delegation in Moskau und mußte sich Stalins Tiraden gegen den Westen und gegen den Marshall-Plan anhören⁹³. Daß die Tschechen nach Paris gingen, sei „unerträglich“⁹⁴. Hauptzweck des Marshall-Plans sei es, die Sowjetunion zu isolieren und einen antisowjetischen Block zu bilden. Selbst Gottwald schien der Ton, den sich die Kreml-Führer gegenüber ihren Gästen herausnahmen, in Verlegenheit zu setzen. Andere waren einfach sprachlos⁹⁵. Jan Masaryk faßte den Vorgang in einer Unterhaltung mit seinem Freund Bruce Lockhart kurz und bündig zusammen: „Als Außenminister eines unabhängigen souveränen Staates bin ich nach Moskau gegangen; als Lakai der sowjetischen Regierung bin ich zurückgekommen.“⁹⁶ Nach einer dramatischen Sitzung der Prager Regierung am 10. Juli 1947 gab die Tschechoslowakei am folgenden Tag bekannt, daß sie in Paris nicht vertreten sein werde.

Die amerikanische Botschaft war gerade führerlos, als die Prager Regierung diese Kehrtwendung vollzog: Der Botschafter und der stellvertretende Missionsschef John Bruins nahmen an einer Bärenjagd teil, die das tschechoslowakische Außenministerium organisiert hatte. Die Amerikaner erfuhren von dem Vorfall sofort, und zwar aus zwei Quellen. Die eine befand sich im Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten Petr Zenkl, die andere in der Umgebung von Justizminister Prokop Drtina. Beide Männer waren eben aus Moskau zurückgekehrt und ihre Berichte detailliert und authentisch. George Bogardus wurde von Drtinas Amt informiert, Kurt Taub direkt von Zenkl. Die Frage war nun, was mit den Neuigkeiten geschehen solle, da die einzigen Amerikaner, die in der Botschaft Dienst taten, Charles W. Yost und Bogardus waren, von denen keiner einen höheren Rang innehatte. Yost galt als kenntnisreich und gut unterrichtet, auch verfügte er über ausgezeichnete Verbindungen zu den tschechoslowakischen Politikern. Von Steinhardt sagte man, er sei – vielleicht eben deshalb – auf Yost eifersüchtig⁹⁷. Bogardus und Yost, die naturgemäß zögerten, ihre Befugnisse zu überschreiten, entwarfen aber immerhin einen Bericht über das Debakel im Kreml, der, gezeichnet von Yost, nach Washington ging. Da er vom Schreibtisch eines untergeordneten Diplomaten kam, fand der Bericht in den Hallen des State Department allerdings kein sonderliches Echo.

⁹³ Vgl. das Dokument „Minutes of a Visit to Generalissimo J. V. Stalin on 9 July 1947“, in: Stalin, Czechoslovakia, and the Marshall Plan: New Documentation from Czechoslovak Archives, in: Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder 32 (1991), S. 134–144.

⁹⁴ Prokop Drtina, *Ceskoslovensko, muj osud*, Toronto 1982, Appendix IV, S. 683–690.

⁹⁵ SUA ACC CPC, Fond 100/24, Aufzeichnung eines Treffens einer tschechoslowakischen Regierungsdelegation mit Stalin und Molotow am 9. 7. 1947.

⁹⁶ R. H. Bruce Lockhart, *My Europe*, London 1952, S. 125.

⁹⁷ Interview des Verfassers mit George Bogardus, 3. 6. 1998, und mit Kurt Taub, 5. 3. 2000.

Kaum hatten die Amerikaner von dem Marshall-Plan-Treffen im Kreml Kenntnis erhalten, fanden die Tschechen heraus, daß die Amerikaner Bescheid wußten. Ein Informant in der Botschaft meldete: „Die Nachrichtenabteilung der amerikanischen Botschaft ist im Besitz einer Kopie des Telegramms, das Masaryk und Gottwald von Moskau nach Prag schickten und in dem sie die Ansicht der Sowjetunion zu unserer Annahme des Marshall-Plans darlegen. Das Telegramm besagt auch, wie die Regierung verfahren soll und daß die ursprüngliche Annahme des Plans zu revidieren ist.“⁹⁸

Schließlich sickerte die Geschichte auch zur „New York Times“ durch. Ein gründlicher Artikel schilderte das Marshall-Plan-Fiasko und die gespannte Situation in Prag realistisch und genau. Dann aber wurden gleichwohl „Beobachter“ – wahrscheinlich eine Anspielung auf amerikanische Diplomaten in Prag – zitiert, die nicht daran glaubten, daß die Russen versuchen werden, der Tschechoslowakei „jene Art von kommunistischem Staat [zu oktroyieren], wie er in Rumänien, Bulgarien und Polen besteht“. Nach dieser hoffnungsvollen Ansicht werde der Kreml, so schrieb das Blatt, seiner Tradition folgen und sich auf Rußland zurückziehen, damit die russische Bevölkerung nicht westlich infiziert werde⁹⁹. Solcher Optimismus war auch in den Anschauungen des Botschafters und seines Stellvertreters verankert. John Bruins schrieb am 28. Januar 1948, drei Wochen vor dem Staatsstreich, nach Washington, daß „80 Prozent der tschechischen Bevölkerung die Demokratie westlicher Art dem Kommunismus vorziehen“¹⁰⁰. Selbst wenn dies zuträfe, war doch völlig unklar, ob den Vorlieben der tschechoslowakischen Wähler im Januar 1948 noch Relevanz zukam. Mittlerweile war die Kontrolle, die sich die Kommunisten über die meisten Regierungszweige verschafft hatten, fast komplett. Die Jahre, die Steinhardt in Stalins Sowjetunion verbracht hatte, hätten ihn eigentlich lehren sollen, daß oft nackte Gewalt den Lauf der Geschichte bestimmt.

Auch die Leistung der Botschaft während der entscheidenden Tage des Februar 1948 ist nicht eindrucksvoll. Botschafter Steinhardt hielt sich in den Vereinigten Staaten auf, Spencer Taggart machte mit seiner Frau eine Autotour durch Italien. Taggarts Tagebuch schildert ihre Rückkehr nach Prag am 29. Februar 1948, drei Tage nachdem die Krise ihren Höhepunkt erreicht hatte: „Es war, als habe eine gigantische Begräbnisstimmung das ganze Land erfaßt. Es gab nur wenig Verkehr. Wir schienen praktisch allein zu sein. Die Tschechen sind große Spaziergänger, aber an diesem Sonntag sahen wir nur wenige, und diese wenigen legten eine ernste und trauervolle Haltung an den Tag.“ In der Botschaft erfuhr Taggart: „In der ganzen Machtstruktur ist das Oberste zuunterst gekehrt und alles durcheinander geschüttelt worden. Fast alle unsere Freunde in der Regierung sind rausgeworfen worden. Mehrere wurden verhaftet und sitzen

⁹⁸ SUA ACC CPC, Fond 100/36, file 401-4, 26. 10. 1947.

⁹⁹ James Reston, Czechs Bow East Politically But Back West Intellectually, in: New York Times, 5. 8. 1947.

¹⁰⁰ John H. Bruins, amerikanischer Geschäftsträger in Prag, an den Außenminister in Washington, in: Foreign Relations of the United States, 1948, Bd. IV, Washington 1974, S. 733.

im Gefängnis. Einer hat, als politische Demonstration, versucht, sich umzubringen. Andere befinden sich in Hausarrest, darunter auch Petr Zenkl, der Führer der demokratischen Opposition. Etliche sind untergetaucht oder suchen Sicherheit jenseits der Grenze.“¹⁰¹

Es ist eine grausame Ironie, daß Antikommunisten wie Steinhardt, Taggart, Katek und Oberst Michela die Vorbereitungen für das kommunistische Endspiel entgangen waren. Steinhardt und seine höheren Mitarbeiter hatten vornehmlich mit dem Adel und den Besitzenden Umgang gehabt. Sie hatten daher nicht bemerkt, daß die KPTsch nicht nur in der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften Anhänger gewonnen hatte, sondern auch unter den Intellektuellen, eine traditionell wichtige Gruppe der tschechischen Gesellschaft. Weder die Botschaft noch die Militärmission hatten Kontakt zu diesen Kreisen. Der KPTsch war es außerdem gelungen, die demokratischen Parteien mit ihren Agenten zu durchsetzen, so daß die Aktivitäten jener Parteien vorhergesehen und neutralisiert werden konnten. Die Demokraten waren nicht auf die Idee gekommen, daß solche Praktiken möglich seien. Sie und ihre amerikanischen Freunde in der Botschaft und in der Militärmission hatten auch keine Quellen im Politbüro der KPTsch oder im ZK-Apparat erschließen können.

Daß es der Diplomatie und den Nachrichtendiensten der USA nicht gelang, die wahren Dimensionen der politischen Krise in Prag zu erkennen, brachte viele in Washington dazu, zu lange an einer unrealistisch optimistischen Sicht der Dinge festzuhalten. Kurz bevor sie im Januar 1948 die Vereinigten Staaten verließ, um an der Prager Botschaft ihren Posten als Dritter Sekretär anzutreten, erhielt Louise Schaffner im State Department ihre Einweisung in die aktuelle Lage der Tschechoslowakei. Während der langen Lektionen äußerte niemand die Sorge, daß dieser „Schlüsselpunkt Europas“, wie das OSS die Tschechoslowakei im Sommer 1945 genannt hatte, am Rande einer kommunistischen Machtergreifung stehen könne. „Steinhardt hatte jedermann in Washington gesagt, die Tschechoslowakei sei ein stabil westliches Land“, erinnerte sich Schaffner, „eine Brücke zwischen den beiden Welten. Die Leute im Tschechischen Referat waren sehr optimistisch. In ihren Augen segelte die Tschechoslowakei noch immer im Wind ihrer Vorkriegsreputation. Das Land schien demokratisch zu sein und zu prosperieren. Da war kein Gefühl, daß in der Zukunft Gefahren lauern, kein Anzeichen von Gefahr. Washington hatte keine Ahnung, was hinter den Kulissen geschehen war, zum Beispiel als Resultat der kommunistischen Übernahme des Innenministeriums.“ Auch nachdem sie am 10. Januar 1948 in Prag angekommen war und mit ihren neuen Kollegen – einschließlich des antikommunistischen Obersten Michela – sprechen konnte, fand die junge Frau nichts, „was einem Angst eingejagt hätte“¹⁰².

Steinhardts Optimismus mag die Botschaft und einige im State Department beeinflußt haben. Aber führende amerikanische Diplomaten wie George Kennan

¹⁰¹ Spencer L. Taggart, Diary, unveröff. Manuskript im Besitz des Verfassers.

¹⁰² Interview des Verfassers mit Louise Schaffner, 28. I. 1999.

und Charles Bohlen wurden vom Prager Staatsstreich nicht überrascht¹⁰³, was nicht an den Berichten der amerikanischen Botschaft in Prag und an den vom Nachrichtendienst gelieferten Informationen lag. Zu denen, die einen kommunistischen Schlag gegen das demokratische System in der Tschechoslowakei erwartet hatten, gehörte auch Außenminister Marshall. In einem Memorandum für Präsident Truman behandelte er die Frage im November 1947 wie ein Stratege, der sich über eine Landkarte beugt. Er fand, daß Moskau „wahrscheinlich gegen die Tschechoslowakei vorgehen muß, da eine relativ freie Tschechoslowakei ein gefährlicher Keil in Moskaus politischer Position werden könnte“¹⁰⁴.

Marshall's auf gesunden Menschenverstand gegründete Methode und seine jahrelange militärische Erfahrung ermöglichten eine tiefere Einsicht in die Prager Krise, als jene amerikanischen Diplomaten und Nachrichtenleute gewonnen hatten, die in Prag stationiert waren. Daß der Außenminister, ein Mann, der nie in der Stadt gewesen war, sich ein treffenderes Urteil über die heranreifende Krise gebildet hatte als die Nachrichtenoffiziere mit Sprachkenntnissen und den besten Beziehungen zu hochrangigen Politikern, selbst zu Kabinettsmitgliedern, stellt der Leistung des amerikanischen Nachrichtendienstes kein gutes Zeugnis aus.

Oberst Katek und Sergeant Taub waren noch vor dem Ende des Staatstrechs formell aufgefordert worden, das Land zu verlassen, da ihre Aktivitäten mit ihrem offiziellen Status nicht vereinbar seien¹⁰⁵. Katek ging ungerne, Taub hingegen war nur zu froh. Seit 1946 hatten ihn der tschechoslowakische und der sowjetische Geheimdienst heftig bedrängt, ihr Agent zu werden¹⁰⁶. Der NKWD nahm schon im November 1941 Verbindung zu Taub auf, als er und seine Familie vorübergehend in Schweden lebten. Die Sowjets verloren seine Spur, als er in die Vereinigten Staaten ging, doch 1946 fanden sie ihn in Prag wieder, wo sie durch ihn an die Geheimnisse der Militärmission zu kommen suchten. Taub unterrichtete Oberst Katek über diese Versuche und erklärte auch die Umstände, die zu seinen ersten Kontakten mit dem NKWD in Schweden geführt hatten. Katek akzeptierte die Erklärung und verfaßte ein Memorandum für Washington, in dem er die frühere und derzeitige Situation Taubs in allen Einzelheiten darlegte. Er bürgte persönlich für die Loyalität seines jüngeren Kollegen.

Kurt Taubs Lage wurde noch dadurch erschwert, daß die Nachrichtendienste der Tschechoslowakei und der Sowjetunion, während er mit Oberst Katek arbeitete, seinen Bruder Walter Taub beschäftigten; er führte den Decknamen TERENCE¹⁰⁷. Kurt Taub wies einen groben Rekrutierungsversuch zurück, den

¹⁰³ Siehe Melvyn P. Leffler, *A Preponderance of Power. National Security, the Truman Administration, and the Cold War*, Stanford 1992, S. 204 f.

¹⁰⁴ Harry S. Truman Presidential Library, Papers of Harry S. Truman, Files of the White House Naval Aide, G. C. M., Secretary of State, Memorandum for the President, 7. 11. 1947.

¹⁰⁵ Interview des Verfassers mit Kurt Taub, 7. 3. 2000.

¹⁰⁶ UZSI, 11850/300, „Cinnost USA rozvedky v NSR proti CSSR“, Svazkový fond I. spravy SNB ve sprave archivu UZSI. Alle Informationen über Taubs Kontakte zu den tschechoslowakischen und sowjetischen Nachrichtendiensten stammen aus dieser bemerkenswerten Akte.

¹⁰⁷ UZSI, 11850/300. Danach arbeitete Walter Taub noch im Januar 1971 für den tschechoslowakischen Nachrichtendienst.

Zdenek Toman, der Chef des tschechoslowakischen Nachrichtendienstes, unternahm¹⁰⁸. Jedoch traf er mehrmals Alois Susanek (Deckname TWIST), den Chef von SMERSCH, der sowjetischen militärischen Abwehr, und im August 1947 Wladimir Tuchonow, einen Agenten der sowjetischen Residentura in Prag; auch hatte er mehrere Begegnungen mit M. M. Chasanow (Deckname DIMITRY), einem weiteren in Prag stationierten Nachrichtenoffizier.

Nachdem er Prag am 18. März 1948 verlassen hatte, blieb Taub beim amerikanischen Nachrichtendienst. Er änderte seinen Namen in Kurt L. Taylor und dirigierte geheime Operationen von Regensburg aus; seine Gruppe hieß offiziell „Economic Research Unit“, führte jedoch in Wirklichkeit nachrichtendienstliche Unternehmungen durch. Junge Männer, in Flüchtlingslagern rekrutiert und kaum ausgebildet, wurden durch den Eisernen Vorhang geschickt, oft mit nur vage definierten Aufträgen („Halt deine Augen offen“); stets außerordentlich gefährvolle Aktionen, waren ihre Verluste extrem hoch.

Der tschechoslowakische Nachrichtendienst suchte noch jahrelang eine professionelle Beziehung zu Taub anzuknüpfen. Erst am 14. März 1973 kam Prag zu dem Schluß, daß er – in den StB-Akten wird der Deckname DABL benutzt – nicht mehr von Interesse sei, und die Quellen, die seinen Fall betreffen, wanderten in das StB-Archiv. Die sowjetischen und tschechischen Dokumente, die in Kurt Taubs Prager Akten zu finden sind, bieten einen guten Einblick in die trübe Welt der Doppel- und Dreifachagenten, wie sie für die nachrichtendienstlichen Operationen des Kalten Krieges charakteristisch ist. Sie werfen viele Fragen auf, erlauben aber – und das ist gewiß typisch für das Genre – nicht genug Antworten.

Die Ausreise Kateks und seiner Leute war nur der Anfang. Laurence Steinhardt wurde zum amerikanischen Botschafter in Kanada ernannt und verließ Prag am 19. September 1948. Andere folgten bald. Manche sahen sich auf neue Posten versetzt, einige fanden ihre Erlebnisse an der Prager Botschaft derart frustrierend, daß sie den diplomatischen Dienst quittierten¹⁰⁹. Ohne Steinhardt und Katek verloren die amerikanischen Missionen in Prag viel von ihrem bisherigen Glanz.

Steinhardts Nachfolger, Botschafter Joseph E. Jacobs, ein überaus traditioneller Diplomat, traf im Oktober 1948 in Prag ein. Nach alter Gewohnheit fungierte der amerikanische Botschafter – beziehungsweise vor dem Krieg der Gesandte – als Doyen des Diplomatischen Korps in der Tschechoslowakei. Aber die neue kommunistische Regierung des Landes forderte Jacobs auf, seine Beglaubigung erst im Januar 1949 zu übergeben, ein Zeichen, daß eine neue Ära begonnen hatte.

¹⁰⁸ Interview des Verfassers mit Kurt Taub, 7. 3. 2000.

¹⁰⁹ Unter denen, die eine Karriere im Auswärtigen Dienst aufgaben, war Ralph Saul. Er kam Weihnachten 1947 als Dritter Sekretär nach Prag. Er verließ die Stadt und den Auswärtigen Dienst im September 1948, nachdem er in eine Operation verwickelt gewesen war, die geheime Papiere vom Schreibtisch des Generals Bohumil Bocek, Generalstabschef der tschechoslowakischen Armee, in den Westen verbrachte. Er fand das Erlebnis beängstigend und frustrierend. Es war ja offensichtlich, daß diejenigen, die das Material lieferten, ihr Leben riskierten, und es war andererseits keineswegs sicher, daß sie ihre Ziele erreichten. Interview des Verfassers mit Ralph Saul, 16. 4. 2004

Der amerikanische Nachrichtendienst und das Nechansky-Wahl-Netz

Außenminister Marshall wurde vom kommunistischen Staatsstreich in der Tschechoslowakei nicht überrascht, er betrachtete ihn, wie viele andere, als eine Wasserscheide in den Ost-West-Beziehungen. Am 10. März 1948 erklärte er, die Situation in Europa sei „sehr, sehr ernst“, und zehn Tage später forderte er „dringendes und entschlossenes Handeln“, sofern die Vereinigten Staaten den Westen verteidigen wollten¹¹⁰. Es war freilich keineswegs klar, ob die amerikanische Botschaft in Prag in der Lage war, einen Beitrag zu entsprechenden Anstrengungen zu leisten. Der Staatsstreich vom Februar hatte die Schwäche des offenen Nachrichtensammelns, wie es von der Militärmission betrieben worden war, brutal aufgedeckt. Fast über Nacht hatten die Gäste von Oberst Katek ihre Stellungen in Regierung, Sicherheitsdienst, Armee und Geschäftswelt verloren. Einige waren nicht mehr am Leben, etliche im Gefängnis, die Mehrzahl auf der Flucht; wer Glück gehabt hatte, befand sich bereits im Westen; manche der prominenten Stammgäste der Militärmission standen unter Hausarrest. Keiner hatte mehr Zugang zu Informationen, die für die Amerikaner von Interesse gewesen wären. Weder Katek noch Taggart hatten daran gedacht, ein nachrichtendienstliches Netz aufzubauen, das im Falle einer kommunistischen Machtergreifung hätte aktiviert werden können. Dies nachzuholen war nahezu unmöglich. Kein Tscheche, der irgendein wichtigeres Amt innehatte – ausgenommen StB-Agenten – wagte es noch, die amerikanische Botschaft aufzusuchen, und nur wenige waren willens, das Risiko auf sich zu nehmen, das selbst bei privaten Gesprächen mit amerikanischen Diplomaten eingegangen werden mußte.

Und doch waren gerade jetzt Informationen besonders gefragt. Im Juni oder Juli 1948, in den ersten Wochen der Berliner Blockade, ließ General Lucius D. Clay, Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa und Militärgouverneur der US-Zone in Deutschland, Taggart kommen und eröffnete ihm, ein Krieg mit der Sowjetunion sei binnen vier Monaten zu erwarten¹¹¹. Der General gab Taggart den Auftrag, in der Tschechoslowakei ein nachrichtendienstliches Netz aufzubauen und die Agenten mit Funkgeräten auszurüsten. Das Netz sollte inaktiv bleiben, solange noch Frieden herrschte, und erst im Falle von Feindseligkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und dem Sowjetblock tätig werden. Als Aufgabe war die Sammlung militärischer Informationen vorgesehen, die den Amerikanern zu übermitteln waren, falls die Ost-West-Spannung die Evakuierung der amerikanischen Botschaft in Prag erforderlich machen würde¹¹².

Taggart war erpicht darauf, seine Instruktionen auszuführen, sollte aber den Prager Posten spätestens im Oktober 1948 aufgeben. Überdies konnten sich er

¹¹⁰ John D. Campbell, *The United States in World Affairs 1947–1948*, New York 1948, S. 495 f. Marshalls Erklärung zur Tschechoslowakei vom 10. 3. 1948 wurde von der tschechoslowakischen Botschaft in Washington aufgefangen; AMZV, Generalni sekretariat, 1945–54, Schachtel 194, Tschechoslowakische Botschaft, Washington, an MZV, Prag, Telegramm, 11. 3. 1948.

¹¹¹ Interview des Verfassers mit Spencer L. Taggart, 23. 4. 1999.

¹¹² AMV, V-5443, Akt Nr. 1, Vernehmung von Jaromir Nechansky, 5. 11. 1949, und Interview des Verfassers mit Spencer L. Taggart, 23. 4. 1999.

und Meryn, der, wie schon gesagt, keinen diplomatischen Schutz genoß, nur auf zwei Leute an der Botschaft verlassen, auf Walter Birge und Louise Schaffner. Beide hatten jedoch nur den Rang eines Dritten Sekretärs, und beide waren ohne nachrichtendienstliche Ausbildung. Hinzu kam ein weiteres Problem. Taggart, Meryn, Birge und Schaffner hatten es nicht allein mit OBZ und StB zu tun, sondern auch mit Botschafter Jacobs, der keinen Zweifel daran ließ, daß er jeden Versuch, Diplomatie und Nachrichtendienst zu vermengen, mißbillige. „Ein strenges Disziplinarverfahren“, so drohte er, werde gegen jeden eingeleitet, der die Anordnung gegen geheime Aktivitäten mißachte¹¹³. Seine offizielle Position im amerikanischen Nachrichtendienst hätte Taggart gegen den Zorn des Botschafters nahezu immun gemacht. Aber Birge und Schaffner riskierten ihre Karriere. Daß tschechische Kontakteleute ihr Leben aufs Spiel setzten, verstand sich von selbst.

Als Taggart die Liste von Personen durchging, die ihm beim Knüpfen eines Netzes, wie es General Clay vorschwebte, vielleicht hätten helfen können, verfiel er auf Major Nechansky (Jg. 1916). Es war keine glückliche Wahl, denn Nechansky, ein tapferer, hoch motivierter, von den Briten ausgebildeter Kommando- und Nachrichtenoffizier, mußte auf Grund seines Kriegsdienstes im Westen, seiner Tätigkeit in der besetzten Tschechoslowakei von Februar bis Mai 1945 und seiner häufigen gesellschaftlichen Kontakte mit den Amerikanern vor dem kommunistischen Staatsstreich die Aufmerksamkeit des OBZ auf sich ziehen¹¹⁴. Die militärische Abwehr hatte bereits 1946 konstatiert: „In letzter Zeit hat Katek CPT Nechansky recht oft in seiner Wohnung besucht. Sie haben sich in der Vergangenheit flüchtig gekannt, doch jetzt ist Katek dort öfter als zuhause.“ An anderer Stelle vermerkte das OBZ, daß „Nechansky in ständigem Kontakt mit Katek ist; höchstwahrscheinlich arbeitet er für ihn“¹¹⁵. Außerdem war bekannt, daß Nechansky eine enge Freundschaft mit Kurt Taub verband, seit die beiden am 8. Mai 1945 in Taubs Jeep von Prag nach Pilsen gefahren waren, um in letzter Minute ein weiteres Vordringen der 3. Armee zu erreichen. Allein deswegen rangierte Nechansky auf der Schwarzen Liste des OBZ sehr hoch.

Die Amerikaner entschlossen sich, auch Veleoslav Wahl zu rekrutieren. Dieser junge Mann – er war 1922 geboren – kam aus einer bekannten Familie, die bereits über Gebühr gelitten hatte: Sein Vater, Veleoslav, und sein Onkel, Karel, waren 1942 von den Nationalsozialisten erschossen worden, der Vater seiner zukünftigen Frau, Josef Ruzicka, war im Konzentrationslager Mauthausen ums Leben gekommen. Der junge Wahl schloß sich ohne Zögern dem Widerstand an und wurde einer der wenigen wirklich effektiven Widerstandsführer in der besetzten Tschechoslowakei. In Anerkennung seiner Verdienste durfte er im Namen des einheimischen Widerstands Präsident Benesch willkommen heißen, als dieser

¹¹³ Birge, unveröff. Manuskript, Kapitel „Czechoslovakia“.

¹¹⁴ Interview der Verfassers mit Spencer L. Taggart, 23. 4. 1999.

¹¹⁵ AMV, Z-651, Akt Nr. 13, OBZ (Hauptdirektorat), Verteidigungsministerium, Zusammenfassung von Berichten 302-592-1.

in das befreite Prag zurückkehrte¹¹⁶. Es war wenig hilfreich, daß man Nechansky und Wahl seit dem Krieg als enge Freunde kannte. Würde der eine enttarnt, mußte das automatisch zur Festnahme des anderen führen.

Der Plan, ein neues Agentennetz zu knüpfen, das vom Palais Schönborn aus kontrolliert werden sollte, wurde Ende März 1948 in der eleganten Villa der Familie Wahl am Fuße des Petrinhügels ausgeheckt. Dort hatte man den spektakulärsten Blick auf die Stadt, und die amerikanische Botschaft lag nur einen Straßenzug entfernt. Walter Birge appellierte an den Patriotismus von Wahl und Nechansky und forderte, daß alle guten Tschechen nun verpflichtet seien, gegen die kommunistische Diktatur zu arbeiten, ganz so, wie die beiden während des Krieges gegen den Nationalsozialismus gekämpft hätten. „Er versicherte uns“, sagte Nechansky später vor dem StB aus, „daß wir in unserem Kampf unbegrenzte Unterstützung durch die Botschaft der Vereinigten Staaten genießen würden.“ Die beiden akzeptierten und handelten schnell. Bereits Anfang Juli 1948 konnten sie Birge melden, daß sie zwei Ringe etabliert hätten, einen (Deckname PISEK) in Südböhmen, den anderen (Deckname MOST) im Norden; die Vorbereitungen für ein drittes Netz (Deckname JIHLAVA) seien im Gange. Die Agenten der Ringe sollten militärische, politische und industrielle Informationen sammeln. Birge war hochofret. Er sagte Nechansky, in Zukunft werde der Kontakt von professionellen Nachrichtendienstlern gehalten¹¹⁷.

Dem folgte eine Reihe geheimer Zusammenkünfte Nechanskys mit Samuel Meryn und, später im August, auch mit Taggart. Bei dieser Gelegenheit, so berichtete Nechansky dem StB, „hat Taggart gesagt, es sei angezeigt, in nächster Zukunft, vielleicht im Herbst oder im Winter, eine dramatische Veränderung der internationalen Landschaft zu erwarten [...]. Daher hat er verlangt, daß ich den Aufbau meines Netzes abschließe. Die Zeit, es zu nutzen, erklärte Taggart, stehe bevor.“

Die weitere Geschichte besteht aus einer Serie bizarrer und trivialer Irrtümer und endet in einer Tragödie. Samuel Meryn lieferte den tschechischen Agenten vier amerikanische Sendegeräte. Die Transaktion geriet zu einer bösen Pfuscherei, da zunächst Lieferanten und Empfänger an verschiedenen Orten aufeinander warteten und sich danach herausstellte, daß Bedienungsanleitungen und Verschlüsselungsvorschriften zu einem ganz anderen Modell gehörten. Wochen vergingen, ehe Meryn, der erst Taggart in den Vereinigten Staaten konsultieren mußte, die wertlosen Anleitungen zurückzog. Er versprach, den Fehler zu korrigieren, und verlangte dann von Nechansky und Wahl komplette Listen ihrer Unteragenten. Nechansky, mittlerweile über Meryns Dilettantismus mehr als verärgert, weigerte sich rundweg; so etwas verstoße gegen die fundamentalen Regeln geheimdienstlicher Arbeit.

Anfang November 1948 verlangte Meryn ein weiteres Treffen, doch wollte er lediglich mitteilen, daß er das Land verlassen werde. Daneben sagte er Nechansky,

¹¹⁶ Wahl war Mitbegründer und einer der aktivsten Führer von Zpravodajská brigada, einer Widerstandseinheit; vgl. die vom Verteidigungsministerium herausgegebene Broschüre Zpravodajská brigada, Prag 1999.

¹¹⁷ AMV, V-5443, Vernehmung Nechansky, 5. 9. 1949.

daß die Vereinigten Staaten nicht länger mit einem baldigen bewaffneten Konflikt mit der Sowjetunion rechneten; er drängte ihn daher, zwar weiterhin an seinen Agentenringen zu arbeiten, sie aber vorerst nicht zu aktivieren. Er vermochte die Anleitungen und Verschlüsselungsvorschriften nicht zu liefern; so waren die Sendergeräte nicht zu benutzen, mußten jedoch, wenn man sie entdeckte, Nechansky und Wahl unweigerlich an den Galgen bringen.

Nechansky fand die Situation rätselhaft. Im Spätsommer 1948 hatte Taggart mit großem Nachdruck rasches Handeln gefordert – dann verschwand er. Meryn lieferte Sendergeräte mit den falschen Anleitungen – dann verließ auch er das Land. Dafür erschien Walter Birge wieder auf der Bühne und traf sich mehrmals mit Nechansky – doch das einzige Ergebnis dieser gefährlichen Begegnungen war die Einladung Nechanskys und Wahls zu Birges Hochzeit am 26. März 1949. Es ist kaum zu glauben, aber Nechansky und Wahl nahmen tatsächlich an der glänzenden Feier teil. Während des Empfangs eröffnete ihnen Birge, daß auch er Anfang Mai Prag verlassen werde; ihre Kontaktperson zur Botschaft, so sagte Birge den beiden, sei künftig Louise Schaffner. Am 9. Mai 1949 fuhren Birge und seine tschechische Braut – „Typ Hedy Lamarr, neunzehn Jahre alt“, schrieb Birge später – in seinem Alfa Romeo über die tschechoslowakische Grenze. Nach einem Stop in Italien, wo sie Ersatzteile für das Auto besorgten, war ihr Bestimmungsort New York City, Fifth Avenue¹¹⁸.

Schaffner traf einige Male mit Nechansky und Wahl zusammen, um von ihnen Informationen zu erhalten und das Neueste über ihre Netzwerke zu erfahren. Sie teilte den beiden mit, der amerikanische Nachrichtendienst wolle etliche ihrer Agenten in der US-Zone in Deutschland zu Funkern ausbilden. Nechansky und Wahl sollten die Agenten außer Landes schleusen und nach ihrer Rückkehr entsprechend einsetzen. Auf diese Weise würden die Anleitungen überflüssig, da die Funker alles, was sie wissen mußten, sich während der Ausbildung einprägen könnten. Schaffners Unterredungen mit den zwei Tschechen fanden, wie schon die Birges, in Wahls Haus statt. Die Amerikaner hielten das für einen sicheren Ort, da das Erdgeschoß an die schwedische Botschaft vermietet war. In ihren Augen würden Agenten des tschechischen Geheimdienstes, die Louise Schaffner beschatteten, zu dem Schluß kommen, daß sie den schwedischen Botschafter Hammerström aufsuchte und nicht den tschechischen Spion, dem das Haus gehörte. Ein Gefühl von Normalität regierte wieder im Palais Schönborn. Meryn, der Ende 1948 von Prag nach Deutschland gegangen war, glaubte im August 1949, es sei nun sicher genug, wieder zurückzukehren.

Darauf hatte das StB gewartet. Anfang September 1949 wurden erst Nechansky, dann Wahl und schließlich alle ihre Agenten verhaftet. Samuel Meryn kam rund sechs Wochen später an die Reihe. Es ist völlig unverständlich, wieso dieser „Angestellte des Amts des Militärattachés“, der keinen Diplomatenstatus hatte, nicht gleich nach der Festnahme Nechanskys aus der Tschechoslowakei herausgeschafft worden ist. Meryns Haus wurde am 21. Oktober 1949 durchsucht, er selbst

¹¹⁸ Birge, Aufzeichnungen, Kapitel „Czechoslovakia“.

am folgenden Tag verhaftet. Als amerikanischer Bürger kam Meryn nach einundzwanzig Tagen wieder frei. Von Gewaltanwendung blieb er verschont. Doch zeigte er während der zahllosen Verhöre beträchtlichen Mut; er bestritt hartnäckig, trotz der Beweise, die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen¹¹⁹.

Die anderen hatten keine Chance. Alle – Frauen wie Männer – wurden gefoltert. Selbst der Polizeifotograf, der Aufnahmen für das Gericht machte, gab sich keine Mühe, diesen Sachverhalt zu vertuschen. Der Prozeß, der im April 1950 stattfand, entwickelte sich zu einer Orgie anti-amerikanischer Propaganda, ausgeübt sowohl in Rude Pravo, dem kommunistischen Zentralorgan, wie auch in anderen Blättern¹²⁰. Die Namen Taggart, Meryn, Schaffner und Birge erschienen wiederholt in der gelenkten Presse, begleitet von Fotos der Sendegeräte und Waffen, die das StB in den Häusern der potentiellen Agenten gefunden hatte.

Über den Ausgang des Verfahrens war schon vorher entschieden worden. Nechansky und Wahl wurden zum Tode verurteilt und am 16. Juli 1950 hingerichtet. Wahls Großmutter hatte nun zwei Söhne und einen Enkel verloren. Weder Nechansky noch Wahl durften ihre Frauen noch einmal sehen, ehe man sie zum Galgen führte, den ein gewisser Vladimir Trunda bediente¹²¹. Wahls Frau wurde ebenfalls festgenommen und verbrachte elf Jahre in Haft. Ihre Freunde und Kollegen erhielten lebenslänglich, fünfundzwanzig Jahre, zwanzig Jahre, achtzehn Jahre ...

Im Nachspiel zu dem Fiasko erklärte die tschechoslowakische Regierung John Heyn, einen politischen Beamten der amerikanischen Botschaft, zur Persona non grata. Er war im Juni 1949 gekommen und verließ das Land im Oktober – ohne daß Washington protestiert oder Vergeltungsmaßnahmen getroffen hätte. Daß seine Wohnung kurz nach seiner Ankunft vom StB durchsucht wurde und daß er ohne Aufhebens wieder verschwand, bestätigte einigen seiner Kollegen den von Anfang an gehegten Verdacht, er sei ein Nachrichtenoffizier, der nach Prag geschickt worden war, um bei der Bereinigung der Nechansky-Wahl-Affäre zu helfen¹²². Auch Louise Schaffner wurde Persona non grata und hatte ihren Platz in Prag zu räumen, gerade als Meryn ins Gefängnis wanderte, ebenso Isaac Patch, ein politischer Attaché, den Birge einmal Nechansky und Wahl vorgestellt hatte; am 22. Oktober 1949 zur Persona non grata erklärt, erhielt er nur vierundzwanzig Stunden Frist für seine Ausreise. Hauptmann (später Oberst) Jack Novak wurde am 3. November 1949 bei einem toten Briefkasten erwischt; auch er mußte das

¹¹⁹ AMV, V-5443, Akt Nr. 2. Nach seiner Freilassung aus tschechischer Haft wurde Meryn wiederholt von den Amerikanern vernommen, von denen einige glaubten, Meryn sei nur freigekommen, weil ihn das StB zu einem Doppelagenten gemacht hatte. Er wurde von diesem Verdacht erst losgesprochen, nachdem er „viele Tests mit einem Lügendetektor glorreich bestanden hatte“; Interview mit Spencer L. Taggart, 23. 4. 1999.

¹²⁰ Vgl. z.B. „Zradci ve sluzbach imperialismu doznali ciny, organisovane americkymi diplomaty“, in: Prace, 21. 4. 1950.

¹²¹ Archiv des Justizministeriums, fond Klos. Klos war Stellvertreter des Justizministers Stefan Rais.

¹²² Interview des Verfassers mit Louise Schaffner, 29. 1. 1999.

Land sofort verlassen. „Es war lächerlich zu glauben, wir könnten mit dem, was wir machten, davonkommen“, meinte er später¹²³.

Und das war noch nicht genug. Prag verlangte auch die Schließung des amerikanischen Generalkonsulats in Preßburg und die Reduzierung des diplomatischen Personals in Prag auf achtzehn, das heißt um zwei Drittel. Washington kam dem sofort nach, antwortete aber mit der Schließung des tschechoslowakischen Generalkonsulats in New York und der Konsulate in Cleveland, Pittsburgh und San Francisco. Auch wurde eine Herabsetzung des Personalbestands der tschechoslowakischen Botschaft in Washington gefordert¹²⁴. Während der ganzen Krise, die von der Nechansky-Wahl-Affäre ausgelöst wurde, gaben die Amerikaner zu verstehen, daß der Fall nichts anderes als eine weitere Manifestation von kommunistischer Paranoia sei¹²⁵. Aber Taggart, Meryn, Taub, Birge, Schaffner und andere, die mit den beiden Männern zusammengearbeitet hatten, wußten sehr wohl, daß die amtlichen tschechischen Protokolle größtenteils die Wahrheit enthielten¹²⁶.

Amerikas tschechischer Gegner

Die Annahme wäre verständlich, daß die amerikanischen Dienste in Prag den geschilderten strategischen Rückschlag erlitten, weil sie es mit einem überlegenen Gegner zu tun hatten. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Das Versagen, das der amerikanische Nachrichtendienst in der tschechoslowakischen Krise von 1945 bis 1948 zu verzeichnen hatte, wird erst dann in seinem vollen Ausmaß erkennbar, wenn man die geringe Stärke und Qualität des tschechischen Gegners berücksichtigt. Ein Dokument, das zwei tschechische Sicherheitsoffiziere, Stepan Placek und Karel Cerny, im Juli 1948 verfaßten, beschreibt detailliert die materiellen Schwierigkeiten, mit denen die Abwehr der Tschechoslowakei zu kämpfen hatte¹²⁷.

Nach Placek und Cerny bestand der Stab der amerikanischen Botschaft aus 220 Personen, denen annähernd 150 Autos zur Verfügung standen. Die Abteilung des tschechischen Sicherheitsapparats, der die Beobachtung der amerikanischen Aktivitäten oblag, setzte sich aus zwei Offizieren und vier Verwaltungsfunktionären zusammen; sie hatten nur einen Wagen. Die britische Botschaft zählte etwa 200 Angehörige mit mehr als 50 Autos. Hier waren auf tschechischer Seite lediglich zwei Offiziere und vier weitere Angestellte tätig; ihr einziger Wagen bedurfte dringend der Reparatur. Die französische Botschaft operierte mit einem

¹²³ Telefonisches Interview mit Oberst Jack Novak, 12. 12. 1988.

¹²⁴ AMZV, Teritorialni odbor, tajne, 1960–64, USA, Schachtel 2, MZV, Internes Memorandum zu den tschechoslowakisch-amerikanischen Beziehungen, 24. 7. 1961.

¹²⁵ „Breaking Relations with US Held Aim of Czech Spy Trial“, in: The New York Times, 2. 6. 1950.

¹²⁶ Louise Schaffner sah einen großen Teil der Nechansky/Wahl-Dokumente im Archiv des Innenministeriums, Prag. „Es klingt richtig“, sagte sie im Interview vom 29. 1. 1999.

¹²⁷ SUA ACC CPC, fond 100/35, Bd. 35, archival unit 1164, „Dopis Stepana Placka a Karla Cerneho ustrednimu vyboru KSC o situaci ve Statni bezpecnosti“, 13. 7. 1948.

Stab von mehr als hundert Personen, dazu kam noch das weithin populäre Französische Institut; dem standen ein Offizier und vier Verwaltungshelfen gegenüber.

Placek und Cerny machten darauf aufmerksam, daß dem StB „ein Wagen gegeben wurde, der nur eine Höchstgeschwindigkeit von 60 km/h aufzuweisen hat, von dem aber 140 km/h verlangt werden“. Infolgedessen mußten die Offiziere erleben, wie das Vehikel Teile verlor und beinahe auseinanderbrach, während es auf der Straße dahinfuhr. Es ist gewiß wahrscheinlich, daß Placek und Cerny solche Mängel bewußt übertrieben und dramatisierten, um mehr und geeignetere Leute und eine bessere Ausrüstung zu bekommen. Doch ist schwer vorstellbar, daß ihr formeller und für die Spitzen der KPTsch bestimmter Bericht ohne Bezug zur Realität gewesen ist.

Schlußfolgerung

Als amerikanische Nachrichtenoffiziere im Mai 1945 in die Tschechoslowakei kamen, sah es so aus, als gebe es gute Karten für die Sache der westlichen Demokratie. Sie waren gebildet und motiviert, sie verstanden das Land, seine Sprache und Geschichte, sie hatten Zeit, sich auf die Konfrontation mit ihrem sowjetischen Gegner vorzubereiten, und sie erfreuten sich der vorbehaltlosen Unterstützung durch Botschafter Steinhardt.

Auch war etwa die Hälfte der politischen und militärischen tschechischen Elite, davon eine nicht geringe Anzahl im Sicherheitsapparat, für jene Amerikaner offen, die den Auftrag hatten, vertrauliche Informationen zu beschaffen. Die amerikanischen Nachrichtenoffiziere, die in Prag politische, militärische und wirtschaftliche Geheimnisse ausspähen sollten, hatten Zugang zu einigen der höchstrangigen Personen im Präsidialamt, im Außenministerium wie im Verteidigungs- und im Innenministerium. Manche tschechische Beamte drängten sich förmlich dazu, den Amerikanern vertrauliche Informationen zu liefern. Das war weder unehrenhaft noch unpatriotisch. Es war ein Beitrag zur Sache der Demokratie. In kaum einem anderen Land herrschte eine solche Übereinstimmung der Interessen zwischen amerikanischen Nachrichtenleuten und ihren Quellen. Alle diese Faktoren zusammengenommen machen die schnelle Niederlage der Demokratie und den totalitären Sieg im Februar 1948 nur um so demütigender.

Als sie sich 1999 an ihre Zeit in Prag erinnerte, sagte Louise Schaffner, dem amerikanischen Nachrichtendienst in der Tschechoslowakei der Nachkriegsjahre habe es „schmerzhaft“ an „jener Art von Ausbildung“ gemangelt, die ein solches Milieu erforderte. „Ich bin überzeugt davon, daß der Fall Nechansky einen besseren Ausgang gehabt hätte, wären die Briten damit betraut gewesen.“¹²⁸ Fraglos hätte der britische Nachrichtendienst bessere Methoden angewandt, erprobt und über lange Zeit in unterschiedlichen politischen Milieus verfeinerte Methoden. Einfach gesagt: britische Spione hätten sich wie Spione verhalten. Nun hatten die Briten ihre Chancen anderswo im östlichen Nachkriegseuropa, zum Bei-

¹²⁸ Interview des Verfassers mit Louise Schaffner, 30. 1. 1999.

spiel in den baltischen Ländern, in Polen und in Albanien, wo sie überall Operationen durchführten, die fast überall katastrophale Fehlschläge darstellten.

Daher lautet die richtige Folgerung nicht einfach, die Amerikaner seien nicht so konzentriert und professionell zu Werke gegangen, wie es angesichts des Gegners, mit dem sie es zwischen 1945 und 1948 in Prag zu tun hatten, notwendig gewesen wäre. Vielmehr hätte der Westen als solcher die Fährnisse des Kalten Krieges ausloten und erkennen müssen, ehe er sich auf nachrichtendienstlichem Felde mit dem sowjetischen System einlassen durfte. Es ist eine bittere Ironie der Geschichte, daß zu der Zeit, als die Amerikaner endlich begriffen hatten, wie in kommunistischen Ländern operiert werden mußte, also in den achtziger Jahren, die Opposition schon dahinschwand und Verräter in CIA und FBI es für jedermann unmöglich machten, einen Sieg zu erringen¹²⁹.

Übersetzung: Hermann Graml

¹²⁹ Vgl. Barry G. Royden, Tolkachev, A Worthy Successor to Penkovsky, in: *Studies in Intelligence* 47 (2003), H. 3, S. 5–33.

1933 blieben in Bayreuth die ausländischen Besucher aus, die Familie Wagner sah finanziell schweren Zeiten entgegen. Was tun? Sollte sie Hilfe von Hitler erbitten und sich damit den ideologischen und ästhetischen Vorgaben der Nationalsozialisten beugen? Oder weiter an ihrer künstlerischen Freiheit festhalten? Winifred Wagner wählte einen Mittelweg, den es in der Realität freilich nicht gab. Holger R. Stunz zeigt, wohin er führte und wie die Festspiele nach 1933 ihren Charakter änderten.

Holger R. Stunz

Hitler und die „Gleichschaltung“ der Bayreuther Festspiele

Ausnahmestand, Umdeutung und sozialer Wandel
einer Kulturinstitution 1933–1934

I. Verwaltungsakten als Chance:

Eine neue Perspektive auf die Geschichte der Bayreuther Festspiele

Hitler kam an die Macht, und die Festspiele drohten auszufallen. In dieser scheinbar widersprüchlichen Situation befanden sich die Richard-Wagner-Festspiele im Frühjahr 1933 – und dies, obwohl die Familie Wagner die nationalsozialistische Bewegung früh unterstützt hatte und Richard Wagners Musikdramen von den neuen Machthabern ideologisch früh vereinnahmt wurden. Das gesicherte Wissen über die Bayreuther Festspiele in der Zeit von 1933 bis 1945 steht in keinem Verhältnis zur großen Aufmerksamkeit von Medien und breiter Öffentlichkeit, die den Festspielen seit mehreren Jahrzehnten in Deutschland und aus aller Welt zuteil wird. Die Erforschung der Festspiele als Kulturinstitution – exponiert und repräsentativ zugleich – ist noch nicht weit gediehen¹. Dies ist, zumindest für die Zeit des Nationalsozialismus, vor allem der spärlichen Quellenlage

¹ Noch immer den verlässlichsten Überblick gibt Michael Karbaum, Studien zur Geschichte der Bayreuther Festspiele (1876–1976), Teil I: Textteil und Teil II: Dokumente und Anmerkungen, Regensburg 1976. Auf schmaler Quellenbasis argumentieren Frederic Spotts, Bayreuth: eine Geschichte der Wagner-Festspiele, München 1994; Joachim Köhler, Wagners Hitler, der Prophet und sein Vollstrecker, München 1997; Berndt W. Wessling (Hrsg.), Bayreuth im Dritten Reich. Richard Wagners politische Erben: Eine Dokumentation, Weinheim/Basel 1983; Friedelind Wagner, Nacht über Bayreuth. Geschichte der Enkelin Richard Wagners, Köln 2002. Grundlegende Positionen zur Wagner-Rezeption finden sich versammelt in: Saul Friedländer/Jörn Rüsen (Hrsg.), Richard Wagner im Dritten Reich. Ein Schloss-Elmau-Symposium, München 2000. – Für Diskussion, Rat und Hilfe bedanke ich mich herzlich bei Dr. Sven Friedrich (Bayreuth), Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg (Koblenz), Prof. Dr. Michael Karbaum (München), Dr. Tilmann Lahme (Göttingen), Prof. Dr. Michael Matheus (Rom/Mainz), Insa Möhle (Wiesbaden), Dr. Thomas Schlemmer (München), Prof. Dieter Schenk (Łodz), Prof. Dr. Michael Steinberg (Providence, RI) und Prof. Dr. Hans Rudolf Vaegt (Northampton, Mass.).

geschuldet, denn die Überlieferung des Reichsministeriums für Propaganda und Volksaufklärung und der Deutschen Arbeitsfront (DAF) ist nur bruchstückhaft erhalten und reicht nicht, um weitreichende Schlussfolgerungen über die Beziehungen zwischen Festspielen und staatlichen Stellen ziehen zu können. Auch die kommunale Überlieferung ist mehr als lückenhaft². Einen gewissen Ersatz bieten die Betriebsakten der Festspiele, die im Nationalarchiv der Richard-Wagner-Stiftung im Siegfried-Wagner-Haus neben der Villa „Wahnfried“ aufbewahrt werden und hier erstmals zur statistischen Untersuchung der Besucherstruktur für das Jahr 1933 ausgewertet wurden³.

Die Historikerin Brigitte Hamann stand bei ihrer grundlegenden biographischen Studie *Winifred Wagner oder Hitlers Bayreuth* vor dem gleichen Quellenproblem. Ihr gelang es jedoch, dutzende Briefwechsel, die jeweilige Gegenüberlieferung zu Winifred Wagners Korrespondenz, aufzuspüren⁴. Ihre Studie ist – nicht zuletzt aufgrund des Materialreichtums – unverzichtbar für die Forschung. Die weitgehende Beschränkung auf Briefquellen führt allerdings zu einer Verengung der Perspektive; Fragen, die sich auf die Finanzierung, das Verhältnis von den Ländern zum Reich und auf die Begründung staatlichen Handelns im Epochenjahr 1933 beziehen, lassen sich anhand solcher Dokumente nicht beantworten.

Zur Klärung dieser Fragen werden vorwiegend Quellen herangezogen, die im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München erhalten sind: die Überlieferung der Staatskanzlei, des ehemaligen bayerischen Außenministeriums und vor allem die des Kultusministeriums⁵. Diese Akten geben über die Festspielgeschichte der Jahre 1884 bis 1934 und punktuell darüber hinaus Aufschluss⁶. Diese der Forschung bislang unbekanntem Dokumente beleuchten einerseits die bayerische Sicht auf die Bayreuther Festspiele, denn München war aufgrund der Kulturhoheit der Länder der primäre staatliche Ansprechpartner für die Festspielleitung⁷. Andererseits erlauben sie die Beantwortung der Frage, was die Festspiele im Jahr der „Machtergreifung“ von denen der Vorjahre unterschied.

² Bislang befinden sich keine kommunalen Verwaltungsakten über die Festspiele im Stadtarchiv Bayreuth.

³ Nationalarchiv der Richard-Wagner-Stiftung (künftig: RWA), AFS, Archiv der Festspiele. Bei diesem Material handelt es sich um die Verkaufs- und Kassenbücher sowie um das Kontenbuch der Festspielverwaltung.

⁴ Vgl. Brigitte Hamann, *Winifred Wagner oder Hitlers Bayreuth*, München/Zürich 2002, hier S. 641.

⁵ Zu letzterem vgl. Werner Oberholzner (Red.), *Tradition und Perspektive. 150 Jahre Bayerisches Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst*, München 1997, sowie Winfried Müller, *Schulpolitik in Bayern im Spannungsfeld von Kultusbürokratie und Besatzungsmacht*, München 1995.

⁶ Bei den Akten handelt es sich weitgehend um Höflichkeitskorrespondenz wie Gratulationen zu Jubiläen oder dem Verleihen von Orden an Festspielmitarbeiter, in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (künftig: BayHStA), MK, 50449.

⁷ Zur Einordnung vgl. das Standardwerk von Martin Broszat u. a. (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit*, 6 Bde, München 1977–1983.

Als Rahmen der zu schildernden Zusammenhänge fungiert die nationalsozialistische Metapher der „Gleichschaltung“⁸. Sie bezeichnet den Prozess der Übernahme gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen und Organisationen und ihre ideologische Durchdringung durch den Nationalsozialismus. Beginnend mit der Einschränkung der Befugnisse der Länder und der Ausrichtung an den Interessen der neuen Reichsregierung wurde der Begriff auf alle gesellschaftlichen Bereiche und Organisationen angewandt – auch auf kulturelle Einrichtungen. Anhand des Bayreuther Beispiels soll der Charakter dieser Neuausrichtung bestimmt werden, die als dialektischer Prozess aufgefasst werden soll, da der Gleichschaltung von oben Initiativen der Machtübergabe und „Selbstgleichschaltung“ von unten Auftrieb gaben. Wie adäquat das Bild der „Gleichschaltung“ die Vorgänge der Jahre 1933/34 im Bereich der Kulturpolitik beschreibt und wie der Prozess der „Gleichschaltung“ an einem exponierten Beispiel des Kultursektors aussah, soll im Folgenden untersucht werden.

Ausgangspunkt dieser Untersuchung ist zunächst das Beziehungsgeflecht zwischen den Richard-Wagner-Festspielen und staatlichen Stellen, wie es sich in den Jahrzehnten vor dem Nationalsozialismus entwickelt hatte. Lässt sich 1933 ein Bruch in der Verwaltungstradition erkennen, der auf die Etablierung des NS-Regimes zurückzuführen ist⁹? Wie positionierte sich der bayerische Staat gegenüber der Familie Wagner und den Berliner Behörden? Verfolgten Reich und Bayern letztlich unterschiedliche Ziele? Welche Rolle spielten parteiinterne Auseinandersetzungen um eine nationalsozialistische Kulturpolitik? Welche Bedeutung hatte Hitler in seiner Eigenschaft als Reichskanzler für den sozialen Rahmen der Festspiele und wie beeinflusste er das Festspielunternehmen?

Abschließend folgt noch ein Blick auf die Bühnenästhetik und auf Spielräume für Modernisierung in der NS-Diktatur¹⁰. Wie veränderte sich der Sinn der Festspiele, welche spezifischen Modernisierungschancen bot die Diktatur? Wie wurden die Festspiele, wie Thomas Mann es einmal zuspitzte, zu „Hitlers Hoftheater“¹¹?

⁸ Die meisten Untersuchungen zum Gleichschaltungsprozess widmen sich einzelnen Behörden, Schulen und Verbänden. Vgl. zuletzt Michael Arnemann, *Kirche und Polizei. Zwischen Gleichschaltung und Selbstbehauptung*, Münster 2005; Christian Ritzl, *Behörden und pädagogische Verbände im Nationalsozialismus. Zwischen Anpassung, Gleichschaltung und Auflösung*, Bad Heilbrunn 2004. Für den Kultursektor vgl. Maria Wüllenkemper, *Kunst ist nun mal Gestaltung unserer Zeit: Richard Riemerschmid und die Gleichschaltung des Deutschen Werkbundes*, Regensburg 2002, sowie Norbert Frei, *Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse: Gleichschaltung, Selbstanpassung und Renitenz in Bayern*, Stuttgart 1980.

⁹ Vgl. hierzu Peter Diehl-Thiele, *Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner Staatsverwaltung*, München 1969, sowie Jochen Klener, *Verhältnis von Partei und Staat 1933–1945. Dargestellt am Beispiel Bayerns*, München 1974.

¹⁰ Vgl. z. B. Michael H. Kater, *Die mißbrauchte Muse. Musiker im Dritten Reich*, München/Zürich 2000, bes. S. 68–81; Michael Walter, *Hitler in der Oper: Deutsches Musikleben 1933–1945*, Stuttgart 1995; Fred K. Prieberg, *Musik im NS-Staat*, Frankfurt a. M. 1982.

¹¹ Thomas Mann, *Im Schatten Wagners. Thomas Mann über Richard Wagner. Texte und Zeugnisse 1895–1955*, ausgewählt und kommentiert von Hans Rudolf Vaegt, Frankfurt a. M. 2005, S. 211.

II. Die Vorgeschichte: Bayern und das Festspielunternehmen bis 1933

Das Bayreuther Festspielunternehmen befand sich nach dem Ersten Weltkrieg in einer Krise, die verschiedene Gründe hatte:

1. Das Auslaufen der 30-jährigen Urheberrechtsfrist auf die Bühnenwerke Richard Wagners im Jahr 1913 führte für die Familie zu einem empfindlichen Verlust der bisher munter sprudelnden Tantiemeneinnahmen¹². Durch den Kriegsausbruch verzögerten sich jedoch die Konsequenzen dieses Einschnitts bis in die Zeit der Weimarer Republik. Diese Verlustererfahrung bildete, so meine These, auch die Grundlage für die – auch weltanschauliche – Anfälligkeit der Familie Wagner und den Bedarf nach Kapital von außen.
2. Der Kriegsausbruch 1914 löste bei den laufenden Festspielen eine Abreisewelle aus. Ihr Abbruch am 1. August hatte zur Folge, dass die Wagners 360.000 Mark für verkaufte Karten rückerstatten mussten¹³. Ausgerechnet der von Siegfried Wagner herbeigesehnte Weltkrieg¹⁴ bedeutete eine finanzielle Belastung, die den Festspielfonds auszehren sollte.
3. Durch die Verschlechterung der materiellen Lage geriet die Familie Wagner in die Position des Bittstellers. Bis zum Ersten Weltkrieg hatten sich die Festspiele als selbstständiges Wirtschaftsunternehmen behaupten können, nun führte insbesondere die Inflation der Nachkriegsjahre zum Ruin der familiären Ressourcen¹⁵.

Es dauerte bis 1924, ehe die Festspiele wieder eröffnet werden konnten. Zuvor sondierte die Familie Wagner erstmals, ob nicht staatliche Stellen dem privaten Festspielunternehmen helfen könnten. Zunächst war an eine staatliche Beteiligung an der neu zu gründenden „Deutschen Festspielstiftung Bayreuth“ gedacht worden, die in Anlehnung an Richard Wagners Patronatssystem von privater Seite dem Kultusministerium im Jahr 1921 zur Genehmigung vorgelegt wurde¹⁶. Unter Berufung auf „vaterländische und gemeinnützige Zwecke“ gab das Ministerium

¹² Vgl. den Überblick zum Tantiemenstreit bei Bernd Buchner, Tradition und Erneuerung. Siegfried Wagner als Bayreuther Festspielleiter 1908 bis 1930, in: Archiv für Geschichte von Oberfranken 85 (2005), S. 305–324, hier S. 310 f.

¹³ Vgl. ebenda.

¹⁴ Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 26 f.

¹⁵ Laut Karbaum, Studien, Teil I, S. 65, standen der Familie noch im Jahr 1919 eine Dreiviertel-million Reichsmark zur Verfügung. Hamann, Winifred Wagner, S. 27, betont hingegen, dass der Fond für neue Festspiele nach dem Jahr 1914 von vornherein erschöpft gewesen sei.

¹⁶ BayHStA, MK, 50449, Richard Linnemann an das Kultusministerium vom 16. 7. 1921. Am 7. 10. 1921 forderten auch das Regierungspräsidium von Oberfranken und der Bürgermeister von Bayreuth, die Stiftung zu genehmigen. Bereits am 7. 7. war ein Stiftungsrat berufen worden, der aus privaten Gönnern wie dem Geheimrat Celius aus Baden-Baden, der Dessauerin Tusnelda Führer und dem Leipziger Werbeorganisator Linnemann bestand. Eine Liste aller Patrone befindet sich in der Akte. Das Innenministerium wurde über die erste Verwaltungsrats-sitzung der Stiftung vom 9. 9. 1921 informiert; zu diesem Zeitpunkt waren 14.000 Mark eingegan-gen, 5.000 Patrone hatten gezeichnet und forderten im Jahr 1924 vergünstigte Festspielkar-ten. Vgl. hierzu Karbaum, Studien, Teil I, S. 61 u. S. 65 f.; Hamann, Winifred Wagner, S. 66–69, sowie jüngst Buchner, Tradition und Erneuerung, S. 317.

im Juli 1922 dem Stiftungsantrag nach einigen Änderungen statt und schuf somit die Rechtsgrundlage für den Aufbau eines Kapitalstocks zur Finanzierung der Festspiele¹⁷. Das Stiftungskapital wurde durch die Inflation jedoch rasch wieder aufgezehrt. Die Richard-Wagner-Vereine versuchten, die schwierige Lage der Familie auszunutzen und ihre eigenen ästhetischen Vorstellungen an eine stärkere finanzielle Förderung zu koppeln¹⁸.

Letztlich machten drastische Sparanstrengungen zulasten der Bühnenästhetik die Wiedereröffnung der Festspiele im Juli 1924 möglich. Mitte der zwanziger Jahre verschlechterte sich die ökonomische Lage der Familie weiter; 1924 griff sie erstmals in Form von „Ehrentantiemen“ auf die Betriebsmittel der Festspiele zurück, während Familien- und Festspielvermögen bis dahin strikt getrennt gewesen waren¹⁹. Häufig ist in der Familie Wagner zugetanen Kreisen die Rede vom „Opferwillen Wahnfrieds“; die zugrundeliegende Annahme, die Familie habe ihr gesamtes Vermögen durch den Krieg verloren, hat bereits Michael Karbaum als Selbstmystifizierung entlarvt²⁰ – ein Mythos, der sich jedoch hartnäckig halten sollte.

1927 stellte Siegfried Wagner erstmals dem Kultusminister und den mit den Festspielen befassten Beamten Freikarten zur Verfügung, von denen diese jedoch keinen Gebrauch machten, um ihre Distanz zu demonstrieren²¹. Während sich das Festspielunternehmen seit der Gründung im Jahr 1876 in Finanzfragen bedeckt gehalten hatte, offenbarte Siegfried Wagner dem Kultusministerium Ende des Jahres 1927 die finanzielle Situation der Festspiele und sandte die defizitären Bilanzen ein²². Dies geschah nicht vorrangig in der Hoffnung auf einen Zuschuss, sondern mit der Bitte, auch der bayerische Staat möge sich dem Verzicht der Stadt Bayreuth anschließen, Vergnügungssteuern zu erheben. Begründet wurde dies mit den kulturell hoch stehenden Leistungen der Festspiele, aber auch mit der desolaten Finanzlage des Theaterunternehmens. Das Kultusministerium attestierte den Festspielen im Jahr 1928 offenbar ohne jegliche politische Einflussnahme Gemeinnützigkeit und rückte somit von seiner alten Position ab, dass die Festspiele genauso wie alle anderen privaten Theaterbetriebe zu behandeln seien²³.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse von „Haus Wahnfried“ erweckten damals in der Öffentlichkeit einen derart desolaten Eindruck, dass die Richard-Wagner-Vereine Reichspräsident Paul von Hindenburg im August 1926 baten, Cosima Wag-

¹⁷ Entwurf vom 12. 7. 1922 und Urkunde vom 28. 7. 1922. Am 6. 2. 1931 wurde die Stiftung durch das Ministerium aufgehoben, in: BayHStA, MK, 50449.

¹⁸ Vgl. Karbaum, Studien, Teil I, S. 61, sowie Winfried Schüler, Der Bayreuther Kreis von seiner Entstehung bis zum Ausgang der Wilhelminischen Ära. Wagnerkult und Kulturreform im Geiste völkischer Weltanschauung, Münster 1971.

¹⁹ Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 94, S. 127 u. S. 133.

²⁰ Laut Daniela Thode entfielen allein für die Erben Siegfried Wagners Zinseinnahmen in fünfstelliger Höhe, zit. nach Karbaum, Studien, Teil I, S. 71.

²¹ Schreiben an Siegfried Wagner vom 6. 8. 1927 u. 12. 7. 1928, in: BayHStA, MK, 50449.

²² Die Abrechnung in: Ebenda. Sie weist Gesamtkosten von 772.400 RM bei einem Verlust von 85.000 RM aus.

²³ BayHStA, MK, 50449, Bescheid vom 6. 8. 1928. Auch für das Jahr 1927 wurden den Wagners erhebliche Steuerschulden erlassen, in: Ebenda.

ner einen „Ehrensold“ zu gewähren, wie er auch Elisabeth Förster-Nietzsche zugesprochen worden war²⁴. Bayerische Stellen, welche die materiellen Verhältnisse der Familie prüften, konnten jedoch anhand von Akten der Finanzverwaltung belegen, dass den Wagners jährlich 15.000 RM aus freiwilligen Abgaben zur Verfügung standen, welche deutschsprachige Theater an die Familie für die Inszenierung von Wagner-Opern abführten²⁵. „Weil Hilfe aus dem Ausland, wie sie sich abzeichnet, unerwünscht ist“, gewährte Hindenburg der 90-jährigen Cosima, die ein Jahr später sterben sollte, einen Ehrensold von monatlich 200 Mark. 1929 kam die Familie außerdem in den Genuss von Privatspenden über 100.000 RM aus Anlass von Siegfried Wagners 60. Geburtstag, wodurch die neue *Tannhäuser*-Inszenierung ermöglicht wurde²⁶.

In den Jahren 1930 und 1931 warfen die Festspiele – 1932 war eines der regulären Pausenjahre – aufgrund des enormen Interesses aus dem Ausland und der soliden Binnennachfrage erhebliche Gewinne ab. Es bestand also kein Anlass für die junge Festspielleiterin Winifred Wagner, die Siegfrieds Nachfolge angetreten hatte, sich als Bittstellerin an das Kultusministerium zu wenden. Die Familie Wagner schob ihren finanziellen Niedergang auf die Republik, die Inflation und Wirtschaftskrise zu verantworten habe. Sie sah sich ihres einstigen sozialen und symbolischen Status beraubt. Dabei hatte bereits der generelle Verlust der finanziellen Sicherheit seit dem Tantiemenausfall 1913 maßgeblich dazu beigetragen, dass die Festspiele in finanzielle Nöte gerieten und sich dem nationalsozialistischen Regime andienten. Bereits während der Zeit der Weimarer Republik hatte die Familie jedoch den Kontakt mit staatlichen Behörden gesucht und um Unterstützung gebeten.

III. Euphorie und Ernüchterung: Rückläufige Kartennachfrage aus dem Ausland und dem Reich als Reaktion auf die „Machtübernahme“

Schon seit 1923 hatten die Wagners, die sich in der Rolle der Außenseiter der Republik gefielen und ihre Ablehnung der Weimarer Republik kultivierten²⁷, Adolf Hitler und seine Partei gefördert²⁸. Hitler selbst hatte sich bereits in seinen Wiener Tagen als glühender Wagner-Anhänger zu erkennen gegeben und nie einen Hehl daraus gemacht, dass er Wagners suggestives Musiktheater auch auf

²⁴ BayHStA, MA, 100222, Hindenburg an Innenministerium vom 29. 9. 1929.

²⁵ Für den *Parsifal* führten deutsche Theater freiwillig „Ehrentantiemen“ in Höhe von 1–2 % ab, was sich seit 1913 bis zu 30.000 RM addierte, in: Ebenda.

²⁶ BayHStA, MA, 100222 (Zitat). Vgl. Karbaum, Studien, Teil II, Dok. XII-1 bis 7b; hier auch zur Rolle von Max Wiskott.

²⁷ Hier ist die Einschätzung Buchners, Tradition und Wandel, S. 317, anzuzweifeln, „zur Weimarer Republik hatten die Festspiele ein eigentümliches Nicht-Verhältnis“. Dies mag für das Verhältnis der Republik zu den Festspielen gegolten haben, aus der Verachtung der Republik machte „Bayreuth“ jedoch nie einen Hehl.

²⁸ Vgl. ausführlich Hamann, Winifred Wagner, S. 73–100; Karbaum, Studien, Teil I, S. 67 f., und Teil II, Dok. XI-5 und 6, sowie Buchner, Tradition und Erneuerung, S. 317–320.

sein eigenes Leben bezog²⁹: Die Nürnberger Parteitage wurden beispielsweise mit der Ouvertüre der Volkstribunenoper *Rienzi* eröffnet. Winifred Wagner gehörte schon früh zu Hitlers begeisterten Anhängern. Noch zum Jahreswechsel 1932/33 hatte Hitler an Winifred Wagner geschrieben, die Zeit werde kommen, da er seine „dankbare Anhänglichkeit nicht mit Worten, sondern mit Taten beweisen“ werde. Vielleicht erlaube ihm das Schicksal, zum Gelingen des Festspielwerks „doch noch etwas beitragen zu können“³⁰. Wie ein Tagebucheintrag von Joseph Goebbels aus dem Mai 1932 zeigt, konnte es die nationalsozialistische Führung kaum erwarten, die Festspiele als kulturelles Forum für den neuen Staat zu nutzen³¹. Die Erwartungen auf beiden Seiten waren hoch, allerdings auch wenig konkret. Die nationalistische Publizistik überschlug sich jedenfalls in Lobreden auf die kommenden Festspiele³².

Am 13. Februar 1933, dem 50. Todestag Richard Wagners, wohnten der neue Reichskanzler Adolf Hitler und Winifred Wagner dem Festakt im Leipziger Gewandhaus bei³³. Am selben Tag fand in Bayreuth eine Totenehrung statt: Schulkinder erwiesen Richard Wagner am Grab die Reverenz, die städtischen Honoratioren legten Kränze nieder, mehrere Mitglieder des Hauses Wagner wurden zu Ehrenbürgern ernannt³⁴. Nachdem die NSDAP als Siegerin aus den Reichstagswahlen vom 5. März hervorgegangen war, traf die Festspielleiterin wiederholt mit Hitler in Berlin zusammen.

Insbesondere die Aufführung von *Meistersinger von Nürnberg* unter Wilhelm Furtwängler mit dem Bayreuther Festspielchor am „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933 unterstrich die Nähe von Regime und Wagner. Als „Schlussstein des politischen Gesamtkunstwerks“³⁵ verband dieser Akt der Traditionsversicherung die Choreographie von Totengedenken, Staatsakt, Gottesdienst und Opernweihespiel, in dem das Volk der Festwiese Nürnbergs als Ideal einer Volksgemeinschaft inszeniert wurde. Winifred Wagner zeigte sich vom Pathos der Potsdamer Veranstaltung

²⁹ Vgl. Brigitte Hamann, *Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators*, München 1998.

³⁰ Brief vom 8. 1. 1933 an Winifred Wagner, den sie im Herbst 1945 für den CIC kopierte, zit. nach Hamann, *Winifred Wagner*, S. 230.

³¹ „Im nächsten Jahr gibt es Meistersinger. Hoffentlich sind wir dann die Herren von Deutschland.“ In: *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands, Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 2/II: Juni 1931–September 1932, bearb. von Angela Hermann, München 2004, S. 273, Eintragungen vom 2. u. 4. 5. 1932.

³² Vgl. Benedikt Lochmüller, *Mächtige Macht. An Richard Wagner auf der Schwelle zum Dritten Reich*, in: *Deutsches Wesen. Nationalsozialistische Monatsschrift in Bildern* (1933), H. 6, S. 2; Paul von Bülow, *Hitler und der Bayreuther Kulturkreis*, in: *Aus Deutschlands Werden*, H. 9, Leipzig/Hamburg 1933, S. 9 f.

³³ Vgl. Grit Hartmann, *Richard Wagner gepfändet: Ein Leipziger Denkmal in Dokumenten 1931–1955*, Leipzig 2003, S. 55 f. u. S. 76.

³⁴ Zu den Bayreuther Feierlichkeiten, die auch in der Presse als „Friedensschluss“ mit der Familie interpretiert wurden, vgl. ausführlich Hamann, *Winifred Wagner* S. 232.

³⁵ Vgl. zur Einpassung Wagners in die Choreographie dieses Tages: Hans Rudolf Valet, *Wagner-Kult und nationalsozialistische Herrschaft. Hitler, Wagner, Thomas Mann und die „nationale Erhebung“*, in: *Friedländer/Rüsen (Hrsg.), Richard Wagner im Dritten Reich*, S. 264–281, hier S. 269.

überwältigt. Für die Festspiele, die am 21. Juli eröffnet werden sollten, gab es zu diesem Zeitpunkt in der Wahrnehmung der Wagners anscheinend keine Probleme, der negative Verkaufstrend drang wohl erst allmählich in ihr Bewusstsein³⁶.

Die Wagners machten die nachlassende Kartennachfrage aus dem Ausland für die Verschlechterung der Finanzlage des Unternehmens verantwortlich. Die Auswertung der im Wagner-Archiv erhaltenen Verkaufsbücher belegen tatsächlich³⁷, dass sich die Nachfrage, die im Januar und Februar noch hoch gewesen war, im März nahezu halbierte und im April und Mai weiter dramatisch zurückging, um sich erst im Juli wieder zu erholen.

Kartenbestellungen und deren Erlöse 1932/33

Länder	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Ges.
ČSR	8	20	26	29	15	4	4	7	20	46	179
Frankreich	7	14	25	30	16	10	7	11	18	10	148
Schweiz	4	15	17	22	16	7	6	11	14	15	127
Großbritannien	4	8	16	18	17	8	11	16	6	5	109
Italien	0	5	14	18	14	8	6	5	11	8	89
Österreich	6	10	11	10	5	5	4	8	7	5	71
Polen	4	2	14	13	9	1	7	5	8	6	68
USA	0	7	4	11	2	1	1	1	18	12	57
Niederlande	1	4	9	6	2	1	3	4	7	4	41
Skandinavien	2	1	2	2	0	0	0	1	5	1	14
Belgien	1	1	1	2	2	0	1	0	2	0	10
Spanien	0	0	2	1	0	0	1	1	1	1	7
Rumänien	0	0	2	1	0	1	0	0	1	0	5
Ungarn	0	0	1	0	1	1	0	0	1	0	4
Bestellungen											
Ausländer	37	87	144	163	99	47	51	70	119	113	930
Insgesamt	315	527	614	870	677	502	523	551	1502	1183	7264
A.-Quote %	11,7	16,5	23,4	18,7	14,6	9,4	9,7	12,7	8,0	9,5	12,8

³⁶ Stadtarchiv Bayreuth, Br., 77, Winifred Wagner an Richard Strauss vom 29. 3. 1933.

³⁷ Die Verkaufszahlen der vier Verkaufsbücher wurden für diese Übersicht zusammengefasst. Es handelt sich um das Buch A1 1932/33 (RWA, AFS, 160), das Vorbestellungen und Verkäufe an Privatpersonen bis Februar 1933 umfasst, das zeitlich dran anschließende Verkaufsbuch A2 (RWA, AFS, 161) sowie das Buch A3, das seit dem Eröffnungstag der Festspiele gleichzeitig Kaszenbuch für die laufenden Verkäufe vor Ort war (RWA, AFS, 165). Parallel dazu führten die Festspiele ein Bestellbuch für Firmenkunden und Großbesteller, deren Bestellungen im Verkaufsbuch B (RWA, AFS, 162) überliefert sind. Die dortigen Posten wurden mit den Privatbestellungen zusammengerechnet, was sich dadurch rechtfertigen lässt, dass selbst Großkunden wie Thomas Cook und Wagons Lits keine Kontingente abnahmen, sondern tagtäglich aus den Dependancen die bereits vorliegenden Kundenbestellungen vermittelten.

	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Ges.
Einnahmen											
Erlös TRM	71	90	97	110	86	44	43	40	78	46	705
Ø-Wert à Kauf	225	171	158	126	127	88	82	73	52	39	-
Kartenanz. Ø	8	6,25	5,75	4,5	4,5	3,25	3	2,75	2	1,5	-
Kartenanzahl	2500	3300	3500	3900	3000	1600	1500	1500	3000	1700	25500

Der Anteil der Bestellungen aus dem Ausland – der nicht mit absoluten Besucherzahlen gleichzusetzen ist³⁸ – sank von einem Viertel auf ein Zehntel ab, erholte sich im Juni und stieg erst in den Festspielmonaten wieder an³⁹, da viele Touristen ihre Karten direkt am Festspielhaus erwarben. Vergleicht man die Verkaufszahlen des Jahres 1933 mit denen des Erfolgjahres 1931, so fällt besonders der dramatische Einbruch der Nachfrage aus den USA ins Auge⁴⁰. Betrachtet man jedoch die gesamte Saison, erreichten die Festspiele mit über 3.000 ausländischen Besuchern annähernd den Wert des Jahres 1931, denn der Einbruch im Frühjahr wurde durch die guten Kassenverkäufe im Sommer wieder wettgemacht⁴¹.

Gravierender als das zeitweilige Absinken des Auslandsinteresses wirkte sich das Ausbleiben der Bestellungen aus dem Reich selbst aus, denn die Frühjahrsmonate waren üblicherweise die Verkaufssaison mit hoher Einzelnachfrage. Im Juli und August wurden oft kurz vor den Vorstellungen noch größere Kartenkontingente an Bayreuther und Nürnberger Bürger verkauft, zum Teil mit Preisnachlässen. Unter den Anfragen aus deutschen Städten ragten Berlin, Leipzig, Dresden, Hamburg, Köln, Wiesbaden und Baden-Baden hervor, während beispiels-

³⁸ Das jeweilige finanzielle Volumen der Auslandsbestellungen wich nicht signifikant von demjenigen der Bestellungen aus dem Reich ab.

³⁹ Die besonders starke Stellung der Tschechoslowakei war nicht nur auf das Interesse des Prager, Pilsener und Brünner Publikums zurückzuführen, sondern speiste sich mehrheitlich aus Bestellungen aus dem sudetendeutschen Bereich, insbesondere Eger, Asch, Aussig, Karlsbad, Marienbad und Franzensbad.

⁴⁰ BayHStA, Staatskanzlei (StK), 7501, undatierte Übersicht. 1931 gab es laut städtischem Fremdenverkehrsamt 3.500 ausländische Besucher, die in Bayreuth übernachteten: USA (845), Tschechoslowakei (475), Großbritannien (411), Österreich (337), Frankreich (303), Schweiz (246), Niederlande (161), Italien (159), Ungarn (92), Dänemark (85), Südamerika (75), Schweden (67), Belgien (35), Polen (29), Jugoslawien (21), Afrika (19), Norwegen (16), Rumänien (15), Griechenland (7), Russland (4), Spanien (3), Japan (3). Die Zahl der ausländischen Gesamtbesucher dürfte höher gelegen haben als die der Übernachtungen in Bayreuth (Hotels in den böhmischen Bädern oder Nürnberg). Das BayHStA, MK, 50450, verzeichnet für das Jahr 1938 eine Ausländerzahl von rund 1.500, darunter 290 Amerikaner, 260 Tschechen, 160 Franzosen, 140 Engländer sowie 100 Schweizer. Für den gesamten Zeitraum von 1924–1944 gibt Wolfgang Wagner den Anteil der ausländischen Festspielbesucher mit 9,8 % an, was glaubhaft erscheint (BayHStA, MK, 50452, Brief Wolfgang Wagners vom 20. 11. 1951). Die Angaben des Bayerischen Staatssekretärs für die Schönen Künste, Dieter Sattler, bis zu 16 % seien während der NS-Zeit Ausländer gewesen, ist weniger wahrscheinlich (BayHStA, MK, 50451, Aktennotiz vom 24. 7. 1948).

⁴¹ Hinter einer Bestellung verbergen sich zumeist Orders für mehrere Personen wie Ehepartner und Kinder. Gerade Ausländer hielten sich auch für mehrere Vorführungen in Bayreuth auf, beispielsweise für den *Ring*-Zyklus.

weise aus München die Nachfrage weniger stark war. Insgesamt konnte Winifred Wagner aus dem Vorverkauf des Jahres 1933 über 700.000 RM einnehmen. Dazu erhielt sie aus staatlichen Quellen – wie zu zeigen sein wird – mindestens weitere 250.000 RM. Im Umfeld der Festspiele hieß es Anfang Juli, von den rund 40.000 Festspielkarten (21 Aufführungen bei 1.900 Plätzen) seien mehr als 12.000 nicht verkauft⁴². Für dieses Restkontingent erhoffte sich Winifred Wagner eine Lösung unter Wahrung ihrer Interessen.

In den Hilferufen, die die Festspielleitung seit April 1933 an die bayerische Regierung richtete, wurde „das Ausland“ bezichtigt, mit Bayreuth gleichzeitig das Deutsche Reich zu boykottieren⁴³. Das schwache Interesse wurde als politischer Affront, nicht als konsequente Folge des Regimewechsels und der daraus folgenden Unwägbarkeiten im Tourismus gewertet. Deziert gegen die neue deutsche Regierung oder gegen ein nationalsozialistisches Bayreuth gerichtete Begründungen gab es sicherlich auch – eine genaue Differenzierung ist aufgrund der Quellenlage jedoch nicht möglich. Neben Amerikanern, Briten, Schweizern und Franzosen blieben zahlreiche Österreicher den Festspielen fern, weil das Deutsche Reich die Kosten für ein Visum auf 1.000 RM festsetzte, um Druck auf Kanzler Engelbert Dollfuß auszuüben⁴⁴.

Wie diesem Rückgang zu begegnen sei, wollte die Festspielleiterin am 1. April 1933 anlässlich eines Festessens mit Adolf Hitler besprechen, zu dem sie von ihrer 15-jährigen Tochter Friedelind nach Berlin begleitet wurde, die dieses Treffen in ihrem Buch *Heritage of Fire* in kräftigen Farben geschildert hat⁴⁵. Ein für die Festspiele ermutigendes Ergebnis blieb jedoch aus. Am selben Abend begann in Berlin der groß angelegte Boykott jüdischer Geschäfte. In New York fanden sich daraufhin jüdische Künstler zusammen, um eine Solidaritätsadresse für deutsche Juden aufzugeben. Der italienische Dirigent Arturo Toscanini führte die Liste der Unterzeichner an; er galt als der gefeierte Star der Bayreuther Festspiele 1930 und 1931⁴⁶. Er wurde nun im Deutschen Reich zur persona non grata

⁴² BayHStA, StK, 7501, Protokoll einer Besprechung vom 3. 7. 1933, sowie RWA, NA IV A 28, Liselotte Schmidt an ihre Eltern vom 16. 6. 1933, auch abgedruckt bei Karbaum, Studien, Teil II, Dok. XIII. Dieser Wert bestätigt die Berechnung in der Übersicht, die einen Verkauf von 25.500 Karten ergibt. Rechnet man noch Frei- und Steuerkarten ein und nimmt an, dass die Festspiele nicht zu 100 % besetzt waren, so scheinen beide Angaben realistisch zu sein. Über die Auslastungszahlen der Vorjahre liegen keine verlässlichen Daten vor, jedoch ist von einer Quote von um 90 % auszugehen.

⁴³ Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 290 f.

⁴⁴ Diese Maßnahme gehört in den Kontext der politischen Auseinandersetzung mit dem christsozialen Kanzler Dollfuß, der gegen die Nationalsozialisten in Österreich vorzugehen versuchte und am 14. 5. 1933 den bayerischen Justizminister Hans Frank ausgewiesen hatte, weil er auf NSDAP-Veranstaltungen agitiert hatte. Hitler reagierte mit der Tausendmarksperr.

⁴⁵ Vgl. Wagner, Nacht über Bayreuth, S. 120–123. Da sie vorwiegend an der Schilderung der Atmosphäre interessiert ist, erwähnt Friedelind die Gesprächsthemen der Unterhaltung nicht, zu der sich auch Goebbels gesellt hatte. Hitler habe sich übermüdet und unkonzentriert gezeigt und ist anscheinend auf die Anliegen Winifred Wagners nicht eingegangen.

⁴⁶ BayHStA, MK, 50449, Auswärtiges Amt an das Bayerische Kultusministerium vom 6. 4. 1933. In dieser Kopie der Stellungnahme des deutschen Botschafters heißt es, Toscanini habe sich

erklärt, und es stand sogar in Frage, ob er überhaupt noch in Bayreuth dirigieren dürfe. Für den künstlerischen Erfolg der Festspiele blieben Winifred Wagner und Heinz Tietjen, der Festspielorganisator, zunächst auf jüdische Spitzenkräfte angewiesen, was wiederum die Ablehnung von Joseph Goebbels und Alfred Rosenberg hervorrief, der in seinem Buch *Mythus des 20. Jahrhunderts* grundlegende Kritik an Wagners *Ring*-Tetralogie geäußert hatte⁴⁷.

Am 3. April sandte Adolf Hitler auf Veranlassung Winifred Wagners ein Telegramm an Toscanini, dem auch ein devot bittender Brief aus seiner Feder gefolgt sein soll⁴⁸. Der Maestro jedoch ignorierte beides und brüskierte Hitler, der „durch die Absage bloßgestellt [war] und seinen Ärger an Winifred weiter[gab]“⁴⁹. Stattdessen sagte Toscanini der Salzburger Konkurrenz zu. Winifred Wagner stand mit leeren Händen da, aber nicht sie, sondern die erst jüngst als langjährige Ausstattungsleiterin entmachtete Richard-Wagner-Tochter Daniela Thode, die Toscanini bereits seine Zusage für 1933 abgerungen hatte, reiste am 26. Mai nach Mailand, erhielt aber dort die definitive Absage des erst im Frühjahr zum Ehrenbürger von Bayreuth ernannten Dirigenten⁵⁰. Nun war gleichwertiger Ersatz gefragt, und man fand ihn auch, als Richard Strauss sein Dirigat zusagte, der sich bislang jedoch nicht als Wagner-Dirigent profiliert hatte⁵¹.

Im Mai 1933 spitzten sich die Ereignisse zu: Die Buchungen blieben auf niedrigem Niveau, Hitler reagierte nicht mehr auf Winifred Wagners Anfragen und ignorierte sogar ihr großzügiges Kartengeschenk zu seinem Geburtstag⁵². Unterdessen stand Festspielorganisator Heinz Tietjen in der Kritik – als Person und wegen seiner Besetzungspraxis. Tietjen, der Protégé Hermann Görings, wurde von der Presse bezichtigt, Ausländer und Juden zu bevorzugen und sich somit

zur Unterzeichnung drängen lassen und werde seiner Ankündigung, seine Bayreuther Gastspiele abzusagen, nicht entsprechen. Vgl. hierzu auch Kater, *Mißbrauchte Muse*, S. 155 f., sowie Harvey Sachs, Toscanini. Eine Biographie, München 1980, S. 284–288.

⁴⁷ Vgl. die Einschätzung von Kater, *Mißbrauchte Muse*, S. 72. Zu Rosenberg vgl. Ernst Piper, Alfred Rosenberg, Hitlers Chefideologe, Berlin 2005, S. 41, S. 189 f. u. passim.

⁴⁸ Das Telegramm wurde anscheinend im Namen Hitlers aufgegeben, aber von Winifred Wagner formuliert, nachdem diese am 2. 4. 1933 eine Nachricht aus New York erhalten hatte, Toscanini sage für die Festspiele ab. Vgl. hierzu Wagner, *Nacht über Bayreuth*, S. 125. Dass sich Friedelind Wagner an den Wortlaut erinnert haben soll, erscheint unwahrscheinlich (S. 126). Briefwechsel bei Karbaum, *Studien*, Teil II, Dok. XV-3 bis -6.

⁴⁹ Hamann, *Winifred Wagner*, S. 241. Erst am 29. 4. 1933 hatte sich Toscanini an Hitler gewandt (RWA, K3). Vgl. aus Toscaninis Perspektive Sachs, Toscanini, S. 306–312.

⁵⁰ Vgl. Wagner, *Nacht über Bayreuth*, S. 124 f. Am 28. 5. sagte Toscanini Winifred Wagner endgültig ab.

⁵¹ Notiz vom 10. 7. 1933, in: BayHStA, MK, 50449, sowie die provisorische Abänderung der Festspielprospekte, bei denen der Name Toscanini durch den von Strauss überklebt wurde. Winifred Wagner erklärte gegenüber Syberberg, Strauss habe „Tietjen zuliebe“ zugesagt, der eine autoritäre Stellung innerhalb des deutschen Opernlebens innehatte. Hans-Jürgen Syberberg, *Die Geschichte des Hauses Wahnfried 1914–1975*. Videoedition, Berlin 1993, Kassette 1, Min. 70. Jüngst auch als DVD erschienen: München 2006.

⁵² Erst am 21. 6. 1933 ging nach längerer Funkstille ein Schreiben ein. Liselotte Schmidt an ihre Eltern vom 23. 6. 1933, in: RWA, NA IV A 28.

gegen den Nationalsozialismus zu stellen⁵³. Winifred Wagner verteidigte Tietjen, der zu ihrem wichtigsten Berater und Vertrauten avanciert war, und trat aus Protest aus dem „Kampfbund für deutsche Kultur“ aus, dessen Gründungsmitglied sie gewesen war⁵⁴.

Das Tagebuch der Wahnfried-Haushälterin Liselotte Schmidt bringt die Gemütslage der Wagners in den Maitagen auf den Punkt: „Die Herrin hat unerfreuliche Tage in Berlin“, selbst Bayreuth-freundlich eingestellte Parteigrößen hätten sich aus strategischen Gründen gegen Winifred Wagner und Tietjen gewandt⁵⁵. „Höchste Tragik, dass Bayreuth noch nie so von allen Fronten angegriffen wurde, wie im Dritten Reich. [...] Ich weiß nur, dass wir gute Lust hätten, das Festspielhaus auf Räder zu setzen und auf neutralen Boden zu fahren.“⁵⁶

Ob Hitler die Festspiele besuchen würde, war zu diesem Zeitpunkt ebenfalls noch völlig unklar. Ende Mai stand die Durchführung der Festspiele noch immer auf Messers Schneide. Sie waren mehr denn je in Gefahr und das trotz – eher: wegen – des Beginns der nationalsozialistischen Herrschaft. „Winifred sah sich gerade jetzt, als Hitler am Ziel war, im Stich gelassen“⁵⁷, resümiert Brigitte Hamann diese scheinbar paradoxe Lage. Sowohl bei der Familie Wagner als auch bei den staatlichen Stellen herrschten nur vage Vorstellungen von der künftigen Zusammenarbeit. Winifred Wagner erwartete vom nationalsozialistischen Regime ein Entgegenkommen, wobei vorerst offen blieb, welche Gegenleistung dafür zu erbringen sei.

IV. Schwebezustand: Hoffen auf Hilfe und Angst vor Verstaatlichung

Angesichts der angespannten Finanzlage ergriff Winifred Wagner die Initiative. Sie fand mit ihren Gesuchen um Hilfe für das Festspielunternehmen schließlich Gehör bei zwei Weggefährten: dem einstigen Bayreuther Volksschullehrer Hans Schemm⁵⁸, der unterdessen zum ersten nationalsozialistischen Kultusminister in

⁵³ Vgl. Kater, *Mißbrauchte Muse*, S. 113–120.

⁵⁴ Vgl. Hamann, *Winifred Wagner*, S. 262. Piper, *Rosenberg*, S. 261, erwähnt diesen prominenten Austritt nicht und beleuchtet auch Rosenbergs Kritik an Richard Wagner, beispielsweise seine Verehrung Buddhas im *Parsifal*, nicht. Schertz-Parey, *Winifred Wagner. Ein Leben für Bayreuth*, Graz/Stuttgart 1999, S. 101 f., zitiert eine Verteidigungsschrift Winifred Wagners, in der sie ihr selbstbewusstes Auftreten gegenüber Goebbels als Akt des Widerstands deutet. Rosenberg habe sich zudem gegen die Beschäftigung Heinz Tietjens ausgesprochen (ebenda S. 90). Hitler habe laut Winifred Wagner Rosenberg nach Bayreuth eingeladen, damit dieser seine Meinung ändern solle. Vgl. Syberberg, *Geschichte des Hauses Wahnfried*, 1 Kassette, Min. 156.

⁵⁵ Schmidt an ihre Eltern vom 19. 5. 1933, in: RWA, NA IV A 28.

⁵⁶ Schmidt an ihre Eltern vom 26. 5. 1933, in: Ebenda, teilweise abgedruckt bei Karbaum, *Studien*, Teil II, Dok. XIII-3 und -4.

⁵⁷ Hamann, *Winifred Wagner*, S. 247.

⁵⁸ Vgl. Franz Kühnel, *Hans Schemm. Gauleiter und Kultusminister (1891–1935)*, Nürnberg 1985; Rudolf Endres, *Hans Schemm*, in: Alfred Wendehorst (Hrsg.), *Fränkische Lebensbilder*, Neustadt/Aisch 1993, S. 265–284; Winfried Müller, *Gauleiter als Minister: die Gauleiter Hans Schemm, Adolf Wagner und Paul Gieseler und das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus 1933–1945*, in: *Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte* 60 (1997), S. 973–1021,

Bayern aufgestiegen war, sowie beim bayerischen Ministerpräsidenten Ludwig Siebert. Am 1. Juni 1933 ließ Siebert ein Telefonat mit Bayreuths Bürgermeister Karl Schlumprecht protokollieren: „Er erklärte, Frau Camberlain [sic] und Frau Thode bäten mich dringend, ihnen eine Rücksprache mit dem Herrn Reichskanzler zu vermitteln, weil die Richard-Wagner-Festspiele in Bayreuth sich in einer schweren Krise befänden, aus der ihnen nur der Reichskanzler helfen könne. Welcher Art diese Krise sei, hätten die Damen nicht gesagt. Ich werde mit Herrn Reichskanzler eine Besprechung vermitteln, weil ich hoffen könne, ihn über Pfingsten [4./5. Juni 1933] zu treffen.“⁵⁹ Das Treffen wurde allerdings verschoben.

Am 16. Juni besuchte Hans Schemm zusammen mit dem Münchner Gewährsmann der Wagners, dem Kaufmann Max Wiskott, Bayreuth. Er teilte Winifred Wagner mit: „Der Führer ist entschlossen, für Abnahme sämtlicher Karten zu sorgen.“⁶⁰ Winifred Wagner war über diese Nachricht alles andere als erfreut: „Es gehen Gerüchte, man plane eine Verstaatlichung der Festspiele. Das Wort ‚Enteignung‘ ist zwar nicht gefallen, aber ich glaube, derartiges aus dem herauszuhören, was hier herumschwirrt.“ Auch als Schemm ihr mitteilte, der bayerische Ministerrat habe am 12. Juni beschlossen, „diejenigen Plätze der Bayreuther Festspiele zu kaufen, die im Wege des Publikumsverkaufs nicht abgesetzt werden“, beharrte die Festspielleiterin auf ihrer Unabhängigkeit: „Wir brauchen keinen staatlichen Zuschuss, nur den Vollverkauf. [...] Bleiben die Festspiele in jeder Beziehung unabhängig?“ Auch hier zeigt sich, dass Winifred Wagner sich Unterstützung erhoffte, ohne freilich eine Gegenleistung erbringen zu wollen.

Schemm und Wiskott wiegelten angesichts der Befürchtungen Winifred Wagners ab, die Leitung werde weiterhin der Familie überlassen. Richard Wagners Grundsatz für die Festspiele sei es allerdings gewesen, „die Festspiele den Würdigsten des Volkes unentgeltlich zugänglich zu machen“. Dem „Dritten Reich“ – so Wiskott – sei es nun beschieden, nachdem selbst Bismarck in dieser Beziehung „versagt“ habe, „Richard Wagners Testament zu erfüllen“. Schemm erläuterte Winifred Wagner, er wolle die Festspiele als Teil „lebendiger Erziehung“ den Lehrerorganisationen öffnen, stieß damit aber auf Skepsis. Keinem der Wagnerverbände und -gesellschaften, so Frau Wagner, sei es bisher gelungen, die Festspiele in nennenswerter Weise zu unterstützen, es mangle diesen Institutionen schlicht an Organisationstalent. Schemm erwiderte, er werde sofort Maßnahmen ergreifen, worauf ihm Winifred Wagner antwortete, zum 1. Juli fehlten zunächst akut 150.000 RM. Schemm schloss darauf die Sitzung mit den Worten, er werde sofort entsprechende Schritte einleiten. Denn: „Wir können organisieren.“⁶¹ Schemm

sowie ders., Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Verwaltung und Personal im Schatten der NS-Politik, in: Staat und Gaue in der NS-Zeit, München 2004, S. 197–215.

⁵⁹ BayHStA, MK, 7501, Aktenvermerk vom 1. 6. 1933. Vermutlich am 6. 6. 1933 rief Rechtsrat Karl Keller im Auftrag von Daniela Thode und Eva Chamberlain erneut in München an, was zeigt, dass die Angelegenheit pressierte.

⁶⁰ BayHStA, MK, 7501, Protokoll der Sitzung vom 16. 6. 1933. Die Folgezitate stammen aus diesem Dokument.

⁶¹ Auch in der Sprache ist Ausnahmezustand zu erkennen: Begriffe wie „organisieren“, „Garant“ und „abwickeln“ tauchen nicht zufällig auf und sind symptomatisch für das Weltbild

formuliert hiermit den Anspruch, die Neu- bzw. Umorganisation des Publikumsstroms in die Hand zu nehmen.

Die Öffnung der Festspiele für neue Besuchergruppen wurde von Schemm und Wiskott mit Richard Wagners Anspruch begründet, die Festspiele dem Publikum in seiner ganzen Breite zu öffnen und den Zugang vom individuellen Vermögen der Zuschauer zu entkoppeln⁶². Diese Idee, der die Festspielfinanzierung bisher entgegen gestanden hatte, wurde jetzt im nationalsozialistischen Sinne umgedeutet: Der totalitäre Staat werde die sozialen Unterschiede aufheben. Die neoromantische Volksvorstellung Richard Wagners wurde kurzerhand mit der Volksgemeinschaftsideologie verbunden.

Der Wagner-Lobbyist Max Wiskott versorgte Ministerpräsident Siebert Ende Juni 1933 mit Informationen über die finanziellen Engpässe der Festspiele⁶³: Bislang seien die Festspiele nicht einmal zur Hälfte ausgebucht, was ein absehbares Defizit von 500.000 RM zur Folge haben könnte – eine grelle Übertreibung angesichts der Zahlen der Bayreuther Kassenbücher. „Der Kartenverkauf nach dem Auslande ist seit dem 21. März tot“, so Wiskott. Dies bedeute „Bayreuths Zusammenbruch: die größte Bloßstellung von Volk und Regierung vor dem gesamten Auslande“. Die Hilfe für die Festspiele müsse bedingungslos sein: „Bayreuth braucht keine ‚Subvention‘, nur den Verkauf der Karten“, so zitierte Wiskott Winifred Wagner. Er betonte außerdem, dass es das Ziel von Richard Wagners „Lebenskampf“ gewesen sei, sich künstlerische Unabhängigkeit zu erstreiten. Noch immer befürchtete Winifred Wagner – als deren Sprachrohr Max Wiskott hier gelten kann – offensichtlich den Verlust ihrer Eigenständigkeit. Sie sah in staatlichen Subventionen in Form von Barzuschüssen eine existenzielle Gefahr und hoffte mit der Kartenabnahme ein Regulativ gefunden zu haben, das die Absatzkrise des Jahres 1933 kompensieren könne. Winifred Wagner verabschiedete sich damit endgültig von dem Gedanken, die Festspiele vollständig über den freien Kartenverkauf zu finanzieren. Die Forderungen nach einem „störungslosen Verkauf“ sowie ihre Befürchtung, das nationalsozialistische Regime werde die Festspiele verstaatlichen, waren nicht unbegründet: In der NSDAP gab es tatsächlich Widerstand gegen die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit des Festspielunternehmens⁶⁴.

Der bayerische Ministerpräsident und sein Kultusminister beließen es nicht bei Versuchen, in Berlin im Interesse von Winifred Wagner vorstellig zu werden. Daneben verfolgten sie eigene Motive: Sie wollten den Tendenzen der Reichsstellen entgegenwirken, sich der Festspiele zu bemächtigen. Am 23. Juni 1933 schrieb Hans Schemm an die Ministerpräsidenten der anderen deutschen Länder. Er ging dabei auf die Misere der Festspiele wegen der ausbleibenden Ausländer ein und erwähnte die Zusage des Reichskanzlers, „eine namhafte Reichshilfe“ zu organisieren. Es sei nun an den Ländern, ein Gleiches zu tun, forderte

des Nationalsozialismus; vgl. Viktor Klemperer, LTI. Notizbuch eines Philologen, Halle 1957, hier S. 127 f.

⁶² Vgl. Richard Wagner, Gesammelte Schriften und Dichtungen, Leipzig 1936, S. 127.

⁶³ BayHStA, StK, 7501, Max Wiskott an Siebert vom 26. 6. 1933.

⁶⁴ Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 261 f.

Schemm die Ministerpräsidenten der deutschen Länder nachdrücklich auf⁶⁵. Der bayerische Ministerrat habe bereits zugesagt, Karten im Wert von 50.000 RM abzunehmen.

Dieser Versuch, den Berliner Bestrebungen zur Vereinnahmung der Festspiele ein Konzept der Länder entgegenzusetzen, ist bemerkenswert, dokumentiert sich in ihm doch ein immer noch ausgeprägtes Bewusstsein für den föderalen Staat, der zunehmend aus den Angeln gehoben und „gleichgeschaltet“ wurde⁶⁶. Die Resonanz auf diesen Aufruf war jedoch schwach. Offensichtlich wollten die Länderregierungen nicht Farbe bekennen und überließen letztlich Bayern allein die finanziellen Lasten der Förderung⁶⁷.

Obwohl Hitler die Hilfe des Reiches zugesichert hatte, scheint sich Winifred Wagner dieser Unterstützung auch zu diesem späten Zeitpunkt nicht sicher gewesen zu sein, da sie keinen Kontakt zu Hitler hatte – sicherlich gab es in der Reichshauptstadt auch andere Probleme als den Festspielbetrieb in Bayreuth⁶⁸. Schon seit April 1933 sei Frau Wagner von Hitler und anderen maßgeblichen Stellen und Personen abgeschnitten, teilte ihre Haushälterin Liselotte Schmidt Reichskommissar Hans Frank mit, mit dem sie ein Verhältnis hatte und den sie regelmäßig in Berlin besuchte⁶⁹. Das Versprechen Hans Schemms erwies sich sogar als hohl, denn es war nichts verbindlich in die Wege geleitet worden.

Inzwischen stiegen die finanziellen Verpflichtungen durch die Festspielvorbereitungen kontinuierlich an. Liselotte Schmidt überreichte Frank bei einem Treffen eine Aufstellung ihrer Arbeitgeberin über den weiteren Finanzbedarf. Allen voran Joseph Goebbels empfangen ihre Chefin nicht mehr, klagte Schmidt. Dabei habe er sich bislang großspurig für die Festspiele stark gemacht und gegenüber Winifred Wagner geäußert: „Wir nehmen jeden Betrag Karten. 300.000 Mark oder mehr ist für B'th [Bayreuth] ein Nichts.“⁷⁰ Die jetzige abweisende Haltung sei auf Tietjens vermeintlich judenfreundliche Haltung zurückzuführen. Winifred Wagner beklagte sich auch über das Schweigen Hitlers, dem sie Karten zum Geburtstag gesandt hatte⁷¹. Dass dieser den Dank für die Karten am 23. Mai mit

⁶⁵ BayHStA, MK, 50449, Schemm an die Ministerkollegen vom 23. 6. 1933.

⁶⁶ Am 3. 7. 1933 betonte Siebert Schemm gegenüber, dass es „die Pflicht ganz Deutschlands“ sei, den Festspielen zu helfen, was sich auch als Absage an Einzelinitiativen wie aus München oder Berlin lesen lässt, in: BayHStA, StK, 7501.

⁶⁷ BayHStA, MK, 50449, anhaltinisches Kultusministerium an bayerisches Kultusministerium vom 4. 7. 1933 mit einer Zusage über 500 RM, sowie mecklenburgisches Kultusministerium an bayerisches Kultusministerium vom 18. 7. 1933. Lübeck, Hamburg und Bremen sagten am 10. 7. 1933 jegliche Beteiligung ab. Laut BayHStA, MK, 50450 stellten Karlsruhe 800 RM und Dessau 500 RM in Aussicht.

⁶⁸ Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 247.

⁶⁹ Vgl. Dieter Schenk, Hans Frank. Hitlers Kronjurist und Generalgouverneur, Frankfurt a. M. 2006, S. 90 f., sowie die Korrespondenz Franks mit Winifred Wagner über Schmidt vom 19. 8., 15. 9. und 11. 10. 1944, in: Bundesarchiv (künftig: BA) Berlin, R 52, II/2-10. Laut Schenk spielte Frank zeitweilig sogar mit dem Gedanken nach Bayreuth überzusiedeln.

⁷⁰ BA Koblenz, NL1110, 3, Sprechzettel „Fall Tietjen“ Liselotte Schmidts für Hans Frank, ohne Datum.

⁷¹ Ebenda.

einem Gruß an Winifred Wagner, die genau einen Monat später Geburtstag feierte, verbunden hatte, schrieb Liselotte Schmidt allein dem von ihr vergötterten Hans Frank zu⁷². Der Geburtstagsgruß enthielt allerdings keine Zusage über eine Unterstützung der Festspiele durch die Reichsregierung.

Weder Frank noch Siebert oder Schemm hatten folglich eine rasche Entscheidung herbeiführen können. Die Finanzierung der Festspiele 1933 war, trotz aller Lippenbekenntnisse, auch in letzter Minute noch nicht entschieden – insbesondere der Umgang mit jüdischen Künstlern, dem entscheidende Bedeutung zukam, war ungeklärt. Da die Zeit drängte und alle Versuche, sich Gehör zu verschaffen, erfolglos geblieben waren, sahen sich die Wagners gezwungen, noch einmal den Kontakt zu Hitler persönlich zu suchen. Mit dieser Mission wurde die Tochter Cosima Wagners und Hans von Bühlows, Daniela Thode, betraut, die die Autorität der Familientradition verkörpern sollte, und eben nicht die in Parteikreisen beargwöhnte Festspielchefin.

Joseph Goebbels benannte in seinem Tagebucheintrag vom 27. Juni 1933 den Punkt, der einer einvernehmlichen Lösung vor allem im Weg stand: „Sie sind in der Judenfrage unausstehlich. [...] Wenn Wagner wiederkäme“⁷³. Für ihn waren nicht die von Bayreuth erbetenen 300.000 RM – was 10.000 Festspielkarten entsprach – ausschlaggebend, sondern die ideologischen Konsequenzen, die sich gerade für die ersten Bayreuther Festspiele nach der „Machtergreifung“ aus der Mitwirkung jüdischer Künstler ergeben würden. Ein Protokoll der Sitzung des bayerischen Ministerrates vom 27. Juni 1933 enthält bereits die Information über den Ankauf eines Kontingents von 10.000 Karten durch das Reichspropagandaministerium⁷⁴. Allerdings dürfte die Zusage des Propagandaministeriums an den Ausschluss jüdischer Künstler gebunden gewesen sein. Diesem Druck scheinen sich die Wagners aus Gründen der Qualität und der künstlerischen Unabhängigkeit nicht gebeugt zu haben. Daniela Thode suchte nämlich nun die Entscheidung Hitlers. Goebbels hielt noch am selben Tag mit ihm Rücksprache. Thode erhielt daraufhin die definitive Zusicherung, das Reich werde sich mit Kartenkäufen an der Unterstützung der Festspiele beteiligen⁷⁵. Um die Frage der jüdischen Künstler zu klären, bestellte Hitler Winifred Wagner für den 28. Juni 1933 zu sich nach Berlin ein⁷⁶. Sie hatte offenbar Erfolg.

Der Jubel in Liselotte Schmidts Brief an ihre Eltern – „er rief die Herrin nach Berlin, sie flog und innerhalb eine Viertelstunde war uns geholfen und wie!“ – bezieht sich wohl nicht in erster Linie auf materielle Zusagen, die Hitler und Goebbels ja bereits Anfang Juni in Aussicht gestellt und jetzt definitiv zugesagt

⁷² Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 249.

⁷³ Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2/III: Oktober 1932 – März 1934, bearb. von Angela Hermann, München 2006, S. 216, Eintragung vom 27. 6. 1933.

⁷⁴ BayHStA, MK, 7501, Aktennotiz vom 28. 6. 1933 über die Sitzung vom 27. 6. 1933.

⁷⁵ Daniela Thode, Bayreuth seit 1930, S. 5, in: RWA, Hs. 93/127.

⁷⁶ Auf diese Datierung lässt auch das Protokoll einer Besprechung in München schließen, das auf den 3. 7. 1933 datiert und in dem Ludwig Siebert wie folgt wiedergegeben wird: „Ich erklärte weiter, ich hätte mit dem Führer gesprochen, der mir gesagt habe, er wolle sich mit Frau Wagner selbst benehmen, was ja auch in der Zwischenzeit geschehen sei.“ BayHStA, MK, 7501.

hatten, sondern auf die „Sicherheit, die wir brauchen, um künstlerische Arbeit leisten zu können“. Hitler selbst sei, so Schmidt weiter, angesichts der „Intrigen von Goebbels“ gegen Winifred Wagner und die Festspiele „ahnungslos“ gewesen, „in seiner Umgebung [gab es] Stimmen, die uns [...] nicht ganz hold gesinnt sind“⁷⁷. Dies ist ein deutliches Indiz dafür, dass sich Hitler mit einem Machtwort durchsetzte und die Sonderstellung der Bayreuther Festspiele im Kulturbetrieb des „Dritten Reiches“ begründete: als Sonderbereich im Schwebезustand, abhängig von seinen Gnaden und unter seinem Schutz stehend. Dies war nicht das Ergebnis von Planung, sondern Produkt eines komplexen Prozesses mit unklarer Kompetenzverteilung.

Ohne die Konsequenzen abzusehen – sei es aus Kalkül oder aus der Notlage heraus – stimmte Winifred Wagner einem „Pakt“ zu, der zur Folge hatte, dass die finanzielle Unterstützung durch den Staat als Kompensation für den Einbruch des Kartenverkaufs an eine politische und soziale Umdeutung der bisherigen Festspielpraxis gekoppelt wurde: die Öffnung der Festspiele für vom nationalsozialistischen Staat ausgewählte Besuchergruppen. Winifred Wagner sah im Erwerb von Kartenkontingenten anscheinend ein neutrales Mittel, das ihre Stellung als Familienunternehmerin nicht tangierte. Das war jedoch eine Illusion. Der Kartenerwerb war nämlich de facto eine Subvention, die ihre Freiheit letztlich zur Disposition stellte. Ohne dass dies je ausgesprochen oder geplant worden wäre, fand folglich ein Geschäft statt: Geld gegen ideologische Verfügungsgewalt. Weder gab es auf Seite des bayerischen Staates noch auf Reichsseite konsistente Pläne oder einheitliche Absichtserklärungen. Auch schien Winifred Wagner nicht zu wissen, worauf genau sie sich einließ, wie ihr Festspielunternehmen sich verändern würde, ob ihre Unabhängigkeit in Frage gestellt war oder nicht. Letztlich musste sie sich bedingungslos auf die Forderungen von nationalsozialistischer Seite einlassen und Gegenleistungen erbringen. Im Charakter der „Gleichschaltung“ durch Improvisation liegt der Beginn des sozialen Umbaus der Festspiele begründet, der bereits für das Jahr 1933 kennzeichnend ist.

V. „Soziale Gleichschaltung“ der Festspiele: Berliner Klientelpolitik versus Münchner Auswahlverfahren

Nachdem eine „Reichshilfe“ spätestens seit dem 27. Juni 1933 feststand, forderte Ludwig Siebert im bayerischen Ministerrat erneut, dass „weitere Summen durch die deutschen Länder aufgebracht werden [sollen], da es sich um eine Angelegenheit ganz Deutschlands handelt“⁷⁸. Im Kabinett entzündete sich daraufhin eine Kontroverse an der Frage, ob das Kultusministerium die Karten „an geeignete Personen weiterzugeben oder zu verschenken“ habe. Es wurden Bedenken laut, dass eine durch Freikarten veränderte „Zusammensetzung der Festspielbesucher das Ausland vom Besuch der Vorstellungen in den folgenden Jahren viel-

⁷⁷ RWA, NA IV A 28, Brief an die Eltern vom 30. 6. 1933, wiedergegeben auch bei Karbaum, Studien, Teil II, Dok. XIII-6.

⁷⁸ BayHStA, MK, 7501, Aktennotiz vom 28. 6. 1933 über die Sitzung vom 27. 6. 1933.

leicht abhalten könnte.⁷⁹ Der internationale Charakter der Festspiele sollte auch in Zukunft gewahrt bleiben. Das Kabinett fürchtete einen Imageverlust der Festspiele durch die Präsenz eines Freikartenpublikums.

In einem Gespräch zwischen Ludwig Siebert, Hans Schemm, dem Bayreuther Rechtsrat Karl Keller und Winifred Wagner forderte der Ministerpräsident am 3. Juli 1933⁸⁰, die ersten Festspiele unter der neuen nationalsozialistischen Regierung dürften künstlerisch und gesellschaftlich nicht hinter den Festspielen der Vorjahre zurückbleiben. Er regte an, Karten nicht zu verschenken, sondern verbilligt abzugeben, denn „eine Vergebung der Karten würde nur einen wilden Zwischenhandel hervorrufen. Das Publikum müsse opferwillig sein und mindestens einen Teil der Kosten für die Karten tragen.“ Dies solle auch aus Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Stadt Bayreuth geschehen, die auf kaufkräftige Touristen hoffe. Schemm und Siebert schlugen abschließend vor, „für die Ausgabe der Karten bestimmte Richtlinien aufzustellen“. In der Öffentlichkeit solle die Parteinahme für Wagner und die Festspiele nicht als finanzielle Hilfe erkennbar sein, sondern „die Verbilligung soll der kulturellen Erziehung des Volkes [...] dienen“.

Winifred Wagner befürwortete dieses Vorgehen und betonte noch einmal, sie lege „den höchsten Wert auf künstlerische Unabhängigkeit“. „Bei finanzieller Unterstützung hätte sie unter Umständen nicht mehr die Bewegungsfreiheit, die Dirigenten und Sänger, die sie brauche, selbst zu bestimmen“ – auch hier stand also die Schlüsselfrage der Beteiligung jüdischer Künstler im Raum. Sie wünschte sich außerdem, nicht nur Bayern, sondern auch „das Reich solle die Karten an würdige, bessere Studierende, Lehrer und dgl. abgeben“. Es gehe nicht an, zwei Kategorien von Besuchern – Vollzahler und beliebige Freikartenempfänger – zu schaffen. Auch hier ist das Beharren Winifred Wagners spürbar, das Festspielpublikum in seiner sozialen Zusammensetzung nicht grundlegend zu verändern.

Schemm umriss die Zielgruppe im Sinne Winifred Wagners mit dem Begriff „kulturelle[r] Mittelstand, insbesondere die Beamtenschaft und die Studenten, vielleicht auch die Oberprimaner der Gymnasien“. Er sagte zu, dass er dieses Modell in Berlin mit Bildungsminister Rust und Joseph Goebbels besprechen wolle: „Die Gedanken, daß der Staat die Verbilligung des Festspielbesuches zur Erziehung des Volkes verwenden müsse, müßten auch in Berlin zum Durchbruch kommen.“⁸¹ In der Ministerratssitzung am 4. Juli 1933 gab Ludwig Siebert die Parole aus, die 1.000 bayerischen Karten, deren Abnahme das Kultusministerium zugesichert hatte, sollten insbesondere an Studierende und Beamtenanwärter vergeben werden⁸². Der von Hans Schemm zum Engagement aufgeforderte Beam-

⁷⁹ Ebenda.

⁸⁰ BayHStA, MK, 7501, Protokoll des Ministeriums vom 3. 7. 1933.

⁸¹ BayHStA, MK, 50449, Bayerisches Kultusministerium an Reichsministerium für Propaganda und Volksaufklärung vom 5. 7. 1933.

⁸² Ebenda, Protokoll des Ministerrates vom 4. 7. 1933. Am 5. 7. 1933 sandte Winifred Wagner 1.000 Karten nach München und bedankte sich für das Interesse an den Bayreuther Festspielen. Vgl. ihren undatierten Brief in: Ebenda. Am 10. 7. 1933 wies das Finanzministerium 30.000 RM für die Karten an (ebenda).

tenbund erfüllte allerdings – wie übrigens auch der von Kultusminister Schemm gesteuerte NS-Lehrerbund – die in ihn gesetzten Erwartungen einer namhaften finanziellen Beteiligung im Jahr 1933 nicht⁸³. Vonseiten dieser Standesorganisationen gab es vorerst wenig Interesse an einer unmittelbaren Unterstützung der Festspiele. 1934 erhöhte Schemm den Druck und hatte damit auch Erfolg⁸⁴.

Am 9. Juli 1933 veröffentlichte die Landesregierung im *Staatsanzeiger* einen allgemeinen Aufruf, in dem es hieß, dass man sich bei der Münchner Akademie für Tonkunst um verbilligte Festspielkarten bewerben könne. „Lehrkräfte für Musik, Tonkünstler, Lehramtsanwärter, Beamtenanwärter und Beamte“, so das Kultusministerium, würden dabei bevorzugt⁸⁵. Diese Auswahl entsprach im Prinzip dem seit 1884 praktizierten Usus, einer Gruppe von ausgewählten, musikinteressierten Bürgern Zutritt zu den Festspielen zu gewähren. Seitdem war auch die Akademie für die Zuteilung zuständig, die nun aber anstatt einiger Dutzend tausend Karten zuweisen konnte. Durch Pressemeldungen hatte die deutsche Öffentlichkeit schon am 5. Juli von der bayerischen Ausschreibung erfahren und überschüttete nun die Akademie und das Kultusministerium mit Kartengesuchen. Einem Großteil der Petenten musste sofort abgesagt werden, da nur „bayerische Landeskinde“ in den Genuss vergünstigter Karten kommen konnten⁸⁶.

Die Akademie unterrichtete das bayerische Kultusministerium Ende Juli 1933 über die verbilligt abgegebenen Karten⁸⁷. Aus den penibel geführten Listen lässt sich ersehen, welchen Gruppen die Karten zur Verfügung gestellt wurden: Schülern (211), Lehrern (202), Studenten (168), sonstigen Beamten (132), Ärzten (70), Musikern (67), Buchhändlern (45), Ingenieuren (30), Professoren (23), Kaufleuten (21), Angestellten (17), Kapellmeistern (16) Invaliden, Witwen (4) und Arbeitern (2). Neben Personen, die in pädagogischen und musischen Berufen arbeiteten, sowie Jungakademikern kamen die Vertreter unterschiedlicher bürgerlicher Berufe zum Zuge⁸⁸, während die unteren sozialen Schichten so gut wie leer ausgingen. In Bayreuth wollte man anscheinend nur solche Besucher, die dem traditionellen Bild von den Festspielen entsprachen.

⁸³ BayHStA, MK, 7501, Schemm an den Vorstand des NS-Beamtenbundes vom 23. 6. sowie dessen Antwort an Schemm vom 10. 7. 1933.

⁸⁴ 1934 erhielt der Lehrerbund Festspielkarten im Wert von 50.000 RM. Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 277.

⁸⁵ Staatsanzeiger Nr. 156 vom 9./10. 7. 1933, Mitteilung Nr. 858 des StM für Unterricht und Kultus, 7. 7. 1933, Nr. VII/31950, über die Bayreuther Festspiele: „Geleitet vom Bestreben, die Bayreuther Festspiele, diesen einzigartigen Kulturbesitz, als Kraftquelle für die seelische Erneuerung des erwachten Deutschland zu nutzen, will die Staatsregierung der Anregung des Reichskanzlers folgen und einen neuen Weg bestreiten durch Ankauf einer größeren Zahl von Eintrittskarten zu den Festspielen 1933 und durch deren stark verbilligte Abgabe.“ Die Akademie der Tonkunst München halte 1.500 Karten zum Preis von 10 RM und 2.500 Karten zum Preis von 15 RM bereit; die Zahlen stehen im Widerspruch zu den 1.000 de facto abgekauften Karten.

⁸⁶ Am 5. 7. 1933 trafen die ersten Schreiben ein. Die Absender Frankfurt, Hamburg, Königsberg, Gotha, Trier, Weimar, Ludwigshafen, Hannover und Wanne-Eikel deuten darauf hin, dass im gesamten Reich von der bayerischen Initiative Notiz genommen wurde.

⁸⁷ Vgl. die umfangreiche Aufstellung in: BayHStA, MK, 50450.

⁸⁸ Abrechnungslisten in: Ebenda.

Die Münchner Quellen lassen auch Schlüsse auf die Selbsteutung der Bürgerinnen und Bürger zu, die sich als Zielgruppe dieser neuen Zuschauerpolitik verstanden. Zahlreiche Anfragen gingen in Form ausführlicher Bewerbungsschreiben ein, denen zum Teil Zeugnisse oder längere Lebensabrisse beigelegt waren. Vier zentrale Argumente stehen dabei hervor: Erstens die Versicherung, aus einer musikalischen Familie zu stammen, selbst musikinteressiert zu sein oder seit jeher Richard Wagner zu verehren⁸⁹. Eine zweite Gruppe berief sich auf ihr Interesse an Wagner aus professionellen Gründen oder um der Bildung willen⁹⁰. Andere betonten drittens, sie seien bisher „vom Leben benachteiligt“ worden und hätten es nun endlich verdient, zum Zuge zu kommen, wobei das eigene Leben in diesen Darlegungen häufig mit dem Richard Wagners oder gar Adolf Hitlers verglichen wurde⁹¹. Die letzte und größte Gruppe verknüpfte Wagner und die Festspiele mit der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten. Einzelne gaben sich als Parteimitglieder zu erkennen, die Mehrzahl legte ein Bekenntnis zum „erwachenden Deutschland“ ab und hoffte, „aufgrund der starken politischen Anteilnahme für den Führer in den Kreis der Treuen aufgenommen zu werden“. Der Verteilungsmodus für die knapp 1.000 Karten erwies sich insgesamt als kompliziert, langwierig und personalintensiv⁹².

In Berlin hingegen wurden die Karten ohne aufwändige Regularien in Verwaltungen und Parteorganisationen vergeben⁹³. Am 8. Juli 1933 fand eine Sitzung mit Vertretern des Reichsinnenministeriums, Preußens, des Propagandaministeriums und der Reichskanzlei statt, in der die Aufteilung des Ankaufbetrages auf die einzelnen Ministerien beschlossen und über den Verteilungsmodus gesprochen wurde⁹⁴. Bei dieser Aufstellung fehlen 100.000 RM der von Goebbels ursprünglich in Aussicht gestellten 300.000 RM. Im Gegensatz zur bayerischen Regierung hatten die Berliner Stellen einen Rabatt von 33 Prozent zur Bedingung gemacht und damit Erfolg gehabt, was die defensive Lage der Familie Wagner verdeutlicht. „Die Karten sollen den infrage kommenden Kreisen als Freikarten zur Verfügung gestellt werden“⁹⁵, hieß es im Protokoll der Besprechung, was

⁸⁹ Vgl. den exemplarischen Antrag an das Propagandaministerium vom 18. 7. 1933, in: BayHStA, MK, 50450.

⁹⁰ Ebenda, Schreiben vom 23. 7. 1933: „Daß ich mit dem Besuch der Bayreuther Festspiele mit meiner Schülergruppe im Sinne unserer heutigen Regierung gehandelt hab, ersehe ich daraus, daß die Festspiele nun auch von Regierungsseite weitgehend gefördert werden“, so am 25. 7. 1933 ein Lehrer aus Erlangen.

⁹¹ BayHStA, MK, 50450, Schreiben vom 27. 7. 1933 mit Einkommensnachweis und einer Liste bisher gesehener Opern.

⁹² Zudem hatte die Nachfrage die Akademie überrascht. Seit dem 26. 7. 1933 waren keinerlei Karten mehr verfügbar. Der individuelle Antwortmodus ist verantwortlich für den Umfang der Akten, in: BayHStA, MK, 50449 und -50.

⁹³ BayHStA, MK, 50450, Propagandaministerium an Kultusministerium vom 21. 7. 1933.

⁹⁴ Das Reichsinnenministerium zahlte 20.000 RM, die preußische Staatsregierung 30.000 RM, die Staatskanzlei 50.000 RM, das Propagandaministerium 100.000 RM, in: BayHStA, MK, 50449, Protokoll vom 8. 7. 1933.

⁹⁵ BayHStA, MK, 50449, Protokoll der Sitzung vom 8. 7. 1933, erstellt durch den Bayerischen Gesandten in Berlin.

einem Freibrief für Vetternwirtschaft und Nepotismus gleichkam. Obwohl vorwiegend Berliner Kreise begünstigt wurden, deutet die Einladung eines Vertreters der Reichsbahn zu dieser Sitzung darauf hin, dass man mit einer Anreise aus dem ganzen Reich rechnete. Nicht nur der Eintritt sollte nämlich kostenlos sein, sondern auch die Fahrt nach Bayreuth und zurück zum Wohnort.

Die Reichsbahn weigerte sich jedoch zunächst, einer Sonderregelung für die Festspiele zuzustimmen, wie sie in der Unternehmensgeschichte bislang ohne Beispiel gewesen wäre. Erst die unmittelbare Intervention Hitlers beim neu ernannten Reichsbahndirektor am 11. Juli 1933 brachte den Durchbruch⁹⁶. Zehn Tage später trafen die ersten Freikarteninhaber zur Eröffnung der Richard-Wagner-Festspiele ein; 1.000 kamen mit bayerischen Karten und 10.000 mit solchen aus Berliner Provenienz.

VI. Veränderte Festspielatmosphäre: Folgen staatlicher Kartenpolitik

Nicht nur die Anreisemodalitäten der Mehrheit der Festspielgäste unterschieden sich von der Praxis der Erfolgsjahre 1930 und 1931 – die Festspiele des Jahres 1933 hatten insgesamt ein völlig verändertes Gesicht, wie sich im Erfahrungsbericht des stellvertretenden Bürgermeisters von Bayreuth, Rechtsrat Karl Keller, an Kultusminister Schemm zeigte⁹⁷. Seinen Dankesworten und der Schilderung der Begeisterung über die Aufbruchsstimmung der ersten Festspiele im Nationalsozialismus waren auch kritische Beobachtungen beigemischt: Die Stadt habe sich gezwungen gesehen, im Rathaus ein fast rund um die Uhr geöffnetes Büro für die Freikartenbesitzer zu unterhalten, das als zentrale Anlaufstelle auch die Quartierfrage zu klären gehabt habe, da die Reichsstellen die Stadt verpflichtet hatten, die Gäste kostenlos unterzubringen. Dies sei in „Massenquartieren [...] in Erziehungsanstalten, der Taubstummenanstalt, Turnhallen und sauberen Strohlagern“ geschehen – 4.000 Personen hätten auf diese Weise durchschnittlich zwei Nächte in Bayreuth verbracht⁹⁸. Manche seien „kaum zur Abreise zu bewegen“ gewesen, weshalb man in Zukunft die Aufenthaltsdauer auf maximal fünf Tage beschränken solle.

„Die Verpflegung übernahm die städtische Volksküche in einem Schulhaus. Während der Pausen wurden Tee und heiße Würste gereicht“, so Keller. Hinzu seien 550 von der Bayreuther Bevölkerung ausgerichtete Freitische gekommen⁹⁹.

⁹⁶ BayHStA, MK, 50440, Reichsbahnzentrale an Kultusministerium vom 11. 7. 1933 sowie die Ankündigung der Reichsbahnzentrale vom 14. 7. 1933, der eine Verlautbarung in Presse und Staatsanzeiger Nr. 163 vom 18. 7. 1933 folgte. Laut BayHStA, MK, 50449, Propagandaministerium an alle Bahnhofsvorstände im Reichsgebiet vom 13. 7. 1933, sollte für die Festspiele freie Fahrt genehmigt werden. Als Fahrschein galt fünf Tage vor dem Aufführungstermin die von einer der staatlichen Stellen gestempelte Eintrittskarte.

⁹⁷ BayHStA, MK, 50449, Keller an Schemm vom 27. 8. 1933.

⁹⁸ Hinzu kamen 600 Privatquartiere, die kostenlos bzw. gegen Festspielkarten zur Verfügung gestellt wurden (BayHStA, MK, 50449, Stadt Bayreuth an Kultusministerium vom 8. 7. 1933).

⁹⁹ BayHStA, MK, 50450, Thea Friedel an Schemm vom 10. u. 27. 7. 1933. Keller betont, dass man sogar Braten und Frühstücksbrötchen zur Verfügung stellte und für diesen Zweck eigens Geldspenden aus der Bevölkerung eingegangen waren.

„Täglich frischer Erbseneintopf“, der in den Massenquartieren ausgegeben wurde, mag das Gefühl bestärkt haben, nun zu einer „Volksgemeinschaft“ zusammengewachsen zu sein. Handel und Gewerbe waren hingegen von der Festspielsaison 1933 enttäuscht: „Offensichtlich kam die Mehrzahl der Freikartenempfänger ohne Mittel, äußerte aber bisweilen hohe Ansprüche.“ Keller nannte eine Reihe weiterer Kritikpunkte: Wie von der bayerischen Regierung befürchtet, sei mit den Festspielfreikarten ein „schwunghafter Handel“ getrieben worden. Außerdem brachte er das Unverständnis der Bayreuther Bevölkerung darüber zum Ausdruck, dass Freikartenempfänger nicht nur häufig mit dem eigenen PKW vorgefahren, sondern manche „sogar mit dem Flugzeug“ angereist seien. „Daß viele Personen in Amt und Würden Freiquartiersanspruch hatten, schaffte Verbitterung.“ Entgegen der lautstarken Ankündigung wurde hier dem Wagnerschen Ideal von Festspielen als Bildungsstätte für das ganze Volk eben nicht Rechnung getragen¹⁰⁰, denn die bürgerliche war durch die neue nationalsozialistische Elite ergänzt, in Teilen sogar ausgetauscht worden.

Der Festspielaufenthalt – so Keller abschließend – sei außerdem von vielen Freikarteninhabern zu wahren Alkoholexzessen genutzt worden: „Es haben sich Dinge im Festspielhaus zugetragen, die nicht nur für die Besitzer, sondern auch für die anderen peinlich waren.“ Auch Friedelind Wagner kritisierte das „völlig apathische Publikum, das zumeist aus schnarchenden Nazigrößen bestand, so daß Hitler seine Adjutanten durch die Reihen schicken mußte mit dem Befehl, zu applaudieren“¹⁰¹. Hans Schemm ließ den Bericht der Stadt Bayreuth, der die Konsequenzen der Berliner Freikartenpolitik deutlich zum Ausdruck brachte, vervielfältigen und an das Propagandaministerium zur Kenntnisnahme weiterleiten¹⁰². Aus Berlin kam aber keine Reaktion auf diese Kritik.

Während die Presse und wohl auch zahlreiche Festspielbesucher die neue Publikumzusammensetzung als „wahre Erfüllung der Volksgemeinschaft im Angesichte Wagners“ feierten und als „Beginn eines neuen Miteinander eines Deutschen mit einem anderen“ interpretierten¹⁰³, forderte Keller für die Zukunft „eine gewisse Auswahl“ der Festspielgäste. Vor allem müsse man ihnen ein „kleines Opfer“ abverlangen. Winifred Wagner musste bei den Festspielen letztlich einen Verlust von 180.000 RM hinnehmen, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen war, dass der „Reichszuschuss“ in der Tat um 100.000 RM niedriger ausgefallen war als erwartet¹⁰⁴. Statt 30 zahlten die Berliner Stellen nur 20 RM pro Karte – erzwungener Parteirabatt.

Die Festspiele waren 1933 keine exklusive gesellschaftliche Veranstaltung mehr, sondern hatten sich der Ideologie und den Erfordernissen der NSDAP angepasst.

¹⁰⁰ Vgl. Richard Wagner, *Sämtliche Schriften und Dichtungen*, Bd. 9, Leipzig 51936, S. 311 f.

¹⁰¹ Wagner, *Nacht über Bayreuth*, S. 305.

¹⁰² BayHStA, MK, 50450, Kultusministerium an Reichspropagandaministerium vom 11. 10. 1933.

¹⁰³ Ivo Iversen, „Bayreuth 1933“, in: *Deutsche Zeitung* vom 27. 7. 1933.

¹⁰⁴ Vgl. Hamann, *Winifred Wagner*, S. 259, die sich auf eine Aussage im Spruchkammerprotokoll Nr. 82 durch Wirtschaftsprüfer Wilhelm Hieber beruft, sowie BayHStA, MK, 50449, Protokoll der Sitzung im Kultusministerium vom 8. 7. 1933.

Winifred Wagner lobte diese Entwicklung bereits im folgenden Festspieljahr in den höchsten Tönen: Ein Wunder sei geschehen, nachdem im Kaiserreich und in der Republik „kein Verständnis“ für Wagner bestanden habe. „Bayreuth wurde im Dritten Reich durch den Führer der Platz zuerkannt, den es in kultureller Beziehung einzunehmen berufen war.“ Insbesondere die neue soziale Mischung gefiel Winifred Wagner, die sich zuvor sehr skeptisch gezeigt hatte: „Alle Werktätigen, ob Arbeiter der Stirn oder der Faust, so will es der Führer, sollen das Wunder Bayreuths erleben können.“¹⁰⁵ Die Anpassung ging sogar so weit, dass Winifred Wagner diesem neuen Festspielpublikum, „gleich ob Musiklehrer, SA-Männer oder deutsche Arbeiter der NSG ‚Kraft durch Freude‘ und [...] musikverständige SS-Formationen“, das „snobistische Treiben“ des kosmopolitischen Publikums der Jahre 1930 und 1931 gegenüberstellte und negativ konnotierte¹⁰⁶.

Nicht mehr Angebot und Nachfrage – und somit Vermögen und Interesse – entschieden 1933 allein über den Festspielbesuch. Vielmehr wurden die Richard-Wagner-Festspiele durch die Freikarten für Anhänger des Regimes „sozial gleichgeschaltet“. Diese „Gleichschaltung“ betraf 1933 noch nicht die Ästhetik, auch nicht die Organisation, sondern als „soziale Gleichschaltung“ einen – mit mehr als einem Viertel – erheblichen Teil des Publikums.

VII. Existenzsicherung durch Präsenz: Ausrichtung der Festspiele nach Hitlers Bedürfnissen

Stammgäste, die ausländische Presse und viele andere Wagnerianer fühlten sich durch den neuen Charakter der Festspiele vor den Kopf gestoßen. Auch altgediente Kritiker „spürten etwas von der neuen Kommandogewalt schon im Gruß, im Gespräch, in der Beurteilung der eigenen Arbeit, die plötzlich mit Zurückhaltung oder Herablassung aufgenommen wurde. Das alte Treue- und Vertrauensverhältnis schien fristlos gekündigt.“¹⁰⁷ Andererseits ließen sich auch manche vom neuen Geist anstecken; selbst die ausländische Presse zeigte sich zum Teil von der Euphorie und Zackigkeit der ersten Festspiele unter Hitler beeindruckt¹⁰⁸.

Der Takt der Festspiele richtete sich ganz nach Adolf Hitlers Bedürfnissen: Er ließ beispielsweise das Publikum wegen einer Verspätung eine Stunde warten,

¹⁰⁵ Rundfunkinterview mit Winifred Wagner vom 10. 8. 1934, zit. nach Hamann, Winifred Wagner, S. 288.

¹⁰⁶ Vgl. Leipziger Tageszeitung vom 20. 7. 1934, S. 8.

¹⁰⁷ Vgl. die kritische Tagebuchnotiz von Lotte Warburg, Eine Närrin meiner eigenen Gefühle, Bayreuth 1989, S. 77, sowie das Zitat bei Wilhelm Matthes, Was geschah in Bayreuth von Cosima bis Wieland Wagner? Augsburg 1996, hier S. 66 f.

¹⁰⁸ Dass es aber auch emphatische Berichte aus der Feder pro-nationalsozialistisch gesinnter Journalisten gab, zeigen die von der Pariser Botschaft gesammelten und nach München geschickten Pressekritiken, in: BayHStA, MA, 100223, von La Liberté vom 19. 8. 1933, Temps vom 22. 8. 1933 u. 1. 9. 1933. Journalisten wie Paul Achard und Gustave Samazeuilh berichteten, dass sich für Ausländer in Bayreuth wenig geändert habe, lobten die Hitlerjugend und die günstigen Preise. Diese Sammlung wurde mit folgender Glosse kommentiert: „Es ist nicht uninteressant, was das Ausland, das beispielsweise im Falle des ‚Parsifal‘ gerechter urteilt als Deutschland, in dem aber mitunter noch versteckt die Juden das große Wort sprechen, zu sagen hat.“

bevor die *Siegfried*-Vorstellung beginnen konnte¹⁰⁹. In der zweiten Festspielwoche wurde eine Rundfunkrede Hitlers in der Pause nach dem zweiten Akt der *Walküre* ins Festspielrestaurant übertragen, sodass die Vorstellung erst zwei Stunden später fortgesetzt werden konnte – sonst dauerten die Pausen nur eine Stunde¹¹⁰.

Hitlers erst in letzter Minute angekündigte Präsenz in Bayreuth war überschattet von Repressalien gegen Regimegegner und Durchsuchungen der Festspiellokalitäten durch Hundertschaften der Polizei. In Ermangelung einer angemessenen Unterkunft für den „Führer“ wurde die Familie Böhner aus ihrer Familienvilla am Hofgarten hinauskomplimentiert¹¹¹. Im Siegfried-Wagner-Haus wohnte Hitler erst ab 1936. Winifred Wagner schilderte in einem Interview den Tagesablauf Hitlers während der Festspielzeit: Nach dem späten Mittagessen in Anwesenheit von mindestens einem Familienmitglied sei er in einer „Jubel- und Triumphfahrt“ zum Festspielhügel gefahren und dort von Winifred Wagner persönlich begrüßt worden, er revanchierte sich mit Handkuss. In den Pausen sammelte er seine Entourage um sich. Die sich anschließenden Diskussionen über die Inszenierung hätten sich zumeist bis 4 Uhr morgens hingezogen¹¹².

Auch die Stadt Bayreuth stand ganz im Zeichen des Führerbesuchs. Auf dem Festspielhügel hatte Hitler jedoch durch Handzettel das Singen von Deutschland- und Horst-Wessel-Lied im Festspielhaus untersagen lassen. Dies geschah nicht zuletzt mit Rücksicht auf das Ausland, das die Festspiele 1933 mit Argusaugen beobachtete. Strittig ist, ob die Familie Wagner die Abwesenheit von NS-Staatsymbolik von Hitler forderte. Wahrscheinlich untersagte Hitler aufgrund seines idealisierten Wagner-Bilds und seiner Hochachtung vor den Traditionen der ihm nahestehenden Familie jegliche penetrante NS-Propaganda während der Festspiele, was den Charakter des Festspielhügels als Sonderbereich noch unterstrich. Das Festspielareal war jedoch von einem Wald von Hakenkreuz-Flaggen umsäumt, der tiefe Schatten warf und seinen Eindruck beim Betrachter nicht verfehlt haben wird.

Hitler wurde – wie bislang nur Wilhelm II. und die bulgarischen Zaren – durch Winifred Wagner am Ehreningang des „Königsbaues“ empfangen¹¹³. Sein Auftritt übertraf im Medienecho die von Karl Elmendorff geleitete *Meistersinger*-Aufführung¹¹⁴. Dieser Auftritt war schon in seiner Choreographie eine Art „Bayreuther Krönungsmesse“ für Hitler. Von Seiten der Wagners war diese Inszenierung eine Loyalitätsbezeugung, die gleichzeitig auch eine Selbstaufwertung bedeutete.

¹⁰⁹ Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 256.

¹¹⁰ Vgl. ebenda, S. 259.

¹¹¹ Vgl. ebenda, S. 252.

¹¹² Winifred Wagner, in: Syberberg, Geschichte des Hauses Wahnfried, 1 Kassette, Min. 151–157.

¹¹³ Winifred Wagner erinnert sich daran, dass sich höhere Chargen der SA über die intime Begrüßung mit Handkuss ereifert hätten, in: Ebenda, Min. 156.

¹¹⁴ Vgl. Hans Rudolf Veget, Wehvolles Erbe. Zur Metapolitik der *Meistersinger von Nürnberg*, in: Eckehard Kiem/Ludwig Holtmeier (Hrsg.), Richard Wagner und seine Zeit, Laaber 2003, S. 271–290.

Sie war aber auch ein Entgegenkommen für das finanzielle Engagement des Reichskanzlers.

Erst die Anwesenheit Hitlers machte die Bayreuther Festspiele zum Aushängeschild des „Dritten Reiches“ und besiegelte deren Sonderstatus. Im Gefolge Adolf Hitlers sahen sich auch andere führende Nationalsozialisten wie Ludwig Siebert und Hans Schemm, Hjalmar Schacht, Hermann Göring und Joseph Goebbels zu einem Festspielbesuch veranlasst. Die Festspiele gewannen auf diese Weise den Charakter eines Staatsaktes. Die Protektion durch Hitler zog aber nicht die einhellige Unterstützung durch die NSDAP-Führung nach sich. Kurz nach Beendigung der Festspiele erschien im von Alfred Rosenberg herausgegebenen *Völkischen Beobachter* ein reißerischer Artikel über „Schatullengeheimnisse Wahnfrieds“¹¹⁵. Mehr als sechs Millionen RM habe die Familie allein bis 1913 durch Tantiemen verdient, nun prüfe das bayerische Finanzministerium die Steuerbelege. Anscheinend sollte die Familie Wagner als raffgierig dargestellt und in Misskredit gebracht werden – der Mythos vom „Opfergang“ der Familie wurde massiv in Frage gestellt, sie wurde sogar kriminalisiert und moralisch ins Zwielficht gerückt.

Derlei Angriffe blieben allerdings ohne konkrete Auswirkungen, weil sämtliche Weichen von Adolf Hitler gestellt wurden und er sich letztlich durchsetzte. Auch Winifred Wagner behielt – wie die Richard-Wagner-Festspiele als Kulturinstitution innerhalb des NS-Musiklebens – ihren heiklen Sonderstatus, solange sich Hitler aus Kalkül, Sentimentalität oder Begeisterung für die Festspiele einsetzte. Solange er die Festspiele und mit ihnen die Familie Wagner protegierte, funktionierten sie.

VIII. Vorbereitungen für die Festspiele 1934: Schritte zur Verstaatlichung

Der Prozess der „Gleichschaltung“ der Festspiele endete nicht mit der letzten Vorstellung. „Gleichschaltung“ bezeichnet keinen rasch abgeschlossenen Vorgang, sondern einen fragilen Zustand, der ständigen Veränderungen unterworfen war. Der Anspruch, die Organisation nun in die Hand zu nehmen, hatte keine tragfähigen Strukturen geschaffen, vielmehr blieben die entscheidenden Fragen offen: Würde es im kommenden Jahr Festspiele geben, wer würde sie finanzieren, welche Künstler dürften mitwirken und wie verhielten sich Reich, Partei und Hitler weiterhin zu den Festspielen? Im Oktober 1933 übernahm zunächst das Propagandaministerium die Werbung für die Festspiele 1934¹¹⁶, was für die Familie eine finanzielle Entlastung bedeutete, aber auch einen Preis

¹¹⁵ Völkischer Beobachter vom 26. 8. 1933. Während der Festspielzeit war allerdings kein Funke Kritik in der Berichterstattung zu spüren, weil Goebbels dafür sorgte, „dass die Zeitungen, vor allem der Völkische Beobachter, Hitler als Bayreuths Retter priesen“, in: Hamann, Winifred Wagner, S. 257. Vgl. z. B. den Völkischen Beobachter vom 25. 7. 1933.

¹¹⁶ BayHStA, StK, 07501, Propagandaministerium an Kultusministerium vom 10. 10. 1933. Am 27. 10. 1933 informierte das Propagandaministerium die bayerische Staatskanzlei von den gebündelten Werbeanstrengungen der Reichsbahn.

hatte: nämlich den Verlust der Alleinzuständigkeit bei der Außendarstellung. Obwohl die Unterstützung der Festspiele durch das Reich auch für 1934 nicht prinzipiell in Frage gestellt wurde, blieb doch lange offen, wie die verschiedenen staatlichen Stellen mit den Festspielen in Zukunft verfahren würden. Winifred Wagners persönliches Verhältnis zu Hitler hatte sich zwar im Sommer 1933 gebessert, dies blieb aber ohne Auswirkungen auf die konkreten Planungen der kommenden Festspielsaison. Insbesondere die Finanzierung der Neuinszenierung des *Parsifal* war ungesichert. Winifred Wagner verstand es aber immerhin, die Bayreuther Festspiele den Gleichschaltungsinstrumenten „Kampfbund für Deutsche Kultur“, Reichskultur- und Reichsmusikkammer zu entziehen¹¹⁷. Auch gegen die Aufnahme in die Reichstheaterkammer setzte sie sich zur Wehr, indem sie Hitler persönlich einschaltete¹¹⁸.

Als Hitler im Januar 1934 erneut Anfragen ignorierte und bis dahin lediglich 2.500 Festspielkarten vorbestellt worden waren¹¹⁹, schien sich die bedrohliche Lage vom Frühjahr 1933 zu wiederholen. Die Festspiele standen finanziell erneut vor dem Aus. Außerdem musste Winifred Wagner hinnehmen, dass Hitler ihr keinen Freibrief mehr für das Engagement jüdischer Künstler gab¹²⁰. Selbst im Mai war man sich im Propagandaministerium „über die Handhabe der Festspiele noch nicht klar.“¹²¹ Erst am 11. Juni 1934 teilte das Münchner Kultusministerium den Kultusministern der anderen Länder mit, es werde dieses Jahr keine Karten vergeben, da 1934 alle „vom Reich gestiftet“ würden¹²². Auch für die kommenden Jahre, so kündigte Hitler an, könnten die Wagners mit einer Übernahme des Defizits rechnen¹²³. Das Propagandaministerium kaufte mehr als 11.300 Karten für 326.000 RM. Zusätzlich wurde eine Pauschale von fast 40.000 RM gezahlt sowie 95.000 RM für Übertragungsrechte des Rundfunks. Im Gegensatz zu 1933 bedeutete das einen erheblichen Gewinn, über den keinerlei Rechenschaft abgelegt werden musste¹²⁴.

Nach der Zentralisierung der Freikartenvergabe wurden Parteifunktionäre sowie Mitarbeiter von Zeitungen und Rundfunk als Gruppen genannt, die bevor-

¹¹⁷ Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 245, sowie Schertz-Parey, Winifred Wagner, S. 101 f.

¹¹⁸ Vgl. ausführlich Hamann, Winifred Wagner, S. 261 f.

¹¹⁹ Vgl. ebenda S. 272, und Karbaum, Studien, Teil II, Dok. XIII-7 und 8. Auch das bayerische Wirtschaftsministerium zeigte sich skeptisch und fragte sich, wie man inländische Festspielbesucher wohl zum Festspielbesuch animieren könne, denn „[a]uf diese wird die Bayreuther Festspielleitung in diesem Jahr wohl angewiesen sein, nachdem die derzeitigen [!] politischen Verhältnisse und der ausländische Währungsverfall Besucher vielfach abhalten werden“, in: BayHStA, StK, 7501, Wirtschaftsministerium an Kultusministerium vom 9. 3. 1934. Vgl. die Kartenstatistik S. 245. Bis zum 1. 1. 1933 waren bereits 5.800 Karten verkauft worden.

¹²⁰ Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 273. Wie es im Detail zu diesem „Verbot“ kam und ob es durch Hitler persönlich ausgesprochen wurde, ist unklar.

¹²¹ BayHStA, StK, 50450, Kultusministerium an einen um Karten nachsuchenden Bürger vom 28. 5. 1934.

¹²² Ebenda. Vgl. auch Hamann, Winifred Wagner, S. 281: Am 6. 7. 1934 sagte das Propagandaministerium zu, in Hitlers Auftrag „alle bis zum 10. Juli unverkauften Karten zu übernehmen“.

¹²³ Vgl. Interview in der Leipziger Tageszeitung vom 20. 7. 1934, S. 4.

¹²⁴ Vgl. Karbaum, Studien, Teil II, Dok. XIII 19.

zugt behandelt werden sollten. Nicht einmal die Münchner Professoren Artur Kutscher und Emil Preetorius erhielten Freikarten für ihre Studenten. Selbst die Tradition des kostenlosen Zugangs für begabte Musikstudenten wurde also der Berliner „Gleichschaltung“ geopfert¹²⁵. Ministerpräsident Siebert musste sogar in späteren Festspieljahren bei Hitlers Adjutant Julius Schaub um Karten nachsuchen¹²⁶. Er stimmte dann seinen Festspielbesuch stets mit demjenigen des „Führers“ ab¹²⁷.

Kurz vor den Generalproben war die Lage noch dramatischer als 1933, weil weniger als die Hälfte der Karten verkauft waren. Erst zwei Wochen vor den Festspielen kam dann die Zusage aus Berlin, das Reich werde sämtliche unverkauften Karten übernehmen¹²⁸. Ab 1939 sorgte die KdF-Organisation für einen vollkommen monopolisierten Zugang zu den Festspielen¹²⁹, die bereits seit 1933 in zunehmendem Maße in das nationalsozialistische Korsett eingepasst wurden.

IX. Spielraum im Ausnahmezustand: Versuche der Wagners, den Konkurrenten Münchner Festspiele auszuschalten

Die Bayreuther Festspiele büßten gerade 1934 einen Großteil ihrer Unabhängigkeit in Organisationsfragen ein. Sie waren zu einem Symbol nationalsozialistischer Kulturpolitik geworden. Winifred Wagner hatte zahlreiche Kompromisse eingehen müssen, war aber trotz der labilen Lage der Festspiele und der Kontroversen um ihre Person vor allem in materieller Hinsicht Nutznießerin des nationalsozialistischen Herrschaftssystems; man führe sich beispielsweise nur ihre umfangreichen Immobilienerwerbungen jener Jahre vor Augen¹³⁰.

¹²⁵ BayHStA, StK, 7501, Kutscher und Preetorius an das Kultusministerium vom 12. 2. u. 14. 3. 1934.

¹²⁶ BayHStA, StK, 7506. In der Akte befindet sich die Korrespondenz zwischen Siebert und Schaub für die Jahre 1937–1939. Siebert wohnte während der Festspiele als Gast des Bayreuther Industriellen Adolf Bayerlein auf Schloss Thiergarten, der zur Festspielzeit rauschende Feste gab.

¹²⁷ „Der Führer hat in einem Gespräch gestern wieder so von seinem Bayreuth geschwärmt, dass man sich die Freude nicht versagen kann, wenn nur irgend möglich hinzufahren.“ (BayHStA, StK, 7507, Siebert an Bayerlein vom 12. 7. 1938).

¹²⁸ Vgl. Karbaum, Studien, Teil II, Dok. XIII-10 bis -12. Die finanziellen Verhältnisse der Festspiele seien nur „dank der Stellungnahme des Führers zu meistern gewesen“, so in: BayHStA, StK, 7501, Siebert an Schemm vom 11. 10. 1934.

¹²⁹ Wolfhart Buchholz, Die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“: Freizeitgestaltung und Arbeiterschaft im Dritten Reich, München 1976, erwähnt die Festspiele mehrfach (S. 269, S. 276, S. 319 u. S. 339–342). Im Jahr 1938 hätten 3.000 Personen über die DAF verbilligte Karten erhalten. Nach 1939 verfügte die KdF-Organisation über 18.000 der rund 20.000 Festspielkarten; Unterkunft und Verpflegung seien kostenlos gewesen.

¹³⁰ Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 271 u. S. 357. So plante sie den Erwerb einer Haushälfte in Berlin und kaufte das Ferienhaus in Oberwarmersteinach im Fichtelgebirge unweit Bayreuths für 25.000 RM. Im April 1938 leitete die Zollfahndung ein Strafverfahren wegen „Devisenverschiebung ins Ausland“ ein. In die Schweiz transferierte Gelder in bis heute unbekannter Höhe wurden dann im Reich versteuert. Die Existenz weiterer Auslandsvermögen und der Verbleib der Gelder der „Tannhäuser-Spende“ ist bislang ungeklärt. Vgl. ebenda, S. 358 f.

Im Jahr 1933 boten sich neue Möglichkeiten der finanziellen Absicherung: Nicht erst seit dem Verfall der Tantiemenrechte 1913 wurde das Bühnenweihspiel *Parsifal* weltweit aufgeführt. 1933 stand die Frage eines Ausnahmegesetzes, einer *lex Parsifal*, wieder zur Debatte. Laut Winifred Wagner habe Hitler hierzu die Initiative ergriffen, sie habe ihn aber von diesem Vorhaben abgebracht, da man Aufführungen im Ausland ohnehin nicht verhindern könne¹³¹. Andere Dokumente legen den Schluss nahe, dass Winifred Wagner nicht ganz uninteressiert an einer Monopolisierung des *Parsifal* für Bayreuth war¹³².

Dass sie auch versuchte, die lästige Konkurrenz der auf Wagner spezialisierten Münchner Festspiele im Prinzregententheater auszuschalten, ist bislang weitgehend unbekannt. Dieses Anliegen war schon in einer der ersten Münchner Besprechungen am 3. Juli 1933 zur Sprache gebracht worden¹³³. Nach Beendigung der Festspiele des Jahres 1934 erwähnte Ludwig Siebert in einem Schreiben an Hans Schemm, Winifred Wagner habe angeregt, in München zumindest nicht die gleichen Werke Wagners zur Aufführung zu bringen, die auch in Bayreuth inszeniert würden¹³⁴. Er schloss mit dem Appell, „[i]ch möchte fast glauben, daß man der Bitte entsprechen könnte“. Das bayerische Kultusministerium sowie die Münchner Staatsoper meinten allerdings¹³⁵, dass eine zu Bayreuth-freundliche Regelung für die „Hauptstadt der Bewegung“ nicht zu verantworten sei. Schemm hatte auch den Münchner Oberbürgermeister Karl Fiehler informiert, der die Debatte unter Berufung „auf die Worte des Führers“ zugunsten Münchens beendete¹³⁶. Obwohl er nicht ausführte, wann und wo Adolf Hitler ein solches Votum für München abgegeben hatte und wie es lautete, blieb dieses vermeintliche Gebot Hitlers von allen Seiten unwidersprochen. Weder die Staatskanzlei noch das Kultusministerium verfolgten die Angelegenheit weiter.

Winifred Wagner musste sich also damit abfinden, dass die Münchner Festspiele 1935 pompös eröffnet wurden, während auf dem Grünen Hügel zum letzten Mal ein reguläres Pausenjahr eingelegt wurde, um sich mit ganzer Kraft auf die mit den Olympischen Spielen gekoppelten Festspiele von 1936 konzentrieren zu können. 1936 setzte sich Winifred Wagner allerdings mit einer Abstimmung der Programme der beiden Festspiele zugunsten Bayreuths durch. Die Münchner spielten keine Wagneroper, die auch in Bayreuth inszeniert wurden, um jegli-

¹³¹ Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 286. Hier stützt sich Hamann auf Syberberg, Geschichte des Hauses Wahnfried, 1 Kassette, Min. 92: „Sollte ich jemals einen Einfluss haben, werde ich dafür sorgen, dass der Parsifal nach Bayreuth gegeben wird“, habe Hitler bereits bei seinem ersten Besuch 1923 geäußert.

¹³² Obwohl Hamann ihr 9. Kapitel mit „Wirren um Parsifal“ überschreibt, geht sie doch auf diese Forderung nur indirekt ein. Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 272 u. S. 286; Karbaum, Studien, Teil I, S. 87.

¹³³ BayHStA, StK, 7501, Protokoll der Sitzung vom 3. 7. 1933, S. 4.

¹³⁴ BayHStA, MK, 50450, Siebert an Schemm vom 11. 10. 1934; ebenda, StK, 7501, Wagner an Siebert vom 24. 9. 1934.

¹³⁵ BayHStA, MK, 50450, Gutachten des Staatstheaters vom 5. 11. 1934, das auch dem Ministerium als Legitimationshilfe diene.

¹³⁶ BayHStA, MK, 50449, Karl Fiehler an Hans Schemm vom 4. 12. 1934.

che Konkurrenz zu vermeiden. Für sie war damit eine alte Rechnung beglichen worden¹³⁷.

X. Die Diktatur als Katalysator ästhetischer Modernisierung

Die Indienstnahme der Festspiele durch das NS-Regime schuf für die Wagners attraktive Möglichkeiten. Diese waren die Gegenseite des „Geschäfts“: Finanzielle Absicherung durch einen staatlichen Kartenvertrieb sowie Exklusivitätsrechte, wie das Münchner Beispiel verdeutlicht.

Für Teile des Traditionspublikums waren die Festspiele des Jahres 1933 ein Skandal – und zwar aus Gründen der Bühnenästhetik und nicht nur wegen der geschilderten sozialen Begleitumstände. Das zeigte sich in Beschwerdebriefen an das bayerische Kultusministerium: Daniela Thode, Hans von Bülow, Richard Strauss, der Bayreuther Oberbürgermeister Karl Schlumprecht und andere beschwerten sich beispielsweise über die „skandalösen“ Bühnenbilder und forderten die Verwendung der traditionellen Szenen aus dem Jahr 1882. Sie sperrten sich explizit gegen jegliche Modernisierung¹³⁸. Auch der einflussreiche „Akademische Richard-Wagner-Verein“ in Wien war verstimmt; er übersandte dem bayerischen Kultusministerium die Kopie eines offenen Briefes an Hitler und beklagte „Eigenmächtigkeiten und Modernismen“¹³⁹. Da die Nationalsozialisten die wirtschaftliche Existenz der Festspiele 1933 garantiert hatten, lag die Vermutung nahe, dass sie ihren Einfluss auch in Fragen der Festspielästhetik geltend gemacht hatten.

Dass die Festspiele 1933 mit neuen Kostümen und Bühnenbildern stattfanden, war ein wesentlicher Bestandteil der Planungen vor Hitlers Machtergreifung gewesen¹⁴⁰. Kurt Palm und Emil Preetorius standen für die Weiterentwicklung der Bühnenästhetik, und Heinz Tietjen versuchte, neue Wege in der Regie zu beschreiten. Hitler billigte diese Entwicklung¹⁴¹ und ließ Winifred Wagner und Heinz Tietjen gewähren, die eine Abkehr vom Ausstattungsrealismus zugunsten von mehr Abstraktion und mythischer Suggestivität anstrebten. In ästhetischer Hinsicht konnte sich Winifred Wagner also beträchtliche Spielräume erhalten.

Mit der Gralsoper *Parsifal*, die den Alt-Wagnerianern als unantastbar galt, kam es 1934 zur ersten echten Neuinszenierung einer Oper in Bayreuth während des

¹³⁷ Im Olympia-Jahr 1936 einigten sich Kultusministerium, Staatskanzlei, Bürgermeister und Festspielleitung auf eine Koordination der Wagner-Aufführungen (BayHStA, MK, 50449, Ludwig Siebert an Winifred Wagner vom 5. 7. 1935).

¹³⁸ BayHStA, MK, 50449, Petenten an Kultusministerium vom 2. 9. 1933, abgedruckt bei Karbaum, Studien, Teil II, Dok. XVII-1 bis -5.

¹³⁹ BayHStA, MK, 50450, Akademischer Richard-Wagner-Verein an Kultusministerium vom 7. 12. 1933.

¹⁴⁰ Die These Hamanns, Winifred Wagner, S. 250, erst Hitlers finanzielle Zuschüsse hätten „eine solch spektakuläre Inszenierung“ möglich gemacht, lässt sich nicht stützen, weil diese ja erst wenige Tage vor Festpieleröffnung eintrafen.

¹⁴¹ Vgl. ebenda, S. 255. Auch gegenüber Hans-Jürgen Syberberg betonte Winifred Wagner, Hitler habe vollkommen hinter der künstlerischen Neuaufrichtung gestanden. Syberberg, Geschichte des Hauses Wahnfried, 1 Kassette, Min. 70 u. 77.

„Dritten Reiches“. Die Festspielleiterin hatte sich vorab der Zustimmung Hitlers versichert und führte diesen „Freibrief“ gegenüber der kritischen Schwägerin Daniela Thode und den ebenfalls kritisch eingestellten Wagner-Organisationen ins Feld¹⁴². Die verlangten nämlich, die Dekorationen des Jahres 1882 noch ein weiteres Mal zu verwenden. Hitler habe laut Winifred Wagner in der Reichskanzlei getobt, es sei ein „Wahnsinn“, den *Parsifal* mit den alten Dekorationen auf die Bühne zu bringen. Würde Wagner noch gelebt haben, hätte er dieses Beharren niemals akzeptiert – „neu inszenieren!“¹⁴³

Noch heute ist strittig, ob und wie stark sich Hitler in Fragen der Festspielinszenierung eingemischt hat. Winifred Wagner widersprach sich in dieser Frage. Mal verneinte sie jegliche Einflussnahme. In einem Filminterview schilderte sie jedoch auch, dass Hitler „kleinlaut mit einer Frage, einer Bitte, einem Wunsch“ zu ihr gekommen sei – nämlich: „Könntet ihr nicht Alfred Roller mit der Inszenierung [des *Parsifal*] betreuen?“¹⁴⁴ Winifred Wagner schlug diesen Wunsch nicht ab, und auch Heinz Tietjen sei von dieser Idee „begeistert“ gewesen.

Bereits nach kurzer Zeit erwies sich jedoch, dass Roller, den Hitler schon seit Wiener Zeiten sehr schätzte, aufgrund seiner Alkoholabhängigkeit den Anforderungen nur bedingt gerecht wurde¹⁴⁵. Winifred Wagner und Heinz Tietjen hatten große Bedenken, einen anderen die Arbeiten fortführen zu lassen: „Wir fragten uns: Wie wird sich wohl Hitler verhalten, der Roller über alles verehrte. Er hat unseren Standpunkt dann geteilt. Er hatte nichts dagegen, dass wir einen neuen bestimmten. Das war dann Wieland.“¹⁴⁶. Dies war nicht der einzige Versuch Hitlers, über die Auswahl von Künstlern die Bühnenästhetik nach seinem Geschmack zu formen. Albert Speer schilderte beispielsweise, wie Hitler Benno von Arent als Bühnenbildner ins Gespräch zu bringen versuchte, er den Widerstand Winifred Wagners jedoch letztlich akzeptierte¹⁴⁷.

Mit Hitlers Zustimmung konnte das Gespann Winifred Wagner und Heinz Tietjen einen ästhetischen Paradigmenwechsel vorantreiben, der sich bereits 1930 und 1931 angedeutet hatte¹⁴⁸. Der Nationalsozialismus beschleunigte diese Ent-

¹⁴² Hamann, Winifred Wagner, S. 271: „Hitler will eventuell, wenn nötig selbst das Wort zu der Angelegenheit ergreifen. – Jedenfalls bin ich bei ihm fein gedeckt!“

¹⁴³ Winifred Wagner gibt diesen Wortlaut im Interview mit Hans-Jürgen Syberberg wieder. Syberberg, Geschichte des Hauses Wahnfried, 1 Kassette, Min. 77.

¹⁴⁴ Auf die Frage von Syberberg, ob mit Hitler ein neuer Wagner-Stil nach Bayreuth gekommen sei: „Ach ne, ne. Er hat sich ja in nichts gemischt hier.“ (Ebenda, Min. 78). Kurz vorher hatte sie die Episode mit dem Engagement Rollers geschildert, das sie nicht als Einnischung wertete.

¹⁴⁵ Winifred Wagner weiter im Film: „Wir waren durchaus nicht zufrieden. Der Tempel ging noch, der See bestand aus einer Überhäufung von Plastikblumen.“ (Ebenda, Min. 80).

¹⁴⁶ Ebenda, Min. 81.

¹⁴⁷ Vgl. Albert Speer, Spandauer Tagebücher. Mit einem Vorwort von Joachim Fest, Berlin 1980, S. 154 f. Auch die Eröffnung der Festspiele 1936 mit Lohengrin, der seit 1909 nicht mehr auf dem Programm gestanden hatte, wird auf Hitlers persönliche Verehrung dieses Stücks seit seiner Linzer Zeit zurückgeführt. Vgl. Hans Rudolf Veget, Seelenzauber. Thomas Mann und die Musik, Frankfurt a. M. 2006, S. 270.

¹⁴⁸ Winifred Wagner: „Ab 1933 haben wir Bayreuth umgestellt“ und meinte hiermit wohl vorrangig die Bühnenästhetik. Vgl. Syberberg, Geschichte des Hauses Wahnfried, 1 Kassette, Min. 69.

wicklung und sorgte für die Modernisierung des neoromantischen Opernwerks Richards Wagners. Allerdings erstarrten die Bemühungen um Neuansätze bereits Ende der dreißiger Jahre und führten zu einer ästhetischen Krise während der sogenannten Kriegsfestspiele. Nach 1939 kamen keine Inszenierungen mehr zur Aufführung, die Emil Preetorius mitverantwortet hatte. Die Zerstörung der Berliner Staatsoper erschwerte den von Heinz Tietjen parallel organisierten Betrieb. Schließlich wurde das programmatische Kernstück der Festspiele, die dreimalige Aufführung des kompletten *Ring*-Zyklus, aufgegeben. Die *Meistersinger*-Inszenierung von 1943, die von Wieland Wagner mitverantwortet wurde, gilt als bieder und konservativ.

Den nunmehr staatlich garantierten Festspielen fehlte während der Kriegsfestspiele jeglicher öffentlicher Widerspruch. Jede Diskussion um Bayreuth wurde im Keim erstickt, die rundherum abgesicherten Festspiele gerieten künstlerisch in eine Sackgasse. In Hinblick auf die Festspielästhetik postulierte Heinz Tietjen noch im Jahr 1966 selbstgewiss, „ein Hitler-Bayreuth hat es nie gegeben“¹⁴⁹.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Richard-Wagner-Festspiele der Jahre 1933 und 1934 waren geprägt von Existenzgefährdung, improvisierten staatlichen Maßnahmen, einem Schwebезustand, Kompetenzangel und letztgültigen Führer-Entscheidungen zugunsten der Festspiele und der Familie Wagner. Die „Machtübernahme“ durch die nationalsozialistische Regierung im Frühjahr 1933 führte die Festspiele in eine Periode der Unsicherheit, der Angst vor Verstaatlichung, die mit dem teilweisen Verlust der künstlerischen Unabhängigkeit einherging. Zugleich herrschte Aufbruchsstimmung, Euphorie und das Gefühl nationaler Erhebung, weil Winifred Wagner die Festspiele im Gegenzug zur finanziellen Absicherung für ein neues, von NSDAP-Stellen und Behörden ausgewähltes Publikum öffnete und weil Adolf Hitler die Festspiele als Repräsentationsobjekt und Forum nutzte. Die entscheidende Konsequenz staatlich gesteuerter Kartenpolitik war eine unmittelbare soziale Gleichschaltung, das heißt die Präsenz neuer Besuchergruppen, die das Gesicht der Festspiele bereits 1933 spürbar veränderten. 1934 wurde die Modernisierung der Ästhetik von Hitler beschleunigt, der die Personalpolitik mitbestimmte und den die Familie Wagner in Schlüsselfragen konsultierte. Hier stieß die künstlerische Unabhängigkeit eindeutig an ihre Grenzen.

Winifred Wagner kam den Interessen des Regimes und Hitlers entgegen und zahlte somit den Preis für die existentielle Absicherung im Gleichschaltungsprozess – jedoch weniger euphorisch und freiwillig als dies bislang bekannt war und auch als dies Michael Katers Verdikt, das Verhalten der Wagners sei „politische Prostitution“¹⁵⁰ gewesen, nahe legt. Vielmehr fürchtete Winifred Wagner den Verlust von Einflussmöglichkeiten und hatte Angst vor der Eigendynamik des

¹⁴⁹ Vgl. ein TV-Interview, zit. nach. Matthes, *Cosima bis Wieland*, S. 69.

¹⁵⁰ Vgl. Kater, *Mißbrauchte Muse*, S. 72, vs. Hamann, *Winifred Wagner*, S. 251.

Gleichschaltungsprozesses. Blieb der Familie Wagner überhaupt eine Wahl? Winifred Wagner hat dies zeit ihres Lebens verneint¹⁵¹.

Die Bemühungen der bayerischen Behörden im Frühjahr 1933 zeigen, dass es aller Gleichschaltungsbestrebungen zum Trotz noch Ansätze zur Aufrechterhaltung eines föderalen Bewusstseins gab, in dem die Festspiele ihre Kontur als internationale Elitenveranstaltung behalten sollten. Für die Entscheidungsträger in Berlin war aber nicht mehr die Funktion der Festspiele als internationale Kulturinstitution bürgerlicher Eliten ausschlaggebend, im Vordergrund standen die Interessen der Partei und die NS-Ideologie.

Die Bayreuther Festspiele werden in der öffentlichen Wahrnehmung bis heute mit der nationalsozialistischen Kulturpolitik verbunden und bisweilen gleichgesetzt – ein Erbe, das sich nicht abschütteln lassen wird. Es muss vielmehr anhand sämtlicher Quellen, auch der bisher noch im Festspielhaus und anderem Familienbesitz zurückgehaltenen, erforscht werden¹⁵². Die Historisierung der Bayreuther Festspiele steht noch am Anfang – gerade für die Zeit des Nationalsozialismus.

¹⁵¹ „Eine angebotene finanzielle Unterstützung der Bayreuther Festspiele seitens Adolf Hitlers zurückzuweisen, wäre unverantwortlich gewesen, und wie jeder gerecht Urteilende zugeben muß, im Dritten Reich praktisch unmöglich gewesen.“ Denkschrift für die Spruchkammer, S. 23 f., zit. nach Hamann, Winifred Wagner, S. 251.

¹⁵² Hierbei handelt es sich um das umfangreiche Privatarchiv Wolfgang Wagners, bei dem die Hoffnung besteht, dass er es dem Nationalarchiv im Siegfried-Wagner-Haus stiften wird. Die Enkelin Winifred Wagners, Amélie Hohmann (geb. Lafferenz), verwahrt den Nachlass Siegfried Wagners und zahlreiche Schlüsseldokumente Winifred Wagners in München. Alle Versuche, diese Unterlagen in eine staatliche Institution zu überführen und der Forschung zugänglich zu machen, blieben bislang erfolglos.

Der Cambridge-Historiker Herbert Butterfield, bekannt geworden vor allem durch seinen 1931 erschienenen Angriff auf „The Whig Interpretation of History“, galt Zeit seines Lebens als ausgesprochen deutschfreundlich. Viele sahen in dem stark von Rankes Historismus geprägten, christlich und antiliberal orientierten Wissenschaftler sogar einen Sympathisanten des nationalsozialistischen Deutschland. Beruhte dieses Urteil nur auf Missverständnissen? War die Ausbildung einer konservativen Schule der britischen Nachkriegsgeschichtsschreibung von Butterfields wechselvoller Auseinandersetzung mit dem deutschen Weg in die Katastrophe beeinflusst? Und wie war das Verhältnis zwischen Butterfield und den nationalkonservativen Historikern in der Bundesrepublik Deutschland der 1950er und 1960er Jahre?

Martina Steber

Herbert Butterfield, der Nationalsozialismus und die deutsche Geschichtswissenschaft

Anfang Mai 1964 bekam Karl Dietrich Erdmann Post aus dem englischen Cambridge. Herbert Butterfield, Regius Professor of History und Master of Peterhouse, bat seinen deutschen Kollegen um näheren Aufschluss über die Thesen Fritz Fischers, die in Großbritannien als eine kleine Sensation wahrgenommen worden seien. Mehr als verwundert zeigte sich der Cambridger Historiker darüber, dass eine solche Interpretation gerade von einem Deutschen vorgebracht werde; er hegte Zweifel „about the tendency of the work“ sowie über „the inferences that were being made from it over here“. Damit spielte man nämlich genau denen in die Hände, die in Großbritannien seit jeher die Frage nach der Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs eindeutig zu Ungunsten der Deutschen zu beantworten gewusst hätten¹. Dagegen hatte sich Butterfield immer gewandt. Er war nicht müde geworden, die negativen Auswirkungen der anti-deutschen Politik des Foreign Office (besonders unter Edward Grey) auf die deutsch-britischen Beziehungen vor 1914 zu betonen² – eine Interpretation, mit der Butterfield zwar in der Tradition Harold Temperleys und G. P. Goochs stand³, im eigenen Land jedoch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs völlig isoliert war.

¹ Cambridge University Library, Department of Manuscripts, Butterfield-Papers, (künftig: CUL-MSS, BUTT), BUTT/54, Herbert Butterfield an Karl Dietrich Erdmann, 1. 5. 1964.

² Vgl. z. B. Herbert Butterfield, Sir Edward Grey in July 1914, in: Historical Studies V (1963), S. 1–25; CUL-MSS, BUTT/222-1, Manuskript zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs, ca. 1920er Jahre; CUL-MSS, BUTT/222, Artikel, Korrespondenz usw. zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs; CUL-MSS, BUTT/312, Korrespondenz zu Temperleys Interpretation des Ersten Weltkriegs, 1948.

³ Vgl. Peter Lambert/Friedrich Thimme, G. P. Gooch and the Publication of Documents on the Origins of the First World War. Patriotism, Academic Liberty and a Search for Anglo-German Understanding, 1920–1938, in: Stefan Berger/Peter Lambert/Peter Schumann (Hrsg.), Histori-

Herbert Butterfields Name wird in erster Linie mit seinem 1931 publizierten Essay *The Whig Interpretation of History* verbunden, einem wortgewaltigen Angriff auf die liberale Tradition englischer Geschichtsschreibung⁴. Außerdem gehen noch heute Impulse von seinem Versuch aus, ethische Prämissen des Christentums in die Geschichtsschreibung zu integrieren⁵, sowie von seinem Bemühen um die Etablierung realistischen Denkens in der Theorie der internationalen Beziehungen⁶. Darüber hinaus gilt Butterfield als einer der bedeutendsten Geschichtstheoretiker des 20. Jahrhunderts, als Begründer der britischen Historiographiegeschichte sowie als Impulsgeber für die britische „history of science“⁷. Als Deutschland-Historiker hingegen ist Butterfield weitgehend unbekannt. Das kommt nicht von ungefähr, finden sich in seinem umfangreichen Werk doch nur vier kurze Beiträge, die sich im weiteren Sinne mit der deutschen Geschichte befassen⁸. Blickt man in seine Vorlesungen, die er an der Cambrider History Faculty hielt, ergibt sich indes ein anderes Bild: In den 1940er und 1950er Jahren las Butterfield regelmäßig zur deutschen Geschichte⁹. Vor allem aber setzte er sich seit jungen Jahren intensiv mit der deutschen historiographischen Tradition auseinander, vor deren Hintergrund sich sein geschichtsphilosophisches Denken entfaltete. Seine Biographen verweisen denn auch unisono auf den Einfluss, den die Werke Leopold von Ranke auf ihn genommen haben. Darüber hinaus galt

kerdialoge. Geschichte, Mythos und Gedächtnis im deutsch-britischen kulturellen Austausch, Göttingen 2003, S. 275–308; Professor Temperley on the Origins of the War of 1914, in: *Cambridge Historical Journal* IX/2 (1948), S. 251–256; Catherine Ann Cline, *British Historians and the Treaty of Versailles*, in: *Albion* 20 (1988), S. 43–58.

⁴ Vgl. Herbert Butterfield, *The Whig Interpretation of History*, London 1931; zur Biographie Herbert Butterfields vgl. vor allem C.T. McIntire, *Herbert Butterfield. Historian as Dissenter*, New Haven/London 2004, der eine ausführliche Bibliographie zur Butterfield-Forschung bietet.

⁵ Vgl. u. a. Malcolm R. Thorp, *Herbert Butterfield and the Reinterpretation of the Christian Historical Perspective*, Lewiston/Queenston 1997; Maurice Cowling, *Religion and Public Doctrine in Modern England*, Cambridge u. a. 1980; Herbert Butterfield, *Writings on Christianity and History*, hrsg. und eingeleitet von C.T. McIntire, New York 1979.

⁶ Vgl. Alberto R. Coll, *The Wisdom of Statecraft. Sir Herbert Butterfield and the Philosophy of International Politics*, Durham 1985. Die sich in den letzten Jahren konstituierende „English School of International Relations Theory“ greift dezidiert auf die Butterfieldschen Thesen zurück; vgl. Tim Dunn, *Inventing International Society. A History of the English School*, Houndmills u. a. 1998; Paul Sharp, *The English School, Herbert Butterfield and Diplomacy*, November 2000; Ian Hall, *History, Christianity and Diplomacy. Sir Herbert Butterfield and International Relations*, in: *Review of International Studies* 28 (2002), S. 719–736; Paul Sharp, *Herbert Butterfield, the English School and the Civilising Virtues of Diplomacy*, in: *International Affairs* 79/4 (2003), S. 855–878.

⁷ Vgl. Nick Jardine, *Whigs and Stories. Herbert Butterfield and the Historiography of Science*, in: *History of Science* 41 (2003), S. 125–140.

⁸ Vgl. Butterfield, *Sir Edward Grey in July 1914*. Vgl. auch ders., *The Rise of the German Historical School*; ders., *Lord Acton and the Nineteenth-Century Historical Movement*; ders., *Ranke and the Conception of „General History“*, alle drei Aufsätze in: Ders., *Man on his Past. The Study of the History of Historical Scholarship*, Cambridge 1955.

⁹ CUL-MSS, BUTT/262, *German History Lectures*, ca. 1940er/1950er Jahre; CUL-MSS, BUTT/328, *Modern European History Lectures*, ca. 1930er/1940er Jahre.

der Historiker nicht nur historiographisch, sondern auch politisch als prodeutsch – und dies Zeit seines Lebens¹⁰. Gerade das machte Butterfield in den Augen so mancher Kollegen suspekt, zumal ihn viele als Sympathisanten des nationalsozialistischen Regimes betrachteten¹¹.

Butterfield stand in ständigem Austausch mit Deutschland und seit den fünfziger Jahren dann vermehrt auch mit deutschen Historikern. Den Wegen, Verzweigungen und der Bedeutung dieses „Historikerdialogs“ soll im Folgenden nachgegangen werden¹². Dabei gilt es nach der historiographischen wie nach der politisch-weltanschaulichen Ebene zu fragen. Als Zeithistoriker hatte sich Butterfield mit den europäischen politischen Krisen des 20. Jahrhunderts auseinanderzusetzen, und als Zeithistoriker versuchte er, Erklärungen für diese zu finden. Deutschlands Weg in den Nationalsozialismus stand dabei immer im Mittelpunkt seines Interesses. Doch welche Bedeutung hatten einerseits der deutsch-britische Transfer und andererseits die stete Auseinandersetzung mit dem deutschen Weg in die Katastrophe für das historiographische und politische Denken des Historikers? Und weitergefasst: Inwiefern wurde die Ausbildung einer konservativen Schule der britischen Nachkriegsgeschichtsschreibung, als deren Inaugurator Butterfield gilt, davon beeinflusst? In welchem Verhältnis stand Butterfield zur bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft der 1950er Jahre? Beruhte Butterfields Ruf, dem Nationalsozialismus partiell durchaus aufgeschlossen gegenüberzustehen, allein auf Missverständnissen, wie Michael Bentley kürzlich geschrieben hat¹³?

Zunächst gilt es zu erörtern, welche Rolle Butterfields Rezeption der deutschen Historiographietradition im Rahmen seiner frühen geschichtsphilosophischen Überlegungen spielte (I), um dann die Butterfieldsche Nationalsozialismus-Perzeption der dreißiger Jahre im Kontext seines politischen, theologischen und historiographischen Denkens zu analysieren (II). Seine Vortragsreise an vier deutsche Universitäten im Dezember 1938 (III) und die Transformation seines Nationalsozialismus-Bildes während der Kriegsjahre (IV) werden anschließend einer näheren Betrachtung unterzogen. Die Kulmination dieser Auseinandersetzung in einer großen Zeitdiagnose im Zeichen christlicher Prophetie in der Nachkriegszeit verbindet sich mit der Etablierung der konservativen historiographischen Schule (V). Die Rezeption der Thesen Herbert Butterfields insbesondere in der deutschen Geschichtswissenschaft der fünfziger Jahre öffnet die Perspektive für die Einordnung eines Historikers und seines historischen Denkens in das europäische Jahrhundert der Extreme (VI). Die Untersuchung fußt zum einen auf Butterfields veröffentlichten Werken, zum anderen größtenteils auf dem umfangreichen Butterfield-Nachlass in der University Library Cambridge, der allerdings

¹⁰ Z. B. CUL-MSS, BUTT/57, Butterfield an Percy Ernst Schramm, 8. 3. 1965.

¹¹ Vgl. Noel Annan, *Our Age. Portrait of a Generation*, London 1990, S. 392.

¹² Vgl. Berger/Lambert/Schumann (Hrsg.), *Historikerdialoge*.

¹³ Vgl. Michael Bentley, *Herbert Butterfield and the Ethics of Historiography*, in: *History and Theory* 44 (2005), S. 55–71, hier S. 57.

– mit Ausnahme der Vorlesungsmanuskripte und einem Bruchteil der Korrespondenz – erst mit dem Jahr 1945 einsetzt¹⁴.

I. Eine historiographische Synthese: Der junge Herbert Butterfield und die deutsche Geschichtswissenschaft

Herbert Butterfield wurde 1900 in einem kleinen Industriearbeiterdorf in Yorkshire als ältester Sohn einer Arbeiterfamilie geboren. Sein Vater war gläubiger und engagierter Methodist. Diese tiefe religiöse und spirituelle Verankerung gab er an seinen Sohn weiter, der denn auch zunächst eine geistliche Laufbahn einschlagen wollte. Noch in den dreißiger Jahren predigte und unterrichtete der Historiker Butterfield regelmäßig in der methodistischen Gemeinde. Dem jungen Butterfield wurde der Besuch der Grammar School ermöglicht; ein Stipendium für ein Studium in Peterhouse, Cambridge, verschaffte dem Arbeitersohn 1919 dann Zutritt zur akademischen Welt. Schnell waren seine Lehrer – allen voran Harold Temperley und Paul Vellacott – von seiner intellektuellen Brillanz überzeugt, 1923 bekam er ein Fellowship des Colleges angetragen und blieb diesem und der Universität Zeit seines Lebens treu. 1954 bis 1968 stand er Peterhouse als Master vor. Im Jahre 1944 wurde er als Nachfolger Temperleys zum Professor of Modern History berufen, 1963 schließlich zum Regius Professor of History. Von 1959 bis 1961 leitete er als Vice-Chancellor die University of Cambridge.

Bereits früh hatte Butterfield begonnen, sich mit geschichtstheoretischen und methodologischen Fragestellungen auseinanderzusetzen. Dazu angeleitet wurde er von Harold Temperley, der seinen Schüler vor allem auch mit dem Denken Leopold von Ranke und Lord Actons vertraut machte. Temperley selbst fühlte sich methodisch der historistischen Quellenkritik und insbesondere Ranke verbunden, worauf sein diplomatiegeschichtlicher Ansatz nicht zuletzt fußte¹⁵. Dabei stand er in der Tradition Lord Actons, einem der „Wegbereiter“ der Cambridger Geschichtswissenschaft und gleichzeitig einer Schlüsselfigur des deutsch-britischen historiographischen Wissenstransfers¹⁶. In Peterhouse befand sich Butterfield in einem Zentrum der methodischen Historismus-Rezeption und der Hochschätzung deutscher Geschichtswissenschaft in Großbritannien – auch nach 1918. Den germanophilen Adolphus Ward erlebte Butterfield noch als Master des Colleges¹⁷; der

¹⁴ Ein Teil des Nachlasses, insbesondere für die Jahre vor 1945/46, ist noch in den Händen der Familie Herbert Butterfields. Zurzeit befindet sich jener bei Michael Bentley, St. Andrews, der über exklusiven Zugang verfügt.

¹⁵ Zu Temperley vgl. John D. Fair, *Harold Temperley. A Scholar and Romantic in the Public Realm*, Cranberg u. a. 1992.

¹⁶ Vgl. Roland Hill, *Lord Acton*, New Haven/London 2000; Lothar Kettenacker, *Lord Acton. Wegbereiter der deutschen historischen Schule und Kritiker des Historismus*, in: Adolf M. Birke/Kurt Kluxen (Hrsg.), *Kirche, Staat und Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Ein deutsch-englischer Vergleich*, München u. a. 1984, S. 99–120; Hugh Tulloch, *Lord Acton and German Historiography*, in: Benedikt Stuchtey/Peter Wende (Hrsg.), *British and German Historiography 1750–1950. Traditions, Perceptions, and Transfers*, London 2000, S. 159–172.

¹⁷ Zu Wards Einfluss auf Butterfield vgl. Cowling, *Religion*, S. 205–212.

Deutschland-Kenner George Peabody Gooch war Peterhouse eng verbunden¹⁸; Ernest Barker, der Übersetzer Gierkes, wurde 1928 als Professor of Political Science Mitglied des Colleges¹⁹; und Harold Temperley bewunderte zwar nicht die literarische, aber eben die methodische Tradition deutscher Geschichtswissenschaft. Die Geschichte hatte sich als wissenschaftliches Fach in Cambridge erst um die Jahrhundertwende etabliert. Die Auswirkungen dieser Professionalisierung waren noch bis in die zwanziger Jahre zu spüren. Die dafür Verantwortlichen, wie John R. Seeley, Lord Acton, Adolphus Ward und John B. Bury, hatten sich an den deutschen Standards orientiert²⁰. Die Schüler dieser Historiker der Jahrhundertwende waren die Lehrer Butterfields, die auch nach den einschneidenden Erlebnissen des Ersten Weltkriegs zumindest ihre Wertschätzung für die deutsche Geschichtswissenschaft aufrechterhielten²¹.

Butterfields frühe Publikationen zeugen von seiner Auseinandersetzung mit der Geschichtstheorie und von dem tiefen Eindruck, den die deutsche historiographische Tradition auf sein Denken gehabt hat. In seinem Erstlingswerk *The Historical Novel* (1924) beschäftigte er sich mit dem historischen Roman und dessen spezifischem Beitrag zur Erforschung der Vergangenheit²², in der *Whig Interpretation of History* (1931) zeigte er nicht allein den „Irrtum“²³ einer am liberalen Fortschrittsglauben orientierten Geschichtsschreibung auf, sondern – und das ist zumeist übersehen worden – präsentierte auch ein geschichtsphilosophisches Alternativmodell, 1933 nahm er Stellung zur marxistischen Geschichtsauffassung²⁴. Die Grundkonstanten seiner Geschichtsphilosophie entwickelte Butterfield in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren, die Arbeiten der späten vierziger und der fünfziger Jahre sind deren konsequente Weiterführungen und Variationen²⁵. Butterfields historiographischer Neuanfang war der große Versuch einer Synthese. Der junge Historiker fand im Liberalismus seiner Lehrer keine Antworten mehr auf die Probleme der Gegenwart. Dies verband ihn mit den deutschen Historikern seiner Generation²⁶. Die philosophische Alternative zur

¹⁸ Zu Gooch vgl. Frank Eyck, G. P. Gooch. A Study in History and Politics, London/Basingstoke 1982.

¹⁹ Zu Barker vgl. Julia Stapleton, Englishness and the Study of Politics. The Social and Political Thought of Ernest Barker, Cambridge 1994.

²⁰ Vgl. Jürgen Osterhammel, Epochen der britischen Geschichtsschreibung, in: Wolfgang Küttler/Jörn Rüsen/Ernst Schulin (Hrsg.), Geschichtsdiskurs, Bd. 1: Grundlagen und Methoden der Historiographieggeschichte, Frankfurt a. M. 1997, S. 157–188, hier S. 168–170 u. S. 172–175.

²¹ Vgl. Keith Robbins, Present and Past. British Images of Germany in the First Half of the Twentieth Century and their Historical Legacy, Göttingen 1999, S. 31. Zum Kontext vgl. vor allem Bernd Jürgen Wendt, Das britische Deutschlandbild im Wandel des 19. und 20. Jahrhunderts, Bochum 1984; Peter Pulzer, Vorbild, Rivale, Unmensch. Das sich wandelnde Deutschlandbild in England 1815–1945, in: Hans Süßmuth (Hrsg.), Deutschlandbilder in Dänemark und England, in Frankreich und den Niederlanden, Baden-Baden 1996.

²² Vgl. Herbert Butterfield, *The Historical Novel*, Cambridge 1924.

²³ Butterfield, *Whig Interpretation*, S. 7.

²⁴ Vgl. Herbert Butterfield, *History and the Marxian Method*, in: *Scrutiny* I/4 (1933), S. 339–355.

²⁵ Vgl. insbesondere Thorp, Herbert Butterfield, S. 26 f.

²⁶ Zur „Kriegsjugendgeneration“ unter den deutschen Historikern vgl. Ernst Schulin, Weltkriegserfahrung und Historikerreaktion, in: Lutz Raphael/Jörn Rüsen/Ernst Schulin (Hrsg.),

britischen liberalen Historiographietradition entdeckte Butterfield in der deutschen Geschichtswissenschaft. Dabei nahm er allerdings nicht allein Ranke und allenfalls Meinecke wahr, wie bisher von der Forschung betont, sondern rezipierte sowohl die Historiker der Rankerenaissance²⁷ als auch die zu seiner Zeit neuen Ansätze der Volksgeschichte²⁸. Was Ranke betrifft, so führte er vor allem dessen Geschichtsphilosophie in das britische historiographische Denken ein. Die Wertschätzung für die deutsche Geschichtswissenschaft verband sich ferner mit einer Orientierung an der Tradition romantisch-konservativer Historiographie seines eigenen Landes²⁹.

Am deutlichsten durchzog Butterfields frühe Arbeiten – erstens – ein antiliberaler Duktus. In klarer Abgrenzung zu dem Glauben an einen stetig sich durchsetzenden Fortschritt postulierte Butterfield in der *Whig Interpretation* auf den Spuren Rankes den historischen Eigenwert einer jeden Epoche. Die Reduktion der Geschichte auf ein sich ständig perpetuierendes Schema von triumphierenden Whigs und unterlegenen Torys nehme die historische Komplexität nicht ernst. Die Vergangenheit werde so allein aus der Brille der Gegenwart gesehen und politischen Zwecken nutzbar gemacht. Mehr noch: Indem sich der Historiker allein an den moralischen und philosophischen Standards seiner Gegenwart orientiere, schwinde er sich zum Richter über die historischen Persönlichkeiten und Bewegungen auf. Dagegen setzte Butterfield den einer völligen Objektivität verpflichteten Geschichtsschreiber, der sich jeglicher „moral judgments“ zu enthalten habe. Konsequenterweise entwickelte er deshalb ein alternatives Modell historischen Wandels: Erst durch das Aufeinanderprallen zweier gefestigter Ideensysteme entstehe qualitativ Neues. Entwicklung ist in diesem Modell impliziert, nur ist diese weder vorhersagbar, noch teleologisch organisiert³⁰. Für den Historiker folge aus dieser Erkenntnis, dass Geschichte nicht nach den Wurzeln für dieses oder jenes Phänomen befragt werden dürfe; die eigentliche Aufgabe der Geschichtswissenschaft bestehe vielmehr darin, historische Übergangszeiten und Prozesse fundamentalen Wandels zu erforschen³¹.

Geschichtsdiskurs, Bd. 4: Krisenbewußtsein, Katastrophenerfahrungen und Innovationen. 1880–1945, Frankfurt a. M. 1997, S. 165–188.

²⁷ Zur Rankerenaissance vgl. u. a. Hans-Heinz Krill, *Die Rankerenaissance*. Max Lenz und Erich Marcks, Berlin 1962; Jens Nordalm, *Historismus und moderne Welt*. Erich Marcks (1861–1938) in der deutschen Geschichtswissenschaft, Berlin 2003.

²⁸ Zur Volksgeschichte vgl. Willi Oberkrome, *Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft. 1918–1945*, Göttingen 1993; Manfred Hettling (Hrsg.), *Volksgeschichten im Europa der Zwischenkriegszeit*, Göttingen 2003.

²⁹ Dies geht wohl auf den Einfluss Vellacotts zurück; vgl. McIntire, Herbert Butterfield, S. 17; Cowling, *Religion*, S. 219 f.; CUL-MSS, BUTT/7, *Autobiographical writings*; CUL-MSS, BUTT/269-2, *Autobiographical material*.

³⁰ Vgl. z. B. Butterfield, *Historical Novel*, S. 113; ders., *Whig Interpretation*, S. 28. Gerade dieses dialektische Modell würdigt Butterfield in seiner Auseinandersetzung mit der marxistischen Historiographie; vgl. ders., *History and the Marxian Method*, S. 341. Zur Bedeutung von „Ideen“ in Butterfields Denken und zu dessen Einfluss auf die Etablierung einer „history of ideas“ in Großbritannien vgl. McIntire, Herbert Butterfield, S. 292–297.

³¹ Vgl. Butterfield, *Whig Interpretation*, S. 58.

Zweitens prägten romantische und nationale Vorstellungen Butterfields Geschichtsphilosophie³². Über das rein wissenschaftliche Vorgehen hinaus zeichne den Historiker gegenüber dem Naturwissenschaftler eine Qualität aus, die mit rationalen Mitteln nicht zu fassen sei: die „imaginative sympathy“³³. Butterfields *Historical Novel* feierte indes nicht allein das historische Verstehen, sondern war auch erfüllt von einem romantischen und messianischen Nationalismus. Sei die Idee der Nation in den Menschen erwacht, dann mobilisiere sie „the people“ – verstanden als organisches „Volk“ – und stemme sich mit unheimlicher Kraft gegen die Macht der Herrschenden. Darauf folge der Zusammenprall beider Kräfte, die Revolution mithin, die schließlich einen Nationalstaat entstehen lasse. Die Begeisterung für die Nation habe ihren Grund in der Liebe zur „Heimat“; deshalb sei auch „[h]istory [...] rooted in geography“ und „breathes through the soil“³⁴.

Drittens zeichnete sich Butterfields Geschichtsphilosophie durch ihr christliches Fundament aus. Die Strukturen und Ideen, welche die Geschichte bestimmten, würden von einem allwissenden (theistisch verstandenen) Gott gesetzt, dessen verborgenes Wirken die Menschen leite. Das Individuum sei in seinen Entscheidungen frei und könne den Geschichtsverlauf beeinflussen. Diese Freiheit erhalte es aber direkt von Gott, der gleichzeitig der Lenker des historischen Prozesses sei, so dass sich die Widersprüche zuletzt in der Transzendenz auflösen³⁵. Das gelte mithin für die großen, die Geschichte verändernden Persönlichkeiten, von deren Existenz Butterfield überzeugt war und die er als Werkzeuge Gottes interpretierte³⁶. Das eigentliche Ziel von Geschichtsschreibung sei es demnach zu verfolgen, wie „mysterious“ die Wege der Vorsehung sich durch die Geschichte schlängelten. Vor diesem Hintergrund erscheint Butterfields unbedingtes Objektivitätspostulat in einem anderen Licht: Der Mensch habe keine Veranlassung über andere zu urteilen, fehle ihm doch das göttliche Allwissen; und das gleiche gelte für den Historiker, der sich auf diese Weise anmaße, den Platz Gottes einzunehmen³⁷.

Zwei Möglichkeiten boten sich demnach dem Historiker, um sich der Geschichte zu nähern: Entweder orientierte er sich allein an den Quellen, wer-

³² Zur romantischen Prägung Butterfields durch Temperley vgl. Fair, Temperley, S. 167–189.

³³ Butterfield, *Whig Interpretation*, S. 92. Zur Entwicklung des Konzepts der „imaginative sympathy“ in Butterfields Geschichtsphilosophie vgl. Michael Bentley, Butterfield at the Millennium. The Sir Herbert Butterfield Lecture, in: *Storia della Storiografia* 38 (2000), S. 23.

³⁴ Butterfield, *Historical Novel*, S. 41 f. (Zitat), S. 66 u. S. 87; zur Bedeutung der Kategorie der „force“ für Butterfields späteres Denken vgl. Coll, *The Wisdom of Statecraft*; Hall, *History, Christianity and Diplomacy*. Von besonderer Bedeutung war in dieser Beziehung die Rezeption Machiavellis; vgl. Herbert Butterfield, *The Statecraft of Machiavelli*, London 1940. Vgl. dazu Cornelia Navari, *English Machiavellism*, in: Dies. (Hrsg.), *British Politics and the Spirit of the Age. Political Concepts in Action*, Keele 1996, S. 107–137.

³⁵ Vgl. Butterfield, *Whig Interpretation*, S. 49; Thorp, Herbert Butterfield, S. 39–68.

³⁶ Zur göttlichen Ebenbildlichkeit des Menschen vgl. z. B. Herbert Butterfield, *The Englishman and his History*, Cambridge 1944, S. 97; zu der Rolle von „großen Männern“ in der Geschichte vgl. Butterfield, *Historical Novel*, S. 69 u. S. 75.

³⁷ Vgl. Butterfield, *Whig Interpretation*, S. 113 f. u. S. 23.

tete diese in „microscopic research“³⁸ aus und setzte sie miteinander in Beziehung, um so schließlich ein Bild der Ereignisse zu gewinnen. (Später prägte Butterfield für diese Art der Geschichtsschreibung den Terminus der „technical history“ oder „scientific history“³⁹.) Oder er untersuchte die großen Entwicklungslinien, die leitenden Ideen sowie die fundamentalen Veränderungen der Geschichte in einer „general history“. Nach der ersten Methode hatte Butterfield in dem 1929 erschienenen Buch *The Peace Tactics of Napoleon* gearbeitet – eine diplomatiegeschichtliche Studie aus der Temperleyschen Schule. Die zweite Methode verfolgte er in seinen Cambridger Vorlesungen während der dreißiger Jahre, als er seinen Schwerpunkt auf „the study of the development of society and culture“ legte, basierend auf seiner Überzeugung von den im Untergrund der Geschichte waltenden Ideen und langfristigen Entwicklungen⁴⁰. In seinen *German History Lectures*, die wohl Anfang bis Mitte der vierziger Jahre entstanden sind und bis in die fünfziger Jahre an der History Faculty in dieser Form gehalten wurden, verfolgte Butterfield seinen Ansatz weiter⁴¹. Butterfields „general history“, die er auch als „total history“ verstand⁴², schöpfte unter anderem aus deutschen kulturgeschichtlichen Ansätzen der Jahrhundertwende sowie aus deren Weiterentwicklung in der deutschen Volksgeschichte der Zwischenkriegszeit, wenngleich sich der Cambridger Historiker nicht explizit in eine spezifische Traditionslinie stellte – abgesehen von der Berufung auf deutsche geopolitische Entwürfe⁴³. Wiederum nahm er sich dagegen Ranke zum Vorbild und knüpfte an dessen *Universalgeschichte* an⁴⁴, ebenso wie er von Actons „universal history“ inspiriert war⁴⁵. Ferner ist von einer Beeinflussung durch zivilisationsgeschichtliche

³⁸ Der Begriff findet sich erstmals in Butterfield, *History and the Marxian Method*, S. 355; in Umschreibung: Butterfield, *Whig Interpretation*, S. 21.

³⁹ Vgl. dazu Keith C. Sewell, *The Concept of Technical History in the Thought of Herbert Butterfield*, in: *Fides et Historia. Journal of the Conference of Faith and History* 27/3 (1995), S. 52–77.

⁴⁰ CUL-MSS, BUTT/45, Rede anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde an der Universität Bonn, 1968.

⁴¹ Vgl. CUL-MSS, BUTT/262, *German History Lectures*, ca. 1940er/1950er Jahre, und *Cambridge University Reporter*, Oktober 1945 und Oktober 1946. Diese Vorlesungen sollten den Grundstock liefern für eine *Cambridge Shorter Modern History of Europe*, an der er zwar seit 1939 für die Cambridge University Press arbeitete, die aber nie veröffentlicht wurde; vgl. Ved Mehta, *Fly and the Fly Bottle. Encounters with British Intellectuals*, London 1963, S. 205. Im Manuskript „Historical geography“ aus den vierziger Jahren sind eindeutig die relevanten Vorlesungen eingearbeitet, in: CUL-MSS, BUTT/340. Es lässt sich nicht klären, ob dieses Manuskript, wie McIntire, *Herbert Butterfield*, S. 114 f., vermutet, als eigenständige Veröffentlichung geplant war, oder ob es sich dabei nicht um die intendierte Geschichte Europas handelt.

⁴² Vgl. Cowling, *Religion*, S. 221.

⁴³ CUL-MSS, BUTT/262, *German History Lectures*, I: *The Origin of a German Monarchy*, S. 1.

⁴⁴ Vgl. Butterfields Aufsatz „*Ranke and the Conception of ‚General History‘*“, in: Butterfield, *Man on his Past*, S. 100–141.

⁴⁵ Herbert Butterfield, *The Teaching of English History*, in: *Cambridge Journal* 2/1 (Oktober 1948), S. 3–10, hier S. 4; Klaus Dockhorn, *Der deutsche Historismus in England. Ein Beitrag zur Englischen Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts*, Göttingen 1950, S. 148.

Entwürfe der Zwischenkriegszeit à la Oswald Spengler, Arnold Toynbee oder Christopher Dawson auszugehen⁴⁶.

Der Butterfieldsche „interkulturelle Transfer“ übernahm mithin nicht einfach die deutschen Konzepte, sondern griff bestimmte Elemente auf, integrierte sie in seine historiographischen und theologischen Überzeugungen, um so letztendlich Neues zu synthetisieren⁴⁷. Voraussetzung für diesen Transfer war der Zweifel des jungen Historikers an der britischen Geschichtswissenschaft seiner Gegenwart – und dieser Zweifel öffnete Butterfields Augen für Deutschland. Klagen über die „insularity“ und „narrowness“ der britischen Historikerzunft und die damit verbundenen „unfortunate effects“ gehörten zum Butterfieldschen Repertoire. Noch 1965 glaubte sich der nunmehrige Regius Professor of History bei Percy Ernst Schramm für die angebliche Engstirnigkeit seiner Kollegen in der Zwischenkriegszeit entschuldigen zu müssen⁴⁸.

II. Die Nationalsozialismus-Perzeption eines kulturkritischen Intellektuellen: Offenheit für antiliberale Experimente und partielle Sympathien

Diese Offenheit für neue Konzepte beschränkte sich nicht allein auf den wissenschaftlichen Bereich. Vielmehr waren bei dem Neuzeithistoriker Butterfield historiographisches, theologisches und politisches Denken eng verwoben. Besonders deutlich wird diese Interdependenz in der Butterfieldschen Nationalsozialismus-Perzeption⁴⁹.

⁴⁶ Vgl. Oswald Spengler, *Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte*, München 1918; Arnold Toynbee, *A Study of History*, 12 Bde., London 1934–1961; Christopher Dawson, *The Making of Europe*, London 1932. McIntire, Herbert Butterfield, S. 91, vermutet ein Anknüpfen an die Annales-Schule, doch lassen sich keinerlei Verbindungen Butterfields zur französischen Geschichtswissenschaft herstellen – auszuschließen sind sie deshalb aber nicht.

⁴⁷ Zum Konzept des „Kulturtransfers“ bzw. des „interkulturellen Transfers“ vgl. vor allem Michel Espagne/Michael Werner, *Deutsch-französischer Kulturtransfer als Forschungsgegenstand. Eine Problemskizze*, in: Dies. (Hrsg.), *Transferts. Les relations interculturelles dans l'espace franco-allemand (XVIII^e et XIX^e siècle)*, Paris 1988, S. 11–34; Rudolf Muhs/Johannes Paulmann/Willibald Steinmetz, *Brücken über den Kanal? Interkultureller Transfer zwischen Deutschland und Großbritannien im 19. Jahrhundert*, in: Dies. (Hrsg.), *Aneignung und Abwehr. Interkultureller Transfer zwischen Deutschland und Großbritannien im 19. Jahrhundert*, Bodenheim 1998, S. 7–20.

⁴⁸ CUL-MSS, BUTT/57, Butterfield an Percy Ernst Schramm, 8. 3. 1965; vgl. auch Herbert Butterfield, *The Present State of Historical Scholarship. An Inaugural Lecture*, Cambridge 1965; David Thimme, *Percy Ernst Schramm und das Mittelalter. Wandlungen eines Geschichtsbildes*, Göttingen 2006.

⁴⁹ Zur britischen Nationalsozialismus-Perzeption vgl. vor allem Detlev Clemens, *Herr Hitler in Germany. Wahrnehmung und Deutungen des Nationalsozialismus in Großbritannien 1920 bis 1939*, Göttingen/Zürich 1996; Angela Schwarz, *Die Reise ins Dritte Reich. Britische Augenzeugen im nationalsozialistischen Deutschland*, Göttingen/Zürich 1993; Dan Stone, *Responses to Nazism in Britain, 1933–1939. Before War and Holocaust*, Houndsmill u. a. 2003; Jörg Später, *Vansittart. Britische Debatten über Deutsche und Nazis. 1902–1945*, Göttingen 2003.

Das Cambridge der zwanziger und dreißiger Jahre wird üblicher Weise mit einer starken linken Bewegung verbunden – übersehen wird dabei meist, dass sich gleichzeitig der rechte politische Rand organisierte. Ihr Zentrum fand diese antiliberale Bewegung im Corpus Christi College⁵⁰ zunächst in einem Kreis um den anglikanischen Theologen, Priester und Dekan des Colleges Edwyn Clement Hoskyns, dann – nach dessen Tod 1937 – um den Historiker, konservativen Politiker und anglikanischen Priester Charles Smyth⁵¹. Der Historiker und konservative Unterhausabgeordnete der Universität Kenneth Pickthorn, ebenso Fellow von Corpus Christi, sowie der Historiker Edward Welbourne, Fellow und dann Master von Emmanuel College, galten als weitere herausragende Köpfe dieses rechten Aufbruchs. Herbert Butterfield stand dieser Gruppe nahe, war – in Maurice Cowlings Worten – Teil des „anti-liberal theological movement of the twenties – that rejection of rationalism, humanitarianism, and liberal innocence“⁵² – und stand damit wohl auch jenen jungen politischen Theoretikern im Großbritannien der Zwischenkriegszeit nahe, die jüngst von Bernhard Dietz als konservative Revolutionäre identifiziert worden sind⁵³. Als wahrer Paukenschlag gegen die vorherrschende liberale Theologie wirkte 1926 die Aufsatzsammlung *Essays Catholic and Critical*, mit der von dem Theologenkreis in Corpus Christi in enger Anlehnung an die katholische Tradition die Rückbesinnung auf die übernatürliche Offenbarung, eine mystische Christologie, ein theistisches Gottesbild, die Betonung der Sündhaftigkeit des Menschen und dessen Angewiesenheit auf göttliche Gnade eingeklagt wurden⁵⁴. Dabei orientierte man sich nicht allein am Katholizismus, sondern vor allem auch am neoorthodoxen deutschen Protestantismus⁵⁵. Diese neoorthodoxe „Welle“⁵⁶ zog weite Kreise, erfasste im Zeichen des Neothomismus den englischen Katholizismus – besonders Christopher Dawson hatte eminenten Einfluss –, reichte aber auch in den Anglikanismus mit so exponierten Figuren wie T. S. Eliot oder C. S. Lewis und in die Freikirchen. Dieser theologische ging einher mit einem in unterschiedlichem Maße profilierten politischen Antiliberalismus und Antimodernismus⁵⁷. Dabei war die englische nur Teil einer viel größeren europäischen theologisch-neoorthodoxen „Welle“, geeint im Signum des „Abendlandes“, die im

⁵⁰ Vgl. T. E. B. Howarth, *Cambridge between two Wars*, London 1978, S. 164 f. u. S. 176 f.

⁵¹ Zu Hoskyns vgl. Alan Wilkinson, *Dissent or Conform? War, Peace and the English Churches 1900–1945*, London 1986, S. 203–206; Adrian Hastings, *A History of English Christianity 1920–2000*, London 2001, S. 322 ff.; Cowling, *Religion*, S. 90–96; G. S. Wakefield, Edwyn Clement Hoskyns, in: E. C. Hoskyns, *Crucifixion – Resurrection. The Pattern of the Theology and Ethics of the New Testament*, hrsg. v. G. S. Wakefield, London 1981, S. 27–81. Zu Smyth vgl. Cowling *Religion*, S. 73–90.

⁵² Cowling, *Religion*, S. 199, vgl. auch S. 48–96, S. XV, S. 192 u. S. 200.

⁵³ Vgl. Bernhard Dietz, *Gab es eine „Konservative Revolution“ in Großbritannien? Rechtsintellektuelle am Rande der Konservativen Partei 1929–1933*, in: *VfZ* 54 (2006), S. 607–638.

⁵⁴ Vgl. E. G. Selwyn (Hrsg.), *Essays Catholic and Critical*, London 1926; Hastings, *A History of English Christianity*, S. 234 f.; Cowling, *Religion*, S. 74–77.

⁵⁵ Vgl. Cowling, *Religion*, S. 91.

⁵⁶ Hastings, *A History of English Christianity*, S. 234.

⁵⁷ Vgl. ebenda, S. 238 f. Zu Dawson vgl. M. D. Knowles, *Christopher Dawson 1889–1970*, in: *Proceedings of the British Academy* 57 (1971), S. 439–452; Christina Scott, *A Historian and His*

Katholizismus ihre größte Kraft entfaltete, jedoch auch den Protestantismus erfasste⁵⁸. Diese „staaten- und konfessionenübergreifende Mentalität“ glaubte eine als säkularisiert wahrgenommene Moderne ausschließlich durch eine tief greifende „Rechristianisierung“ heilen zu können. Die politischen Konzepte, die mit einer als christlich vorgestellten neuen Gesellschaft verbunden wurden, rekurrten – in unterschiedlichster Ausprägung – auf Ordnung, Autorität, Führung und Gefolgschaft, eine hierarchisch gegliederte, korporatistische Gesellschaftsverfassung sowie auf einen „wohlwollende[n] Paternalismus“⁵⁹.

Es verwundert kaum, dass die im Zeichen des Antibolschewismus stehenden europäischen Faschismen der Zwischenkriegszeit in diesen „neorthodoxen“ Kreisen zunächst partiell begrüßt wurden und dass sie auch auf der äußersten Rechten begeisterte Zustimmung fanden, wie dies beispielsweise bei dem französischen Publizisten Adolphe de Châteaubriant der Fall war⁶⁰. Dies gilt ebenso für die britische Reaktion auf den Nationalsozialismus, dem von neorthodoxer Seite in den dreißiger Jahren durchaus Sympathien entgegengebracht wurden⁶¹ – auch und gerade in Corpus Christi. Hoskyns pflegte freundschaftliche Kontakte mit einem der exponiertesten deutsch-christlichen, antisemitischen protestantischen Theologen des Dritten Reichs, Gerhard Kittel in Tübingen, die dann von Smyth weitergeführt wurden. Mitglieder von Corpus Christi studierten bei Kittel, Hoskyns bemühte sich um eine Verbreitung der Schriften des deutschen Theologen im englischen Sprachraum, und im Oktober 1937, bereits nach dem Tod seines englischen Kollegen, trug der deutsche Neutestamentler mit dem Parteiabzeichen am Revers in Cambridge vor⁶². T. S. Eliot präsentierte zwei Jahre später *The Idea of a Christian Society* in Corpus Christi. In den reaktionären Kreisen des Colleges hieß man den Nationalsozialismus als antiliberaler und antimarxistische, neorthodoxe Erneuerungsbewegung willkommen⁶³. Darüber hinaus war es gerade Hoskyns, der einen theologischen Relativismus predigte: Wenn alles

World. A Life of Christopher Dawson 1889–1970, London 1984; Stratford Caldecott/John Morrill, *Eternity in Time. Christopher Dawson and the Catholic Idea of History*, Edinburgh 1997.

⁵⁸ Vgl. Gunther Mai, *Europa 1918–1939. Mentalitäten, Lebensweisen, Politik zwischen den Weltkriegen*, Stuttgart u. a. 2001, S. 18–51; zum abendländischen Denken in der Zwischenkriegszeit vgl. Vanessa Conze, *Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970)*, München 2005, S. 27–110; Dagmar Pöpping, *Abendland. Christliche Akademiker und die Utopie der Antimoderne 1900–1945*, Berlin 2002.

⁵⁹ Martin Greschat, „Rechristianisierung“ und „Säkularisierung“. Anmerkungen zu einem europäischen konfessionellen Interpretationsmodell, in: Jochen-Christoph Kaiser/Anselm Doering-Manteuffel (Hrsg.), *Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland*, Stuttgart u. a. 1990, S. 1–24, hier S. 9–14, Zitat S. 14.

⁶⁰ Vgl. Andreas Wirsching, *Auf dem Weg zur Kollaborationsideologie. Antibolschewismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus im Denken der französischen extremen Rechten 1936 bis 1939*, in: VfZ 41 (1993), S. 31–60, hier S. 43 f. u. S. 57.

⁶¹ Vgl. Hastings, *A History of English Christianity*, S. 319–329.

⁶² Vgl. ebenda, S. 322 f.; Wilkinson, *Dissent or Conform*, S. 154. Zu Kittel vgl. Robert P. Erickson, *Theologien unter Hitler. Das Bündnis zwischen evangelischer Dogmatik und Nationalsozialismus*, München/Wien 1986, S. 47–114.

⁶³ Vgl. Hastings, *A History of English Christianity*, S. 323.

Menschliche sündhaft war, ein Urteil allein Gott zustand, so war der einzelne bei der Entscheidung über Gut und Böse auf schwankenden Boden gestellt⁶⁴. Wie also konnten die europäischen Faschismen per se als ethisch und moralisch minderwertig verdammt werden? Die Unterstützung der Appeasement-Politik erfolgte daher nicht aus pazifistischen Dispositionen, sondern aus der Überzeugung heraus, dass es keineswegs die Aufgabe Großbritanniens sei, als liberaler Heilsbringer in Europa zu wirken. Offenkundig wurde diese Haltung nach der britischen Kriegserklärung im September 1939, gegen welche die Gruppe in Corpus Christi vehement opponierte. Die *Cambridge Review*, für die Charles Smyth während eben jener kritischen Phase als Herausgeber von Oktober 1940 bis Juni 1941 verantwortlich zeichnete, wurde zur öffentlichen Plattform für die Forderung nach einem deutsch-britischen Friedensschluss und für eine zumindest in Teilen pro-faschistische, anti-liberale und anti-linker Propaganda⁶⁵.

Herbert Butterfield verkehrte häufig in diesen Kreisen, doch ließ er sich nicht völlig von den Männern in Corpus Christi absorbieren. In der Tat war Butterfields Denken in den zwanziger und dreißiger Jahren von einem kulturkritischen Pessimismus und Antiliberalismus durchzogen⁶⁶. Die Gegenwart erschien ihm von Egozentrismus, Unmoral, fehlendem Verständnis für den anderen, Sexualisierung, Materialismus und einem völligen Verlust der Ehrfurcht vor dem Göttlichen geprägt. Besonders in der *Historical Novel* wurden sein Antimodernismus und romantischer Eskapismus offenbar. Darüber hinaus weist auch seine frühe Auseinandersetzung mit G. K. Chesterton in eine ähnliche Richtung⁶⁷. Die Ereignisse rund um den Liverpools Polizistenstreik 1919 bestärkten Butterfield in der Überzeugung von der Notwendigkeit eines starken Staates und der Bedeutung von staatlicher Macht zur Aufrechterhaltung von öffentlicher Ruhe und Ordnung⁶⁸. Die Auffassung, dass demokratische Spielregeln zugunsten des Staatsohls bisweilen zurückzustehen hätten, vertrat der Historiker auch in einer Kontroverse über die Bewertung der Appeasement-Politik, die er 1942 teils öffentlich und teils privat mit seiner Cambridger Kollegin Helen Cam, einer Sozialistin, führte⁶⁹. In nationalen Krisenzeiten, wie etwa zwischen 1935 und 1939, habe sich die Opposition jeglicher Kritik an der Regierung zu enthalten. Angemessene Entscheidungen könnten allein von der Regierungspartei gefällt werden, die ausschließlich das für die Beurteilung der Lage notwendige Wissen besitze⁷⁰.

⁶⁴ Vgl. Cowling, *Religion*, S. 94.

⁶⁵ Vgl. ebenda, S. 54 f. u. S. 77–82.

⁶⁶ Vgl. Thorp, Herbert Butterfield, S. 7–25; vgl. auch Bentley, Herbert Butterfield and the Ethics, S. 58 f.; Michael Bentley, *Modernizing England's Past. English Historiography in the Age of Modernism, 1870–1970*, Cambridge 2005, S. 188.

⁶⁷ Vgl. McIntire, Herbert Butterfield, S. 29; zu Chesterton vgl. Jay P. Corrin, G. K. Chesterton and Hilaire Belloc. *The Battle against Modernity*, Athens/Ohio/London 1981; Stone, *Responses to Nazism*, S. 122–132.

⁶⁸ Vgl. Thorp, Herbert Butterfield, S. 15 f.

⁶⁹ Zu Helen Cam vgl. vor allem C. R. Cheney, Helen Maud Cam 1885–1968, in: *Proceedings of the British Academy* 55 (1969), S. 292–310; J. Sontheimer, Helen Maud Cam 1885–1968, in: E. Shils/C. Blacker (Hrsg.), *Cambridge Women. Twelve Portraits*, Cambridge 1996, S. 93–112.

Doch parteipolitisch ließ sich Butterfield niemals einordnen, vielmehr stand er quer zum britischen politischen Spektrum, eine Haltung, die wohl zu einem Gutteil aus seiner Verwurzelung im religiösen Non-Konformismus herrührte⁷¹. Von dessen traditioneller Parteinahme für die Liberalen wandte er sich als junger Mann indes ab⁷² und bewegte sich zunächst anscheinend auf die politische Linke zu⁷³. Dies mochte seiner Unterstützung des „peace movement“ bis etwa Mitte der dreißiger Jahre geschuldet sein, das im Allgemeinen eine starke christliche Basis aufwies⁷⁴. Allerdings näherten sich seine Positionen immer mehr denen am rechten Rand der Konservativen an, auch wenn er noch 1942 – allein aus religiösen Gründen, wie er Helen Cam versicherte – weit von sich wies, konservativ zu wählen⁷⁵. Zumindest verteidigte er in diesem Jahr vehement die konservative Appeasement-Politik und zieh den sozialistischen Pazifismus der Unterstützung Hitlers⁷⁶. Wann genau Butterfields „change of heart“ und „re-birth of mind“⁷⁷ stattgefunden hatten, lässt sich auf Grund der Quellenlage nicht feststellen. Zumindest aber machten die führenden Konservativen es dem Nonkonformisten nicht allzu schwer, seine Vorbehalte gegenüber den Torys abzubauen. Insbesondere Stanley Baldwin und Lord Halifax bedienten sich in Bezug auf die totalitäre Herausforderung christlicher Interpretationen, die mit denen Butterfields in vielen Punkten übereinstimmten⁷⁸. Darüber hinaus weitete sich Butterfields historiographischer und theologischer Relativismus im Sinne Hoskyns auf das politische Feld aus⁷⁹. Dazu kam ein tief sitzender Anti-Bolschewismus, der – wie Ian Kershaw jüngst am prominenten Beispiel Lord Londonderrys gezeigt hat – für die Mehrzahl der briti-

⁷⁰ Vgl. Girton College, Cambridge, Archives, Cam-papers (künftig: Cam-papers), Butterfield an Cam, 2. 3. 1942.

⁷¹ Vgl. Thorp, Herbert Butterfield, S. 31; vgl. darüber hinaus McIntire, Herbert Butterfield, der dessen „dissent“ zur Leitlinie seiner Interpretation macht. Vgl. zum Kontext Keith Robbins, *Free Churchmen and the Twenty Years' Crisis*, in: Ders., *History, Religion and Identity in Modern Britain*, London u. a. 1993, S. 149–160.

⁷² Damit befand er sich im Einklang mit breiten Teilen des Nonkonformismus seit dem Ende der Koalition unter Lloyd George. Vgl. Hastings, *A History of English Christianity*, S. 267–277; Michael Bentley, *The Liberal Mind 1914–1929*, Cambridge u. a. 1977, S. 191–206.

⁷³ Vgl. Herbert Butterfield, Letter to the Editor, in: *The Cambridge Review*, 21. 2. 1942, S. 215 f.

⁷⁴ Vgl. ebenda; zum Hintergrund vgl. Hastings, *A History of English Christianity*, S. 330–336.

⁷⁵ Cam-papers, Butterfield an Cam, 2. 3. 1942. Zum äußersten rechten Flügel der Konservativen vgl. Christina Bussfeld, „Democracy versus Dictatorship“. Die Herausforderung des Faschismus und Kommunismus in Großbritannien 1932–1937, Paderborn u. a. 2001; E. H. H. Green, *Ideologies of Conservatism. Conservative Political Ideas in the Twentieth Century*, Oxford 2002, S. 135–156; außerdem Dietz, Gab es eine „Konservative Revolution“.

⁷⁶ Cam-papers, Butterfield an Cam, 2. 3. 1942; vgl. Herbert Butterfield, Letter to the Editor, in: *The Cambridge Review*, 21. 2. 1942, S. 215 f.

⁷⁷ Cam-papers, Butterfield an Cam, 2. 3. 1942.

⁷⁸ Vgl. Philip Williamson, *Christian Conservatives and the Totalitarian Challenge, 1933–1940*, in: *English Historical Review* 115 (2000), S. 607–642; zu Baldwin vgl. ders., *Stanley Baldwin. Conservative Leadership and National Values*, Cambridge 1999; zu Halifax vgl. Andrew Roberts, *„The Holy Fox“. A Biography of Lord Halifax*, London 1991.

⁷⁹ Vgl. z. B. den bei McIntire, Herbert Butterfield, S. 105, zitierten Tagebucheintrag von 1936; zu Butterfields starker Betonung des christlichen Verzeihens und der Nächstenliebe in der ersten Hälfte der 1930er Jahre vgl. Bentley, *Herbert Butterfield and the Ethics*, S. 62 f.

schen NS-Sympathisanten kennzeichnend war⁸⁰. Eindrücklich belegen Butterfields Vorlesungen die Überzeugung des Cambrider Historikers von der zivilisatorischen Mission des „Westens“ und komplementär dazu seine Furcht vor den „barbarischen Horden“ des „Ostens“. Dabei fungierte Deutschland innerhalb dieses Erklärungsmodells keineswegs als Inbegriff von Autokratismus und Militarismus, sondern im Gegenteil als Land der ursprünglichen „germanischen“ Freiheit⁸¹. Ein starkes Deutschland mit seiner historischen Rolle als „the guardian or the buttress of western European culture“⁸² war in Butterfields Augen eine unbedingte Notwendigkeit, sollte Europa eine Chance haben, sich gegen die Kräfte des „Ostens“ zu verteidigen, genauer gegen das bolschewistische Russland, das in die lange Kontinuität der mongolischen „Asiatic menace“ gestellt wurde⁸³. Dass der russische Bolschewismus am Vordringen war, wurde in Butterfields Augen im Spanischen Bürgerkrieg nur allzu deutlich. 1949 noch zeigte er sich in einem Brief an seinen ehemaligen Schüler und Freund Adam Watson, der mittlerweile dem Foreign Office angehörte, sehr verwundert über den angeblichen sowjetischen Einfluss auf die westliche Diplomatie:

„I am always dazed by the degree to which not only our left-wing but our officialdom generally accepted what was really a Marxist interpretation of the whole Spanish affair, without realising that they were succumbing to Marxism and that, (without resorting to a right-wing evidence at all) it was possible (as I remember once demonstrating up here) to get at the truth by following up the internal inconsistencies of the left-wing literature itself.“⁸⁴

Mit der Parteinahme gegen das Franco-Regime sei der demokratische Westen also in die russische Propagandafalle getappt. Wo Butterfields eigene Sympathien lagen, ist offensichtlich. Und auch ein Krieg gegen Deutschland musste aus seiner Sicht vermieden werden, wenn man dessen besondere Rolle im Kampf gegen den Osten und die englische Doktrin der „balance of power“ bedachte. Deutschland und Russland hätten in einem Kräftegleichgewicht zu stehen, um Krieg auf dem Kontinent zu vermeiden. Die Appeasement-Politik der Konservativen unterstützte Butterfield folgerichtig⁸⁵ – und dies nicht allein aus der Überzeugung her-

⁸⁰ Vgl. Ian Kershaw, *Hitlers Freunde in England. Lord Londonderry und der Weg in den Krieg*, München 2005.

⁸¹ CUL-MSS, BUTT/340, Manuskript „Historical geography“, ca. Ende 1930er/1940er Jahre, S. 58; vgl. CUL-MSS, BUTT/298, Manuskript zu der Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft, ca. 1960er/1970er Jahre. Butterfield steht in einer langen Tradition der Vorstellung von einer besonderen germanischen Verwandtschaft Englands und Deutschlands. Vgl. Rainer Kipper, *Der Germanenmythos im Deutschen Kaiserreich*, Göttingen 2002; Maike Oergel, *The redeeming Teuton. Nineteenth-Century Notions of the „Germanic“ in England and Germany*, in: Geoffrey Cubitt (Hrsg.), *Imagining Nations*, Manchester/New York 1998, S. 75–91; Hugh A. MacDougall, *Racial Myth in English History. Trojans, Teutons and Anglo-Saxons*, Montreal 1982.

⁸² CUL-MSS, BUTT/262, *German History Lectures*, ca. 1940er/1950er Jahre, I, S. 4.

⁸³ CUL-MSS, BUTT/328, *Modern European History Lectures*, ca. 1930er/1940er Jahre, I, S. 15–19 u. S. 70 f.

⁸⁴ CUL-MSS, BUTT/531-W-23, Butterfield an Adam Watson, 2. 5. 1949.

aus, dass Großbritannien auf Grund seiner Abrüstungspolitik für einen solchen Krieg nicht vorbereitet sei⁸⁶, sondern auch als „partisan of the Sudeten Germans“⁸⁷. Denn zum einen war er von dem Recht eines jeden „Volkes“ auf einen Nationalstaat überzeugt, zum anderen bedeutete für ihn das Vordringen Deutschlands gen Osten eine Ausweitung des „westlichen“ Einflussbereiches⁸⁸.

Als 1939 dieser Krieg wirklich entfesselt wurde, war das für Butterfield ein schwarzer Tag in der Geschichte seines Landes, das aus dem Ersten Weltkrieg nichts gelernt zu haben schien. Er gehörte zur kleinen (und immer geringer werdenden) Zahl derer, die noch lange auf eine Verhandlungslösung hofften – 1943 plädierte er für einen Separatfrieden des Vereinigten Königreichs mit dem nationalsozialistischen Deutschland⁸⁹. Es sei Großbritanniens eigene Schuld gewesen, wenn es 1940 in Gefahr stand, von deutschen Truppen erobert zu werden⁹⁰. Butterfields Haltung wird deutlich in der Bewertung von Churchills Vorgehen gegen die französische Flotte im Juli 1940, das alle Hoffnungen auf eine Verhandlungslösung zerschlug⁹¹. Er sei „thoroughly depressed for the first time“, so berichtete er seiner Kollegin Betty Behrens. „It is not that I think we shall lose the war – but a chance of ending it soon has been badly missed & the state of things is so much worse than if we had never tried.“ Die Schuld an der Katastrophe liege bei Churchill, der jegliches militärische und diplomatische Geschick vermissen lasse⁹². Dennoch war es für Butterfield eine patriotische Pflicht, sich voll und ganz in den Dienst seines Landes zu stellen, allerdings allein im akademischen Bereich und außerhalb jeglicher Bindung an regierungsamtliche Stellen⁹³. Nach dem Ende des Krieges verpasste er indes keine Gelegenheit, die britische Regierung für ihre Kriegserklärung zu kritisieren. So sei es durchaus als paradox zu verstehen, „if it turns out that the men who are despised for shirking a war with Hitler in the 1930s were just the ones who were paralysed because they foresaw [...] the menace that would come from Russia after the destruction of Germany“⁹⁴. Doch abgesehen von allen außenpolitischen Gründen ließen vor allem sein Antimodernismus und Kulturpessimismus und seine Sympathie für autoritäre Regierungsformen Herbert Butterfield das nationalsozialistische Deutsch-

⁸⁵ CUL-MSS, BUTT/51, Butterfield an Salter, 24. 6. 1941.

⁸⁶ Vgl. Herbert Butterfield, Letter to the editor, in: *The Cambridge Review*, 21. 2. 1942, S. 215 f.; *Cam-papers*, Butterfield an Cam, 2. 3. 1942.

⁸⁷ CUL-MSS, BUTT/51, Butterfield an Salter, 24. 6. 1941.

⁸⁸ CUL-MSS, BUTT/340, Manuskript „Historical geography“, ca. Ende 1930er/1940er Jahre, S. 89; zur „positiven“ Wirkung des deutschen Einflusses in Osteuropa vgl. ebenda, S. 127.

⁸⁹ Vgl. Annan, *Our Age*, S. 269; Maurice Cowling, Herbert Butterfield 1900–1979, in: *Proceedings of the British Academy* 65 (1979), S. 595–609, hier S. 599.

⁹⁰ CUL-MSS, BUTT/531-W-23, Butterfield an Watson, 2. 5. 1949.

⁹¹ Vgl. Winston S. Churchill, *Der Zweite Weltkrieg. Mit einem Epilog über die Nachkriegsjahre*, Bern 1954, S. 286–295.

⁹² Vgl. Churchill Archives Center, Churchill College Cambridge, Betty Behrens papers, Butterfield an Betty Behrens [Juli 1940].

⁹³ Vgl. McIntire, Herbert Butterfield, S. 112.

⁹⁴ Herbert Butterfield, *History and Human Relations*, London 1951, S. 220.

land attraktiv erscheinen⁹⁵. Tatsächlich rechtfertigte er – laut Maurice Cowling – auch im alltäglichen Gespräch manche Aspekte des Nationalsozialismus⁹⁶.

Butterfields Bewunderung jener „großen Männer“, die es zustande brachten, die Massen, das „Volk“ hinter sich zu einen, war nicht allein auf die historische Persönlichkeit Napoleon beschränkt, über den er 1939 eine Biographie veröffentlicht hatte⁹⁷. Im Juni 1941, noch vor dem Einmarsch der Deutschen in die UdSSR, wagte Butterfield einen Vergleich des Franzosen mit Hitler – nicht von ungefähr in der *Cambridge Review* unter der Herausgeberschaft von Charles Smyth⁹⁸. Sowohl persönliche als auch systemische Parallelen erkannte der Historiker zwischen beiden zuhauf, doch in der Abwägung ihrer jeweiligen Ziele und Motivationen neigten sich die Butterfieldschen Gewichte eher dem zeitgenössischen deutschen Diktator zu. Napoleon nämlich habe für seine persönlichen Interessen und die seiner Familie gekämpft, während Hitler für sein Volk eintrete. Mit Hitler verlange die Geschichte ihr Recht zurück, denn die natürliche Rolle Deutschlands sei seit dem 16. Jahrhundert von den europäischen Mächten missachtet worden, zuletzt in der Demütigung durch den Versailler Friedensvertrag. Hitler zeichne eine „intellectual brilliance“ aus, so stellte Butterfield 1941 fest, und selbst noch zehn Jahre später war er überzeugt von Hitler's „superior intellect“⁹⁹. Dieser habe sein Leben für sein Volk geopfert und außerdem die große Gabe gehabt, Menschen davon zu überzeugen, ihr Leben für andere hinzugeben. An einen vollkommenen Erfolg des deutschen Diktators indes glaubte Butterfield 1941 nicht, liege doch dessen Schwäche – genau wie die Napoleons – darin begründet, dass er sich nicht an den von der Geschichte vorgegebenen Rahmen halte. Es sei die Hybris, das Nicht-Maßhalten-Wollen, das sowohl Napoleon zu Fall gebracht habe, als auch Hitler in die Schranken weisen werde – so die Prognose des Historikers¹⁰⁰.

Die Parallelisierung Hitlers und Napoleons ist eine der Konstanten in Butterfields Hitler-Interpretation¹⁰¹. Dass bereits Butterfields Napoleon-Biographie vor dem zeitgenössischen Hintergrund als ein historischer Systemvergleich verstanden wurde, davon zeugt die Reaktion George Macaulay Trevelyan auf das Buch¹⁰². Die Interpretation des Jakobinismus als erste moderne totalitäre Diktatur sollte Butterfield später vehement vertreten. Und gerade in dieser histori-

⁹⁵ Zum Kontext vgl. u. a. Alastair Hamilton, *The Appeal of Fascism. A Study of Intellectuals and Fascism. 1919–1945*, London 1971; Richard Griffiths, *Fellow Travellers of the Right. British Enthusiast for Nazi Germany. 1933–1939*, London 1980; Kershaw, *Hitlers Freunde*.

⁹⁶ Vgl. Cowling, Herbert Butterfield, S. 599.

⁹⁷ Vgl. Herbert Butterfield, *Napoleon*, London 1939.

⁹⁸ Herbert Butterfield, *Napoleon and Hitler*, in: *The Cambridge Review*, 6. 6. 1941, S. 474 f. Zur Hitler-Napoleon-Parallelisierung aus literaturhistorischer Perspektive vgl. Barbara Beßlich, *Der deutsche Napoleon-Mythos. Literatur und Erinnerung 1800–1945*, Darmstadt 2007, S. 399–435.

⁹⁹ Butterfield, *History and Human Relations*, S. 95.

¹⁰⁰ Butterfield, *Napoleon and Hitler*, in: *The Cambridge Review*, 6. 6. 1941, S. 474 f.

¹⁰¹ Vgl. Butterfield, *Englishman*, S. 98 f. u. S. 135; Herbert Butterfield, *Christianity and History*, London 1949, S. 44 f.

¹⁰² CUL-MSS, BUTT/531-T-126, Trevelyan an Butterfield, 5. 12. 1939.

schen Analogisierung liegt eine der Ursachen für Butterfields Unterschätzung des NS-Regimes. Er erkannte nicht die qualitative Veränderung, sah nicht, dass hinter Hitlers Herrschaftssystem eine Ideologie stand, die mit Napoleons Zielsetzungen nichts gemein hatte. Im rassistischen Nationalismus wollte Butterfield allein einen gesunden Nationalstolz erkennen, der jeder Nation zustehe. In seinem Gutachten für den Entnazifizierungsprozess des deutschen Anglisten Hans Galinsky 1948 betrachtete er den Nationalismus des NSDAP-Aktivisten als „an excessive love for his country“, doch glaubte er nicht, dass „he had more of it than many men of other countries, including our own“¹⁰³. Auch in Galinskys Bemühungen um eine Rekrutierung von NSDAP-Mitgliedern unter Deutschen, die sich Mitte der dreißiger Jahre in England aufhielten, sah Butterfield nichts Verwerfliches; diese Aktivitäten seien für ihn völlig verständlich¹⁰⁴.

Direkte Kontakte zu Deutschen baute Herbert Butterfield bis 1938 zunächst in Großbritannien auf. Nachweisbar ist die Bekanntschaft mit Wolfgang Schmidt (1903–1967)¹⁰⁵, einem überzeugten Nationalsozialisten, der Butterfield wohl ein positives Bild von Hitlers Deutschland vermittelte. Er schien ein Land zu repräsentieren, das vorgeblich den Kontakt zu anderen Nationen suchte und insbesondere jungen Menschen Türen öffnete. Gerade der Topos von der dynamischen Jugendlichkeit gehörte zum Grundarsenal einer positiven Nationalsozialismus-Perzeption in Großbritannien¹⁰⁶. Vor allen Dingen aber verband Butterfield mit Schmidt das christliche Bekenntnis – das aktive Mitglied der Deutschen Christen¹⁰⁷ konnte seinem englischen Gegenüber das nationalsozialistische Deutschland als Bollwerk gegen Säkularisierung und Liberalisierung präsentieren, wie Butterfield es in den Kreisen von Corpus Christi ohnehin kennen gelernt hatte. Die liberalen Stimmen in Peterhouse drangen demgegenüber nur sehr schwach an das Ohr des jungen Historikers, zumal sich in diese zunächst ebenfalls Konzessionen an das nationalsozialistische Deutschland mischten. Harold Temperley stand dem Regime zwar im Ganzen ablehnend gegenüber, bewunderte jedoch den angeblich so jugendlichen „Geist der Nation“, den er in Hitler verkörpert sah¹⁰⁸. G. P. Gooch war vom Machtantritt der Nationalsozialisten geschockt, schuld daran waren aber seiner Meinung nach die Westmächte, die das Land in den Ruin getrieben hätten¹⁰⁹.

¹⁰³ CUL-MSS, BUTT/56, Butterfield an Birley, 16. 4. 1948.

¹⁰⁴ CUL-MSS, BUTT/56, Butterfield an Galinsky, 6. 11. 1946.

¹⁰⁵ Zu Wolfgang Schmidt(-Hidding) vgl. Wolfgang Schmidt-Hidding, in: Gunta Haenicke/Thomas Finkenstaedt, Anglistenlexikon 1825–1990. Biographische und bibliographische Angaben zu 318 Anglisten, Augsburg 1992, S. 277 ff.; Hans-Paul Höpfner, Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft, Bonn 1999, S. 375–378; Frank-Rutger Hausmann, Anglistik und Amerikanistik im „Dritten Reich“, Frankfurt a. M. 2003, S. 499 ff.; Universitätsarchiv Augsburg (künftig: UAA), Nachlass Finkenstaedt 85.

¹⁰⁶ Vgl. Schwarz, Die Reise ins Dritte Reich, S. 286–298.

¹⁰⁷ Vgl. Höpfner, Universität Bonn, S. 377.

¹⁰⁸ Fair, Temperley, S. 243.

¹⁰⁹ Vgl. Eyck, Gooch, S. 408.

Prägend für Butterfields Einschätzung des Nationalsozialismus wurden seine Kontakte nach Irland und hier im Besonderen seine Beziehungen zu Historikern am University College Dublin – einem Zentrum des irischen Nationalismus¹¹⁰ –, wo er seit den dreißiger Jahren als *external examiner* agierte¹¹¹. Das irische politische Klima der Zwischenkriegszeit war zuvorderst charakterisiert durch eine starke anti-englische und katholisch-nationalistische Stimmung. In diese mischten sich partielle pro-deutsche und pro-nazistische Haltungen. Während des Krieges blieb Irland neutral¹¹². In der Hauptstadt Dublin besuchte Butterfield regelmäßig Festlichkeiten der Deutschen Botschaft¹¹³. Hervorzuheben ist seine Zusammenarbeit mit Robert Dudley Edwards¹¹⁴ und John Marcus O'Sullivan. Letzterer hatte in Deutschland promoviert¹¹⁵ und – wie er im Rückblick bekannte – die europäische politische Situation noch 1936/37 als sehr positiv eingeschätzt¹¹⁶. In Dublin lernte Butterfield außerdem den dort studierenden Desmond Williams kennen, mit dem ihn eine lebenslange Freundschaft verbinden sollte¹¹⁷. Williams Sympathien für Deutschland ließen ihn seine Magisterarbeit 1942 zur Entstehung des Nationalsozialismus schreiben, 1944 betreute Butterfield dessen Arbeit zu „Pan-Germanism in Austria, 1898–1902“, bis Williams schließlich nach Berlin ging, um bei der Edition der Akten des deutschen Auswärtigen Amtes von 1919 bis 1945 mitzuarbeiten. 1949 wurde Williams mit 28 Jahren Professor of Modern History am University College Dublin¹¹⁸. Sein Leben lang verteidigte der germanophile Williams die Neutralität

¹¹⁰ Vgl. Donal McCartney, UCD. A National Idea. The History of University College, Dublin 1999.

¹¹¹ Im Zuge seiner Arbeit an der Biographie zu Charles James Fox war er zum ersten Mal intensiv mit der irischen Geschichte in Berührung gekommen. Vgl. Herbert Butterfield, *George III, Lord North and the People*, London 1949; CUL-MSS, BUTT/531-T-140-141, Korrespondenz mit Hugh Trevor-Roper, 1956, und CUL-MSS, BUTT/531-T-143, Butterfield an Mrs. Wall, 26. 10. 1956. Zu seiner lebenslangen Arbeit an einer Fox-Biographie vgl. McIntire, Herbert Butterfield.

¹¹² Vgl. Mervyn O'Driscoll, *Ireland, Germany and the Nazis. Politics and Diplomacy, 1919–1939*, Dublin 2004; John P. Duggan, *Neutral Ireland and the Third Reich*, Dublin 1985; Hubert Sturm, *Hakenkreuz und Kleeblatt. Irland, die Alliierten und das „Dritte Reich“. 1933–1945*, 2 Bde., Frankfurt a. M. u. a. 1984. Zum irischen Faschismus vgl. Maurice Manning, *The Blue-shirts*, Dublin 1987.

¹¹³ Vgl. Annan, *Our Age*, S. 269.

¹¹⁴ Vgl. die umfangreiche Korrespondenz zwischen Edwards und Butterfield, 1941–1964, in: University College Dublin, Archives Department, Robert Dudley Edwards Papers (künftig: Edwards-Papers), LA 22/739 und 740; zu Edwards vgl. Aidan Clarke, *Robert Dudley Edwards (1909–1988)*, in: *Irish Historical Studies* 26/102 (1988), S. 121–127.

¹¹⁵ Vgl. J. M. O'Sullivan, *Old Criticism and New Pragmatism. A Comparison of the Methods of Kant and Hegel. Illustrated by their Treatment of the Category of Quantity*, Dublin 1909.

¹¹⁶ CUL-MSS, BUTT/531-O-55, O'Sullivan an Butterfield, 25. 5. 1945.

¹¹⁷ Zu Desmond Williams vgl. Peregrine Worsthorne, *Desmond Williams*, in: *The Spectator*, 24. 1. 1987, S. 19 f.; James McGuire, *T. Desmond Williams. 1921–1987*, in: *Irish Historical Studies* XXVI/101 (1988), S. 3–7; *Obituary for Desmond Williams*, *The Times*, 21. 1. 1987, S. 18; Joseph J. Lee, *Ireland. 1912–1985. Politics and Society*, Cambridge 1989, S. 590 ff.

¹¹⁸ Zur Butterfieldschen Einflussnahme auf die Besetzung vgl. CUL-MSS, BUTT/531-W-207; Edwards-Papers, LA 22/739 (6), Butterfield an Edwards, 3. 8. 1947; ebenda, LA 22/739 (7), Butterfield an Edwards, 9. 8. 1947.

Irlands während des Zweiten Weltkrieges, davon überzeugt, dass Hitler 1939 keinen Krieg intendiert habe – eine Auffassung, die Butterfield teilte¹¹⁹. Das irische sympathische Interesse am nationalsozialistischen Deutschland sowie die dortige Offenheit für die rechten Experimente auf dem Kontinent scheinen dem jungen Cambridger Historiker auf der Suche nach Alternativen zum liberalen Modell in weitem Maße entgegengekommen zu sein.

III. Dezember 1938: Eine Reise ins nationalsozialistische Deutschland

Als Butterfield, der Bewunderer deutscher Geschichtswissenschaft, 1938 zu einer Vortragsreise an vier deutsche Universitäten eingeladen wurde, war er sich der Brisanz einer Reise ins nationalsozialistische Deutschland bewusst. Er stimmte erst zu „after consulting various advisers in England“¹²⁰. Die Zustände an den deutschen Universitäten waren in Cambridge zu dieser Zeit durchaus bekannt – sei es durch Berichte von nach England Geflohenen¹²¹ oder über die öffentliche Diskussion über den Umgang mit den deutschen Hochschulen¹²². Die Einladung an Butterfield wurde vom Kulturattaché an der Deutschen Botschaft in London vermittelt¹²³, das Londoner Büro des Deutschen Akademischen Austauschdienstes machte diese offiziell und organisierte die Reise¹²⁴. Zunächst war allein ein Besuch am Anglistischen Seminar der Universität Berlin vorgesehen, doch nach einer „längeren Unterhaltung zwischen Professor Schmidt und Butterfield hat sich dieser nun bereit erklärt, auch noch an anderen Universitäten in Deutschland Vorlesungen zu halten“¹²⁵. Daraufhin erhielt er eine Einladung an die Universität Bonn, die von Wolfgang Schmidt ausging¹²⁶, an die Universität Köln, die

¹¹⁹ Vgl. Desmond Williams, *Negotiations Leading to the Anglo-Polish Treaty of 31 March 1939*, in: *Irish Historical Studies* X (1956–57), S. 59–93 u. S. 156–192; CUL-MSS, BUTT/531-W-245-246, Korrespondenz zwischen Butterfield und Williams, Mai 1955.

¹²⁰ CUL-MSS, BUTT/45, Rede anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde an der Universität Bonn 1968.

¹²¹ Zum deutschen Exil in Großbritannien vgl. u. a. Peter Alter, *Out of The Third Reich. Refugee Historians in Postwar Britain*, London/New York 1998; Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), *Exile in Great Britain. Refugees from Hitler's Germany*, Stuttgart 1983; Werner E. Mosse (Hrsg.), *Second Chance. Two Centuries of German-speaking Jews in the United Kingdom*, Tübingen 1991; A. J. Sherman, *Island Refuge. Britain and Refugees from the Third Reich. 1933–1939*, London 1973.

¹²² Vgl. *Heidelberg and the Universities of America*, New York 1936.

¹²³ Vgl. Cowling, *Religion*, S. 227, Anm. 1.

¹²⁴ Vgl. Universitätsarchiv Köln (künftig: UAK), Zug. 28/240, Anglo-German Academic Bureau, London, an den Rektor der Universität Köln, 1. 11. 1938.

¹²⁵ Ebenda, Philosophische Fakultät der Universität Köln, Aufzeichnung des DAAD vom 1. 11. 1938 betr. Vortragsreise von Mr. H. Butterfield, Peterhouse, Cambridge, nach Deutschland, 19. 11. 1938.

¹²⁶ CUL-MSS, BUTT/45, Rede anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde an der Universität Bonn 1968; UAK, Zug. 28/240, Philosophische Fakultät der Universität Köln, Aufzeichnung des DAAD vom 1. 11. 1938 betr. Vortragsreise von Mr. H. Butterfield, Peterhouse, Cambridge, nach Deutschland, 19. 11. 1938.

von dem Anglisten Herbert Schöffler ausgesprochen wurde¹²⁷, und an die Universität Münster, hinter der wahrscheinlich der Anglist Hermann Heuer stand¹²⁸. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hatte gegen eine Vorlesungstätigkeit Butterfields nichts einzuwenden¹²⁹.

Die Initiative zu einer Einladung Butterfields nach Berlin war von dem Anglisten Hans Galinsky (1909–1991) ausgegangen¹³⁰. Dieser hatte mehrere Jahre in England verbracht und dort für die NSDAP als Adjutant des HJ-Führers in London, Ortsgruppenleiter in Manchester und Schulungsleiter für Nordengland gearbeitet¹³¹. Darüber hinaus verfügte er über vorzügliche Kontakte zur Geschäftsstelle des DAAD in London¹³². An der Universität Berlin, an die er 1935 berufen wurde, leitete Galinsky die neu eingerichtete „Kulturpolitische Abteilung“ der Anglistik¹³³. In ihm lernte Butterfield einen jungen Deutschen kennen, dem der englisch-deutsche Austausch sehr wichtig war und der zu jenen gehörte, „who still thought that the Nazi party would lead to the regeneration of their country“¹³⁴. Galinsky besuchte Butterfield im Gegenzug noch im März/April 1939 in Cambridge anlässlich einer „Studienfahrt“ von HJ und Auslandsorganisation der NSDAP¹³⁵. Der britische Historiker unterstützte ihn bei seinen Studien zum englischen Liberalismus des 17. Jahrhunderts¹³⁶. Die Entfesselung des Krieges ließ diese Kontakte dann allerdings abbrechen¹³⁷.

Auch Klaus Dockhorn (1910–1979)¹³⁸ stattete Butterfield noch im Frühjahr 1939 seinen Besuch ab¹³⁹. Dockhorn hatte bei Herbert Schöffler promoviert, arbeitete 1938 bereits an seiner Habilitationsschrift *Der deutsche Historismus in Eng-*

¹²⁷ UAK, Zug. 28/240, Otto Kuhn, Rektor der Universität Köln, an den Deutschen Akademischen Austauschdienst, London, 1. 12. 1938; zu Schöffler vgl. Haenicke/Finkenstaedt, Anglistenlexikon, S. 284 ff.; Hausmann, Anglistik, S. 502 f.

¹²⁸ CUL-MSS, BUTT/52, Hermann Heuer an Butterfield, 19. 3. 1947; zu Heuer vgl. Haenicke/Finkenstaedt, Anglistenlexikon, S. 130 ff.; Hausmann, Anglistik, S. 465 f.; UAA, Nachlass Finkenstaedt 64.

¹²⁹ UAK, Zug. 28/240, Abschrift des Schreibens des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Rektor der Universität Berlin, 13. 12. 1938.

¹³⁰ Zu Hans Galinsky vgl. Haenicke/Finkenstaedt, Anglistenlexikon, S. 107 ff.; Hausmann, Anglistik, S. 458 f.; UAA, Nachlass Finkenstaedt, 61.

¹³¹ Vgl. Hausmann, Anglistik, S. 458; CUL-MSS, BUTT/56, Butterfield an Birley, 16. 4. 1948. Zu den nationalsozialistischen Aktivitäten in Großbritannien in den 1930er Jahren vgl. James J. Barnes/Patience P. Barnes, Nazis in Pre-War London 1930–1939. The Fate and Role of German Party Members and British Sympathizers, Brighton/Portland/OR 2005.

¹³² UAA, Nachlass Finkenstaedt 210.

¹³³ Vgl. Manfred Scheler (Hrsg.), Berliner Anglistik in Vergangenheit und Gegenwart 1810–1985, Berlin 1987, S. 46.

¹³⁴ CUL-MSS, BUTT/56, Testimonial für Galinsky von Butterfield, 6. 12. 1946.

¹³⁵ Vgl. Gerhard Schilfert, Die Auslandsbeziehungen der Berliner Universität zwischen 1933 und 1939 unter besonderer Berücksichtigung ihrer Unterordnung unter die Ziele der faschistischen Außenpolitik, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, X (1961), S. 13–27, hier S. 18.

¹³⁶ CUL-MSS, BUTT/56, Testimonial für Galinsky von Butterfield, 6. 12. 1946.

¹³⁷ Ebenda, Galinsky an Butterfield, 6. 9. 1946.

¹³⁸ Zu Klaus Dockhorn vgl. Hausmann, Anglistik, S. 451 f.; UAA, Nachlass Finkenstaedt 55.

¹³⁹ CUL-MSS, BUTT/55, Dockhorn an Butterfield, 3. 9. 1946 und 8. 11. 1947.

land¹⁴⁰ und hatte den englischen Historiker wohl in Köln kennengelernt. Dockhorn selbst bezeichnete sich nach 1945 als nur nominelles NSDAP-Mitglied¹⁴¹. Mit Butterfield verband ihn „a community of interest“ an der Rezeption von deutschen Ideen in der englischen Historiographiegeschichte¹⁴².

Obwohl die Vortragsreise ausschließlich von deutschen Anglisten vermittelt war, zeigte sich Butterfield besonders an den deutschen Historikern interessiert. In der Rückschau betonte er einige Jahrzehnte später, dass manche der Größen der „classical school“ zu den deutschen Historikern zählten, die er als erstes persönlich kennen lernen durfte – „still at that date, quite impressive people“ –, wobei aber aus dem Text weder hervorgeht, ob er sich dabei auf die Vor- oder Nachkriegszeit bezieht, noch mit wem genau er die Bekanntschaft machen konnte. Mit einem vulgären Nationalismus hätten diese Historiker auf jeden Fall nichts zu schaffen gehabt¹⁴³.

Die Erinnerungen Butterfields an seine Reise nach Deutschland, zu der er schließlich im Dezember 1938 aufbrach, sind durchwegs positiv, mehr noch, er wertete die Konfrontation mit der deutschen Kultur als sehr befruchtend für seine weitere wissenschaftliche Entwicklung. Man hatte ihn gebeten, nicht über die „Whig interpretation of history“ selbst zu sprechen, da das Buch als bekannt galt, sondern über deren Entstehung und Entwicklung in England. Der britische Historiker war mithin herausgefordert worden, die Tradition seines eigenen Landes neu zu überdenken, eine Tradition, die er bislang rein negativ beurteilt hatte. In seiner Vorlesung, so erinnerte er sich später, erkannte er erstmals die Bedeutung der „Whig Interpretation of History“ für die Entwicklung des englischen Liberalismus; diese sei trotz aller Fallstricke „a good thing“ gewesen¹⁴⁴. So fand Butterfield nicht allein Interesse an einem neuen Forschungsgebiet – die Geschichte der Geschichtswissenschaft –, sondern er gelangte auch zu einer neuen, positiven Bewertung der britischen politischen Tradition. „Englishness“ hatte demnach ihr Fundament im Liberalismus, doch nicht in einem Liberalismus, wie er von der Generation vor Butterfield vertreten wurde. So erschien dem Historiker zumindest im Abstand von einigen Jahrzehnten in idealisierter Weise die befruchtende Wirkung seiner Reise nach Deutschland.

An dieser Interpretation ist jedoch zumindest in ihrer Konzentration auf die „deutschen Erfahrungen“ zu zweifeln. Zwar ist augenfällig, dass sich Butterfields Einstellung gegenüber den historischen „Whigs“ und damit gegenüber der liberalen Tradition zwischen der Veröffentlichung der *Whig Interpretation* 1931 und *The Englishman and his History* 1944, worin die Vorlesungen der Deutschland-Reise eingearbeitet waren, deutlich zu einer positiveren Würdigung hin verschoben

¹⁴⁰ Vgl. Dockhorn, Der deutsche Historismus.

¹⁴¹ CUL-MSS, BUTT/55, Dockhorn an Butterfield, 8. 11. 1947.

¹⁴² Ebenda, Dockhorn an Butterfield, 3. 9. 1946.

¹⁴³ CUL-MSS, BUTT/298, Manuskript zu der Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft, ca. 1960er/1970er Jahre. Butterfield bezeichnet dort die Rankerrenaissance als „central or classical school“ der deutschen Geschichtsschreibung.

¹⁴⁴ CUL-MSS, BUTT/269-3, Autobiographical Material: „My Literary Productions“, o. D.

hatte. Gewiss wies der Historiker zeit lebens mit dem Hinweis auf die Vorlesung im Jahr 1938 jegliche Spekulationen zurück¹⁴⁵, welche die Kriegserfahrung als eigentliches Movens dieses „Wandels“ ausmachten und das „Herbert Butterfieldproblem“ (J. G. A. Pocock) auf diese Weise zu lösen suchten¹⁴⁶; doch es ist davon auszugehen, dass die Auseinandersetzung mit den Totalitarismen auf dem Kontinent und insbesondere mit dem Nationalsozialismus einen nicht unerheblichen Beitrag zu der Akzentverschiebung hin zu einer konservativen Interpretation der englischen Verfassungsentwicklung geleistet und so einen positiven Bezug auf eine spezifische „Englishness“ erst ermöglicht hat¹⁴⁷. Die politische Einordnung Butterfields als „New Whig“ und somit als Vertreter eines „neuen Liberalismus“, der sich um die Revitalisierung des ursprünglichen liberalen Gedankenguts im Sinne Edmund Burkes verdient gemacht habe, ist vor diesem Hintergrund wenig überzeugend¹⁴⁸.

Als Butterfield Mitte Dezember 1938 wieder aus dem nationalsozialistischen Deutschland nach Cambridge zurückkehrte, hatte er wohl ausschließlich positive Erfahrungen gewonnen. Weder sein Deutschlandbild, noch seine Nationalsozialismus-Interpretation scheinen einem Wandel unterworfen gewesen zu sein. Der Zeitpunkt der Vorlesungsreise ist in dieser Hinsicht von großer Bedeutung, wenn man sich die zeitliche Nähe zu den antisemitischen Pogromen im November 1938 vergegenwärtigt, die zu einem deutlichen Stimmungsumschwung nicht nur in der britischen Öffentlichkeit, sondern auch innerhalb der Conservative Party geführt hatten. Gerade die aus christlichem Geist gespeiste Nationalsozialismus-Perzeption und die realistische Konzeption der internationalen Beziehungen eines Lord Halifax erfuhren Ende 1938 und dann im Laufe des Jahres 1939 einen einschneidenden Wandel¹⁴⁹. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus wurde fortan als christliche Mission im Kampf gegen den Antichristen und zur Rettung der „christian civilization“ verstanden, wobei Halifax nun dem christlichen Pazifismus eine moraltheologisch und gesinnungsethisch fundierte Doktrin des gerechten Krieges entgegensetzte. In Churchills Bemühungen um die Einheit der Nation im Krieg spielte gerade jene Argumentation eine bedeutende

¹⁴⁵ Vgl. Mehta, *Fly and the Fly Bottle*, S. 202–205; CUL-MSS, BUTT/531-C-12, E. H. Carr an Butterfield, 12. 12. 1961; CUL-MSS, BUTT/531-C-13, Carr an Butterfield, 8. 1. 1963; Herbert Butterfield, *What is History?*, in: *The Cambridge Review* 83/2016 (1961), S. 172–175.

¹⁴⁶ Vgl. J. G. A. Pocock, *Virtue, Commerce, and History. Essays on Political Thought and History, Chiefly in the Eighteenth Century*, Cambridge 1985, S. 304 f.; Keith C. Sewell, *The „Herbert Butterfield Problem“ and its Resolution*, in: *Journal of the History of Ideas* 64/4 (2003), S. 599–618; McIntire, *Herbert Butterfield*, S. 115–132. Auf die Widersprüche zu den Thesen der „Whig Interpretation“ weisen hin: E. H. Carr, *What is History?*, London 1961, S. 35 f., und David Cannadine, G. M. Trevelyan, *A Life in History*, London 1992, S. 209 f.

¹⁴⁷ Zur Funktion des Konzepts der „Englishness“ bei Baldwin und dann insbesondere während des Zweiten Weltkrieges vgl. Bussfeld, *Democracy versus Dictatorship*, S. 246–276; instruktiv für Butterfields Umgebung ist das Beispiel von Barker und Trevelyan, vgl. Stapleton, *Englishness and the Study of Politics*; Cannadine, Trevelyan.

¹⁴⁸ Vgl. McIntire (Hrsg.), *Butterfield. Writings on Christianity and History*, S. XXXI–XXXII; ders., *Herbert Butterfield*, S. 59 f.

¹⁴⁹ Vgl. Williamson, *Christian Conservatives*, S. 627.

Rolle¹⁵⁰. Herbert Butterfield indes vollzog diesen Wandel in den ersten Jahren des Krieges nicht mit.

IV. Großbritannien im Krieg: Neubewertungen und neue Kontakte

Mit dem Beginn des Krieges brachen Butterfields neu gewonnene Kontakte nach Deutschland ab. Die Entwicklungen und Positionen in der deutschen Geschichtswissenschaft verfolgte und rezipierte er aber weiterhin. Seine Einschätzung des Nationalsozialismus wurde „once the Phoney War had become a real one“ distanzierter und kritischer.¹⁵¹ Wie sehr Butterfield zu kämpfen hatte, diese neuen Perspektiven auf das bewunderte Deutschland, vor allem aber auf die so verehrte deutsche Geschichtswissenschaft zu verarbeiten, davon geben einerseits seine Reflexionen zu der zweiten „Conference of Allied Historians“ und andererseits die Überarbeitungen seiner Vorlesungen zur *Modern European History* beredte Auskunft.

Anfang der vierziger Jahre lernte Butterfield Exil-Historiker aus der Tschechoslowakei und Polen kennen. Vor allem mit Jan Opočensky, dem Archivar des tschechischen Exil-Außenministeriums und engen Vertrauten des tschechischen Präsidenten Edvard Beneš, verband ihn ein freundschaftliches Verhältnis¹⁵². Doch obwohl Butterfield nun mit den ersten Opfern der Hitlerschen Ostexpansion ständig verkehrte, bestärkte ihn dies nur in seiner positiven Einschätzung der „Münchener Politik“ Chamberlains, bestätigten die neuen tschechischen Freunde doch offenbar seine Theorie von der völligen Unmöglichkeit eines britischen Kriegseintritts auf Grund rüstungstechnologischen Rückstands¹⁵³. Über diese Kontakte kam auch die Idee zustande, in Cambridge Vorlesungen zur tschechischen bzw. polnischen Geschichte zu organisieren, die allerdings von einem „rein wissenschaftlichen“ Standpunkt aus gehalten werden sollten¹⁵⁴.

Vor diesem Hintergrund entwickelten dann Butterfield und Opočensky das Projekt einer „Conference of Allied Historians“, für das schließlich noch John Harold Clapham und Helen Cam gewonnen werden konnten¹⁵⁵. Von dem ersten Treffen im Jahr 1942 sind keine Unterlagen mehr erhalten, während die Konferenz des Jahres 1943 („The German Perversion of History“) gut dokumentiert ist¹⁵⁶. Opo-

¹⁵⁰ Vgl. ebenda und Keith Robbins, Britain, 1940 and „Christian Civilization“, in: Ders., History, Religion and Identity, S. 195–213.

¹⁵¹ Cowling, Herbert Butterfield, S. 599.

¹⁵² CUL-MSS, BUTT/52, Korrespondenz mit ausländischen Historikern, 1945–1949; CUL-MSS, BUTT/531-O-53-54, Korrespondenz mit Opočensky, 1952; Cam-papers, Butterfield an Cam, 2. 3. 1942; vgl. darüber hinaus CUL-MSS, BUTT/531-H-88, Butterfield an den Dean of the Faculty of Arts, University of Liverpool, 3. 5. 1955. Vgl. außerdem Jan Opočensky (Hrsg.), Edward Beneš. Essays and Reflections presented on the occasion of his Sixtieth Birthday, London 1945.

¹⁵³ Cam-papers, Butterfield an Cam, 2. 3. 1942.

¹⁵⁴ CUL-MSS, BUTT/51, Butterfield an Salter, 24. 6. 1941.

¹⁵⁵ Ebenda, Butterfield an Cam, 12. 11. 1941, und Butterfield an Clapham, 29. 5. 1942.

¹⁵⁶ Ebenda, „Conference of Allied Historians“, 1941–1943; Cam-papers, CAM I-10(ii), Papers concerning the „Second Conference of Allied Historians“, 19.–22. 3. 1943, darin auch einige Vortragsmanuskripte.

čensky selbst kritisierte in seinem Referat „Czech History and Pan-Germanism“, dass „Nazi history professors are creating a new German conception of history for Hitler and his accomplices“, um die Erinnerung an eine eigenständige tschechische Nationalgeschichte auszulöschen. Dabei griff Opočensky namentlich Friedrich Meinecke an¹⁵⁷. Der holländische Historiker Bokhorst attackierte die „German Perversion of Dutch History“. Sie sei „as old as Holland“¹⁵⁸. Als Fazit der Konferenz wurde festgestellt, dass „the Germans themselves attach some importance to these falsifications of history and that they are working methodically“¹⁵⁹.

Butterfield hatte sich also mit einem Frontalangriff auf die zeitgenössische deutsche Geschichtswissenschaft auseinanderzusetzen, die er so sehr verehrte und an deren Methodik er sich orientierte. Er hatte tatsächlich einzugestehen, dass auch in der deutschen Historiographiegeschichte das Objektivitätspostulat Rankes zugunsten einer national-chauvinistischen Interpretation missachtet worden war. Doch hätten die Großen der Zunft beharrlich diesen Tendenzen widerstanden. Als direkte Replik auf Opočensky ist Butterfields Verteidigung von Friedrich Meinecke zu lesen, der sich aufrecht gegen die in der Weimarer und in der nationalsozialistischen Zeit aufkommenden Rufe nach einer politischen Geschichtsschreibung gestemmt habe. Die von den Exilhistorikern angeführte Evidenz sei zudem nicht der ernstzunehmenden Fachhistorie zuzuordnen, sondern sei Ergebnis eines populärwissenschaftlich und chauvinistisch arbeitenden Kreises, wie er in jedem Land existiere¹⁶⁰. Einer für 1944 projektierten dritten Konferenz stimmte Butterfield nicht mehr zu – vordergründig aus Arbeitsüberlastung, doch wohl eher weil er, aus naheliegenden Gründen, „had lost his spirit for the project“¹⁶¹.

Auch Butterfields unveröffentlichtes Manuskript „Historical Geography“ – eine überarbeitete Fassung seiner Vorlesungen – zeugt von den Schwierigkeiten, die es ihm bereitete, seine Neueinschätzung des nationalsozialistischen Deutschlands mit seinen Vorstellungen von den grundlegenden Struktur determinanten der europäischen Geschichte in Einklang zu bringen. Besonders deutlich wird dies an zwei Beispielen. Zum einen charakterisierte er die frühmittelalterliche Völkerwanderung als Zeit, „in which history seems to resume its elemental character. Human beings, moving in masses behave like blind forces in nature.“ Butterfield, den solche historischen Situationen selbst immer fasziniert hatten, schrieb diese Faszination nun den Deutschen und explizit Hitler zu: „All history for them is

¹⁵⁷ Cam-papers, CAM I-10(ii), Papers concerning the „Second Conference of Allied Historians“, 19.–22. 3. 1943, Jan Opočensky, Czech History and Pan-Germanism. Opočensky bezog sich auf Friedrich Meinecke, Geschichte und Gegenwart [1933], in: Ders., Vom geschichtlichen Sinn und vom Sinn der Geschichte, Leipzig 1939, S. 7–22.

¹⁵⁸ Cam-papers, CAM I-10(ii), Papers concerning the „Second Conference of Allied Historians“, 19.–22. 3. 1943, Bokhorst, German Perversion of Dutch History.

¹⁵⁹ Ebenda, Konferenzbericht.

¹⁶⁰ Herbert Butterfield, Tendencies in Historical Study in England, in: Irish Historical Studies IV/15 (1945), S. 209–223, hier S. 217.

¹⁶¹ McIntire, Herbert Butterfield, S. 113.

this elemental kind of history, this naked play of force.¹⁶² Zum anderen sind Butterfields interpretatorische Schwierigkeiten am Beispiel seiner Bewertung der historischen Rolle der Mongolen offensichtlich. Deren Kriegstechnik sei, so Butterfield, der „blitzkrieg“ gewesen, gepaart mit unvorstellbarer Brutalität. In der Situation der 1940er Jahre nun erkannte er in den Mongolen „the only thing I know that really reminds me of the Nazis“¹⁶³. Bislang hatte er diese allerdings zum Inbegriff des barbarischen Ostens stilisiert und die Deutschen jenen positiv als Bewahrer „westlicher“ Kultur gegenübergestellt. Doch trotz des ins Auge stechenden interpretativen Schwenks rückte er von seinem Grundgedanken des die europäische Geschichte prägenden Ost-West-Gegensatzes und der bedeutenden Stellung Deutschlands als westliche Verteidigungsbastion auch fortan nicht ab. In ganz ähnliche argumentative Bedrängnis geriet er, als er den deutschen Expansionsdrang nach Osten – den er ja historisch als durchaus gerechtfertigt anerkannte – neu zu deuten suchte¹⁶⁴.

Mit dieser Negativfärbung der Butterfieldschen Sicht auf den Nationalsozialismus, die er jedoch von seinem an sich positiven Deutschlandbild zu trennen wusste, ging im Politischen ein wachsendes Vertrauen zu Churchill einher und im Historiographischen die Erkenntnis, wie stark er, Butterfield selbst, in der englischen Tradition verwurzelt war¹⁶⁵. Im Laufe der vierziger Jahre entwickelte er aus diesem Spannungsfeld heraus eine historische Bewertung des Nationalsozialismus, die er auch in der Folgezeit vertreten sollte.

V. Die Zeitdiagnose des „christian historian“: Totalitarismustheoretische Überlegungen und deutschlandpolitische Positionierung in der Nachkriegszeit

Butterfields Publikationstätigkeit erreichte in den späten vierziger und in den fünfziger Jahren ihren Höhepunkt. 1949 trat er gleich mit drei seiner wichtigsten Werke an die Öffentlichkeit: *Christianity and History*, *The Origins of Modern Science* und *George III, Lord North and the People*. Mit den Schriften dieser Jahre etablierte er sich als Vertreter einer christlichen Geschichtsschreibung. Lange war es geradezu ein Gemeinplatz der Butterfield-Forschung, von einem völligen Wandel des einst ausschließliche Objektivität predigenden Historikers hin zu dem – von ihm vormals verdammt – „Whig historian“ auszugehen¹⁶⁶. Dass diese Auffassung so nicht haltbar ist, zeigt allein schon eine genauere Analyse seines Denkens wäh-

¹⁶² CUL-MSS, BUTT/340, Manuskript „Historical geography“, ca. Ende 1930er/1940er Jahre, S. 15 f.

¹⁶³ Ebenda, S. 70, Randbemerkung in Butterfields Handschrift. Zur Mongoleninterpretation vgl. ebenda, S. 70–75.

¹⁶⁴ Vgl. ebenda, S. 88–93.

¹⁶⁵ Vgl. Butterfield, *Englishman*, S. V f.; McIntire, *Herbert Butterfield*, S. 116.

¹⁶⁶ Vgl. Edward H. Carr, *Was ist Geschichte?*, Stuttgart u. a. ³1972, S. 35 f.; CUL-MSS, BUTT/531-C-10-13, Korrespondenz mit Carr, 1960–1963; Mehta, *Fly and the Fly Bottle*, S. 202–205; CUL-MSS, BUTT/79, *Butterfield an Ved Mehta*, 17. 1. 1963; John Kenyon, *The History Men. The Historical Profession in England since the Renaissance*, London 1983, S. 273; Cowling,

rend der zwanziger und dreißiger Jahre. Sicherlich fand eine Intensivierung der christlichen Interpretamente statt, doch waren diese bereits im Denken des jungen Butterfield grundgelegt, so dass man nur von graduellen Verschiebungen ausgehen kann, die aber umso mehr Signifikanz erhalten, als sie stark pointiert präsentiert wurden. Nach dem Zweiten Weltkrieg trat Herbert Butterfield als institutionell etablierter Historiker mit diesen Thesen an die breite Öffentlichkeit, so dass der von der Forschung konstatierte „Wandel“ eben auch der öffentlichen Wahrnehmung folgt und eher der Beginn der ernsthaften Rezeption von Butterfields Theoriebildung der zwanziger und dreißiger Jahre ist. Ermöglicht wurde diese von dem „religious revival“ bzw. der „religious restoration“ der fünfziger Jahre¹⁶⁷. Es kommt nicht von ungefähr, dass *The Whig Interpretation of History* 1951 neu aufgelegt wurde. Über die Gründe für Butterfields Etablierung als christian historian“ wurde viel spekuliert. Reba N. Soffer sieht den „shock of Dunkirk“ als den entscheidenden Moment der Konversion¹⁶⁸. Auch Alberto Coll interpretiert den Zweiten Weltkrieg als den Wendepunkt, an dem Butterfield die spirituelle und moralische Krise des 20. Jahrhunderts bewusst geworden sei¹⁶⁹. Kenneth Thompson erklärt Butterfields „turn to philosophical questions“ mit der Herausforderung des Kalten Krieges¹⁷⁰. Die neu gefundene nationale Einheit in den Monaten nach Dünkirchen habe Butterfield, so argumentiert Cowling 1980, zu einer Verbindung von Geschichtswissenschaft und Theologie geführt. Ein Jahr früher machte er jedoch noch Butterfields Auseinandersetzung mit seinen eigenen Sympathien gegenüber dem Nationalsozialismus nach dem Ende des „Phoney war“ für die christliche Wendung Butterfields verantwortlich¹⁷¹.

Nach 1945 suchte der Cambridger Historiker die europäische Katastrophe aus christlicher und historischer Perspektive zu erklären – und entwickelte dabei nicht nur eine eigenwillige Interpretation der Katastrophen des 20. Jahrhunderts, sondern überdies eine christlich-konservative Geschichtsphilosophie. Diese nahm ihren Ausgangspunkt in der Annahme Butterfields, eine Zeit des völligen Zusammenbruchs mitzuerleben, vergleichbar dem Ende des Römischen Weltreiches. Dies, so sein zunächst erstaunlich anmutendes Urteil, sei aber kein Grund zum Verzagen, vielmehr seien die derzeitigen „Dark Ages“ „a matter of hope as well as gloom, if they may lead to a better start“; es biete sich die Chance, die Fehler zu überdenken, „to learn something more profound concerning human destiny, and to see with a clearer eye the ways of Providence“. Gott selbst sei der Urheber der über die Menschheit hereingebrochenen Katastrophe, er bestrafe die Selbstgerechtigkeit des Menschen, der nicht mehr auf Gott, sondern auf die Macht der

Religion, S. 228 ff.; Geoffrey Elton, Herbert Butterfield and the Study of History, in: *The Historical Journal* 27 (1984), S. 729–743, hier S. 734.

¹⁶⁷ Vgl. Hastings, *A History of English Christianity*, S. 444.

¹⁶⁸ Reba N. Soffer, *The Conservative Historical Imagination in the Twentieth Century*, in: *Albion* 27 (1995), S. 9.

¹⁶⁹ Vgl. Coll, *The Wisdom of Statecraft*, S. 13.

¹⁷⁰ Kenneth W. Thompson, *Masters of International Thought. Major Twentieth Century Theorists and the World Crisis*, Louisiana State University 1980, S. 8.

¹⁷¹ Vgl. Cowling, *Religion*, S. 226 f.; ders., *Herbert Butterfield*, S. 599.

Technik vertraue und in purem Materialismus versinke. So handle der Mensch arrogant gegenüber Gott, wenn er sich dessen Eingreifen in den Lauf der Geschichte widersetze – beispielsweise in dem Versuch, das eigene politische System als unvergänglich zu postulieren. Eine ethische Kategorisierung von Herrschaftsformen findet man bei Butterfield nicht. Wie sein Zeitgenosse George Kennan erkannte auch er die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ im Ersten Weltkrieg, jener Brutstätte des modernen „barbarism“¹⁷².

Diese Gedanken kulminierten 1948/49 in einer großen Zeitdiagnose: *Christianity and History* wurde zu einem der meist gelesenen Bücher Butterfields¹⁷³. Die zeitgenössische Krise der Menschheit erklärte sich der Historiker als logische Sackgasse, in die ein zu optimistisches Geschichts- und Menschenbild habe führen müssen¹⁷⁴. Die auffälligste Konstante in Butterfields Geschichtsphilosophie der späten vierziger und fünfziger Jahre ist die Betonung der Sündhaftigkeit des Menschen und des Bösen in der menschlichen Natur. Dies hatte eminente Auswirkungen sowohl auf seine historische Interpretation des „human drama“, als auch auf sein politisches Denken. Denn um die Frage, wie die „human wickedness“ in Schranken gehalten werden könne, kreisten Butterfields ordnungspolitische Überlegungen¹⁷⁵. Auf diesen Axiomen baute er auch sein Konzept der internationalen Beziehungen auf. Ein von der Sündhaftigkeit des Menschen ausgehendes und die „providential order“ respektierendes internationales System habe man im 18. Jahrhundert in der Doktrin der „balance of power“ gefunden; und in den Friedensverhandlungen von Versailles 1919 hätte man gut daran getan, sich an diese Tradition zu erinnern¹⁷⁶. Die Französische Revolution habe das austarierte System des 18. Jahrhunderts zerstört, die Folge seien „the modern wars of peoples, [...] the age of self-righteous nationalism“ gewesen¹⁷⁷. Butterfield verwies damit auf die Kategorie, die er für die größte Sünde des Menschen hielt: die „self-righteousness“ – die Gott verleugnende Selbstgerechtigkeit –, die ihre schlimmste Ausformung im „mythical messianism“ des 20. Jahrhunderts gefunden habe¹⁷⁸. Auch Staaten – gelenkt von Politikern mit allen menschlichen Schwächen und Fehlern – könnten sich von dieser Gefahr der Selbstgerechtigkeit nicht freimachen. So sei beispielsweise die Missachtung der Macht und Gefahr Russlands unter der Voraussetzung einer Dämonisierung Deutschlands im 20. Jahrhundert mit der schließlichen Konsequenz einer russischen halbhegemonialen Stellung in Europa genau in der britischen „self-righteousness“ begründet¹⁷⁹. Deshalb bestrafe Gott in der Gegenwart – so Butterfield –

¹⁷² Vgl. Herbert Butterfield, *Reflections on the Predicament of our Time*, in: *The Cambridge Journal* 1/1 (October 1947), S. 5–13, Zitate S. 6 u. S. 8.

¹⁷³ *Christianity and History* basiert auf Vorlesungen, die Butterfield auf Wunsch der Divinity Faculty im Michaelmas Term 1948 an der Universität Cambridge gegeben hatte. Auf deren großen Erfolg hin sendete die BBC im Frühjahr 1949 diese in umstrukturierter Form als Radio-Vorlesungen. Vgl. Butterfield, *Christianity and History*, S. VII.

¹⁷⁴ Vgl. ebenda, S. 4.

¹⁷⁵ Ebenda, S. 47.

¹⁷⁶ Vgl. ebenda, S. 100 f.

¹⁷⁷ Ebenda, S. 139.

¹⁷⁸ Ebenda, S. 40 f.

nicht allein die Totalitarismen, sondern „the whole of our existing order and the very fabric of our civilisation“; d. h., er bestrafe auch die moderne liberale Demokratie, die einem viel zu positiven Bild der menschlichen Natur gehuldigt habe¹⁸⁰.

Der Nationalsozialismus erschien in Butterfields Denken als eine Form des modernen politischen Messianismus; eine andere Form dieses Messianismus dagegen erkannte er im westalliierten „Wahn“ des Ersten Weltkriegs „of making the world safe for democracy“ und dem des Zweiten Weltkriegs, als „they [...] dreamed that the world was being cleansed for ever from the evil thing“. Die vor diesem Hintergrund und aus ideologischem Antrieb welcher Art auch immer geführten Kriege bezeichnete Butterfield als „wars of righteousness“¹⁸¹. Zu betonen ist, dass Butterfield diesen „messianism“ als ein grundlegendes Muster der Geschichte zu erkennen glaubte, welches bereits in den Texten des Alten Testaments deutlich werde¹⁸². Damit unterschied er sich in diesem Punkt grundlegend von der Totalitarismusinterpretation Jacob Talmons, der die „Ursprünge des politischen Messianismus“ allein im 18. Jahrhundert aufspürte¹⁸³.

Es ist offensichtlich, wie sich die Butterfieldsche Nationalsozialismusinterpretation der Nachkriegszeit in den Zusammenhang seiner Gesamtschau der Geschichte des 20. Jahrhunderts fügt. Der Abfall von Gott und damit auch vom christlichen Menschenbild habe seine Spitze im rein technischen und biologistischen Menschenbild Hitlers erfahren, das den einzelnen nicht mehr wertgeschätzt, sondern nur noch Material in ihm gesehen habe¹⁸⁴. Das Leiden der Deutschen, verursacht durch Krieg und Zerstörung, fand in Butterfields Diagnose einen theologisch ehrenwerten Platz: Eine gedemütigte Nation trage ihre Sünden als Teil der universalen menschlichen Sündhaftigkeit¹⁸⁵. Dabei liegt es nahe zu vermuten, dass Butterfield mit der in *Christianity and History* eingeführten alttestamentarischen Kategorie des „Suffering Servant“ keineswegs allein das Volk Israel identifizierte. Jeder menschliche Konflikt sei tragisch, es würden nicht allein die bestraft, die schuldig seien, sondern auch die vollkommen Unschuldigen. Diese trügen ihr Leid stellvertretend für die ganze Menschheit und das sei ihre eigentliche Sendung¹⁸⁶.

Es verwundert kaum, dass Butterfield ein eminenter Gegner der Kollektivschuldthese war¹⁸⁷. Schon 1949 echauffierte sich der Cambridger Historiker über die „Re-education“-Politik, die von einer unglaublichen Selbstgerechtigkeit auf

¹⁷⁹ Ebenda, S. 46 f.

¹⁸⁰ Vgl. ebenda, S. 57 f., Zitat S. 52.

¹⁸¹ Vgl. ebenda, S. 139.

¹⁸² Vgl. ebenda, S. 80–82.

¹⁸³ Vgl. Jacob Talmon, *Die Ursprünge der totalitären Demokratie*, I. Teil: Die Ursprünge des politischen Messianismus im 18. Jahrhundert, Opladen 1961.

¹⁸⁴ Vgl. z. B. Butterfield, *Christianity and History*, S. 6 u. S. 28; diese These bereits 1943 in: Herbert Butterfield, *The History Teacher and Over-Specialisation*, in: *Cambridge Review*, 27. 11. 1943, S. 103 ff., hier S. 103; außerdem in Butterfield, *Englishman*, S. 129.

¹⁸⁵ Vgl. Butterfield, *Christianity and History* S. 63 f.

¹⁸⁶ Vgl. ebenda, S. 80–87; dazu auch CUL-MSS, BUTT/85, Jerusalem Lecture II.

¹⁸⁷ CUL-MSS, BUTT/122-6, Butterfield an Isaiah Berlin, 21. 9. 1953.

Seiten der Siegermächte zeuge. „[E]specially in history in which I have always held that it is important for all of us to have Germany's own reflections on the totality of her experience in our time“, sei dies eine bloße Anmaßung. Deshalb habe er auch das Angebot einer Professur an einer deutschen Universität abgelehnt. „I am working hard at the re-education of Englishmen, and I do not believe that we have any right to re-educate Germany at all.“¹⁸⁸ Gerade auf die Angriffe gegen die deutsche Geschichtswissenschaft reagierte Butterfield verständnislos. Die „aberrations“ der deutschen Historiker seien nicht größer oder gewichtiger als die ihrer französischen oder englischen Kollegen¹⁸⁹. Außerdem sei es nicht einzusehen, warum nicht auch „Nazi, Fascist, Communist and Jesuist interpretations of history should [...] become as refined as what we regard as the normal kind of history here“¹⁹⁰. Vielmehr stehe es Großbritannien besser an, über die eigene Schuld an der europäischen Katastrophe zu reflektieren¹⁹¹.

Butterfields Bewunderung für Hitler war auch nach 1945 noch nicht völlig verschwunden¹⁹². Mit Hitler als historischer Persönlichkeit habe der Historiker rein wissenschaftlich umzugehen, habe „imaginative sympathy“ walten zu lassen und ihn zu behandeln wie jeden anderen „criminal“ der Geschichte¹⁹³. Mit „selbstlosem“ allein am Ergebnis orientiertem Verhalten entschuldigte Butterfield ganz allgemein Verfolgungen, Morde und Grausamkeiten aus politischen Gründen¹⁹⁴. Darüber hinaus erkannte er im nationalsozialistischen Terror keinen spezifischen Zug, vielmehr liege dieser einer jeden revolutionären Situation zugrunde¹⁹⁵. Moderne Verfolgungsmethoden unterschieden sich von den althergebrachten nur graduell in der Technik, die nun zur Verfügung stehe¹⁹⁶.

Die Interpretation der Revolution als Grundübel des 19. und 20. Jahrhunderts führte Butterfield zu totalitarismustheoretischen Überlegungen: „Communism and Fascism are not authentic antitheses but are twin forms of the same revolutionary and totalitarian menace.“¹⁹⁷ Allerdings ging er noch einen Schritt weiter. Adam Watson vertraute er an, dass er denke, „that communism incorporates the anti-Christ of our time, and also I think that communism is the prior evil that provoked Nazism and Fascism“¹⁹⁸ – eine These, die später unter Ernst Noltes Namen einige Berühmtheit erlangen sollte¹⁹⁹. In diese Interpretation mischte sich

¹⁸⁸ CUL-MSS, BUTT/55, Butterfield an Dockhorn, 22. 2. 1949.

¹⁸⁹ CUL-MSS, BUTT/122-4, Notizen, ca. Mitte der vierziger bis fünfziger Jahre.

¹⁹⁰ CUL-MSS, BUTT/122-4, Notizbuch.

¹⁹¹ Vgl. Butterfield, *Christianity and History*, S. 80; CUL-MSS, BUTT/479, Manuskript „The Conflict between Right and Wrong in History“, S. 15 f.

¹⁹² Vgl. z. B. Butterfield, *Christianity and History*, S. 44.

¹⁹³ CUL-MSS, BUTT/122-4, Notizen, ca. Mitte der vierziger bis fünfziger Jahre.

¹⁹⁴ CUL-MSS, BUTT/122-6, Butterfield an Isaiah Berlin, 21. 9. 1953.

¹⁹⁵ CUL-MSS, BUTT/531-W-23, Butterfield an Watson, 2. 5. 1949; vgl. z. B. auch Butterfield, *Christianity in European History*, London 1952, S. 59.

¹⁹⁶ Vgl. ebenda

¹⁹⁷ Butterfield, *History and Human Relations*, S. 216.

¹⁹⁸ CUL-MSS, BUTT/531-W-23, Butterfield an Watson, 25. 8. 1953.

Butterfields anhaltende Furcht vor dem „Osten“. Die in der Sowjetunion begangenen Verbrechen seien weniger typisch für den Kommunismus an sich, sondern „connected with Russia and had its analogies in Russian history, as well as having some explanation in the state of civilisation there“²⁰⁰. Gerade deshalb sei ihm die derzeitige Politik gegenüber Deutschland und auch gegenüber der deutschen Geschichtswissenschaft völlig unverständlich, „tending to raise up Eastern Europe – and evidently taking as its framework a ‚European civilisation‘ while decrying all that German policy and historiography which had as its framework a ‚Western Civilisation‘ that still required to be buttressed somewhat against the East“²⁰¹.

Butterfields christliche Totalitarismustheorie fußte also erstens auf der Überzeugung, dass die Totalitarismen des 20. Jahrhunderts Spitze und Kulminationspunkt des in der Renaissance einsetzenden Säkularisierungsprozesses seien, dass zweitens der westliche Liberalismus ebenfalls dieser Wurzel entspringe, dass drittens die Französische Revolution als „model case“²⁰² der modernen totalitären Diktatur zu gelten habe und dass viertens jegliche totalitäre Regierungsform aus einer Revolution geboren werde. Diese Interpretation verband den britischen Historiker mit anderen, im Einzelnen sicherlich unterschiedlich und zum Teil stärker reflektierten christlichen Totalitarismustheoretikern wie etwa Waldemar Gurian²⁰³, Christopher Dawson²⁰⁴, Eric Voegelin²⁰⁵, Jacques Maritain²⁰⁶, Frederick A. Voigt²⁰⁷ und Jacob Talmon²⁰⁸, doch die argumentativen Grundmuster weisen große Ähnlichkeiten auf. Mit Talmon tauschte sich Butterfield auch persönlich aus – „a valued friend of mine“²⁰⁹ – und stellte „the impressive importance“ der Talmonschen totalitarismustheoretischen Überlegungen heraus²¹⁰.

¹⁹⁹ Nolte scheint aber Butterfield nicht rezipiert zu haben, zumindest wird keines von dessen Werken in Noltens Publikationen erwähnt. In seinen Vorlesungen an der Queen's University Kingston, Ontario, führte Butterfield 1952 seine Theorie näher aus. Vgl. Herbert Butterfield, *Liberty in the Modern World*, Toronto 1952, S. 50.

²⁰⁰ CUL-MSS, BUTT/531-W-23, Butterfield an Watson, 25. 8. 1953; vgl. auch Butterfield, *Christianity in European History*, S. 46.

²⁰¹ Ebenda.

²⁰² Butterfield, *Christianity and History*, S. 139.

²⁰³ Vgl. Heinz Hürten, Waldemar Gurian und die Entfaltung des Totalitarismusbegriffs, in: Hans Maier (Hrsg.), „Totalitarismus“ und „Politische Religionen“. Konzepte des Diktaturvergleichs, Paderborn u. a. 1996, S. 59–70; Heinz Hürten, Modernitätskritik und Totalitarismustheorie im Frühwerk von Waldemar Gurian, in: Alfons Söllner u. a. (Hrsg.), *Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhundert*, Berlin 1997, S. 25–34.

²⁰⁴ Vgl. Adam Schwartz, *Confronting the „Totalitarian Antichrist“*. Christopher Dawson and Totalitarianism, in: *Catholic Historical Review* 89 (2003), S. 464–488.

²⁰⁵ Vgl. Dietmar Herz, *Der Begriff der „politischen Religionen“ im Denken Eric Voegelins*, in: Maier, „Totalitarismus“ und „Politische Religionen“, S. 191–209.

²⁰⁶ Vgl. ebenda, S. 107–200; Waldemar Gurian, *On Maritain's Political Thought*, in: *Thomist* 5 (1943), S. 7–22.

²⁰⁷ Vgl. Markus Huttner, *Totalitarismus und säkulare Religionen. Zur Frühgeschichte totalitarismuskritischer Begriffs- und Theoriebildung in Großbritannien*, Bonn 1999, S. 99–142.

²⁰⁸ Vgl. Klaus Hornung, *Politischer Messianismus. Jacob Talmon und die Genesis der totalitären Diktaturen*, in: *Zeitschrift für Politik* 47/2 (2000), S. 131–172.

Der Werdegang Herbert Butterfields als christlicher Historiker stand in unauflöslicher Verbindung mit seinem Hervortreten als politischer Historiker. Das Objektivitätspostulat, das er als „scientific historian“ zu erfüllen glaubte und das ihn auch zu berechtigten schien, öffentlich zu politischen Themen Stellung zu beziehen, war nicht allein durch seine Berufung auf das Christentum von vornherein unterminiert, sondern ebenso durch seine politischen Überzeugungen. Herbert Butterfield trat seit der Mitte der vierziger Jahre unter dem Deckmäntelchen christlicher Ethik als Apologet des Nationalsozialismus auf²¹¹. Zwar verurteilte er das nationalsozialistische Menschenbild und erklärte Hitler und sein Regime für kriminell, doch indem er es zum einen als weiteres Beispiel einer bereits bekannten Form eines autoritären Regimes identifizierte, zum anderen als bloße Reaktion auf den Kommunismus interpretierte, außerdem die Ermordung von Millionen von Menschen aus rassistischen und politischen Gründen durch den Hinweis auf die allen revolutionären Situationen inhärente Verfolgungssituation relativierte und darüber hinaus im Nationalsozialismus ein Element eines großen göttlichen Strafgerichts erkannte, übertönte er seine kritischen und distanzierenden Anmerkungen; seine Interpretation wurde weder der nationalsozialistischen Ideologie, noch der nationalsozialistischen Herrschaft gerecht.

Insbesondere sticht ein Grundmuster der Butterfieldschen Totalitarismusinterpretation ins Auge, das den Cambridger Historiker wiederum als Vertreter einer theologisch-antiliberalen, rechten europäischen Bewegung erscheinen lässt. Hatte diese in den zwanziger, dreißiger und frühen vierziger Jahren das Heil einer von Säkularisierung und Modernisierung geprägten Welt in den Faschismen gefunden, so wurden diese in der Nachkriegszeit nun unter Einbindung des Bolschewismus als Totalitarismen ausgemacht und als schlimmste Ausgeburt der Säkularisierung interpretiert²¹². Genau dieser argumentative Umschlag liegt auch dem Butterfieldschen „Wandel“ der vierziger Jahre zugrunde²¹³. Erst der Abschied von extrem rechtem Gedankengut öffnete Butterfield das Tor zum Konservatismus der Nachkriegszeit und machte ihn – wie bereits Martin Wight und diesen zitierend jüngst Ian Hall bemerkte – zum „most restrained, gentle and unpessimistic of Burkeans“²¹⁴ oder – in weniger freundlicher Diktion nach Reba Soffer – zu einem „self-conscious and polemical conservative“²¹⁵.

²⁰⁹ CUL-MSS, BUTT/531-T-4, Butterfield an General Dori, Rothschild Prize Organisation in Israel, 20. 11. 1961.

²¹⁰ CUL-MSS, BUTT/531-T-6, Herbert Butterfield, Gutachten zu J. Talmon, „Political Messianism“, für die Rothschild Prize Organisation in Israel, 1961.

²¹¹ Auch Hall, *History, Christianity and diplomacy*, S. 724 f., erkennt in Butterfields Schriften der Nachkriegsjahre den christlichen „apologist“.

²¹² Vgl. Greschat, „Rechristianisierung“ und „Säkularisierung“, in: Kaiser/Doering-Manteuffel (Hrsg.), *Christentum und politische Verantwortung*; Kurt Nowak, *Zur protestantischen Säkularismus-Debatte um 1930. Ein begriffsgeschichtlicher Rückblick in die Prägephase einer Verdammungskategorie*, in: *Wissenschaft und Praxis in Kirche und Gesellschaft* 69 (1980), S. 37–51, hier S. 50.

²¹³ Ebenso beobachtbar bei Christopher Dawson, vgl. Schwartz, *Confronting the „Totalitarian Antichrist“*.

VI. „The bond of religion“: Herbert Butterfield und die deutschen Historiker in den 1950er Jahren

Christianity and History war 1948/49 ein universitäres und mediales Großereignis. Butterfields Thesen trafen den Nerv der Zeit. Betrachtet man deren Rezeption jedoch genauer, so ergibt sich ein differenzierteres Bild. In der britischen, teilweise auch amerikanischen und kanadischen Öffentlichkeit wurde vor allem der christliche Prophet gehört, der politische Historiker wurde dagegen kaum wahrgenommen²¹⁶. Die Reaktionen auf *History and Human Relations* zeigen ein ähnliches Bild. Zu beobachten ist nun allerdings, dass sich die wissenschaftliche Welt zunehmend kritisch äußerte²¹⁷. Alan J. P. Taylor deutete auf die Gefahren des moralischen Relativismus, den Butterfield sowohl methodisch als auch politisch predigen würde, und prangerte – wenig überraschend – zudem dessen pro-deutsche Haltung an²¹⁸. Martin Wight machte auf den unlösbaren Konflikt zwischen Butterfields „technical history“ und einem dezidiert christlichen historiographischen Ansatz aufmerksam²¹⁹. Massive Kritik erhob sich nach der Veröffentlichung von *Christianity, Diplomacy and War*²²⁰. Es war Butterfields Eintreten für ein von allen moralischen Standpunkten freies, rein realistisch orientiertes System der internationalen Beziehungen, das in Verbindung mit seinen offen geäußerten nationalsozialistischen Sympathien vehementen Widerspruch hervorrief. Stuart Hampshire stellte in *The New Statesman and Nation* fest, dass „Professor Butterfield fails to notice that our enemy in the last war really was absolutely evil; this may be contrary to the theory, but it seems undeniable“²²¹; A. J. P. Taylor

²¹⁴ Martin Wight, Rezension zu Herbert Butterfield, *Liberty in the Modern World*, Toronto 1952, in: *International Affairs* 29 (1953), S. 475; vgl. Hall, *History, Christianity and Diplomacy*, S. 736.

²¹⁵ Soffer, *The Conservative Historical Imagination*, S. 7; vgl. auch Reba N. Soffer, *British Conservative Historiography and the Second World War*, in: Stuchtey/Wende, *British and German Historiography*, S. 373–400.

²¹⁶ CUL-MSS, BUTT/430, mit einer Vielzahl von Rezensionen aus Zeitungen und Zeitschriften.

²¹⁷ Vgl. Carl F. Hovde, Rezension zu Herbert Butterfield, *History and Human Relations*, 1951, in: *Nation* (New York), Nr. 174, 7. 6. 1952, S. 561; Gerald W. Johnson, Rezension zu Herbert Butterfield, *History and Human Relations*, in: *New Republic*, Nr. 126, 24. 3. 1952, S. 20 f.; CUL-MSS, BUTT/133, G.M. Trevelyan an Butterfield, 29. 7. 1951; Michael Oakshott, Rezension zu Herbert Butterfield, *History and Human Relations*, in: *Time and Tide*, 1. 9. 1951, S. 829 f.; Rezension zu Herbert Butterfield, *History and Human Relations*, in: *The Economist*, 1. 9. 1951, S. 503.

²¹⁸ Vgl. A. J. P. Taylor, Rezension zu Herbert Butterfield, *History and Human Relations*, in: *The New Statesman and Nation* XLII/1081, 24. 11. 1951, S. 594 ff.

²¹⁹ Vgl. Martin Wight, *History and Judgement. Butterfield, Niebuhr & the Technical Historian*, in: *The Frontier* 1/8 (1950), S. 301–314; London School of Economics, Archives Division, Wight-Papers, 2/33, Butterfield an Wight, 14. 8. 1950, und Wight an Butterfield, 2. 9. 1950.

²²⁰ Vgl. Herbert Butterfield, *Christianity, Diplomacy and War*, New York/Nashville 1953.

²²¹ Stuart Hampshire, Rezension zu Herbert Butterfield, *Christianity, Diplomacy and War*, in: *The New Statesman and Nation* XLV/1172 (22. 8. 1953), S. 211 f.

sah einen „Christian Cynic“ am Werk²²², und Charles Webster konnte seine Verwunderung über Butterfields Hitler- und Nationalsozialismus-Interpretation nicht verbergen: „Professor Butterfield seems to have a very curious conception of Hitler.“²²³ Seine versiertesten Kritiker fand Butterfield in Isaiah Berlin und in Edward H. Carr. Berlin ordnete dessen Geschichtsphilosophie in den Gesamtzusammenhang der philosophischen Tendenzen der Nachkriegszeit ein und setzte sich mit dessen moralischem Relativismus auseinander²²⁴, Carr analysierte die Theorien des Historikers in einer Gesamtschau der Geschichtstheorie²²⁵.

In der britischen Fachwelt war Butterfield zunehmend isoliert²²⁶. Ein gänzlich anderes Bild zeigt sich, wenn man seine Rezeption in der deutschen Geschichtswissenschaft betrachtet: Nach dem Ende des Krieges wurde Butterfield von den deutschen Historikern umworben²²⁷. Er korrespondierte und tauschte Veröffentlichungen aus mit Gerhard Ritter, Karl Dietrich Erdmann, Percy Ernst Schramm, Peter Rassow, Hans Rothfels, Ulrich Noack, Kurt Kluxen, Lothar Hilbert, Georg Schnath, Stephan Skalweit, Herbert Grundmann und Theodor Schieder²²⁸. Seine Kontakte zu den Anglisten, die er 1938 oder vorher kennen gelernt hatte – Wolfgang Schmidt-Hidding, Klaus Dockhorn, Hans Galinsky und Hermann Heuer –, pflegte er weiter²²⁹. Nach mehreren Anfragen entschloss er sich 1951 schließlich zu seinem ersten Nachkriegsbesuch in Deutschland, der ihn an die Universitäten Mün-

²²² Vgl. A. J. P. Taylor, A Christian Cynic, in: Manchester Guardian, 21. 7. 1953, S. 4.

²²³ Charles Webster, Rezension zu Christianity, Diplomacy and War, in: Spectator, Nr. 19, 21. 8. 1953, S. 204.

²²⁴ Vgl. Isaiah Berlin, Historical Inevitability, London 1954, S. 77 f.; CUL-MSS, BUTT/531-B-80-84, Briefwechsel zwischen Isaiah Berlin und Herbert Butterfield, 1953-54; CUL-MSS, BUTT/122-6, Briefwechsel zwischen Isaiah Berlin und Herbert Butterfield, September 1953.

²²⁵ Vgl. Carr, What is History, S. 71 ff.; ders., Die neue Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1968, S. 9–28 (Original: The New Society, London 1951).

²²⁶ Zu Butterfields Auseinandersetzung mit Lewis Namier, vgl. McIntire, Herbert Butterfield, S. 278–291.

²²⁷ Zur deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 vgl. u. a. Ernst Schulin, Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. 1945–1965, München 1989; Winfried Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989; Hartmut Lehmann/James van Horn Melton (Hrsg.), Paths of Continuity. Central European Historiography from the 1930s to the 1950s, Cambridge 1994; Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945, Göttingen 2002; Heinz Duchhardt/Gerhard May (Hrsg.), Geschichtswissenschaft um 1950, Mainz 2002.

²²⁸ CUL-MSS, BUTT/14, German visits, 1951 und 1956; CUL-MSS, BUTT/17, German visits, 1964 und 1965; CUL-MSS, BUTT/45, Honorary doctor, University of Bonn, 1968; CUL-MSS, BUTT/52, Foreign Historians, 1945–1949; CUL-MSS, BUTT/53, Foreign Historians, 1950–59; CUL-MSS, BUTT/54, Foreign Historians, 1960–1969; CUL-MSS, BUTT/57, Geyl, Schramm, Ritter; CUL-MSS, BUTT/63, Translators; CUL-MSS, BUTT/217, Hegel, Niebuhr, Lappenberg, Ranke, Burckhardt; CUL-MSS, BUTT/316, Ritter; CUL-MSS, BUTT/317, Ritter; CUL-MSS, BUTT/531-R-14-26, Briefwechsel zwischen Butterfield und Gerhard Ritter, 1950–1955; CUL-MSS, BUTT/531-S-28-29, Percy Ernst bzw. Ehrengard Schramm an Butterfield, 1970–1971; Herbert Grundmann, Reise nach England, in: Das Auditorium 1/7–8 (1947), S. 13–19; Staatsarchiv Hamburg, Nachlass Familie Schramm L230, Bd. 2.

²²⁹ CUL-MSS, BUTT/52, Foreign Historians, 1945-49; CUL-MSS, BUTT/53, Foreign Historians, 1950–59; CUL-MSS, BUTT/55, Dockhorn; CUL-MSS, BUTT/56, Galinski.

ster, Göttingen, Köln und wahrscheinlich an die Freie Universität Berlin führte. In der Folge besuchte er nochmals 1956, 1964, 1965 und 1968 die Bundesrepublik²³⁰.

Mit Karl Dietrich Erdmann verband ihn ein freundschaftliches Verhältnis. Die beiden hatten sich 1948 in Cambridge kennen gelernt, als Erdmann ihn um ein Gespräch über die neuesten Entwicklungen in der britischen Geschichtswissenschaft gebeten hatte²³¹. Dass Butterfields Werke ins Deutsche übersetzt wurden, ist zum großen Teil Erdmanns Verdienst, der zusammen mit seiner Frau die Übersetzung von *The Englishman and his History* und *Christianity and History* besorgte²³² und in der von ihm herausgegebenen *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* Butterfields Aufsatz *Die Gefahren der Geschichte* – ein Plädoyer für eine unparteiische Geschichtsschreibung – veröffentlichte²³³. Gerhard Ritter, der „alle [seine] Kraft daransetzen“ wollte, um zu „einem gegenseitigen Verstehen deutscher und englischer Historiker beizutragen“, glaubte in Butterfield sein englisches Gegenüber gefunden zu haben²³⁴. „Ich bin vorsichtig und sehr zurückhaltend geworden und habe meine Hoffnung, drüben Verständnis für meine Gedanken (und für die deutsche Historie überhaupt) zu finden, stark herabgestimmt“, bekannte er Butterfield²³⁵. Dieser meinte, sich für seine Landsleute bei Ritter entschuldigen zu müssen: „I am afraid that some prejudiced people seem to hold key positions, and I am afraid that these particular people merely regard me as wilfully prejudiced the other way.“²³⁶ Einige Jahre später, 1957, bekräftigte Butterfield gegenüber Ritter, dass er zu den englischen Historikern gehöre, „for whom you are a revered teacher – we look up to you as a great master of German historiography. Also, I am one of those Englishmen who have never ceased to be lovers of Germany.“²³⁷

1950 hatte Butterfield auf Ritters Bitte hin seine Beziehungen spielen lassen, um zu verhindern, dass Geoffrey Barraclough einen gegenüber Ritter kritischen

²³⁰ CUL-MSS, BUTT/14, German visits, 1951 und 1956; CUL-MSS, BUTT/17, German visits, 1964 und 1965; CUL-MSS, BUTT/45, Honorary doctor, University of Bonn, 1968.

²³¹ CUL-MSS, BUTT/52, Briefwechsel zwischen Butterfield und Erdmann, Oktober 1948; zu Erdmann vgl. Eberhard Jäckel, Karl Dietrich Erdmann 1910–1990, in: Hartmut Boockmann/Kurt Jürgensen (Hrsg.), Nachdenken über Geschichte. Beiträge aus der Ökumene der Historiker. In memoriam Karl Dietrich Erdmann, Neumünster 1991, S. 15–23; Martin Kröger/Roland Thimme, Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann. Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik Deutschland, München 1996; vgl. die Kontroverse um die Thesen von Martin Kröger und Roland Thimme, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 48 (1997), S. 220–240, S. 462–478 u. S. 744–747.

²³² Vgl. Herbert Butterfield, *Christentum und Geschichte*, Stuttgart 1952, Vorwort zur deutschen Ausgabe, S. 8.

²³³ Vgl. Herbert Butterfield, *Die Gefahren der Geschichte*, in: *GWU* 1 (1950), S. 525–539; CUL-MSS, BUTT/63, Erdmann an Butterfield, 8. 5. 1949, Butterfield an Erdmann, 10. 6. 1949, Erdmann an Butterfield, 24. 3. 1950, Erdmann an Butterfield, 13. 8. 1950, Butterfield an Erdmann, 4. 9. 1950, und Erdmann an Butterfield, 8. 1. 1951.

²³⁴ CUL-MSS, BUTT/531-R-16, Ritter an Butterfield, 24. 10. 1950. Zu Gerhard Ritter vgl. vor allem Christoph Cornelißen, *Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 2001.

²³⁵ CUL-MSS, BUTT/531-R-14, Ritter an Butterfield, 1. 10. 1950.

²³⁶ CUL-MSS, BUTT/531-R-15, Butterfield an Ritter, 19. 10. 1950; CUL-MSS, BUTT/531-R-18, Butterfield an Ritter, 18. 4. 1951.

²³⁷ CUL-MSS, BUTT/57, Butterfield an Ritter, 20. 12. 1957.

Artikel in dem von Michael Oakshott herausgegebenen *Cambridge Journal* unterbringen konnte²³⁸. Auch 1955 nutzte Ritter seine Beziehungen zu dem Cambridger Professor, um Zugang zum Holstein-Nachlass im Zuge seiner Arbeit zum Schlieffen-Plan zu erhalten. Zumindest die gewünschten Informationen konnte Butterfield ihm verschaffen²³⁹.

Ritter und Butterfield verband insbesondere ihre christlich-protestantische Weltanschauung – in Butterfields Worten: „the bond of religion“²⁴⁰. Butterfields realistischen Ansatz der internationalen Beziehungen und dessen historische Interpretation der Konflikte des 19. und 20. Jahrhunderts, die dieser in *Christianity, Diplomacy and War* 1953 systematisch entfaltet hatte, sah Ritter eng verwandt mit seinen eigenen Überlegungen in *Staatskunst und Kriegshandwerk*²⁴¹. 1952 machte Ritter mit einer ausführlichen Besprechung der deutschen Ausgabe von *Christianity and History* (*Christentum und Geschichte*) sein Versprechen wahr, Butterfields Gedanken dem deutschen Publikum bekannt zu machen²⁴². Das Buch erfülle in Großbritannien „eine Mission“, doch sei das „Bedürfnis nach solcher Kost [...] in Deutschland ganz gewiss nicht weniger groß“. Butterfields methodistischer Glaube eröffne ihm ein Verständnis für die „deutsche, lutherisch geprägte Frömmigkeit“, so dass sein Buch „dem deutschen Protestantismus näher steht als irgendeine andere Erscheinung englischer Historie des letzten Menschenalters“. Die Lektüre des Buches sei zwar anstrengend, „zuweilen verwirrend[e], immer aber ganz fesselnd[e]“. Zwar hätten die deutschen Historiker noch einiges zu Butterfields Bewertung des preußischen Militarismus zu bemerken, doch sei „es heute in England wohl unmöglich, die Dinge anders zu sehen“, außerdem warne der Autor seine Landsleute ständig vor Selbstgerechtigkeit. Auch Ritter bemerkte die relativistischen Tendenzen von Butterfields Verstehenspostulat; er erkannte darin das Grundproblem des Historismus, das in Deutschland „seit langem tief empfunden“ werde²⁴³.

Die Aufnahme von *Christentum und Geschichte* war in der Bundesrepublik im Allgemeinen äußerst positiv. Das Buch entstamme „der Weisheit eines Gelehrten, dem die Fülle der geschichtlichen Phänomene in lebenslänglicher Betrachtung

²³⁸ CUL-MSS, BUTT/531-O-2-5, Korrespondenz zwischen Butterfield und Oakshott, Mai–Juli 1950; CUL-MSS, BUTT/531-R-14-16, Korrespondenz zwischen Ritter und Butterfield, Oktober 1950; CUL-MSS, BUTT/531-B-21, Gutachten Butterfields zu Geoffrey Barraclough für die University of London, 4. 7. 1955. Zu Ritters Auseinandersetzung mit Barraclough vgl. Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen, hrsg. von Klaus Schwabe/Rolf Reichardt, Boppard a. Rhein 1984, Nr. 162, Ritter an Geoffrey Barraclough, 24. 4. 1950, S. 460–464; Geoffrey Barraclough, Letter to the editor, in: Times Literary Supplement, 14. 4. 1950; Gerhard Ritter, Letter to the editor, in: Ebenda, 12. 5. 1950; zusammenfassend vgl. Cornelißen, Gerhard Ritter, S. 463–470.

²³⁹ CUL-MSS, BUTT/531-R-25-27, Korrespondenz zwischen Butterfield und Ritter, Januar–März 1955.

²⁴⁰ CUL-MSS, BUTT/57, Butterfield an Ritter, 20. 12. 1957; vgl. Schwabe/Reichardt (Hrsg.), Ritter, Nr. 202, Ritter an Ulrich Noack, 11. 1. 1956, S. 515.

²⁴¹ CUL-MSS, BUTT/531-R-22, Ritter an Butterfield, 2. 10. 1953.

²⁴² CUL-MSS, BUTT/531-R-16, Ritter an Butterfield, 24. 10. 1950.

²⁴³ Vgl. Gerhard Ritter, Christentum und Geschichte, in: Zeitwende, Nr. 24, 15. 8. 1952, S. 139–151, hier S. 142 f., S. 145 u. S. 150; CUL-MSS, BUTT/531-R-21, Ritter an Butterfield, 12. 6. 1952.

transparent geworden sind“, so fasste Helmut Thielicke, der Rektor der Universität Tübingen, seine Eindrücke zusammen. Überrascht war er von der „außerordentliche[n] Selbstkritik gegenüber dem normalen angelsächsischen Kultur-optimismus und der dort üblichen, von uns oft als heuchlerisch empfundenen Moralisierung der Politik“. Der Tübinger Althistoriker Joseph Vogt war ebenso begeistert wie der Heidelberger Kirchenhistoriker Heinrich Bornkamm, der allerdings bedauerte, dass das Buch nicht aus der Feder eines Deutschen stammte. Auch an Bundeskanzler Konrad Adenauer hatte der Verlag das Buch geschickt. Der versprach, es über Pfingsten zu lesen. „Ich suche schon lange ein derartiges Werk und würde mich freuen, in diesem Buch das zu finden, was ich suche.“²⁴⁴ Die *Süddeutsche Zeitung* feierte *Christentum und Geschichte* als das „zweifello[s] [...] Beste, Erfreulichste und Tröstlichste, was in unserem Jahrhundert zum Verständnis der Katastrophe, über den Sinn der Geschichte, geschrieben worden ist“²⁴⁵. Die wohl differenzierteste Analyse eines Werkes von Butterfield von deutscher Seite ist die Rezension Reinhart Kosellecks zu *Christianity, Diplomacy and War*. Dieser erörterte systematisch die Stärken und Schwächen von Butterfields christlichem Ansatz. Durch fehlende begriffliche Festlegungen und Verzeichnungen, die vor allem auf der „Übertragung des geschichtsontologisch sinnvollen Begriffes der ‚Christianity‘ in die historischen Fakten selber“ beruhten, überbewerte Butterfield vor allem die Rolle, die das Christentum im 18. Jahrhundert gespielt habe. Dennoch „liefert Butterfield viele und subtile Analysen, die einer allgemeinen Beachtung wert sind“. Auch Koselleck nahm indes zu den politischen Aussagen des Buches keinerlei Stellung²⁴⁶.

Herbert Butterfields Werke wurden im Deutschland der späten vierziger und der fünfziger Jahre dankbar aufgenommen. Im Gegensatz zu den Schuldvorwürfen und der Ablehnung der deutschen Tradition, die man von angelsächsischen Historikern und im Zeichen des Vansittartismus gewohnt war²⁴⁷, fand man in ihm einen Mann, der dem deutschen Denken nahe stand und vorurteilslos um gute Beziehungen zu Deutschland bemüht war. Der vorherrschende nationalkonservative Konsens in der deutschen Geschichtswissenschaft machte eine Verständigung mit Kollegen aus dem westlichen Ausland ansonsten nahezu zu einer Unmöglichkeit²⁴⁸.

Für Herbert Butterfield, den Außenseiter im eigenen Land, stellte dieser Konsens kein Hindernis dar. Vielmehr werden bei einem Vergleich der deutschen

²⁴⁴ CUL-MSS, BUTT/63, „Urteile über ‚Christentum und Geschichte‘“, Helmut Thielicke, Joseph Vogt, Heinrich Bornkamm, Konrad Adenauer.

²⁴⁵ CUL-MSS, BUTT/432, Albert Wucher, Rezension zu *Christentum und Geschichte*, in: *Süddeutsche Zeitung*, o. D. [ca. 1952]. Vgl. dagegen als vereinzelte negative Stimme G. A. Rein, *Christentum und Geschichte*. Bemerkungen zu einem Buche Herbert Butterfields, in: *Zeitschrift für Religion und Geistesgeschichte* 5 (1953), S. 73–76, dem Butterfields Thesen zu anti-deutsch und liberal ausgerichtet waren.

²⁴⁶ Reinhart Koselleck, Rezension zu Herbert Butterfield, *Christianity, Diplomacy and War*, in: *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 41 (1955), S. 591–595, Zitate S. 593 f. u. S. 595.

²⁴⁷ Vgl. Später, Vansittart.

²⁴⁸ Vgl. Volker Berghahn, *Deutschlandbilder 1945–1965*. Angloamerikanische Historiker und moderne deutsche Geschichte, in: Schulín, *Deutsche Geschichtswissenschaft*, S. 238–272.

konservativen Nationalsozialismusinterpretationen der frühen Nachkriegszeit mit der Butterfieldschen eine Reihe von Übereinstimmungen deutlich. In der Auseinandersetzung mit einem in der Zwischenkriegszeit vorherrschenden „antidemokratischen Nationalismus“ hatte auch bei den deutschen konservativen Intellektuellen ein entscheidender „Paradigmenwechsel“ hin zur „antitotalitären Demokratie“ stattgefunden. Und genauso wie bei dem englischen Historiker zu beobachten, wurden bekannte Denkmuster des kulturkritischen Antimodernismus nun argumentativ gegen die Totalitarismen gewendet, wobei insbesondere die Konzepte der „Vermassung“ und der „Säkularisierung“ eine bedeutende Rolle spielten. Ihre Ausprägung fand diese „Wende im konservativen Diskurs“ in einer spezifischen Totalitarismustheorie als „aktualisierte[r] Fassung der Modernitätskritik“. Sie entfaltete eine nicht gering zu schätzende Integrationskraft im konservativen Spektrum. Auch hier fungierte die Französische Revolution als Geburtsstunde der modernen totalitären Bewegungen, wobei die Ablehnung der revolutionären französischen demokratischen Tradition den Blick auf die angeblich organisch gewachsene angelsächsische Demokratie öffnete²⁴⁹ – ähnlich wie im Falle des Cambridger Historikers, der in seiner Auseinandersetzung mit den Abgründen rechtsextremen Gedankengutes zur Wertschätzung der englischen Verfassungstradition im konservativen Sinne gefunden hatte. Die Rezeption von Butterfields Schriften der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre besonders in protestantisch-konservativen Kreisen der jungen Bundesrepublik weist darüber hinaus auf eine weitere Kontinuitätslinie und Parallele hin.

In besagten Kreisen avancierte das „Abendland“ zu einem „zentralen Topos“²⁵⁰ und verband sich mit der antimodernen Säkularisierungstheorie. Gerade protestantische Intellektuelle und Kirchenführer, die in der Zwischenkriegszeit der theologisch antiliberalen, neoorthodoxen Bewegung angehört hatten, propagierten nun die Besinnung auf abendländische, christliche Wurzeln als einzig möglichen Ausweg aus der Krise der Gegenwart²⁵¹. Helmut Thielicke drückte nicht nur seine Begeisterung über *Christentum und Geschichte* aus, sondern lud Butterfield 1952 zu einem Vortrag an die Universität Tübingen ein, den dieser jedoch mit Hinweis auf seine mangelnden mündlichen Deutschkenntnisse ablehnte²⁵². Ebenso lobend nahmen der evangelische Bischof von Berlin, Otto Dibelius, der Leiter der Evangelischen Akademie Bad Boll, Eberhard Müller, und der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg, Wilhelm Staehlin, das Buch auf²⁵³. Bezeichnend ist jedoch insbesondere Butterfields Vortrag im Mai 1951 bei der zweiten

²⁴⁹ Jean Solchany, Vom Antimodernismus zum Antitotalitarismus. Konservative Interpretationen des Nationalsozialismus in Deutschland 1945–1949, in: VfZ 44 (1996), S. 373–394, hier S. 389; außerdem ders., Comprendre le nazisme dans l'Allemagne des années zéro (1945–1949), Vendôme 1997.

²⁵⁰ Axel Schildt, Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre, München 1999, S. 23.

²⁵¹ Vgl. ebenda S. 32 f.; Greschat, „Rechristianisierung“ und „Säkularisierung“, in: Kaiser/Doeering-Manteuffel (Hrsg.), *Christentum und politische Verantwortung*.

²⁵² CUL-MSS, BUTT/53, Helmut Thielicke an Butterfield, 21. 4. 1952, und Butterfield an Thielicke, 26. 6. 1952.

²⁵³ CUL-MSS, BUTT/63, „Urteile über ‚Christentum und Geschichte‘“.

Arbeitstagung „Kirche und Schule“ der Evangelischen Akademie Hermannsburg-Loccum, einem Zentrum der protestantischen Abendland-Ideologie in den frühen fünfziger Jahren²⁵⁴. Butterfield zeichnete hier in großen Linien die Entwicklung der „westliche[n] Kultur“ von der Antike bis ins 20. Jahrhundert, interpretierte die Säkularisierung als Abfall von Gott sowie als „Vermassung“ und die Totalitarismen als deren logische Folge; als alleiniges Lösungsrezept pries er die Rückkehr zum christlichen Glauben. Dabei betonte er die christliche Wurzel des Humanismus und der westlichen Demokratie – ein weiterer Beleg für seine Aussöhnung mit der liberalen Tradition im konservativen Sinne²⁵⁵. Wenn Herbert Butterfield besonders „the bond of religion“ hervorhob, um seine Beziehungen zu Gerhard Ritter zu charakterisieren, so zielte dies mithin auch auf die gemeinsame Verankerung in jenen Diskussionszusammenhängen.

Der englische Historiker fand in der Bundesrepublik die breite Anerkennung innerhalb seines Faches, die ihm in diesem Ausmaß in seiner Heimat nicht zuteil wurde. Die deutschen Historiker dagegen waren froh um einen britischen Kollegen, der ihre Anwaltschaft übernahm und ihren Wunsch nach internationalem Austausch befriedigen konnte. 1968 dankte die Universität Bonn im Rahmen ihrer 150-Jahr-Feier Butterfield mit einer Ehrenpromotion²⁵⁶.

VII. Bilanz: Die europäische Dimension konservativen historischen Denkens

Herbert Butterfield war ein europäischer Historiker. Dies gilt nicht nur für seine Geschichtsschreibung, die immer den europäischen Horizont im Blick hatte, sondern auch für seine Einbindung in die europäische historiographische Entwicklung. Möglich wurde der Abschied von der britischen „insularity“ durch die Offenheit des Historikers für Impulse aus einer anderen nationalen, der deutschen Tradition der Geschichtswissenschaft. Butterfields Neuentwurf einer britischen konservativen Geschichtsschreibung war auf den Fundamenten dieses interkulturellen Transfers errichtet. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dieser Transfer dann wechselseitig. Da Butterfields christlicher Konservatismus der deutschen Geschichtswissenschaft nahe stand, rezipierte diese die Ideen des britischen Historikers. Die Verwobenheit des Butterfieldschen Denkens in europäischen Zusammenhängen zeigt sich ebenso bei der Beschäftigung des Historikers mit den politischen Phänomenen seiner Zeit. Butterfields Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und die Entwicklung einer konservativen Geschichtsphilosophie waren dialektisch aufeinander bezogen – weshalb ersterer auch nicht mit dem Hinweis auf missverstandene Äußerungen humoristischen Ursprungs beizukommen ist²⁵⁷. Eine rein theologische Erklärung für Butterfields „Wende“ zum „christian historian“ greift ebenfalls zu kurz. Die Untiefen seiner

²⁵⁴ Vgl. Schildt, *Zwischen Abendland und Amerika*, S. 120–149.

²⁵⁵ CUL-MSS, BUTT/14, Protokoll der „2. Arbeitstagung über Kirche und Schule“ vom 21.–24. 5. 1951, Evangelische Akademie Hermannsburg.

²⁵⁶ Vgl. Universitätsarchiv Bonn, Chronik der Universität Bonn 1967/68, PF 138-56, S. 56.

²⁵⁷ So Bentley, *Herbert Butterfield and the Ethics*, S. 57.

Geschichtsphilosophie, seines Experimentierens mit und seiner Suche nach Ansätzen außerhalb der liberalen Tradition haben eine europäische Dimension. Die Abkehr von liberalen Prämissen und die Erkenntnis der Bedeutung der „force“ im Angesicht von Appeasement und Zweitem Weltkrieg führten den englischen Historiker auch zum realistischen Denken in der Theorie der internationalen Beziehungen. In seiner „general history“ versuchte er sich an der Geschichte von „civilizations“, was ihn in Verbindung mit zu seiner Zeit innovativen Ansätzen der Volksgeschichte, der Annales und denen Toynbees brachte. Erst sein Selbstverständnis als „Dissenter“ ermöglichte es ihm, von den ausgetretenen Pfaden der britischen Historiographie abzugehen – mit allen Irrungen und Wirrungen, die dies mit sich brachte, aber auch mit einer großen Kreativität des Denkens.

Dass die Erfahrung mit den politischen Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch eine europäische war, lässt der Vergleich Butterfields mit Karl Dietrich Erdmann zumindest erahnen. Beide waren im Protestantismus verankert, sahen die Erbsünde in der Geschichte mit zerstörerischer Macht walten, waren fasziniert von großen universalgeschichtlichen Entwürfen²⁵⁸. Beide hatten mit Konzepten wie „Volk“ und „Raum“ gearbeitet, wurden von dem Gedanken einer christlichen Einheit Europas – unter deutscher Führung – geleitet. Beide hatten sich in den vierziger Jahren mit ihren Sympathien gegenüber dem Nationalsozialismus auseinanderzusetzen – der eine stellte sich dem mehr, der andere weniger. Es nimmt nicht wunder, dass Erdmann Butterfield gegenüber in Bezug auf Fritz Fischer bekennen konnte: „He belongs to my generation, was a soldier during the war and received the same shock as we all did by the political and military experience we went through.“²⁵⁹ Beide erklärten nach 1945 das Aufkommen des Nationalsozialismus in Bildern christlicher Apokalypik. Beide wandten sich in universalhistorischem Interesse in späteren Jahren der „Weltgeschichte“ zu – Butterfield China, Erdmann Indien. Beiden war „die Ökumene der Historiker“²⁶⁰ ein großes Anliegen, vor allem aber die gegenseitige Befruchtung von britischer und deutscher Geschichtswissenschaft.

Butterfields Relativismus machte indes auch vor seinen eigenen Anschauungen nicht halt. Seiner eigenen Historizität und der seiner Generation war sich der Professor of Modern History an der University of Cambridge durchaus bewusst, wie er in seiner Antrittsvorlesung 1944 seinen Zuhören, Lesern und wohl auch nachfolgenden Historikergenerationen zu bedenken gab: „All we know is that fifty years hence men will wonder how we could have been so lacking in imagination; and – if they have compassion – they will say that, in part, our blindness can be historically explained.“²⁶¹

²⁵⁸ Vgl. Karl Dietrich Erdmann, Toynbee – eine Zwischenbilanz, in: Archiv für Kulturgeschichte 33 (1951), S. 174–250, wieder veröffentlicht in: Karl Dietrich Erdmann, Geschichte, Politik und Pädagogik. Zum 60. Geburtstag hrsg. v. Schülern und Mitarbeitern, Stuttgart 1970, S. 23–97.

²⁵⁹ CUL-MSS, BUTT/54, Erdmann an Butterfield, 12. 5. 1964.

²⁶⁰ Vgl. Karl Dietrich Erdmann, Die Ökumene der Historiker. Geschichte der Internationalen Historikerkongresse und des Comité International des Sciences Historiques, Göttingen 1987.

²⁶¹ Herbert Butterfield, The Study of Modern History. An Inaugural Lecture delivered at Cambridge on 14 November 1944, London 1944, S. 33.

Geht der Arbeitsgesellschaft wirklich die Arbeit aus, wie Hannah Arendt meinte, und erfüllt sich tatsächlich der alte Menschheitstraum von weniger arbeiten und länger leben? Der renommierte Arbeitssoziologe Dieter Sauer kann zeigen, dass mit solchen Schlagwörtern wenig gewonnen ist. Von einem Ende der Arbeitsgesellschaft, so Sauer, könne keine Rede sein. Richtig sei aber, dass sie radikalen Umwälzungsprozessen ausgesetzt sei, die den betroffenen Gesellschaften große Anpassungsleistungen abverlangten, zugleich aber – Stichwort „neue Autonomie in der Arbeit“ – auch viele Chancen eröffneten.

Dieter Sauer

Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft

Soziologische Deutungen in zeithistorischer Perspektive

Beim Thema „Zukunft der Arbeitsgesellschaft“ stellt sich schnell die Frage ein, ob wir es überhaupt noch mit einer Arbeitsgesellschaft zu tun haben. War nicht immer wieder „Vom Ende der Arbeitsgesellschaft“ die Rede? Viele werden sich an Hannah Arendt erinnern, deren 100. Geburtstag letztes Jahr gefeiert wurde und die schon 1958 in ihrem Buch „Vita Activa“ vor einer Arbeitsgesellschaft warnte, der die Arbeit ausgegangen sei¹. Anderen werden die Debatten um die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ in den achtziger Jahren einfallen, schließlich firmierte der Soziologentag in Bamberg 1982 unter diesem Titel².

Warum steht im Titel dieses Aufsatzes dann aber „Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft“ und warum steht dahinter nicht zumindest ein Fragezeichen? Zunächst mag es für einen seriösen Sozialwissenschaftler heute einigermaßen kühn erscheinen, überhaupt noch über die Zukunft und noch dazu einer ganzen „Gesellschaft“ reden zu wollen. Früher war das anders. Als ich Anfang der siebziger Jahre noch als Student in einem Forschungsprojekt arbeitete, war es geradezu selbstverständlich, Prognosen über die zukünftige Entwicklung vorzulegen. Wir untersuchten damals die Auswirkungen von Technik und Rationalisierung auf die Arbeit der Beschäftigten der Deutschen Bundespost und kamen zu relativ detaillierten Aussagen in kurz-, mittel- und langfristiger Perspektive. Aber auch in den achtziger Jahren war es noch durchaus üblich, Prognosen zu einzelnen Entwicklungslinien von Arbeit zu formulieren. Es war die Zeit der Zukunftsdebatten. Die Entwicklung von Technik und Arbeit schien sich in einigermaßen stabilen Korridoren zu bewegen: In den siebziger Jahren, noch unter dem Vorzeichen tayloristischer Produktionsmethoden, waren die Aussichten für Industriearbeit – die

¹ Vgl. Hannah Arendt, *Vita Activa oder vom Tätigen Leben*, München 2005, Erstausgabe Chicago 1958. – Der vorliegende Aufsatz geht auf einen Vortrag im Institut für Zeitgeschichte am 4. 7. 2006 zurück.

² Vgl. Joachim Mathes (Hrsg.), *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages*, Frankfurt a. M. 1982.

damals im Zentrum stand – eher negativ. In den achtziger Jahren, in Zeiten der technologischen Gestaltungseuphorie und der arbeitsorganisatorischen Umgestaltung, schlug das Pendel in eine eher positive Richtung aus.

Spätestens zu Beginn der neunziger Jahre war es mit einigermaßen klaren Aussagen zur zukünftigen Entwicklung von Arbeit vorbei. Jetzt war die Rede von einer „neuen Unübersichtlichkeit“, von uneindeutigen Entwicklungen, von Paradoxien, Ambivalenzen und Heterogenitäten. Mit Aussagen über die Zukunft der Arbeit ist man seitdem sehr zurückhaltend. Dieses Feld wurde von den Gurus der Unternehmensberaterszene mit ihren neuen Managementkonzepten und den sogenannten Trendforschern besetzt. Das Ganze erhielt mehr den Charakter von Moden. Die Zukunft ist selbst ein Markt geworden: Nicht nur im Sinne von Marktforschung, bei der es um die Erkundung neuer Bedürfnisse und damit neuer Märkte für neue Produkte geht – das gibt es schon lange –, sondern auch für gesellschaftliche Zukünfte. In unsicheren Zeiten steigt der Diagnose- und Prognosebedarf, und es gibt natürlich auch Wissenschaftler, die diesen Markt mit gängiger „Ware“ bedienen. Die Bereitschaft von Sozialwissenschaftlern, sich ernsthaft an gesellschaftliche Zeitdiagnosen und -prognosen zu wagen, ist dadurch nicht größer geworden. Der Grat zwischen nüchterner wissenschaftlicher Analyse und gewagter Spekulation erscheint noch schmaler als in früheren Zeiten.

Damit sind die Fragen, die im Zentrum dieses Essays stehen, bereits benannt: Was charakterisiert die gegenwärtige Gesellschaft als „Arbeitsgesellschaft“? Wie verändert sich diese Arbeitsgesellschaft? Welche historischen Entwicklungstendenzen lassen sich bei aller Zurückhaltung heute erkennen? Wo liegen die Möglichkeiten und Grenzen von Zeitdiagnosen und Zukunftsprognosen?

Das Ganze ist ein weites Feld, das zu seiner Bearbeitung natürlich einer Einschränkung und Zuspitzung bedarf. Sie liegen in meiner Perspektive als Arbeits- und Industriesoziologe, mit eigenen Untersuchungsfeldern und -gegenständen, und sie liegen in dem gesellschaftstheoretisch angeleiteten Blick auf die Gesellschaft als eine kapitalistische. Hinzu kommt, dass mein Erkenntnisinteresse sich nicht auf Wissenschaft im akademischen Sinne beschränkt, sondern sich immer auch auf das Verhältnis zur gesellschaftliche Praxis richtet.

1. Vom Ende zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft?

Die Thesen von der Krise oder dem Ende der Arbeitsgesellschaft sind zwar alt, haben aber – in aktualisierter Form – immer wieder Konjunktur. In der soziologischen Debatte haben sie eine gewisse Prominenz seit dem Bamberger Soziologentag 1982, der unter dem Motto „Krise der Arbeitsgesellschaft?“ stand. Damals ging es um die Folgen-Visionen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, vor allem im Hinblick auf Arbeitszeit und Beschäftigung. Man hatte sich noch nicht an eine konstant hohe Arbeitslosenrate gewöhnt, die Arbeitszeitverkürzung erreichte Mitte der achtziger Jahre mit der 35-Stunden-Woche ihren Höhepunkt, und man dachte, dass dies so weitergehen würde. Außerdem ging es um die Durchsetzung von Wertewandel, um die neue Bedeutung sogenannter „post-aquisitiver oder post-materieller Werte“. Und schließlich

ging es um eine neue Freizeitkultur, die zunehmende Bedeutung von Freizeit und Vergnügen, die dann zur Formulierung einer Erlebnis- oder Spaßgesellschaft³ geführt hat. Wie für alle anderen Argumente lassen sich auch hierfür mit Blick auf veränderte Konsumgewohnheiten, Unterhaltungsindustrie, Schönheits- und Fitnesswelt durchaus empirische Belege finden. Die These erinnert jedoch noch mehr an schon etwas ältere Gesellschaftsvisionen, wie die der Überflusgesellschaft von John Kenneth Galbraith⁴ oder an Herbert Marcuses Kritik an der eindimensionalen Gesellschaft⁵.

Die Bamberger Thesen vom Ende der Arbeitsgesellschaft haben sich bekanntlich nicht lange gehalten⁶. Aber es gab auch einige Neuauflagen, vor allem angesichts der sich verändernden globalen weltwirtschaftlichen Situation: Zu nennen wären hier etwa die viel beachteten Aussagen von Jeremy Rifkin⁷, André Gorz⁸ oder auch von Ulrich Beck⁹, dass „der Kapitalismus auf Dauer die Arbeit abschaffen wird“. Von ihnen und anderen Soziologen gibt es vor diesem Hintergrund eine Reihe von Vorschlägen, die Engführung auf „Erwerbsarbeit“ aufzugeben und den Blick auf andere Formen von Arbeitstätigkeit zu erweitern: Auf Eigenarbeit, gesellschaftliche Arbeit oder Bürgerarbeit, wie Beck es vorgeschlagen hat. Auch die Diskussion darüber ist inzwischen wieder abgeebbt, da sich diese Konzepte auf gesellschaftlicher Ebene als nicht durchführbar oder zumindest nicht durchsetzbar erwiesen haben.

Damals wie heute hat die Gegenthese „Kein Ende der Arbeitsgesellschaft“ aus meiner Sicht die besseren Argumente und die empirische Evidenz auf ihrer Seite. So wird in dem im Jahre 2005 erschienenen ersten Band der Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung Deutschlands mit dem Titel „Arbeits- und Lebensweisen“ festgestellt: „Deutschland bleibt eine Arbeitsgesellschaft. Erwerbsbeteiligung ist für die große Mehrheit der Bevölkerung die Aktivität, die ihre Lebensweise bestimmt und über ihre soziale Sicherung entscheidet. Daran haben bislang weder demografische Trends noch veränderte Lebensweisen, noch gesamtwirtschaftliche Unterbeschäftigung etwas Grundlegendes geändert. [...] Die Zahl der Erwerbspersonen hat in Westdeutschland langfristig absolut wie relativ (als Erwerbsquote gemessen) zugenommen, während die der Nichterwerbspersonen leicht abnahm. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts liegen die Erwerbsquoten (nach dem Mikrozensus 2002) für Männer bei gut 80 %, für Frauen im Westen bei ca. 64 % (im Osten bei 73 %). Der Erwerbswunsch liegt

³ Vgl. Gerhard Schulze, Die Erlebnisgesellschaft: Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt a. M. 1992.

⁴ Vgl. John Kenneth Galbraith, Gesellschaft im Überfluß, München/Zürich 1959 („The Affluent Society“, 1958).

⁵ Vgl. Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Frankfurt a. M. 1967 („The one-dimensional Man“, 1964).

⁶ Vgl. Gert Schmidt, Kein Ende der Arbeitsgesellschaft. Arbeit, Gesellschaft und Subjekt im Globalisierungsprozeß, Berlin 1999.

⁷ Vgl. Jeremy Rifkin, Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt a. M. 1996.

⁸ Vgl. André Gorz, Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt a. M. 2000.

⁹ Vgl. Ulrich Beck (Hrsg.), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt a. M. 2000.

noch deutlich höher: Berücksichtigt man die zusätzliche stille Reserve, so haben (nach dem Sozio-ökonomischen Panel 2001) nur 10 % der Männer und nur 18 % der westdeutschen bzw. 15 % der ostdeutschen Frauen keine Erwerbsorientierung. Gewinnt der Arbeitsmarkt als zentrale gesellschaftliche Teilhabeinstanz auf der Angebotsseite mithin noch eher an Bedeutung, steht dem jedoch eine schwächere Nachfrage gegenüber. Die realisierte Erwerbsbeteiligung gemessen an den erwerbstätigen Quoten oder am Volumen bezahlter Erwerbsarbeitsstunden ist insgesamt rückläufig und differenziert sich sozial aus.¹⁰

Das, was da am Schluss – eher harmlos – als schwächere Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt beschrieben wird, ist nichts anderes als die schon lang andauernde Massenarbeitslosigkeit. Mit ihr wächst auch kognitiv die Bedeutung von Erwerbsarbeit gerade dann, wenn das Erwerbsarbeitsvolumen knapper wird. Die Freisetzung von Erwerbsarbeit ist in Form der Arbeitslosigkeit gesellschaftlich stigmatisiert. Viele fühlen sich einer zentralen gesellschaftlichen Identifikationsform und damit sozialer Anerkennung und sozialer Netzwerke beraubt, sie fühlen sich ausgeschlossen und diskriminiert. Diese Verinnerlichung einer gesellschaftlichen Orientierung an Erwerbsarbeit zeigt sich auch in Studien, die nachweisen, dass Arbeitslosigkeit krank macht: Die Zahl ernsthafter Erkrankungen liegt bei arbeitslosen Männern um 63 Prozent und bei arbeitslosen Frauen um 37 Prozent über der von Berufstätigen. Langzeitarbeitslose haben ein 3,4-fach höheres Sterblichkeitsrisiko und leiden häufig gleichzeitig unter einer ganzen Reihe verschiedener Erkrankungen¹¹.

Von einem Ende der Arbeitsgesellschaft im Sinne einer abnehmenden Bedeutung von Erwerbsarbeit kann also gegenwärtig nicht die Rede sein. Die vorherrschende Parole „Hauptsache Arbeit“ indiziert aber eine massive Krise dieser Arbeitsgesellschaft. Da diese jedoch deutlich auf den Typus der westlichen Arbeitsgesellschaften zentriert und von spezifischen Merkmalen der bundesdeutschen Entwicklung geprägt ist, macht es Sinn, zuerst einen Blick auf globale Entwicklungstendenzen zu werfen, da diese sowohl für die Ursachen der Krise wie für mögliche Auswege wichtige Bedingungen setzen.

2. Weniger arbeiten und länger leben – Menschheitstraum oder säkularer Fluch?

Werfen wir einen Blick auf die gegenwärtigen Prognosen zur Entwicklung der Weltbevölkerung, der Industriearbeit und der Lebenserwartung, so erkennen wir ein Zukunftsszenario, das dem Menschheitstraum vom weniger arbeiten und länger leben immer näher kommt. In den entwickelten westlichen Industriegesellschaften, vor allem in Deutschland, wird diese Entwicklung in Medien und Politik

¹⁰ Soziologisches Forschungsinstitut (künftig: SOFI)/Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (künftig: IAB)/Institut für sozialwissenschaftliche Forschung München (künftig: ISF)/Internationales Institut für empirische Sozialökonomie (künftig: INIFES) (Hrsg.), Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland – Arbeits- und Lebensweisen. Erster Bericht, Wiesbaden 2005, S. 13 f.

¹¹ Gesundheitsreport der Techniker Krankenkasse (www.tk-online.de).

meist als Krise oder Katastrophe thematisiert, als säkularer Fluch vom weniger arbeiten und länger leben *müssen*. Die Reaktion darauf erscheint paradox: Länger leben wird vorrangig als Kostenproblem der Rentenversicherung wahrgenommen, und auf die Tendenz, weniger arbeiten zu müssen, reagiert man mit dem Patentrezept: Länger arbeiten¹².

Die Bevölkerungsentwicklung

Das drohende Szenario einer Bevölkerungsexplosion, das davon ausgeht, dass die Menschheit in der derzeitigen Geschwindigkeit weiter wächst, scheint sich nicht zu bewahrheiten. So hat sich nach Angaben der UNO die durchschnittliche Kinderzahl innerhalb von rund 50 Jahren weltweit von fünf bereits auf drei, genauer 2,8 (in 2003), verringert. Konnte man 1990 noch einen jährlichen Zuwachs von 90 Millionen Menschen weltweit verzeichnen, so waren es 10 Jahre später nur mehr 77 Millionen¹³. In Deutschland, als Beispiel für die entwickelten Industrieländer, lag die Geburtenrate bereits 1971 mit 2,1 unterhalb des Ersatzniveaus, heute liegt sie bei 1,3¹⁴. Betrachtet man die Länder mit hoher Bevölkerungsdynamik, die ja immer als Ursache für die Explosion herangezogen werden, so wird die veränderte Entwicklung noch deutlicher: Die durchschnittliche Zahl der Kinder pro Frau ist in Indien von 5,7 im Jahre 1970 auf 3,0 im Jahr 2000 gefallen, in China mit einer starken Geburtenkontrolle von 5,7 auf 1,7¹⁵.

Zum ersten Mal wird in den niedrigen Varianten der Projektion zur Bevölkerungsentwicklung ein Sinken der Weltbevölkerung ab 2030 erwartet. Die Gründe liegen in der stark voranschreitenden Urbanisierung, in einer generellen Verbesserung der medizinischen Versorgung und nicht zuletzt in der rasanten Industrialisierung der Entwicklungsländer, allen voran jenen in Asien. Eine Ausnahme ist Schwarzafrika: Massive Armut führt hier immer noch zu Geburten von 5–7 Kindern pro Frau. Das Bevölkerungswachstum wird hier jedoch von Hungersnöten, Aids und Bürgerkriegen nach unten korrigiert. Prognosen sind hier noch schwieriger.

Die industrielle Produktion

Die Tatsache, dass in den westlichen Industrieländern der Anteil industrieller Produktion und damit auch die Zahl der Arbeitsplätze für Industriearbeiter immer stärker sinkt, hat damit zu tun, dass die Industrialisierung der Welt mit großen Schritten weitergeht. Hier im Westen schafft der Kapitalismus die Arbeit

¹² Vgl. zum Folgenden Markus Pohlmann, Die Gegenwart der Zukunft: Das Management und der Wandel der Arbeitsgesellschaft, in: Ulrich Brinkmann/Karoline Krenn/Sebastian Schief (Hrsg.), Endspiel des Kooperativen Kapitalismus? Institutioneller Wandel unter den Bedingungen des marktzentrierten Paradigmas, Wiesbaden 2006, S. 218–238.

¹³ United Nations Population Fund, The State of the World Population 2002, New York 2002 (www.unfpa.org).

¹⁴ Vgl. dazu und auch im Folgenden Ingomar Hauchler u. a. (Hrsg.), Globale Trends 2004/2005. Fakten, Analysen, Prognosen, Frankfurt a. M. 2003.

¹⁵ Vgl. ebenda, S. 67 f.

ab – soweit liegen Hannah Arendt, André Gorz, Jeremy Rifkin und Ulrich Beck mit ihren Vorhersagen ja richtig. Nur weltweit nimmt die Arbeit zu. Insbesondere der Aufholprozess der ostasiatischen Ökonomien ist bemerkenswert: Für dieselbe Industrieentwicklung, für die Deutschland und Japan über 80 Jahre benötigten, brauchten Südkorea und Taiwan nur noch ca. 35 Jahre, und China wird diese Aufholgeschwindigkeit noch übertreffen. Bis auf eine kurze Baisse Anfang der neunziger Jahre ist deswegen die Weltindustrieproduktion stetig gewachsen. Immer mehr Entwicklungsländer werden binnen kurzer Zeit zu Industrieländern. Die Entwicklung zeigt auch, dass sich dieser Wachstumsprozess nicht auf die Produktion arbeitsintensiver Güter wie etwa Bekleidung und Unterhaltungselektronik beschränkt. Schaut man auf die Bedeutung jüngerer innovativer Industrien, wie z. B. der Elektronikindustrie, so belegen Japan, Südkorea und Taiwan gemessen an Umsatz und Export Spitzenplätze, und China begibt sich auf eine rasante Aufholjagd¹⁶. Dadurch verschärft sich die Konkurrenz unter den Industrieproduzenten, die die Rationalisierungsdynamik weiter anheizt und auch in den westlichen Industrieländern zu noch mehr Freisetzungen von Arbeitskräften führen wird. Das heißt: auch ohne die stark voranschreitende Rationalisierung in der Produktion deutet sich damit bereits eine säkulare Wende im gesellschaftlichen Bedarf an Arbeitskräften in den westlichen Industrieländern an.

Trifft eine stark wachsende weltweite Industrieproduktion auf eine gleichzeitig langsamer wachsende oder gar schrumpfende Weltbevölkerung, so sinkt die gesellschaftlich notwendige Zeit, die mit Erwerbsarbeit verbracht werden muss, und sie sinkt zuerst in den westlichen Industrieländern. Die Folge für die westlichen Industrieländer ist derzeit bereits: ein säkularer Trend steigender Arbeitslosigkeit und der Abbau wohlfahrtsstaatlicher Absicherung zu einer Zeit, in der sie mehr denn je benötigt wird. Hinzu kommt, dass gleichzeitig in allen Industrieländern die Lebenserwartung der Menschen stark gestiegen ist. Daraus ergibt sich ein anderer Stellenwert von Erwerbsarbeit für jeden Einzelnen.

Arbeitszeit und Lebenszeit in den westlichen Industrieländern

Die Prognosen zur durchschnittlichen Lebenserwartung, die von Medizinern vorgelegt werden, sind beeindruckend. Bereits für die im Jahre 2025 Geborenen rechnet man mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 100 Jahren. Die Gene, die für Alterungsprozesse bei Mensch und Tier sorgen, sind entdeckt, bei Tieren werden Möglichkeiten der Manipulationen von Altersgrenzen bereits erforscht. Als konservative Schätzung von Alterungsexperten gilt, dass die durchschnittliche Lebenserwartung im Jahr 2150 bei ca. 125 Jahren liegen wird, einige Menschen werden dann 150 Jahre alt. Damit würde sich – geht man von heute aus – die Lebensspanne jedes Einzelnen fast verdoppeln¹⁷.

¹⁶ Vgl. Markus Pohlmann, Innovationen im internationalen Vergleich: Der asiatisch-pazifische Raum, WSI-Mitteilungen 58 (2005), Heft 3, S. 156–161.

¹⁷ Vgl. James Vaupel, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (<http://www.berlin-institut.org/>).

Was heißt das für die Zeit, die wir mit Erwerbsarbeit zubringen können, müssen oder wollen? Was das physiologische Können angeht, sind die Mediziner heute eher optimistisch. Viele Langzeitstudien sprechen für eine Komprimierung der Krankheits- und Behinderungslast. Das heißt, dass die körperliche Gebrechlichkeit sich nicht gleichzeitig mit unserer Lebensspanne vergrößern wird. Länger leben und gesünder alt werden, dieser Traum der Menschheit scheint sich in den westlichen Industrieländern langsam, aber sicher zu verwirklichen.

Welche Konsequenzen hat dies für die Gesamtarbeitszeit gemessen an der Lebenszeit? 2003 arbeiteten die Erwerbstätigen in Deutschland rund 2722 Stunden und gingen durchschnittlich nach 38 Jahren in Rente oder Pension. Umgerechnet auf die Lebenszeit macht dies rund 15 Prozent aus. Bei einer prognostizierten Lebenserwartung von 100 Jahren wird die Lebensarbeitszeit insgesamt nur noch 12 Prozent der Lebenszeit beanspruchen. Bei fortgesetzter Rationalisierung wird die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit der Menschen im 21. Jahrhundert schließlich sogar auf 10 Prozent der Lebenszeit zurückgehen – also auf insgesamt, die Freizeiten eingerechnet, rund 15 Jahre Arbeitszeit in einem 100-jährigen Leben sinken¹⁸. Diese Zeit wird aller Voraussicht nach hinreichend sein, um in einer global agierenden Wirtschaft die Bedarfsdeckung auf hohem Niveau aufrechterhalten zu können. Länger leben, gesünder alt werden und zugleich die Möglichkeit haben, weniger Zeit mit Erwerbsarbeit zu verbringen, ist vor dem Hintergrund dieser Prognosen eine durchaus realistische Perspektive. Doch je mehr die Verwirklichung dieses Menschheitstraumes für die Industrieländer in greifbare Nähe rückt, desto stärker wird er als gesellschaftlicher Albtraum empfunden. Weniger arbeiten und länger leben wird zu *der* Problemkonstellation der westlichen Arbeitsgesellschaft im 21. Jahrhundert.

3. Zum Verhältnis von Prognose und Diagnose

Die skizzierten Zukunftsszenarien beruhen im Wesentlichen auf klassischen Trendextrapolationen: das heißt, sie verlängern einfach die Gegenwart in die Zukunft. Anspruchsvollere Szenarien gehen von speziellen Berechnungen über die Entwicklung bestimmter Indikatoren aus, machen Annahmen über das Gewicht von Einflussgrößen und kommen dann zu quantitativen Ergebnissen, die ebenfalls einen sehr exakten Eindruck machen. Es handelt sich aber auch hier nur um Einschätzungen, die mehr oder weniger wahrscheinlich sind – nur kann man die Wahrscheinlichkeit dann auch noch quantifizieren. Das ist aber nicht unbedingt das Hauptgeschäft von Soziologen, denn bei den skizzierten Szenarien handelte es sich um demografische, ökonomische und medizinische Prognosen. Diese zusammenzuführen und zu interpretieren ist schon eher eine soziologische Aufgabe.

Die Qualität solcher Trendbeschreibungen und Zukunftsszenarien hängt nicht nur von den verwendeten Daten und den gemachten Berechnungen ab, sondern

¹⁸ Vgl. Pohlmann, Die Gegenwart der Zukunft, in: Brinkmann/Krenn/Schief (Hrsg.), Endspiel, S. 224.

zumindest ebenso von den ihnen zugrunde liegenden Annahmen und dem theoretischen und historischen Bezugsrahmen. Solche Prognosen sind in der Regel ein dürftiger Ersatz für die Tatsache, dass es auf der Zeitstrecke von der Gegenwart in die Zukunft keine Sicherheit der Analyse gibt. Wir haben keine Analysen des noch nicht Geschehenen. Für die Analyse der Gegenwart als Geschichte gibt es Regeln, die auf wissenschaftlichen Methoden beruhen. Dennoch ist auch sie nicht „objektiv“, sie ist umstritten. Man muss also um die Interpretation der Geschichte kämpfen, und je näher sie an der Gegenwart liegt, umso heftiger. Das, was sich wissenschaftliche Prognose nennt, ist meist eine Verlängerung der Gegenwart, die dann als Gegenwart plus Zukunft genannt wird. So etwas kann nützlich sein – wie die von mir vorgestellten Prognosen –, man darf dabei aber nicht vergessen, dass die Handlungen vieler Menschen und die Wechselbeziehungen der Zukunft nicht vorherzusehen und zu kalkulieren sind. Dies gilt umso mehr für die Zukunft einer ganzen Gesellschaft.

Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft lässt sich nicht prognostizieren. Aber auch eine zeitdiagnostische Deutung der Gegenwart wagt einen Blick in die Zukunft. Insofern gibt es einen fließenden Übergang zwischen Diagnose und Prognose. „Jeder Prognose wohnt ein unvermeidbares Moment der Spekulation inne. Diese bestimmt nolens volens ihren Charakter, aber nicht ihre Funktion.“¹⁹ Der Blick in eine mögliche Zukunft sagt uns oft mehr über die Gegenwart als über die Zukunft selbst. Denn, so Max Weber, „über die kausale Bedeutung der Tatsachen der Gegenwart als ‚Ursachen‘ ‚entscheidet‘ endgültig erst die Zukunft und der Übergang von rationaler zu spekulativer Kalkulation ist völlig flüssig, da keine auf die Zukunft abgestellte Berechnung von unerwarteten Zufällen objektiv gesichert ist“²⁰.

So wie man über die Vergangenheit nicht schreiben kann, wie sie „wirklich“ war, sondern nur wie wir sie heute deuten, bestimmt auch die Gegenwart die „Wirklichkeit“ der Zukunft. Die hehrste Funktion der Prognose ist deswegen die Diagnose. Ebenso wie die Geschichtsschreibung gibt sie einer soziologischen Interpretation ihren Rahmen, ihre Such- und Fixpunkte. Vorhersehen, so Antonio Gramsci, bedeutet „Gegenwärtiges und Vergangenes als in Bewegung befindlich gut zu beobachten. Gut beobachten heißt, die fundamentalen und permanenten Elemente des Prozesses genau zu identifizieren. Es ist aber absurd, an eine rein ‚objektive‘ Voraussage zu denken.“²¹ Die Zukunft ist kein aus der Vergangenheit und Gegenwart zu verlängerndes Faktum, sie wird gemacht. Also geht es um die Potenzialität in den gegenwärtigen Verhältnissen, denn diese enthalten nicht nur eine Zukunft, sondern viele Varianten davon. Gramsci hat auch die Aufgabe einer Zeitdiagnose ganz treffend formuliert: „Die reale Identität unter der scheinbaren Differenzierung zu finden und die substantielle Verschiedenheit

¹⁹ Ebenda, S. 233.

²⁰ Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, 5. rev. Aufl., hrsg. von Johannes Winkelmann, Tübingen 1985, Erstauflage 1922, S. 92.

²¹ Antonio Gramsci, *Philosophie der Praxis*, Frankfurt a. M. 1967, S. 319.

unter der scheinbaren Identität, das ist die wesentliche Qualität des Historikers der sozialen Entwicklung.“²²

4. Die Auflösung der fordistischen Arbeitsgesellschaft

Das, was weltweit als Möglichkeit der Befreiung von notwendiger Arbeit erscheint, wird bei uns als gesellschaftlicher Skandal der Arbeitslosigkeit wahrgenommen und diskutiert. Spätestens seit Mitte der siebziger Jahre lässt sich – trotz aller konjunkturellen Auf und Abs und trotz aller Unterschiede – ein Ansteigen der Arbeitslosenraten in den wichtigen westlichen Industrieländern – insbesondere in Europa – beobachten. Die Rede ist von einem säkularen Trend.

Schauen wir uns das in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands etwas genauer an: Mitte der siebziger Jahre schien sich die Bundesrepublik im Zenit ihrer Geschichte zu befinden. Hinter ihr lagen die Jahre des Wirtschaftswunders, sogenannte Goldene Jahrzehnte, weil in ihnen wirtschaftliches Wachstum sozialstaatlich gestützt mit sozialem Fortschritt Hand in Hand ging und durch Veränderungen in der Lebensweise und im Konsum verstärkt wurde. In der „Süddeutschen Zeitung“ wurde das kürzlich mit leiser Ironie und Wehmut folgendermaßen beschrieben: „Kapital und Arbeit, der Einzelne und die Gesellschaft waren miteinander verbunden durch ein Wertesystem, das sich soziale Marktwirtschaft nannte. [...] Die Gewinne der Unternehmen waren nicht besonders hoch damals, aber alle fuhren gut damit, auch die Unternehmer, weil das Wachstum stetig, die Zukunft planbar, das Leben in den Familien geordnet war.“²³ Wir hatten zwar damals schon ein kleines Arbeitslosenproblem, aber das schien sich mit Hilfe von Keynes und den von ihm entwickelten Methoden staatlicher Wirtschaftspolitik lösen zu lassen. Das hat funktioniert, aber die Lösungen waren nicht von Dauer.

Die Mitte der siebziger Jahre wird deswegen rückblickend auch als Wendepunkt bezeichnet, in Zeitdiagnosen ist von einem „Umbruch in der sozio-ökonomischen Entwicklung die Rede“.²⁴ Die Vorstellung „immerwährender Prosperität“ hat sich als „kurzer Traum“ herausgestellt²⁵. Seit damals sind wir damit konfrontiert, dass der Kapitalismus in seinen Zentren in eine neue Entwicklungsphase getreten ist. Das letzte Viertel des 20. Jahrhunderts beschreibt Eric Hobsbawm als „Erdrutsch“, der bis heute nicht zum Stoppen gekommen ist²⁶. Seitdem beherrscht die „Krise des fordistischen Produktions- und Sozialmodells“ – das

²² Ders., Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, hrsg. unter der wissenschaftlichen Leitung von Klaus Bochmann, Hamburg 1992, S. 94.

²³ Christian Nürnberger, Die Gier der Patrioten, in: Süddeutsche Zeitung vom 1./2. 7. 2006.

²⁴ SOFI; IAB; ISF München; INIFES (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland – Arbeits- und Lebensweisen. Erster Bericht, Wiesbaden 2005, S. 11.

²⁵ Vgl. Burkart Lutz, Der kurze Traum immerwährender Prosperität – Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. M./New York 1984.

²⁶ Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995, S. 501 ff.

bevorstehende Ende jener institutionellen Arrangements, die bis heute in normativer und struktureller Hinsicht unsere Gesellschaft prägen – auch die arbeits- und industriesoziologische Diskussion. Bei diesem Modell handelte es sich in Deutschland und Europa um einen robusten Zusammenhang von industrieller Massenproduktion und Massenkonsum, sozial geschützten Normalarbeitsverhältnissen für Männer, geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung in der Normalfamilie, niedriger Frauenerwerbsquote, kompromissorientierten Arbeitsbeziehungen sowie eines ausgebauten Wohlfahrtsstaates.

Auch in der sozialwissenschaftlichen Arbeitsforschung war seitdem die entscheidende Metapher die der „Krise“ und der entscheidende Begriff der des Endes – die Krise des Lohnanreizes, das Ende der Arbeitsteilung. Daraus destillierte man die Perspektive von etwas Neuem: eines neuen Rationalisierungstyps, neuer Produktionskonzepte, neuer Paradigmen. Offensichtlich wird dieser gesellschaftliche Umbruch aber gerade nicht durch das „Ende der (Erwerbs-)Arbeitsgesellschaft“ markiert, sondern es ist die Entwicklung von Arbeit selbst, in der sich die Umbrüche manifestieren. Entscheidend ist der historische Bezugspunkt dieser Debatte: In ihrem Kern stand immer die Auseinandersetzung mit der tayloristisch-fordistischen Organisation von Arbeit (zentralistische Planung, Hierarchie, starre Arbeitsteilung, Leistungslohn, restriktive Arbeit u. ä.). In der Arbeitsforschung entspann sich zunächst ein Streit über die Frage, inwieweit die beobachtbaren Veränderungen in der Entwicklung von Arbeit auf einen tiefer gehenden Umbruch verweisen oder noch im Rahmen von Kontinuitäten interpretiert werden können. Es war auch eine Auseinandersetzung zwischen quantitativ und qualitativ orientierten Sozialforschern: In den Datenreihen der einen war der Umbruch noch nicht angekommen, das Neue war „im Durchschnitt verschwunden“, und bei den anderen beschränkte sich der empirische Beleg oft nur auf spektakuläre Beispiele aus einzelnen Branchen und Beschäftigtengruppen. Dieser Streit ist inzwischen erledigt. Ob mit oder ohne Umbruchmetapher: Der empirische Tatbestand radikaler Veränderungen in der Entwicklung von Arbeit – sei es in den Beschäftigungsverhältnissen, der Arbeitsorganisation, der Arbeitszeit, der Qualifikationsanforderungen, der Lohn- und Leistungsbedingungen – ist nicht mehr zu bestreiten.

Richtig deutlich geworden ist dieser Umbruch erst in den neunziger Jahren. Der eiserne Vorhang fiel, der Kapitalismus hatte den Kommunismus besiegt, und der Begriff der Wende war in aller Munde und von vielen Hoffnungen begleitet. Wir bezeichnen diese Jahre deshalb auch als Umschlagphase: Nach einer ersten Phase der Entdeckung der Krise in den siebziger und einer Inkubationszeit in den achtziger Jahren, die von Suchprozessen und der partiellen Umsetzung neuer Strategien gekennzeichnet war, wurde hier die Krise in vollem Umfang manifest.

Erst Anfang der neunziger Jahre setzten sich sowohl Konzepte einer neuen Arbeitsteilung – Stichwort flache Hierarchien und partizipatives Management –, als auch Vernetzungskonzepte (meist auf der Basis weiterentwickelter Technologien) im breiten Umfang durch. Ähnliches gilt für die Tendenz einer Flexibilisierung von Arbeit: Sowohl die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses wie die Flexi-

bilisierung der Arbeitszeiten wurden Mitte der achtziger Jahre entdeckt und breit debattiert, aber erst in den neunziger Jahren forciert vorangetrieben. Auch die sogenannten Megatrends wie Globalisierung, Informatisierung und Tertiarisierung haben sich in den neunziger Jahren mit dem institutionellen Umbruch des fordistischen Produktions- und Sozialmodells verbunden und dadurch einen qualitativen Schub erfahren. Schließlich lässt sich auf der Ebene der gesellschaftlichen Legitimationsmuster ein Umschlag feststellen: Mit der Durchsetzung eines „kulturellen Neoliberalismus“ erhalten Maßnahmen einer politischen Deregulierung ebenso wie die Restrukturierung von Unternehmen und Arbeitsformen ein legitimatorisches Fundament. Dem entspricht die These der Alternativlosigkeit des in den neunziger Jahren eingeschlagenen Weges: Die Rückkehr zum Alten wird diskreditiert („Betonköpfe“ und „Blockierer“), und mit Reform- und Innovationsmetaphern wird die immer weitergehende Anpassung an die Krise als unausweichlich dargestellt.

Es geht um einen grundlegenden Wandel von Erwerbsarbeit, in dem Ökonomie und Gesellschaft, Betrieb und Markt, Unternehmen und Arbeitskraft, Arbeit und Leben – durch Prozesse der Entgrenzung – in neuartiger Weise aufeinander bezogen sind. Wenn man will, kann man diesen radikalen Umbruch – der noch nicht zu Ende ist – als „Auflösung der fordistischen Arbeitsgesellschaft“²⁷ bezeichnen, der jedoch nicht das Ende der Arbeitsgesellschaft einläutet, sondern vielmehr in der Entwicklung von Arbeit selbst, in den weit reichenden Prozessen ihrer Veränderung, seinen Ausdruck findet.

5. Radikale Vermarktlichung

Ökonomische Restrukturierungsansätze, betriebliche Rationalisierungsleitbilder und kulturelle Legitimationsmuster verdichten sich in den neunziger Jahren zu einem neuen Muster der Anpassung an die Krise des Fordismus, deren innerer Kern eine „forcierte Vermarktlichung“ der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit ist. In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 1. Juli 2006 liest sich das dann wie folgt: Anfang der neunziger Jahre „kündigte die Kapitaleseite die Solidarität, die ‚bundesdeutsche Konsensscheiße‘ (Olaf Henkel) wurde abgeschafft. [...] Und auf der ganzen Welt gilt nur noch eine Spielregel: die des Marktes. Die Vorstände der Allianz (die gerade angekündigt haben, 7500 Mitarbeiter zu entlassen) sagen: was sie tun, müssen sie tun, es sei nicht nur zum Besten ihrer Aktionäre, sondern auch zum Besten ihrer Mitarbeiter und zum Besten des Landes, denn wenn sie eine geringere Rendite erzielen als vergleichbare Unternehmen, verschwindet ihr

²⁷ Vgl. dazu u. a. Dieter Sauer, Arbeit im Übergang. Zeitdiagnosen, Hamburg 2005; Nick Kratzer/Andreas Boes/Volker Döhl/Kira Marrs/Dieter Sauer, Entgrenzung von Unternehmen und Arbeit – Grenzen der Entgrenzung, in: Ulrich Beck/Christoph Lau (Hrsg.), Entgrenzung und Entscheidung. Was ist neu an der Theorie reflexiver Modernisierung?, Frankfurt a. M. 2004, S. 329–35; Dieter Sauer/Volker Döhl, Die Auflösung des Unternehmens? Entwicklungstendenzen der Unternehmensreorganisation in den 90er Jahren, in: ISF München u. a. (Hrsg.), Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung 1996 – Schwerpunkt: Reorganisation, Berlin 1997, S. 19–76.

Unternehmen vom Markt und es werden alle Mitarbeiter arbeitslos. Sie handeln also verantwortlich, wenn sie einen Teil der Belegschaft opfern, um den anderen Teil zu retten. Sie halten das Gesetz des Marktes für ein Naturgesetz, gegen das kein Widerspruch möglich ist.²⁸

Markt als generelles Steuerungs-, Organisations- und Allokationsprinzip gehört natürlich schon immer zu den zentralen Konstituenten kapitalistischer Gesellschaften. Was neu ist und die gegenwärtige Entwicklung charakterisiert, ist eine neue Stufe der Vermarktlichung, ihre Radikalisierung. Markt wird dabei oft nur als Metapher verwendet, die mehr meint, nämlich eine umfassende Durchsetzung der kapitalistischen Verwertungslogik und des Konkurrenzprinzips oder ganz generell eine weitergehende Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche. Etwas präziser lässt sich Vermarktlichung als ein neues Verhältnis von Markt und Betrieb und Markt und Organisation fassen: Während es in der Perspektive fordistischer Unternehmen darum ging, die konkreten Produktionsabläufe gegenüber den Unwägbarkeiten des Marktes abzuschotten, setzen neue Konzepte darauf, den Markt zum Motor der permanenten Reorganisation der Binnenstrukturen zu machen. Damit wird der Markt in seiner Kontingenz und Dynamik zum Strukturierungsmoment der betrieblichen Organisation. Umgekehrt wird im Zuge dieser Prozesse jedoch auch der Markt selbst neu gestaltet. Marktprozesse werden instrumentalisiert und inszeniert, seine Unbestimmtheit und Dynamik wird auf diese Weise strategisch genutzt.

Die unmittelbare Ausrichtung der Unternehmen auf die Absatzmärkte, die Kunden, die Spezifika des Produkts und den Preis setzte sich in der Bundesrepublik bereits in den achtziger Jahren durch. Die Ausrichtung auf die Finanzmärkte, auf die Erwartungen der Investoren, ihre Renditemargen und den Kurswert auf den Aktienmärkten vollzieht sich aber erst seit Mitte der neunziger Jahre. Mit der Auflösung der „Deutschland AG“ – eine eigentümliche Verflechtung von Staat, Banken und Unternehmen, die die Unternehmen lange Zeit vor dem Einfluss internationaler Finanz- und Kapitalmärkte bewahrt hat – wird das produktive Kapital nun zum Anlageobjekt oder besser zur Anlageoption des globalen zinstragenden oder spekulativen Kapitals. Damit werden auch die Herstellungsprozesse in den Unternehmen zur abhängigen Variablen. Die Differenz zwischen dem industriellen Profit, der von der Effizienz der Produktionsfaktoren abhängt, und den davon abgelösten Renditeerwartungen der Investoren auf den Finanzmärkten erzeugt einen „maßlosen“ Verwertungsdruck, der in der permanenten Reorganisation der Unternehmen seinen Ausdruck findet.

Auch die Ressource Arbeitskraft wird in Herstellungsprozessen als Kostenbestandteil zur abhängigen Variable. Das Einkommen wird, je marktabhängiger der Lohn wird, zu einer Restgröße, der Gewinn als Renditemarge zum Ausgangspunkt. Eine Folge und Voraussetzung dieser Verkehrung ist die Entsicherung von Arbeitskraft, der Bruch mit der fordistischen betrieblichen und sozialstaatlichen Regulierung. Der Abbau des Sozialstaats und die Deregulierung sozialer Siche-

²⁸ Nürnberger, Die Gier der Patrioten.

zungssysteme flexibilisieren die Arbeitsverhältnisse und bringen wieder riesige Reservearmeen auf den Arbeitsmärkten hervor.

Mit der Vermarktlichung wird in den Unternehmen ein neuer Steuerungsmodus implementiert, den wir als „Indirekte Steuerung“ bezeichnen. Gemeint sind Steuerungsformen und Instrumente, mit denen der Markt, in mehr oder weniger abstrakte Zielvorgaben oder Wertgrößen übersetzt, zur „Naturbedingung“ von Arbeit wird. Das Neue an diesen Steuerungsformen besteht darin, dass sich das Management darauf „beschränkt“, den weiteren Rahmen festzulegen – z. B. „Kopf-Zahlen“ als Begrenzung der Gesamtbelegschaft, die technische Ausstattung, strategische Prioritäten – und spezifische Ziele vorzugeben (Umsatzziele, Erträge, Kosten, Termine). Die konkrete Bearbeitung wird weitgehend dezentralen Einheiten und in letzter Konsequenz den Beschäftigten selbst überlassen. „Macht was ihr wollt, aber seid profitabel“, so lautet die Parole²⁹.

Die Tendenzen der Vermarktlichung und Ökonomisierung ergreifen alle gesellschaftlichen Bereiche. Die „abstrakte Herrschaft der Zahlen“ reicht von Betrieb, Schule und Sozialeinrichtungen bis in die Familie. Dies scheint das zentrale strukturelle Merkmal der gegenwärtigen Übergangsphase zu sein: Es wird versucht, alles markt- oder warenförmig zu organisieren. Nicht nur in den Betrieben bestimmen der Markt und die darauf bezogenen ökonomischen Kennziffern und Benchmarks, wo Arbeit bleibt, wo sie abgebaut und wie sie bewertet wird. Auch wohlfahrtsstaatliche Institutionen richten ihre Leistungen zunehmend nach Marktkriterien aus. Und nicht zuletzt setzen sich auch in der Organisation der Familie und der Lebensführung ökonomische Effizienzkriterien durch.

In der Arbeitswelt verschwinden die Maßstäbe für eine politische Regulierung der Arbeit. Mit der Durchsetzung ergebnis- und marktorientierter Steuerungsformen von Arbeit bricht die traditionelle Verbindung von Zeit und Leistung. Wenn nur noch das Ergebnis zählt, wird Leistung vom arbeitskraftbezogenen Aufwand losgelöst. Die Arbeitszeit dient dann zunehmend weniger als Maßstab der Bemessung und Bewertung von Arbeit und damit auch der Regulierung der Arbeits- und Leistungsbedingungen. Eine tendenziell „entzeitlichte“ Leistungs politik verlangt von den Beschäftigten, den Zusammenhang von Zeit und Leistung selbst herzustellen. Sie müssen für sich selbst ein Maß setzen, das einer marktorientierten maßlosen Leistungs politik gegenübergestellt werden kann. Dies schafft neue Bedingungen für die Durchsetzung individueller und kollektiver Interessen und verlangt einen Neuanfang in der betrieblichen und tariflichen Regulierung von Arbeit³⁰.

Der Verlust von Maßstäben gilt aber auch für gesellschaftliche Grundwerte wie der sozialen Gerechtigkeit, die zur Rechtfertigung sozialer Ungleichheit verkommt. Nachzulesen ist dies in den Programmdebatten der Sozialdemokratie in

²⁹ Vgl. Wilfried Glissmann/Klaus Peters, Mehr Druck durch mehr Freiheit – Die neue Autonomie der Arbeit und ihre paradoxen Folgen, Hamburg 2001.

³⁰ Vgl. Dieter Sauer/Volker Döhl/Nick Kratzer/Kira Marrs, Arbeiten ohne (Zeit-)Maß? – Ein neues Verhältnis von Arbeitszeit- und Leistungs politik, in: Frank Bsirske/Margret Mönig-Raane/Gabriele Sterkel/Jörg Wiedemuth (Hrsg.), Es ist Zeit – Das Logbuch für die ver.di-Arbeitszeitinitiative, Hamburg 2004, S. 155–177.

den letzten Jahren³¹ oder auch in dem schon zitierten SZ-Artikel³²: Das Gesetz des Marktes „kennt kein gemeinsames Drittes, weiß nichts von der Gemeinwohlverpflichtung, der Sozialpflichtigkeit des Eigentums und dem Vorrang der Arbeit vor dem Kapital. [...] die im Grundgesetz verankerten Werte werden nicht als schwer erkämpfte kulturelle Errungenschaften [betrachtet], sondern als Wettbewerbshindernisse, die dem Wachstum der Renditen im Wege stehen und darum abgeschafft gehören.“

6. Die Rückkehr des Subjekts in die Ökonomie

In den neuen indirekten Steuerungsformen von Arbeit wird die individuelle Arbeitskraft unmittelbar mit der wachsenden Dynamik von Markt- und Kundenanforderungen konfrontiert. Selbstorganisation, Ergebnisorientierung und flexible Arbeitszeiten bauen die bisherigen institutionellen Puffer zwischen Individuum und Markt ab. Entscheidende Voraussetzung für die Bewältigung von kontingenten und variablen Anforderungen ist eine neue Autonomie in der Arbeit. Die angestrebten Produktivitätsfortschritte und Profitsteigerungen können nur dadurch erreicht werden, dass die Unternehmen klassische Forderungen nach mehr Arbeitnehmerselbständigkeit erfüllen. Durch eine bloße „Scheinselbständigkeit“ oder nur eine ständige Propagierung von neoliberalen Gedankengut sind diese Effekte nicht zu erreichen. Bürokratische Anweisungsstrukturen müssen realiter demontiert werden.

Dabei ist es wichtig, die neue Autonomie von alten Formen der Autonomie in der Arbeit zu unterscheiden. Ging es früher um die Gewährung von Handlungs- und Entscheidungsspielräumen, so geht es heute um die unmittelbare Konfrontation mit den Rahmenbedingungen des eigenen Handelns. Damit verändern sich nicht nur die Formen der Unternehmensorganisation, sondern das Prinzip von Unternehmensorganisation selbst, wobei die indirekte Steuerung immer größere Bedeutung erlangt. Unter indirekter Steuerung verstehen wir „eine Form der Fremdbestimmung von Handeln, die sich vermittelt über ihr eigenes Gegenteil, nämlich die Selbstbestimmung oder Autonomie der Individuen umsetzt, und zwar so, dass sie dabei nicht nur auf explizite, sondern auch auf implizite Anweisungen, sowie auf die Androhung von Sanktionen verzichten kann“³³.

Der Grundgedanke der indirekten Steuerung besteht darin, die Form der Abhängigkeit, in der sich der freie Unternehmer gegenüber seinen Rahmenbedingungen befindet, in die Steuerung unselbständig Beschäftigter zu „importieren“. Der abhängig Beschäftigte übernimmt unternehmerische Funktionen und gerät dabei in ein widersprüchliches Verhältnis zu sich selbst. Sein Interesse an

³¹ Vgl. Birgit Mahnkopf, Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus, in: PROKLA 121 – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft – 30 (2000), S. 489–527.

³² Nürnberg, Die Gier der Patrioten.

³³ Klaus Peters/Dieter Sauer, Indirekte Steuerung – eine neue Herrschaftsform. Zur revolutionären Qualität des gegenwärtigen Umbruchprozesses, in: Hilde Wagner (Hrsg.), Rentier ich mich noch? Neue Steuerungskonzepte im Betrieb, Hamburg, 2005, S. 23–58, hier S. 24.

der Entfaltung seiner Individualität gerät in Konflikt mit seinem unternehmerischen Interesse am betriebswirtschaftlich definierten Erfolg. Ziel der neuen Unternehmenssteuerung ist es, die Individuen dazu zu bringen, dass sie alle Ressourcen für den Verwertungszweck mobilisieren. Dabei geht es zum einen um den Einsatz aller potenziell verwertbaren subjektiven Eigenschaften, die das Vermögen lebendiger Arbeit kennzeichnen, und zum anderen um die Entwicklung und Entfaltung dieses Arbeitsvermögens, das in Leistung transformiert und gesteuert werden soll. Die indirekte Steuerung bringt die Individuen in eine Lage, in der sie selber die Perspektive des Unternehmens auf sich einnehmen und sich ihre eigenen Kräfte und sozialen Beziehungen in „Ressourcen“ des unternehmerischen Erfolgs verwandeln. Individualisierung, als Zeitdiagnose früher vor allem auf die private Lebenswelt und die private Lebensführung bezogen, kehrt so in die Ökonomie zurück. In den Kernbereichen von Ökonomie und Arbeit kommt es zu einer forcierten Individualisierung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen.

Die These der Subjektivierung von Arbeit³⁴ reflektiert diesen widersprüchlichen Prozess. Sie besagt zum einen, dass subjektive Potenziale und Ressourcen in erweiterter Weise vom Betrieb gefordert und vereinnahmt werden. Andererseits verweist sie aber auch auf die Ansprüche der Individuen nach mehr Entwicklungschancen, mehr Partizipationsmöglichkeiten, mehr Erlebnisqualität auch und gerade in der Arbeitswelt. Entfaltung und Gefährdung, erweiterte Selbstbestimmung und internalisierte Selbst-Beherrschung liegen nah beieinander, sind die untrennbar aufeinander bezogenen zwei Seiten der gegenwärtigen Restrukturierung. Arbeit dringt stärker in das Leben ein und das Leben in die Arbeit. Die Grenzen zwischen betrieblich organisierter Erwerbsarbeit und privatem, heim- und familienbasiertem Leben werden unscharf. Vermarktlichung und Individualisierung finden heute offensichtlich nicht mehr in getrennten Sphären statt, sondern beide in der Arbeits- und Lebenswelt.

Für eine politische Bewertung dieser Veränderungsprozesse gilt es, die Dialektik von Unterwerfung und Befreiung, die diesen Prozessen immanent ist, präziser zu bestimmen. Verkrustete institutionelle (Herrschafts-)Strukturen brechen auf, neue Freiheitsräume für die Individuen sind nicht nur ideologische Versprechen, sondern werden real, werden zu funktionalen Bestandteilen einer neuen Ökonomie. Gleichzeitig verbindet sich diese Freisetzung mit neuer Unsicherheit und einer Unterordnung individuellen Handelns unter die Imperative einer abstrakter (globaler) werdenden kapitalistischen Ökonomie. Die Prozesse sind widersprüchlicher als sie erscheinen mögen: Die Beharrungskräfte gesellschaftlicher und privater Lebensbereiche widersetzen sich ihrer „Kolonialisierung“, neue Gestaltungsfreiheiten brechen sich an Resten „vergänger“ bürokratischer Herrschaftsformen. Die Zeiten einer einfachen politischen Bewertung sind vorbei – so oder so. Das Positive und Negative der Entwicklung lässt sich nicht mehr so einfach auseinanderdividieren. Ökonomisierung löst weder das neoliberale Freiheits-

³⁴ Vgl. Nick Kratzer/Dieter Sauer, Flexibilisierung und Subjektivierung von Arbeit, in: Bericht-erstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland (wie Anm. 10), S. 125–149.

versprechen ein, noch bedeutet sie die Totalisierung der Ökonomie. Ökonomisierung verweist auf eine neue Qualität der Ökonomie (z. B. auf die Differenz zwischen industriellem Profit und finanzmarktbezogener Rendite und die dadurch ausgelöste Dynamik der „Maßlosigkeit“) und auf die Auflösung der Grenzen zwischen Ökonomie und anderen gesellschaftlichen Bereichen. Ökonomisierung setzt auf die Nutzung der subjektiven Potenziale menschlicher Arbeit und auf die neue Selbstständigkeit und Autonomie der Beschäftigten. Sie ist angewiesen auf deren Entfaltung, und gleichzeitig vereinnahmt sie diese Potenziale, wobei immer das Risiko, sie wieder zu zerstören, besteht. Es ist deswegen zunehmend das Individuum, das die Widersprüche der Ökonomisierung austragen muss: Das kann zu weitergehender Vereinnahmung oder zu Ohnmacht führen – daraus können aber auch politische Einsichten erwachsen³⁵.

7. Arbeit im Umbruch

Vermarktlichung und Subjektivierung hinterlassen Spuren. Der Umbruch erzeugt eine zwiespältige, unübersichtliche „Landkarte“ der Arbeit. Er hat in einzelnen Branchen und für einzelne Beschäftigtengruppen sehr unterschiedliche Konsequenzen. So setzen sich Tendenzen einer Vermarktlichung in dezentralisierten, kundenorientierten Dienstleistungsbereichen sehr viel schneller und stärker durch als in komplexen, immer noch konzentrierten Produktionsbereichen. Selbstorganisierte, subjektivierte Arbeit findet sich eher bei Höherqualifizierten, während bei Niedrigqualifizierten immer noch standardisierte Arbeitsvollzüge vorherrschen. Flexibilisierung von Arbeitszeit und Beschäftigung trifft Frauen anders als Männer.

Flexible Erwerbsformen bestehen bei modernen Tagelöhnern, die befristet, auf Abruf oder als Leiharbeiter arbeiten, bei neuen Selbstständigen bis zu erfolgreichen Gründern neuer Unternehmen. Die Spaltungslinien in den Belegschaften sind zum Teil die alten, aber sie werden tiefer und instabiler. Es wird ein flexibles Beschäftigungssegment aufgebaut, das in sich sehr heterogen ist: Es umfasst verschiedene Erwerbsformen – von geringfügiger Beschäftigung bis zur Selbstständigkeit – sowie unterschiedliche Qualifikations- und Kompetenzprofile mit ganz verschiedenen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen. Die relative Zunahme flexibler Beschäftigter bei expandierenden Belegschaften erfolgt nicht mehr im alten Modus einer Segmentierung in Kern- und Randbelegschaften: Flexibilisierung der Beschäftigung erreicht auch die ehemaligen Kernfunktionen eines Unternehmens und damit auch die Qualifizierten und Hochqualifizierten. Die traditionellen Sicherheiten der Mittelschichten (vom Produktionsfacharbeiter und qualifizierten Angestellten bis zu Hochschulabsolventen) lösen sich auf.

Flexibilisierung der Arbeitszeit führt nicht nur zu einer Vielzahl an Arbeitszeitmuster, sondern auch zu einer eindeutigen Polarisierung, die sich an Geschlecht

³⁵ Vgl. Dieter Sauer, „Du bist Kapitalismus“ oder die Widersprüche der Ökonomisierung. Beitrag zum 33. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, 9.–13. Oktober 2006 in Kassel. Veröffentlichung in Vorbereitung.

und Qualifikation orientiert: Eine wachsende Gruppe arbeitet immer länger (vor allem Männer und Hochqualifizierte), eine zweite ebenso wachsende immer kürzer (vor allem Frauen und Geringqualifizierte). Eine dritte Gruppe, die zwischen 30 und 40 Stunden arbeitet, schrumpft³⁶.

Den Beschäftigten in selbstorganisierten Arbeitsformen mit wachsender Verantwortung und größeren Entwicklungsperspektiven stehen Beschäftigte gegenüber, die weiterhin oder auch zunehmend in restriktive Arbeitsvollzüge eingebunden sind. Charakteristisch scheint ein Nebeneinander von Menschen ohne Arbeit, die an den gesellschaftlichen Rand gedrängt sind, und Menschen, die „ohne Ende arbeiten“ und deren Gesundheit dabei Schaden nimmt. Ebenso charakteristisch ist das zunehmende Nebeneinander von prekären Beschäftigungsverhältnissen und weitgehend selbstverantwortlichem Arbeiten mit hohen individuellen Freiheiten. Insbesondere von Jüngeren wird die Verschränkung von Arbeit und Leben als Privileg gesehen: Subjektive Ansprüche und Bedürfnisse werden hier in der Arbeit stärker ausgelebt, und die Gruppe der Beschäftigten, die dieses Privileg nutzt, wird größer. Das Privileg ist jedoch zugleich ein Problem: Der Preis für das Ausleben hoher intrinsischer und arbeitsinhaltlicher Motivation besteht im Opfer von Lebenszeit und Lebensqualität. Arbeitsweltliche Qualität wird durch den Verlust lebensweltlicher Qualität erkaufte.

8. Arbeitsgesellschaft im Übergang

Wir sprechen von einer Übergangsphase, weil die gegenwärtige Entwicklung vor allem durch Instabilität, Heterogenität, Widersprüche und Konflikte gekennzeichnet ist. Es hat den Anschein, als hätten wir es mit einem Transformationsprozess zu tun, dessen wesentliches Merkmal die permanente Veränderung, eine auf Dauer gestellte Restrukturierung ist. Diese steuert nicht auf ein bestimmtes Ziel zu, sondern wälzt seine jeweils neu geschaffenen Voraussetzungen immer wieder um. Dies darf man sich aber nicht als einfache kreisende Bewegung vorstellen. Die darin wirksam werdenden Widersprüche sorgen permanent für eine vorwärts treibende Dynamik.

Vermarktlichung sprengt das fordistische Verhältnis von Markt und Organisation, von Arbeitskraft und Person und von Arbeit und Leben auf. Die in der fordistischen Produktionsökonomie gesetzten Grenzen der Verwertung von Kapital werden überwunden, die technischen und organisatorischen Grundlagen werden revolutioniert und die Nutzung von Arbeitskraft wird aus ihren institutionellen und motivationalen Grenzen gelöst (Flexibilisierung und Subjektivierung). Treibende Kraft sind die Konkurrenz auf den Absatzmärkten und die Renditeerwartungen der Investoren, sie stellen die von technischen und organisatorischen Faktoren bestimmte Effizienz der Produktion ständig in Frage. Aber die finanzgetriebenen kurzfristigen Renditeerwartungen gefährden die langfristigen Grundlagen

³⁶ Vgl. Nick Kratzer/Tatjana Fuchs/Alexandra Wagner/Dieter Sauer, Zeitmuster – Zeitverwendung im Kontext von Erwerbsarbeit und Haushalt, in: Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland (wie Anm. 10), S. 381–402.

von Unternehmen. Das hat nicht zuletzt das Beispiel der New-Economy-Krise gezeigt³⁷.

Die Tendenz der kapitalistischen Ökonomie zur Schranken- und Maßlosigkeit negiert die natürlichen Grundlagen von Arbeitskraft: die Bedingungen ihrer Nutzung im Arbeitsprozess wie auch die Bedingungen ihrer Reproduktion. Existenzielle Unsicherheit und Prekärität von Arbeit auf der einen Seite und zunehmende Überforderung durch maßlose Ausdehnung der Arbeitszeit und zunehmende Intensivierung in der Arbeit auf der anderen Seite sind die sichtbaren Konsequenzen. Schrankenlose Kapitalverwertung zielt jedoch immer auch auf eine Verschiebung der Grenze, zielt auf ein neues Niveau in der Nutzung der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Der widersprüchliche Charakter des Übergangs resultiert nicht zuletzt daraus, dass es neben Prozessen der Begrenzung auch Prozesse der Entfaltung neuer gesellschaftlicher Entwicklungspotenziale gibt, die mit der neuen Qualität der Individualisierung zu tun hat, mit der „Subjektivierung von Arbeit“. Deren ökonomische Nutzung treibt die Entwicklung voran, scheint ihr zugleich aber auch entgegenzuwirken, d. h. als Gefährdung bzw. „gefährdete Entfaltung“ wirksam zu werden.

Hier kommt die Politik ins Spiel, denn das Verhältnis von Schrankenlosigkeit und Begrenzung ist immer auch von den politischen Kräfteverhältnissen bestimmt. Neben den immanenten ökonomischen Grenzen sind es vor allem die von der Politik gesetzten sozialen und moralischen Grenzen, die hier zu beachten sind. Politik heißt deswegen, gesellschaftliche und individuelle Umgangsweisen mit der der Vermarktlichung und Individualisierung inhärenten Maßlosigkeit zu finden. Und das in doppelter Weise: in der Begründung notwendigen Widerstands wie in der Bestimmung von progressiven Politikansätzen in der Übergangsphase. Grenzen setzen und Potenziale entwickeln sind dabei die entscheidenden Anforderungen an Politik, die nicht gegeneinander ausgespielt werden können.

Nun stehen wir vor dem Problem, dass in der gegenwärtigen Übergangsphase Momente des Progressiven und Momente des Destruktiven so zusammenkommen, dass sie sich wechselseitig auszuschließen scheinen. Daraus folgt, dialektisch gefasst, die „Unhaltbarkeit“ solcher Übergänge, also die Unmöglichkeit, dass es sich bei diesen Übergängen um dauerhaft stabile Zustände handeln könnte. Die Widersprüchlichkeit ist dann nur ein anderer Ausdruck für die in der Situation liegende objektive Dynamik, die über den gegenwärtigen Zustand hinaustreibt. Die „unhaltbare“ Situation des Übergangs ist durch eine Zuspitzung gesellschaftlicher Konflikte gekennzeichnet, deren Ausgang offen ist. Die Auseinandersetzungen über den Umbau (bzw. Abbau) des Wohlfahrtsstaats, die Standort- und Beschäftigungssicherung, die Arbeitszeitverlängerung und die Gesundheitsgefährdung nehmen ebenso an Schärfe zu, wie sich individuelle Konflikte zuspitzen – so z. B. als individualisierter Arbeitszeitkonflikt, der vermehrt in den Partnerschaften und Familien ausgetragen werden muss, oder als die im Individuum

³⁷ Vgl. Georg Erber/Harald Hagemann: „The New Economy in a Growth Crisis“, in: *The New Economy in a Transatlantic Perspective: Spaces of Innovation*, hrsg. von Kurt Hübner, Routledge Studies in Governance and Change in the Global Era, London/New York 2005.

selbst stattfindende Auseinandersetzung um die Entfaltung oder die Sicherung des eigenen Arbeitsvermögens.

Erkennbar wird ein steigendes Konfliktpotenzial auf der Seite der Arbeitnehmer, wo eine Reihe relativ unverbundener und teilweise gegeneinander stehender Konflikte erkennbar ist. Da gibt es zum einen Widerstand und Protest gegen eine zunehmende existenzielle Unsicherheit der Arbeitslosen, der von Arbeitslosigkeit Bedrohten, der prekär Beschäftigten und der wachsenden Gruppe derer, die ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten können. Wirft man einen Blick auf andere Länder, so zeigen sich nicht unerhebliche Formen des Widerstands. Beverly Silver hat in ihrem Buch „Forces of Labor“, in dem sie den Zusammenhang von Arbeiterbewegung und Globalisierung untersucht, den Begriff des „labor unrest“, der Arbeits- oder Arbeiterunruhe, geprägt, die sich auch jenseits der organisierten Arbeiterbewegung entwickelt³⁸. Da ist zum anderen erhöhter Widerstand gegen eine zunehmende Überforderung in der Arbeit zu beobachten, die sich aus einer maßlosen Ausdehnung der Arbeitszeit und einer zunehmenden Intensivierung der Arbeit ergibt. Ein Beispiel dafür ist die Aktion „Arbeiten ohne Ende – Meine Zeit ist mein Leben“ der IG Metall, die ihren Ausgangspunkt bei hochqualifizierten Beschäftigten der IBM nahm. Konfliktpotenzial erwächst bei diesen Beschäftigtengruppen auch daraus, dass die versprochenen Sinnperspektiven in der Arbeit immer weniger eingelöst werden. Zu beobachten ist ein neues Arbeitnehmerbewusstsein, das allerdings nicht mit dem traditionellen instrumentellen Arbeiterbewusstsein zu verwechseln ist, das die Sinnperspektiven jenseits der Arbeit gesucht hat. Hier bleiben sie auf die Arbeit und auf die Qualität des Lebens in der Arbeit bezogen.

Die Zukunft der Arbeit bleibt mithin ein offenes Projekt. Die hier skizzierte Zeitdiagnose – und das gilt wohl für die Soziologie schlechthin – erhebt nicht den Anspruch, über mögliche gesellschaftliche Zukünfte dezidierte Aussagen zu machen. Aber sie erlaubt eine Einschätzung möglicher Optionen, die in der Auflösung der alten fordistischen Arbeitsgesellschaft erkennbar werden:

„Die Zukunft liegt in der Vergangenheit“. Der Weg zurück zu alten Verhältnissen wird von vielen gefordert, vor allem von denen, die die Sicherheiten des alten Sozial- und Wohlfahrtsstaates zurückhaben bzw. erhalten wollen – angesichts der Dynamik des gegenwärtigen Umbruchprozesses eine unrealistische Perspektive. Unsere Diagnose zeigt aber auch, dass das Festhalten an sozialen Errungenschaften seine Berechtigung hat. Dies ist nicht gleichzusetzen mit einer Rückkehr zu fordistischen Verhältnissen. Die alten Zustände will kaum einer wirklich zurück, vor allem nicht die alten hierarchischen und bürokratischen Organisationsstrukturen und auch nicht die alten restriktiven Arbeitsformen.

Eine andere Option liegt in einer weitergehenden Subjektivierung der Arbeit und damit in einer noch intensiveren Suche nach Sinnperspektiven in der Arbeit. Mit der Auflösung bürokratischer Herrschaft werden die Unternehmen veranlasst, das Gegenteil von Hierarchie und Unterordnung, die neue Selbststän-

³⁸ Vgl. Beverly J. Silver, *Forces of Labor – Arbeiterbewegung und Globalisierung seit 1870*, Berlin/Hamburg 2005.

digkeit der abhängig Beschäftigten „in Betrieb zu nehmen“. Das ist die schwache Stelle, die Achillesferse der neuen Steuerungsformen von Arbeit. Der einzelne Beschäftigte nimmt die Aufforderung zum unternehmerischen Handeln ernst und erlebt die kapitalistische Unternehmerfunktion als eine Fessel für die Entfaltung seiner Individualität. Dies kann zu der Einsicht führen, dass und wie Herrschaft sein Verhältnis zu sich selbst bestimmt. Diese Erkenntnis wäre schon eine Form und ein erster Schritt, in der sich die Befreiung des Individuums vollzieht – nämlich im Denken. Eine Voraussetzung für politisches Handeln.

Schließlich ist eine dritte Option zu erwähnen, die am alten Menschheits Traum vom weniger arbeiten ansetzt: weniger arbeiten und länger leben. „Endlich wird die Arbeit knapp“, so stand es auf einem Plakat, das ich kürzlich auf einer Demonstration gesehen habe. In dieser einfachen Parole wird die ganze Widersinnigkeit der kapitalistischen Organisation von Arbeit deutlich, wenn man sie an dem misst, was sie selbst in immer weniger Zeit produziert: den Überfluss an Lebensmitteln für den Erhalt und ein gutes Auskommen der ganzen Menschheit. Die Parole zeigt aber auch, wie schwer sie in unsere Köpfe geht, wie wir selbst geprägt sind von den Mechanismen einer kapitalistischen Arbeitsgesellschaft. Das Problem der knapper werdenden Arbeit mit Mehrarbeit zu verschärfen, wird gegenwärtig fast allgemein akzeptiert. Was sich für das einzelne Unternehmen rechnen mag, wird sich aber für die Gesellschaft als ruinös erweisen.

Der militärische Widerstand gegen Hitler hat nur wenige authentische Zeugnisse hinterlassen. Der spektakuläre Fund von Peter Hoffmann aus dem Archiv des sowjetischen Geheimdienstes macht nicht nur deutlich, wie nahe die deutschen Verschwörer im Jahr 1943 ihrem Ziel bereits gekommen waren. Erkennbar wird auch, dass ihr Rückhalt in der Wehrmacht größer war, als bisher vermutet. Doch blieb die entscheidende Unterstützung der höchsten militärischen Führung gewöhnlich aus. Der Inhalt dieser Schlüsseldokumente ist genauso spannend und abenteuerlich wie ihre Geschichte.

Peter Hoffmann

Oberst i. G. Henning von Tresckow und die Staatsstreichpläne im Jahr 1943

Am 15. Februar 1945 befahl Generaloberst Viktor Semjonowitsch Abakumow, Chef der Hauptverwaltung Gegenaufklärung „SMERS“ im Volkskommissariat für Verteidigung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, den kriegsgefangenen deutschen Major i. G. Joachim Kuhn für „operative Arbeit“ nach Ostpreußen zu bringen. Er wurde mit einem Flugzeug des damaligen Volkskommissars für innere Angelegenheiten (Staatsicherheit) der UdSSR Lawrenti Pawlowitsch Berija nach Ostpreußen geflogen, kaum drei Wochen nachdem die Rote Armee das Gebiet eingenommen hatte. Am 17. Februar führte Kuhn seine Bewacher durch Hitlers vom 23. bis 25. Januar gesprengte „Wolfschanze“ bei Rastenburg und durch „Mauerwald“, das zerstörte Quartier des Oberkommandos des Heeres bei Angerburg. Kuhn, seit Juli 1944 in Gefangenschaft, hatte den Vernehmern seine Beteiligung an der Verschwörung gegen Hitler zu erkennen gegeben und hatte darauf einen detaillierten Bericht für Stalin und das Staatliche Verteidigungskomitee der UdSSR schreiben müssen. Er hatte auch berichtet, er habe im November 1943 in „Mauerwald“ Pläne für den Umsturz vergraben. Nun mußte er seine Bewacher zu der Stelle führen, wo die Pläne seit November 1943 versteckt lagen – Pläne zum Sturz Hitlers und zur Besetzung von dessen ostpreußischem Hauptquartier sowie der Feldhauptquartiere Hermann Görings, Heinrich Himmlers und Joachim von Ribbentrops¹. Die Pläne kamen nach Moskau und liegen

¹ Christian Ludwig Herzog zu Mecklenburg an Marie Gabriele Schenk Gräfin von Stauffenberg, 16. 3. 1954, Papiere M. G. Gräfin Stauffenberg, im Besitz des Verfassers; Mecklenburg, Aufzeichnung über Major i. G. Joachim Kuhn, masch., Hammelmark Mai 1983, Papiere Daisy Gräfin von Arnim, S. 3 (im Besitz der Familie); M. G. Gräfin Stauffenberg an Hildegard Maria Klara Kuhn, 27. 11. 1955 (Papiere M. G. Gräfin Stauffenberg, im Besitz des Verfassers) über ihr Gespräch mit einem anderen ehem. Mitgefangenen Kuhns, Peter Wolfgang von Rüling: „Er hat genau wie Mecklenb. von dem Aufenthalt der kl. Villa bei Moskau u. dem Flug nach dem Hauptquartier u. den Aufenthalten in der Lubjanka u. Butirka erzählt, was ihm J. erzählt hat.“ Vgl. Boris Chavkin/Aleksandr Kalganov, Neue Quellen zur Geschichte des 20. Juli 1944 aus dem Archiv des Föderalen Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation (FSB). „Eigenhändige Aussagen“

im Archiv des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR (KGB), heute Inlandnachrichtendienst der Russischen Föderation (FSB der RF). Sie entschlüsseln in überraschender Weise Vorgänge und Zusammenhänge des Jahres 1943.

Die Geschichte der Umsturzversuche reicht in das Jahr 1938 zurück. Die Behauptung, Hitlers deutsche Gegner hätten erst in letzter Minute im Angesicht der Niederlage und aus eigensüchtigen Motiven gehandelt, hat keine Grundlage. 1938 waren die Pläne, die vor allen der damalige Chef des Generalstabes des Heeres, General Ludwig Beck, vorangetrieben hatte, gescheitert am Schwanken und an der Korruptionierung des neuen Oberbefehlshabers des Heeres, Generaloberst Walther von Brauchitsch, sowie an außenpolitischen Umständen und an der unentschiedenen Haltung von Becks Nachfolger, General Franz Halder. Versuche Halders und anderer hoher Offiziere, darunter Angehörige des Amtes Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht, die von Hitler befohlene Offensive im Westen im Herbst 1939 und Frühjahr 1940 zu verhindern, scheiterten aus denselben Gründen². Im Sommer 1941, am Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion, entstand ein neues Zentrum des militärischen Widerstands an der Ostfront, das Oberst i. G. Henning von Tresckow, 1. Generalstabsoffizier (Ia) im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte in Smolensk, aufbaute. Im Frühjahr 1943 bereitete er als „Initialzündung“ mehrere Attentatversuche gegen Hitler vor. Im Sommer des Jahres, als er vor einer neuen Verwendung Urlaub bekam, sah er in Berlin, daß die organisatorischen Voraussetzungen für den zweiten Teil, den Staatsstreich, ungenügend waren. Er überarbeitete deshalb die seit 1941 im Allgemeinen Heeresamt beim Oberbefehlshaber des Ersatzheeres unter dem Stichwort „Walküre“ ausgearbeiteten Pläne. Diese sollten notfalls Ersatz für die Front schaffen oder Truppen zur Küstensicherung oder gegen Luftlandetruppen zur Verfügung stellen. Seit Juli 1943 begannen Tresckow und General Friedrich Olbricht, der Chef des Allgemeinen Heeresamts, die „Walküre“-Pläne für den eventuellen Einsatz gegen „innere Unruhen“ so zu gestalten, daß sie auch für die Übernahme der Vollziehenden Gewalt im Reich und in den besetzten Gebieten durch das Heer verwendbar wurden³.

von Major i. G. Joachim Kuhn, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 5/1–2 (2001), S. 355–402, hier S. 366; Sprengung: Franz W. Seidler/Dieter Zeigert, Die Führerhauptquartiere, München 2000, S. 214. Der Verfasser dankt besonders Matthias Uhl, Deutsches Historisches Institut, Moskau, für seine Hilfe, ferner Herrn Peter M. Kaiser, der seine vorläufige Transkription der Tagebücher von Hauptmann d. R. Hermann Kaiser zur Verfügung stellte, sowie Bernhard Kroener für wertvolle Mitteilungen und Carina Notzke für rasche Auskünfte.

² Zur Geschichte der Umsturzversuche insgesamt siehe Peter Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München/Zürich ⁴1985; ders., Rezension von Harold C. Deutsch, Das Komplott oder die Entmachtung der Generale. Blomberg- und Fritsch-Krise. Hitlers Weg zum Krieg, Zürich 1974, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1976 Nr. 2, S. 198 f.; ders., Generaloberst Ludwig Becks militärpolitisches Denken, in: Historische Zeitschrift 234 (1982), S. 101–121; ders., Ludwig Beck: Soldatentum und Verantwortung. Ein Widerstandskämpfer aus Hessen, in: Polis 42 (2005), S. 19–36.

³ Verwendungsbereitschaft des Ersatzheeres, [Befehl], Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres AHA Ia(I) Nr. 4810/42 g. Kdos., 13. 10. 1942, in: Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg i. Br. (künftig: BA-MA), RH 15/v. 174; „Walküre II“, [Befehl], Der Chef der Hee-

Der Plan Tresckows zur Inbesitznahme der Hauptquartiere Hitlers sowie der Feldquartiere des Reichsmarschalls Hermann Göring, des Reichsführers SS Heinrich Himmler und des Außenministers Joachim von Ribbentrop, die vom 30. Juni 1943 bis 22. Februar 1944 alle in Ostpreußen lagen, war bisher unbekannt und wird hier erstmals veröffentlicht⁴. Dieses Schlüsseldokument aus dem Jahr 1943 erhellt die zentrale Rolle Tresckows im militärischen Widerstand und belegt, daß seine Gedanken zur Entmachtung Hitlers im Oberkommando des Heeres breite Zustimmung fanden.

Voraussetzungen des Plans

Seit dem Staatsstreichversuch von General Beck im Jahr 1938 bestanden Kontakte zwischen militärischen Verschwörern und hohen Beamten und Politikern. Carl Goerdeler, früher Reichskommissar für die Preisbildung, Reichskanzlerkandidat und Oberbürgermeister von Leipzig, galt als politischer Führer der Fronde, Beck war ihr anerkanntes Oberhaupt. Jedoch lähmten Hitlers Erfolge die Bewegung, trotz aller Bemühungen einer aktiven Zelle um Oberst Oster im Abwehramt des OKW. Nach dem Feldzug gegen Polen und erneut Anfang 1940 vor der Besetzung Dänemarks und Norwegens verweigerten sich Brauchitsch und Halder jedem Ansinnen der Verschwörer, die Ausweitung des Krieges zu verhindern⁵. Im September 1941 stellte Oberst i. G. von Tresckow durch seinen Ordonnanzoffizier Oberleutnant d. R. Fabian von Schlabrendorff die Verbindung mit der Fronde in Berlin her⁶. Im Jahr darauf bemühten sich sowohl Tresckow als auch Major i. G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Leiter der Gruppe II der Organisationsabteilung im Generalstab des Heeres, erfolglos, höhere Führer der Ostfront für die Entmachtung Hitlers zu gewinnen.

Tresckow zog den Schluß daraus, daß er den Diktator bei einem vorbereiteten Besuch an der Front töten müsse, um mit dieser „Initialzündung“ die in Berlin vorzubereitende Übernahme der Regierungsgewalt durch das Heer auszulösen. Tresckow und seine Mitstreiter im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte beschlossen also, Hitler bei einem Frontbesuch festzunehmen oder zu erschießen oder sein Flugzeug mit Sprengstoff zum Absturz zu bringen. Stauffenberg war an

resrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres AHA Ia VII Nr. 1720/42 g. Kdos. 26. 5. 1942, unterz. Olbricht, in: BA-MA, RH 15/v. 175; „Walküre“, [Befehl], Der Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres AHA/Ia (I) Nr. 3830/43 g. Kdos., 31. 7. 1943, in: BA-MA, RH 53-17/39; Walküre, [Befehl], Oberkommando des Heeres Chef H Rüst und BdE AHA Ia(I) Nr. 5413/43 g. Kdos., 6. 10. 1943, in: BA-MA, RH 53-17/39; vgl. Peter Hoffmann, Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder, Stuttgart 1992, S. 327–337.

⁴ „Walküre“ u. a. am 20. Juli 1944 verwendete Weisungen und Befehle in: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, NS 6/4; vgl. „Spiegelbild einer Verschwörung“. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Stuttgart-Degerloch 1984, S. 37, S. 65–82, S. 139–142, S. 147–156, S. 163–166, S. 199–203 u. S. 213–217; Peter Hoffmann, Hitler's Personal Security, New York 2000, S. XXIX–XXXI.

⁵ Vgl. Hoffmann, Widerstand, S. 208–214.

⁶ Vgl. Ulrich von Hassell, Die Hassell-Tagebücher 1938–1944. Aufzeichnungen vom Andern Deutschland, hrsg. von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Berlin 1988, S. 277 f.

diesen Plänen nicht beteiligt, er war damals 1. Generalstabsoffizier in der 10. Panzer-Division in Tunesien.

Um die Vorbereitungen für den Staatsstreich in Berlin voranzubringen, kam Tresckow 1943 so oft er konnte nach Berlin in die Bendlerstraße, in die Dienststellen des Chefs der Heeresrüstung und Befehlshabers des Ersatzheeres, um General Olbricht anzuspornen. Schon die Stalingrad-Katastrophe schien einen psychologisch günstigen Moment für den Umsturz zu bieten. Damals war seit 12. Januar 1943 der im deutschen Konsulat in Zürich tätige Abwehrgent Dr. Hans Bernd Gisevius auf Aufforderung Osters in Berlin, um die Staatsstreichpläne von 1938 auf den neuesten Stand zu bringen⁷. Er wandte sich an den mitverschworenen Polizeipräsidenten in Berlin, Wolf Heinrich Graf von Helldorf, und bat ihn, die Planung zur Besetzung der wichtigsten Stellen in Berlin auszuarbeiten⁸. Am 25. Januar 1943 besprachen in Berlin Olbricht, Tresckow und Goerdeler die Koordination des Umsturzes: Tresckow wollte für das Attentat auf Hitler sorgen, Olbricht sollte mit Heerestruppen Berlin besetzen und Goerdeler die politische Führung übernehmen⁹. Tresckow mußte sich darauf verlassen können, daß in Berlin die Macht übernommen werde, wenn Hitler getötet wurde. Er war am 3. und 6. Februar bei Olbricht und drängte ihn zu handeln, anschließend suchte er Hauptmann d. R. Hermann Kaiser auf, den Kriegstagebuchführer Fromms¹⁰.

Doch war Olbricht nicht so handlungsfähig, wie Tresckow erwartete. Olbricht werde nicht initiativ handeln, sagte Kaiser Schlabrendorff im Februar, Olbricht werde „auf 1 Befehl hoffen u warten“¹¹. Olbricht war aber der Unterstützung seines Vorgesetzten Generaloberst Fromm nicht sicher. Am 19. Februar und 3. März notierte Kaiser Nachfragen Tresckows, ob man in Berlin bereit sei¹². Man wollte es sein. Olbricht ließ sagen, im März sei alles bereit, doch ist zweifelhaft, ob Truppen greifbar und Einsatzpläne ausführbar gewesen wären. Das Zentrum in Berlin war überdies geschwächt durch das Ausfallen Becks, der am 8. März in der Charité operiert werden mußte, fünf Nachoperationen zogen sich bis Ende Juni hin¹³.

Im Februar 1943 mißlang ein Anschlag, zwei weitere im März, darunter der Versuch eines Selbstmordattentats des Abwehroffiziers (Ic/AO) im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte, Oberst i. G. Rudolf-Christoph Freiherr von Gersdorff¹⁴.

⁷ Vgl. Hans Bernd Gisevius, *Bis zum bitteren Ende*, Band II, Zürich 1946, S. 254–257; H. B. Gisevius, mündliche Mitteilungen an den Verfasser, 8. 9. 1972; Hauptmann d. R. Hermann Kaiser, *Tagebuch* (künftig: *Kaiser-Tagebuch*), in: BA-MA, MSg 1/3221, 11. 2. 1943 u. 2. 3. 1943.

⁸ *Kaiser-Tagebuch*, 5. 6. 1943.

⁹ Vgl. Fabian v. Schlabrendorff, *Offiziere gegen Hitler*, Zürich 1946, S. 61 ff. u. S. 67–70; *Kaiser-Tagebuch*, 25. 1. 1943.

¹⁰ *Kaiser-Tagebuch*, 19. 2. 1943; am selben Tag erschien bei Kaiser Oberstleutnant i. G. Claus Graf Stauffenberg, der für die 10. Panzer-Division in Tunesien als 1. Generalstabsoffizier vorgehen war.

¹¹ *Ebenda*, 23. 2. 1943.

¹² *Ebenda*, 19. 2. 1943 u. 3. 3. 1943.

¹³ *Ebenda*, 19. 2. 1943 u. 24. 2. 1943; Olbricht wollte nur Weisungen von Beck folgen. Zur Operation u. Becks Befinden *ebenda*, 6. 3. 1943 u. 29. 6. 1943.

¹⁴ Vgl. Hoffmann, *Widerstand*, S. 346–360; *Kaiser-Tagebuch*, 19. 2. 1943 u. 3. 3. 1943; Schlabrendorff, *Offiziere* (1946), S. 69 f.

Diese Versuche mißlingen aus Zufallsgründen. Zugleich zeigte sich, wie wenig gründlich der Staatsstreich im Reichsgebiet vorbereitet war. Beides lag auch an einer verbreiteten Zurückhaltung gegenüber dem Attentatsgedanken. Generalfeldmarschall Günther von Kluge, seit Dezember 1941 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, hatte Bedenken¹⁵, ebenso Generalfeldmarschall Erich von Lewinski, genannt von Manstein, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd, bei dem Gersdorff im Auftrag Kluges am 8. August 1943 sondierte, ob er sich an der Entmachtung Hitlers beteiligen würde. Gersdorff vertrat gegenüber Manstein die Auffassung, daß selbst eine gemeinsame Intervention der drei Feldmarschalle von Kluge, von Manstein und Gerd von Rundstedt bei Hitler keine Aussicht auf Erfolg hätte. Manstein sagte: „Ihr wollt ihn wohl totschiagen?“ Gersdorff bestätigte es und Manstein winkte ab¹⁶.

Tresckow suchte auch selbst eine Gelegenheit, Hitler zu töten. Er wollte deshalb den Chef der Operationsabteilung im Generalstab des Heeres, Generalleutnant Adolf Heusinger, der täglich bei Hitlers Lagebesprechungen vortrug, in einem Urlaub vertreten, aber Heusinger ging nicht darauf ein¹⁷.

Im März 1943 waren der Sicherheitsdienst der SS (SD) und die Geheime Staatspolizei auf der Spur der Verschwörer im OKW/Amt Ausland/Abwehr und fanden Anhaltspunkte für Devisenvergehen im Zusammenhang mit der Rettung von Juden, die als angebliche Abwehragenten in die Schweiz gebracht worden waren¹⁸. Am 13. März notierte sich Kaiser, Oberleutnant d. R. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg (seit 1938 in der Verschwörung, damals Stellvertretender Polizeipräsident in Berlin) habe über den Mitverschwörer Hans von Dohnanyi, der in der Rettungsaktion der Abwehr führend war, geäußert, dieser gehöre in ein Sanatorium, d. h. in Sicherheit¹⁹. Am 5. oder 6. April erfuhr Kaiser von der

¹⁵ Vgl. ebenda, S. 76; Philipp Freiherr von Boeselager, „Erlebte Geschichte. Vortrag“, masch., o. O. ca. 1986, S. 19 (Kopie im Besitz des Verfassers).

¹⁶ [Rudolf-Christoph] Fr[e]i[h]e[r]r v[on] Gersdorff, Beitrag zur Geschichte des 20. Juli 1944, masch., Oberursel 1.1. 1946, im Besitz des Verfassers; Gersdorff in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945-1. Oktober 1946, Band XX, Nürnberg 1948, S. 680 f.; Rudolf-Christoph Frhr. v. Gersdorff, Soldat im Untergang, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1977, S. 134 ff.; Hoffmann, Stauffenberg, S. 311 ff.

¹⁷ Siehe S. 336.

¹⁸ Vgl. Hoffmann, Widerstand, S. 363 ff.

¹⁹ Kaiser-Tagebuch, 13. 3. 1943: Gehre sei über Dohnanyis Bericht von seiner Reise mit Canaris zur Heeresgruppe Mitte „unbefriedigt“ gewesen, und: „Schon Schuler [*Schulenburg*] warnte am 12. vor U. [*Dohnanyi*]. Wie er sagte, geschehe es von verschiedenen Seiten. Er gehöre in ein Sanatorium.“ Das bezog sich vermutlich auf die Angriffe des SD gegen die Widerstandsgruppe im OKW/Amt Ausland/Abwehr, deren eigentliches Ziel die Stellung Canaris' war (vgl. Kaiser-Tagebuch, 13. 4. 1943) und die auf die Spur der Devisen geführt hatte, die man für die von Oster, Dohnanyi, Moltke und Bonhoeffer in die Schweiz gebrachten Juden gebraucht hatte; aber am 20. 4. notierte Kaiser in seinem Tagebuch: „Nach Tr[*eschkow*] sei durch die bisherige Untersuchung nicht die große Konzeption berührt.“ Vgl. Winfried Meyer, Unternehmen Sieben, Frankfurt a. M. 1993. Marikje Smid, Hans von Dohnanyi – Christine Bonhoeffer. Eine Ehe im Widerstand gegen Hitler, Gütersloh 2002, hat das Kaiser-Tagebuch ihrem Quellenverzeichnis zufolge nicht verwendet.

Verhaftung Dohnanyis und der Beurlaubung Osters mit Hausarrest²⁰. Damit war ein Teil der Verschwörung in Berlin zerschlagen. Am 6., 7. und 12. April war Tresckow wieder im Amt des Befehlshabers des Ersatzheeres und sagte, man habe den Zeitpunkt zum Umsturz nach Stalingrad verpaßt. Die Umsturzgruppe war zerfahren, der Tenor der Aufzeichnungen Kaisers desperat.

Nach der Kapitulation der deutschen und italienischen Truppen in Tunesien am 12. und 13. Mai dachte man, der Moment für den Umsturz sei wieder günstig, aber nichts war gründlich vorbereitet, kein leitender militärischer Kopf war da, Beck noch nicht wiederhergestellt. General der Infanterie Carl Heinrich von Stülpnagel, Militärbefehlshaber in Frankreich, war zwei Tage in Berlin und erklärte sich bereit, den „Anstoß“ zu geben, hatte aber „keine Div[isione]n zur Hand“ und „mit keinem K[omman]d[eu]r bisher gesprochen“, der psychologische Moment sei nicht da, erst müsse die Stellung Hitlers völlig erschüttert sein²¹. Ein paar Wochen danach stellte auch Olbricht fest, daß diese „West-Lösung“ unvorbereitet und unausgereift sei. Von den Plänen für die Einnahme von Berlin war „nichts fertig“²².

Am 28. Mai war Tresckow wieder in Berlin. Man erörterte Kombinationen zur „Änderung der Spitzengliederung“, Generalfeldmarschall von Kluge solle Nachfolger von Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel werden als Chef des Oberkommandos der Wehrmacht; Generaloberst Kurt Zeitzler, der Chef des Generalstabes des Heeres, sei am 27. Mai zu Hitler gegangen und habe „dort die Cab[inett]-Frage“ gestellt, er fordere Keitels Rücktritt und wolle Kluge als Nachfolger vorschlagen. Tresckow hatte mit dem Chefadjutanten des Heeres beim Führer und Obersten Befehlshaber der Wehrmacht, Generalleutnant Rudolf Schmundt, darüber gesprochen; Hitler solle nicht abgeneigt sein. Tresckow äußerte sich damals optimistisch über die Lage an der Ostfront, die deutsche Seite sei so stark wie noch nie, die Gegenseite durch starke Verluste geschwächt, der russische Infanterist greife nicht mehr an. Er habe im Hauptquartier des Generalstabs („Mauerwald“) zwei Stunden mit Heusinger und dann noch mit Schmundt gesprochen. Es ging um die „Änderung der Spitzengliederung“, worüber Tresckow und Heusinger „einig“ waren²³.

Bei einem Besuch in Berlin am 9. Juni sprach Tresckow bei Hauptmann Kaiser mit Goerdeler über die aktuellen Themen – Lage an der Front, Italien, Spitzengliederung. Wieder war die Rede von Zeitzlers Vorstoß zur Ablösung Keitels. Man

²⁰ Kaiser-Tagebuch, 6., 7. u. 12. 4. 1943.

²¹ Ebenda, 14. 5. 1943.

²² Ebenda, 2. u. 5. 6. 1943.

²³ Ebenda, 28. 5. 1943; Bodo Scheurig, Henning von Tresckow, Oldenburg/Hamburg 1973, S. 149; Georg Meyer, Adolf Heusinger. Dienst eines deutschen Soldaten 1915 bis 1964, Hamburg/Berlin/Bonn 2001, S. 224–228 u. S. 267 f., zit. Fabian von Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, Frankfurt a. M./Hamburg 1959 (Taschenbuchausgabe), S. 133 (was auch in der von Walter Bussmann hrsg. Neuausgabe, Berlin 1984, S. 105 steht) für einen Versuch Tresckows „im späten Winter 1943“, Heusinger zu vertreten; Schlabrendorff, Offiziere (1946), S. 122 ff., datiert den Versuch auf 1944, ebenso Heusinger (vgl. Meyer, Heusinger, S. 268), der etwa ab November 1943 einen längeren Erholungsurlaub in Aussicht nahm.

hoffte, daß die Chefs der Generalstabsabteilungen einen Umsturz unterstützen würden. Man dachte vor allen an Heusinger, ebenso an den Chef der Organisationsabteilung im Generalstab des Heeres, Oberst i. G. Helmuth Stieff, den Generalquartiermeister des Heeres General Eduard Wagner, den Chef des gesamten Feldtransportwesens General Rudolf Gercke und den Chef des Wehrmacht- und Heeresnachrichtenwesens General Erich Fellgiebel²⁴. Heusinger hielt bei aller Sympathie für die Anschauungen der Verschwörer doch Abstand; Wagner unterstützte sie, doch kaum tatkräftig; Stieff verbündete sich mit ihnen; Gercke war seit Kriegsbeginn Kritiker der Führung Hitlers; Fellgiebel war schon lange tief in die Verschwörung verwickelt²⁵.

Tresckow wurde mit Wirkung vom 25. Juli bis 9. Oktober zur Führerreserve versetzt. Eine militärische Stelle wie die Heimattruppe, das Ersatzbataillon seines Regiments in Potsdam, das Nachkommando der Heeresgruppe Mitte oder das Wehrkreiskommando „regelte den Dienst“ in solchen Fällen, und Tresckow mußte sich zur Verfügung halten. Er plante zunächst einen Urlaub im Heereserholungsheim Schloß Elmau²⁶.

Am 25. Juli wurde Mussolini gestürzt; vom 24. bis 30. Juli wurde Hamburg durch Luftangriffe und einen Feuersturm mit über 30 000 Toten vernichtet (Operation „Gomorrha“)²⁷; der für den Umsturz günstige psychologische Moment schien wieder gekommen. Aber die Zentrale der Verschwörung in Berlin war desorganisiert; seit Tresckows Ablösung am 25. Juli fehlte eine Zelle an der Front, die ein Attentat auf Hitler (Deckwort „Kuriergepäck“) hätte ausführen können.

Am 29. Juli kam Tresckow in die Bendlerstraße, drängte zur Eile und beschloß mit Olbricht, sofort die „Walküre“-Befehle für einen Umsturz zu aktualisieren²⁸. Der Nachmittag des Tages war hektisch, Tresckow erklärte, es sei „jetzt soweit“;

²⁴ Kaiser-Tagebuch, 25. u. 28. 5., 3., 6. u. 9. 6. 1943; vgl. Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), Band IV, Frankfurt a. M. 1961, S. 1871.

²⁵ Vgl. Helmuth Groscurth, Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940, Stuttgart 1970, S. 218 f.; Oberstleutnant i. G. Günter Smend, seit 15. 7. 1943 Adjutant Zeitlers, nach dem 20. Juli 1944 in der Haft gefoltert, zeichnete für die „Sonderkommission 20. 7. 44“ auf: „Vor den morgendlichen Lagebesprechungen trafen sich in meinem Zimmer die Generale Wagner, Heusinger, Fellgiebel, Stieff und Gercke [sic], und schon hier begann die Kritik am Führer und den – getroffenen Massnahmen – oft in scharfer Form. Diese Kritik gehörte einfach dazu; sie wurde während der Lage nicht geübt, da der Generaloberst sich in diesem Kreise nur rein sachlich aussprach.“ Aufzeichnung von Oberstleutnant i. G. Günter Smend 1./2. Aug. 1944, in: Jacobsen (Hrsg.), Spiegelbild, S. 655; Meyer, Heusinger, S. 281 f.

²⁶ Personalakte Tresckow, in: BA-MA, Pers 6-363; Tresckow an Eta von Tresckow, 9. 7. 1943, NI. Tresckow im Besitz der Familie. So schrieb Major i. G. Hans-Ulrich von Oertzen, Ausbildungsoffizier (Id) im Stab des Oberkommandos der Heeresgruppe Mitte, am 3. 8. 1943 an seine Braut: „Tresckow ist jetzt schon in seinem Kurort Heereserholungsheim Schloß Ellmau [sic].“ Lars-Broder Keil, Hans-Ulrich von Oertzen. Offizier und Widerstandskämpfer. Ein Lebensbild in Briefen und Erinnerungen, Berlin 2005, S. 95.

²⁷ Vgl. Andreas Hillgruber/Gerhard Hümmelchen, Chronik des Zweiten Weltkrieges, Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939–1945, Bindlach 1989, S. 177; Arthur T. Harris, Despatch on War Operations 23rd February, 1942, to 8th May, 1945, London 1995, S. 18 ff. (The Destruction of Hamburg).

²⁸ Hierzu und zum Folgenden Kaiser-Tagebuch, 29.–31. 7. 1943.

Kluge sei „entschlossen“, weil die Kursk-Offensive mit großen Verlusten gescheitert, die Reserven verbraucht seien; das Schicksal Hamburgs lasse Kluge für Berlin fürchten und den Untergang des Vaterlandes voraussehen.

Tresckows Plan war, dem Befehlshaber des Ersatzheeres Generaloberst Fromm durch den Generalfeldmarschall von Kluge Befehle zu erteilen. Tresckow sagte, Kluge habe dazu sein Ehrenwort gegeben. Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben hatte es im Februar 1943 übernommen, in Berlin als Oberbefehlshaber der Wehrmacht aufzutreten²⁹. Aber nun lag Witzleben seit dem 14. Juli im Krankenhaus³⁰. Auf Tresckows Frage, wie Fromm sich verhalten werde, sagte Olbricht, wenn Fromm die Befehle nicht ausführe, dann werde er es tun, unter Umständen würden er und Tresckow Fromm festnehmen. Der Befehlshaber im Wehrkreis III (Berlin), General Joachim von Kortzfleisch, könne nach Olbrichts Einschätzung durch „14 Tage Arbeit“ gewonnen werden.

Am 31. Juli erließ Olbricht neue Bestimmungen für „Walküre“ und schickte sie mit Sonderkurieren als Eilsache an die Wehrkreise. Diese mußten bis 12. August die Ausführung der befohlenen Maßnahmen melden³¹. Der Staatsstreich wurde als so nahe bevorstehend eingeschätzt, daß man Goerdeler aus Königsberg herbeirief, er wurde am 2. August in Berlin erwartet³².

Am Sonntag, 1. August, ging Kaiser am Spätnachmittag mit Tresckow im Tiergarten spazieren. Angesichts des Schocks der Vernichtung Hamburgs, der weitgehenden Evakuierungen aus Berlin und der Krisenlage, in der sich das Regime befand, entschloß sich Tresckow, seine geplante Erholung abzusagen und sich nur noch für den Umsturz einzusetzen. Er schickte seine Kinder aufs Land und zog sich mit seiner Frau aus seiner Wohnung in Potsdam in der Burggrafenstraße zur Tarnung zurück in die Dienstwohnung seines Schwagers Dietlof von Arnim, des Landeshauptmanns der Provinz Brandenburg (Straße der SA 25 in Potsdam-Babelsberg). Hier arbeitete Tresckow fieberhaft an der Planung, fuhr täglich nach Berlin, erneuerte alte Verbindungen, knüpfte neue und verband sie untereinander. Er fand Beamte, Diplomaten, Industrielle, Arbeitervvertreter, Militärs und Wissenschaftler mit dem Willen zum Widerstand, „aber sehr wenig an nüchternen Unterlagen für ein akutes Handeln“. Er arbeitete vor allem mit Goerdeler, Stauffenberg, Schulenburg, Major i. G. Hans-Ulrich von Oertzen (Generalstabsoffizier im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte) und Schlabrendorff, und „alle Fäden liefen bei General Beck zusammen“³³. Tresckows Status ermöglichte ihm den Zugang zu den Dienststellen der Verschwörer in Berlin, aber seine Kon-

²⁹ „Übernahme an Ort u Stelle.“ Kaiser-Tagebuch, 2. 3. 1943.

³⁰ Ebenda, 14. 7. 1943.

³¹ „Walküre“, [Befehl], Der Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres AHA/Ia (I) Nr. 3830/43 g. Kdos., 31. 7. 1943, in: BA-MA, RH 53-17/39.

³² Kaiser-Tagebuch, 29.–30. 7. 1943.

³³ [Eta von Tresckow, Erinnerungen:] Russland, Masch., o. O. o. J., im Besitz der Familie, S. 2; Ute Freifrau von Aretin, mündliche Mitteilungen an den Verfasser, 14. 10. 2006; Scheurig, Tresckow, S. 162. Oertzen, von Tresckow besonders geschätzt, schrieb seiner Braut am 4. August: „Tresckow wird infolge der letzten Ereignisse zunächst nicht in die Alpen fahren, sondern in Potsdam bleiben.“ Keil, Oertzen, S. 96.

takte durften nicht auffallen; z. B. besuchte er zusammen mit Goerdeler Generalmajor Hans-Günther von Rost, den Chef des Generalstabes im Wehrkreis III, in Zivil in dessen Privatwohnung³⁴.

Am 2. August um halb zehn kam Schulenburg aus Paris zu Olbricht, dann zu Kaiser, und meldete „Dr. Zange's [Stülpnagel] Bereitschaft, mitzuwirken“. Stülpnagel sei „auch bereit, aus eigener Initiative zu handeln“, also die „Initialzündung“ im Westen zu bewirken. Helmuth von Moltke, Kriegsverwaltungsrat im OKW/Amt Ausland, hatte am 7. Juni mittags und abends ausführlich mit Stülpnagel und Gotthard Freiherr von Falkenhausen vom Wirtschaftsstab des Militärbefehlshabers gesprochen. Darauf versuchte er auf einer Reise in die Türkei im Juli das Angebot weiterzuleiten, der Militärbefehlshaber werde die alliierte Landung in Frankreich ermöglichen. Dies wäre die „Initialzündung“ vom Westen her („Westlösung“) gewesen³⁵. Allerdings zeigten sich die Pariser Verschwörer nur bereit, nach einer alliierten Landung in Frankreich selbständig vorzugehen, ohne diese hätten sie ins Leere agiert. Der mitverschorene frühere Botschafter in Rom, Ulrich von Hassell, verstand, daß von Paris aus „kein entscheidender Anstoß gegeben werden kann, weil die Macht fehlt“³⁶.

Auf Schulenburgs Frage am 2. August, ob man in Berlin zum Handeln bereit sei, bestätigte ihm Kaiser nur, „daß Entschluß z[um] Handeln gefaßt, mehr nicht“³⁷. Um elf kamen Goerdeler und Tresckow dazu und besprachen sich zwei Stunden mit Kaiser und Schulenburg³⁸. Man beschloß, daß Olbricht und Tresckow getrennte Briefe an Kluge schreiben sollten, um ihn zum Entschluß zu drängen; Tresckows Brief ging am Nachmittag des 3. August ab; Oberst i. G. Stieff sollte zu Kluge reisen und Olbrichts Brief überbringen; Stülpnagel solle angewiesen werden („Direktive für Dr. Zange [Stülpnagel]“), zu „handeln“, falls diese Aktion mißlänge³⁹.

³⁴ Heinz-Günther Albrecht, Die militärischen Vorbereitungen der damaligen Führungsstelle der Widerstandsbewegung im Generalkommando Berlin im Hinblick auf den geplanten Umsturz. Niedersgeschrieben im Sommer 1946/47, masch., o. O. [Abschrift], im Besitz des Verfassers, S. 6.

³⁵ Helmuth James von Moltke, Briefe an Freya 1939–1945, München 1988, S. 489 f. Moltke schrieb seiner Frau am 8. 6., er müsse allen „nicht NS Deutschen“ hier, in Paris, klarmachen, „dass jeder etwas beitragen kann und auch beitragen muss. Sonst hoffen hier nämlich alle immer wieder auf die Generäle, obwohl sie es eigentlich besser wissen müssten.“ Ebenda, S. 490. Damit war vermutlich kein unmittelbarer Beitrag zum Umsturz gemeint, sondern die Verhinderung nationalsozialistischer Gräueltaten in Frankreich.

³⁶ Hassell, Tagebücher, S. 372; vgl. Friedrich Freiherr von Teuchert, [Aufzeichnungen über den 20. Juli 1944], masch., München [1946], Expl. im Besitz des Verfassers, S. 8; Kaiser-Tagebuch, 14. 5. u. 2. 6. 1943; Hoffmann, Stauffenberg, S. 305 ff.

³⁷ Kaiser-Tagebuch, 2. 8. 1943; vgl. Ger van Roon, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967, S. 317–322; Michael Balfour/Julian Frisby, Helmuth von Moltke. A Leader against Hitler, London/Basingstoke 1972, S. 270; Wilhelm Wengler, Vorkämpfer der Völkerverständigung und Völkerrechtsgelehrte als Opfer des Nationalsozialismus: 9. H. J. Graf von Moltke (1906–1945), in: Die Friedens-Warte XLVIII (1948), S. 297–305.

³⁸ Kaiser-Tagebuch, 2. 8. 1943.

³⁹ Ebenda, 2.–3. 8. 1943.

Am Dienstag, 3. August, erschien Tresckow um halb zehn bei Hauptmann Kaiser, kurz nach zehn kam Goerdeler dazu, gegen zwölf Olbricht⁴⁰. Die Verschwörer schickten Schulenburg, der als Mitglied des Stabes von General Walter von Unruh, dem „Sonderbeauftragten für Überprüfung des zweckmäßigen Kriegseinsatzes“, Reismöglichkeiten hatte, wieder nach Paris zu Stülpnagel. Tresckow sollte zu Generaloberst Heinz Guderian gehen, der allerdings krank war, und ihn überreden, sich mit Kluge auszusöhnen (wegen seiner Absetzung als Oberbefehlshaber der 2. Panzer-Armee im Dezember 1941, für die Guderian Kluge verantwortlich machte)⁴¹.

Hauptmann Kaiser erwartete ab 5. August den Ausnahmezustand⁴². Die Nervosität des Regimes schlug sich in den Aufzeichnungen des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Joseph Goebbels, und im Parteiblatt *Völkischer Beobachter* nieder⁴³. Goebbels als Reichsverteidigungskommissar für den Gau Groß-Berlin ordnete Evakuierungen von Krankenhäusern, Lazaretten und Schulen, Frauen und Kindern aus Berlin an, ließ Flugblätter mit entsprechenden Erklärungen verteilen; die allgemeine Flucht aus Berlin war in vollem Gang, amtliche Stellen mußten ermahnt werden, sich dem Strom nicht anzuschließen⁴⁴.

Am 8. August war Gersdorff bei Manstein⁴⁵. Am 9. August berichtete Moltke dem Rechtsanwalt und ehemaligen Oberpräsidenten von Schlesien, Hans Lukaschek, eine Panzer-Division solle Hitler mit Göring und Himmler in der „Wolfsschanze“ festsetzen⁴⁶. Moltke mag erfahren haben, daß die 18. Panzer-Division unter Generalleutnant Karl-Wilhelm von Schlieben, die zu Kluges Heeresgruppe Mitte gehörte und in der Kluges Sohn Oberstleutnant i. G. Günther von Kluge 1. Generalstabsoffizier war, demnächst aus der Front gezogen werde, tatsächlich hatten die Verschwörer aber noch keinen Zugriff auf diese Truppe⁴⁷. In der Nacht zum 10. August schlossen Moltke und seine Mitarbeiter im „Kreisauer Kreis“ die Anweisungen für Landesverweser für die Zeit nach dem Umsturz oder Zusammenbruch ab⁴⁸. Nach dem Zeugnis Lukascheks erwartete man für den 13. August

⁴⁰ Ebenda, 3. 8. 1943.

⁴¹ Ebenda; Detlef Graf von Schwerin, „Dann sind's die besten Köpfe, die man henkt“. Die junge Generation im deutschen Widerstand, München/Zürich 1991, S. 310.

⁴² Kaiser-Tagebuch, 1. 8. 1943.

⁴³ Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Russlands hrsg. von Elke Fröhlich, Teil II, Band 9, Juli–September 1943, bearb. von Manfred Kittel, München u. a. 1993, S. 156–224 (Einträge vom 25. 7.–5. 8. 1943); *Völkischer Beobachter*, 31. 7.–4. 8. 1943.

⁴⁴ Kaiser-Tagebuch, 2. 8. 1943.

⁴⁵ Siehe S. 335.

⁴⁶ Vgl. Schwerin, Köpfe, S. 317 ff. u. S. 537, Anm. 38; Moltke, Briefe an Freya, S. 524; Roon, Neuordnung, S. 116–122.

⁴⁷ Vgl. Wolf Keilig, Das deutsche Heer 1939–1945. Gliederung – Einsatz – Stellenbesetzung, Bad Nauheim 1956–[1970], Abschnitt 211, S. 296; Christian Zweng, Die Dienstlaufbahnen der Offiziere des Generalstabes des deutschen Heeres 1935–1945, Band 1, Osnabrück 1995, S. 363.

⁴⁸ Vgl. Moltke, Briefe an Freya, S. 523 f.; Roman Bleistein (Hrsg.), Dossier: Kreisauer Kreis. Dokumente aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Aus dem Nachlaß von Lothar König S. J., Frankfurt a. M. 1987, S. 340 f. (Peter Graf Yorck von Wartenburg an Lothar König

die Besetzung der Hauptquartiere in Ostpreußen⁴⁹, doch die Aktion verzögerte sich. An diesem Tag kam Stieff zu Kluge und überbrachte Olbrichts Brief⁵⁰. Schon am 11. August aber hatte Hassell Georg Ferdinand Duckwitz, dem gerade durch Berlin reisenden Schiffahrtssachverständigen der deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen, gesagt, der Umsturz werde wegen Personalschwierigkeiten zunächst nicht unternommen⁵¹. Um dieselbe Zeit bat Goerdeler den schwedischen Bankier Jakob Wallenberg, mit dem er wegen Kontakten zur englischen Regierung in Verbindung stand, sofort nach Berlin zu kommen. Als Goerdeler ihm hier sagte, die Verschwörer wollten Hitler und Himmler verhaften und aburteilen lassen, für September sei alles vorbereitet, fragte Wallenberg, ob eine Division Verschwörer zur Verfügung stehe, um die Leibwachen zu überwinden⁵².

Die „Initialzündung“ war tatsächlich weder von Stülpnagel noch von Kluge zu erwarten, zu Befehlen Kluges oder Witzlebens an Fromm würde es nicht kommen, die Pläne für die Besetzung Berlins und der Wehrkreise konnten nicht ausgeführt werden, solange Hitler am Leben oder zu Gegenbefehlen in der Lage war. Hier mußte Tresckow einsetzen und einen neuen Plan entwickeln.

Entstehung des Plans

1938 bis 1940, als sich Hitler meist in Berlin aufhielt, war die Inbesitznahme der Hauptstadt für einen Staatsstreich entscheidend⁵³. Doch schon seit Beginn des Krieges wechselte er seinen Aufenthalt oft zwischen der Reichskanzlei, einem der Feldhauptquartiere, seinem Wochenend- und Ferienhaus „Berghof“ bei Berchtesgaden oder gelegentlich einem Besuch an der Front. Seit dem Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 hielt Hitler sich meist in einem der Hauptquartiere im Osten oder auf dem „Berghof“ auf. Weil die Führungen der obersten Militär- und Regierungsbehörden sich in der Nähe von Hitlers Hauptquartier aufhielten, mußten die Verschwörer die Inbesitznahme zweier Machtzentren planen – Berlins und des jeweiligen Hauptquartiers –, und dazu brauchten sie Truppen⁵⁴. Wegen der im Kriege schnell wechselnden Dislozierungen war das eine

S. J., 9. 8. 1943) u. S. 315–335 (Erste Weisung an die Landesverweser; Sonderweisung; Grundsätze für die Neuordnung).

⁴⁹ Vgl. auch Hassell, Tagebücher, S. 381 f.

⁵⁰ Stieff sagte den Vernehmern der Geheimen Staatspolizei nach dem 20. Juli 1944, Kluge habe „jede Handlungsweise, die den Führer vor einen Zwang stellen könnte, in entschiedenster Form abgelehnt“; vierzehn Tage später habe Kluge ihm auf dem Flugplatz Rastenburg gesagt, er habe mit Manstein Fühlung genommen und dieser vertrete genau dieselbe Auffassung wie Kluge. Stieffs Aussage in: Jacobsen (Hrsg.), Spiegelbild, S. 87 f.

⁵¹ Vgl. Schwerin, Köpfe, S. 319.

⁵² Vgl. Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1956, S. 336 f.; [Carl Goerdeler], Unsere Idee, Masch., Nov. 1944, in: BA Koblenz, Nl. Goerdeler 26, S. 24 f.

⁵³ Die Verschwörer konnten 1938 auf den Kommandierenden General des Generalkommando III. Armee-Korps und Befehlshaber im Wehrkreis III (Berlin), General der Infanterie Erwin von Witzleben, und den Kommandeur der 23. Infanterie-Division, Generalmajor Walter Graf von Brockdorff-Ahlefeldt, zählen; vgl. Hoffmann, Widerstand, S. 94, S. 105, S. 116 u. S. 132 f.

Schwierigkeit. Ob Hitlers Festnahme oder Tötung bei einem Frontbesuch, fern seiner Sicherheitsbezirke, den Staatsstreich erleichtert hätte, sei dahingestellt. Auf jeden Fall mußten die Hauptquartiere gleichzeitig mit den Zentren der Macht in Berlin besetzt werden.

Im Februar und März 1943 sah Olbricht die Besetzung des Führerhauptquartiers „Wolfschanze“ bei Rastenburg in Ostpreußen durch Truppen der Division „Brandenburg“ vor. Greifbare Pläne scheint es aber nicht gegeben zu haben, jedenfalls sind keine überliefert. Allerdings hielt Hitler sich damals nur bis zum 17. Februar 1943 in der „Wolfschanze“ auf, vom 19. Februar bis 13. März 1943 war er im Hauptquartier „Wehrwolf“ bei Winniza (mit einer Unterbrechung vom 22. bis 25. Februar in der „Wolfschanze“), vom 13. bis 18. März wieder in der „Wolfschanze“, vom 20. bis 22. März in Berlin und anschließend bis 30. Juni 1943 auf dem „Berghof“. Danach war er bis 22. Februar 1944, von kurzen Reisen abgesehen, in der „Wolfschanze“⁵⁵. Tresckow arbeitete also im August und September 1943 systematisch an den Plänen für zwei Ziele: die Übernahme der Vollziehenden Gewalt durch das Heer und die Besetzung aller Hauptquartiere in Ostpreußen. Währenddessen trat in Berlin Stauffenberg auf den Plan.

Ungeachtet seiner schweren Verwundungen hatte Stauffenberg sich noch im Lazarett in München im Juni 1943 zu neuer Frontverwendung gemeldet, nach dem Verlassen des Lazaretts gelang es ihm, sich vom zuständigen Truppenarzt, Dr. Erich Carpentier, kriegsverwendungsfähig erklären zu lassen⁵⁶. Aber Generaloberst Zeitzler wollte Stauffenberg erst Gelegenheit geben, sich vollständig zu erholen, und stellte ihn Fromm als Generalstabsoffizier zur Verfügung⁵⁷.

Seit der Entlassung aus dem Lazarett Anfang Juli war Stauffenberg im Genesungsurlaub in Lautlingen, mit der Maßgabe, daß der Befehlshaber im Wehrkreis V (Stuttgart) „bis zur Wiederherstellung der Gesundheit“ seinen Dienst regle. Nach einem kurzen Aufenthalt in Jettingen (7. und 8. August) fuhr er am 9. August zu Nachoperationen für eine Handprothese nach München; wegen eines Geschosßsplitters im rechten Arm, der eiterte, wurde die Operation um vier Wochen verschoben⁵⁸. In denselben Tagen berief General Olbricht Stauffenberg, der inzwischen als Chef des Stabes bei ihm vorgesehen war, nach Berlin. Wegen noch andauernder Rekonvaleszenz und der bevorstehenden Operation würde er seinen Dienst im Allgemeinen Heeresamt erst am 1. November antreten. Häufiges Erscheinen bei Olbricht und anderen Verschwörern in Berlin wäre so mit Dienstgeschäften nicht zu tarnen gewesen, Stauffenberg fuhr wieder zu seiner

⁵⁴ Schlabrendorff, *Offiziere* (1946), S. 69, zufolge bereitete Olbricht in Zusammenarbeit mit Oster Pläne zur Besetzung von Berlin, Köln, München und Wien vor.

⁵⁵ Vgl. Hoffmann, *Widerstand*, S. 343; ders., *Hitler's Personal Security*, S. XXIX–XXXI.

⁵⁶ Generalmajor a. D. Helmut Kleikamp, ehem. Chef der Abt. P3 im OKH/Heerespersonalamt, an Joachim Kramarz, 21. 1. 1963, in: *Gedenkstätte Deutscher Widerstand*, Berlin.

⁵⁷ Zeitzler an Kramarz, 3. 7. 1962, in: *Ebenda*.

⁵⁸ BA-Zentralnachweisstelle an den Verfasser, 24. 2. 1977, *Die militärische Dienstlaufbahn des Oberst i. G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg*; *Gästebuch Lautlingen*; *Taschenkalender von Elisabeth Schenk Gräfin von Stauffenberg (Jettingen)*, 4.–9. 8. 1943, im Besitz des Verfassers; Nina Schenk Gräfin von Stauffenberg an den Verfasser, 13. 8. 1968.

Familie nach Bamberg⁵⁹. Doch allmählich arbeitete er sich in die Verschwörung ein⁶⁰.

Vom 2. bis 9. September war Stauffenberg wieder in Lautlingen, zu Besprechungen mit seinem Bruder Berthold und dem Freund Rudolf Fahrner, am 9. fuhr er nach München zu Operationen für seine Handprothese. Er bezog wieder sein Zimmer im Reservelazarett München I in der Lazarettstraße, das er mit Oberleutnant Johannes Prinz zu Löwenstein teilte, der wegen eines Beinschusses dort war. Kaum war Stauffenberg im Lazarett, rief Olbricht an. Löwenstein hörte Stauffenberg sagen, er sei noch nicht soweit, nach einer weiteren Äußerung Olbrichts sagte er: „Jawohl, Herr General“ und nach dem Ende des Gesprächs: „So, jetzt brauche ich einen Schlafwagen nach Berlin.“⁶¹ Er fuhr über Bamberg und holte sich seine Uniform aus der Zeit vor dem Afrika-Einsatz. Am 14. September schrieb er aus Berlin an Rudolf Fahrner, die Operation sei wieder verschoben, „und da hier dringende Arbeit vorliegt, bin ich den Bitten meiner Oberen gefolgt und nutze die Zeit zur Einarbeitung und Hilfe“. Mit Wirkung vom 15. September wurde er als Chef des Stabes in das Allgemeine Heeresamt kommandiert, übernahm die Aufgaben der Stelle endgültig am 1. Oktober und wurde zum 1. November in den Stab des Allgemeinen Heeresamts versetzt⁶².

Am 16. September mußte Oertzen einen am 9. September begonnenen Urlaub in Bellin abbrechen und kam nach Berlin, weil Tresckow ihn gerufen hatte⁶³. Zusammen mit Stauffenberg bearbeitete Oertzen drei Tage lang in Berlin im Dienstzimmer von Oberleutnant d. R. Heinz-Günther Albrecht, dem Ordonnanzoffizier von Generalmajor von Rost, die Pläne zur Besetzung der Berliner SS-Kasernen, der obersten Reichsbehörden, der Rundfunk- und Nachrichtenanlagen. Am 6. Oktober bezog Olbricht in die „Walküre“-Pläne auch Einheiten des Feldheeres ein, die sich zur Umstellung oder Auffrischung im Reichsgebiet befanden. Rost veranstaltete Übungen für den Katastropheneinsatz mit Panzer-

⁵⁹ Joachim Kramarz, Claus Graf Stauffenberg 15. November 1907–20. Juli 1944. Das Leben eines Offiziers, Frankfurt a. M. 1965, S. 135, und Christian Müller, Oberst i. G. Stauffenberg. Eine Biographie, Düsseldorf [1970], S. 295 u. S. 312 f., datieren unsicher. Inzwischen ist die zeitliche Reihenfolge und Datierung der Aufenthalte Stauffenbergs weiter geklärt mit Hilfe der Korrespondenz Stauffenbergs mit Rudolf Fahrner und des Bruders Berthold mit Robert Boehringer und Rudolf Fahrner, in: Stefan George Archiv, Stuttgart; vgl. auch Hoffmann, Stauffenberg, S. 310 u. S. 317.

⁶⁰ Vgl. ebenda, S. 317. Um Mißverständnisse zu vermeiden: Stauffenberg hatte 1942 allein, ohne Zusammenarbeit mit den von ihm damals als „Bombenschmeißerle“ apostrophierten Verschwörern, monatelang versucht, höhere Führer der Ostfront für die Entmachtung Hitlers zu gewinnen; vgl. ebenda, S. 241–268.

⁶¹ Ebenda, S. 317 f.; Johannes Prinz zu Löwenstein, mündliche Mitteilungen an den Verfasser, 15. 1. 1992.

⁶² Stauffenberg an Fahrner, 14. 9. 1943, in: Stefan George Archiv, Stuttgart, NI Rudolf Fahrner; Generalmajor Hellmuth Reinhardt (damals Oberst i. G. und Vorgänger Stauffenbergs bei Olbricht), mündliche Mitteilungen an den Verfasser, 1. 7. 1972; Handliste der Generalstabsoffiziere, OKH/HPA Amtsgr. P3, in: National Archives II, College Park, Maryland, Mikrofilm T-78 Rolle R57; Keilig, Das deutsche Heer, Abschnitt 211, S. 266.

⁶³ Vgl. Keil, Oertzen, S. 98 ohne Quellenangabe.

Einheiten im Regierungsviertel, wogegen Goebbels erregt protestierte⁶⁴. Die Gründlichkeit der Berliner Staatsstreichvorbereitungen zu dieser Zeit, August–Oktober 1943, war nun kaum zu übertreffen⁶⁵. Zu Anfang Oktober verdichteten sich wieder die Erwartungen eines Staatsstreichs.

Albrecht berichtet von Stauffenbergs Überlegungen, wie Hitler, Göring und Himmler gleichzeitig zu eliminieren wären: „Stauffenberg plante damals, die Nr. 1–3 gleichzeitig zu treffen und machte die Durchführung seiner Maßnahmen von dem Eintreten dieses Umstandes abhängig.“⁶⁶ Kein anderer Bericht erwähnt für diese Zeit die Besetzung der Hauptquartiere Hitlers, Görings und Himmlers.

Inzwischen arbeitete Tresckow im August in Babelsberg an den Plänen, Tagesbefehlen und Aufrufen für den Umsturz. Zunächst schrieb seine Frau Eta alle Entwürfe auf der Maschine. Tresckow sagte ihr, es sei noch wenig von den notwendigen Vorbereitungen geschehen⁶⁷. Als Tresckow im August Margarethe von Oven als Büroleiterin des Nachkommandos der Heeresgruppe Mitte in Berlin lanciert hatte, gewann er sie und Ehrengard Gräfin von der Schulenburg für die Mitarbeit bei den Umsturzvorbereitungen. Er erklärte Margarethe von Oven, Zehntausende von Juden würden grausam umgebracht, deshalb, nicht so sehr wegen der falschen Kriegführung – Krieg sei schließlich das Handwerk des Offiziers –, sei der Umsturz notwendig. Einige Wochen später sagte ihr auch Stauffenberg, man müsse sich gegen die Unmenschlichkeit erheben. Um seine Einstellung zu unterstreichen, trug er ihr ein Gedicht von Stefan George vor, in dem diese Verse vorkamen: „Wenn einst dies geschlecht sich gereinigt von schande [...] Wenn je dieses volk sich aus feigem erschlaffen Sein selber erinnert [...]“⁶⁸. Tresckow nahm Kontakte zu Widerstandsgruppen auf, hatte immer wieder Besprechungen mit Beck, dem preußischen Finanzminister Johannes Popitz, Stauffenberg, Schulenburg, dem Chef der Heereswesenabteilung im OKH Oberst i. G. Wessel Freiherr von Freytag-Loringhoven und anderen, einige Male mit Adam von Trott zu Solz, und suchte Wege, das Attentat gegen Hitler einzuleiten.

⁶⁴ Walküre, [Befehl], Oberkommando des Heeres Chef H Rüst und BdE AHA Ia(I) Nr. 5413/43 g. Kdos., 6. 10. 1943, in: BA-MA, RH 53-17/396; Albrecht, Vorbereitungen, S. 10.

⁶⁵ Vgl. Albrecht, Vorbereitungen, S. 9 f.; Hoffmann, Widerstand, S. 383–388.

⁶⁶ Vgl. ebenda, S. 8.

⁶⁷ Vgl. Ritter, Goerdeler, S. 540 f., Anm. 43 u. 48; später schrieb Margarethe von Oven, die Tresckow im Nachkommando der Heeresgruppe Mitte in Berlin unterbringen konnte, die Entwürfe; Margarethe Gräfin von Hardenberg, geb. von Oven, mündliche Mitteilungen an Kramarz, 26. 11. 1961, in: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin, und an den Verfasser, 20. 8. 1985; Ludwig Freiherr von Hammerstein, mündliche Mitteilungen an den Verfasser, 10. 12. 1990.

⁶⁸ Elwine Hevelke (Vorgängerin von M. v. Oven) an Kramarz, 21. 12. 1971, in: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin; Margarethe von Oven, mündliche Mitteilungen an den Verfasser, 20. 8. 1985; Ehrengard Gräfin [von] Rantzau [geb. Gräfin von der Schulenburg], Erinnerungen an die Vorbereitungen zum 20. Juli 1944, Masch., o. O. o. J., in: Stiftung „20. Juli 1944“; Stefan George, Gesamt-Ausgabe der Werke. Endgültige Fassung, Bd. IX, Berlin 1928, S. 114.

Stauffenberg kam im Herbst zwei- oder dreimal nach Babelsberg, aber Tresckow hatte „die wesentliche Arbeit schon im August und September“ geleistet, ehe seine Frau „das ganze Material an Stauffenberg übergab“⁶⁹.

Die im August und September entworfenen Befehle für die Besetzung Berlins sind verschollen, nur die im Juli 1944 bereitgehaltenen Versionen sind erhalten. Die von Tresckow und Stauffenberg ausgearbeiteten Befehle und Aufrufe für die Übernahme der Hauptquartiere in Ostpreußen dagegen haben sich nun im Moskauer Zentralarchiv des Sicherheitsdienstes (FSB) der Russischen Föderation gefunden.

Der Plan

Im November 1943 übernahm es Hauptmann Axel Freiherr von dem Bussche, Bataillons-Kommandeur im Infanterie-Regiment 9 in der 23. Infanterie-Division an der Ostfront, Hitler durch ein Selbstmordattentat zu töten. Am 5. Oktober 1942 war Bussche in Borissow Zeuge einer Massenerschießung von Juden geworden, seitdem war er zu dem Anschlag auf Hitler bereit. Hauptmann Richard Freiherr von Weizsäcker, Adjutant (IIa) des Regiments, trug am 15. November einen Blankourlaub in Bussches Soldbuch ein, damit Bussche sich in Ostpreußen für eine Uniformvorführung bei Hitler zur Verfügung halten konnte. Als Bussche dazu nach Ostpreußen fuhr, gab ihm Stauffenberg einen Umschlag für Stieff mit. Er enthielt, wie Bussche im Zug feststellte, Entwürfe für die Befehle zum Staatsstreich. Der erste Rundfunk-Aufruf begann mit den Worten: „Der Führer Adolf Hitler ist tot. Eine verräterische Clique von SS- und Parteiführern hat es unter Ausnützung des Ernstes der Lage unternommen, der schwerringenden Ostfront in den Rücken zu fallen und die Macht zu eigennützigen Zwecken an sich zu reißen.“ Bussche war entsetzt darüber, daß man ihm etwas so Gefährliches mitgab, ohne ihn davon zu unterrichten; noch beunruhigter war er darüber, daß man einen angeblichen SS- und Parteiputsch zum Vorwand für die Übernahme der Vollziehenden Gewalt durch das Heer nehmen wollte. Bussche, der als Attentäter sein Leben zu opfern bereit war, sah, daß seine Hintermänner ihrer Sache nicht sicher waren⁷⁰.

Bussche brachte Stieff die Dokumente, dieser übergab sie und den inzwischen für ein Attentat bereitgehaltenen Sprengstoff an Major i. G. Joachim Kuhn, Referent in der Gruppe II der Organisationsabteilung; der Gruppenleiter, Oberstleutnant i. G. Bernhard Klamroth, gehörte ebenfalls zu den Verschwörern, wie auch ein weiterer Referent, Oberleutnant d. R. Albrecht von Hagen. Kuhn war mit

⁶⁹ Eta von Tresckow zu Gerhard Ritter vor 1954, in: Ritter, Goerdeler, S. 541, Anm. 48; Eta von Tresckow an den Verfasser, 26. 7. 1971; [Carlludwig Graf von Berg], Henning von Tresckow, Masch., März 1970, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München (künftig: IfZ-Archiv), ZS A 31, Bd. 1.

⁷⁰ Vgl. Hoffmann, Stauffenberg, S. 337 ff.; Zentralarchiv des Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation (Federalnaja Služba Bezopasnosti Rossijskoj Federacii, Moskau, FSB), früher KGB, ohne Signatur; Bussche, mündliche Mitteilungen an den Verfasser, 29. 8. 1980. Ein Zettel ohne Zusammenhang mit dem sonstigen Inhalt des FSB-Konvoluts trägt das Datum 7. 11. 1944.

Stauffenberg befreundet und als Gehilfe Stieffs⁷¹ in die Verschwörung eingeweiht. Ende November vergruben Kuhn und Hagen Sprengstoff und Dokumente im OKH-Lager „Mauerwald“ an einem hölzernen Wachturm. Eine Streife der Geheimen-Feldpolizei-Gruppe 631 bemerkte sie, Hunde verfolgten eine falsche Spur zum Generalquartiermeister General Wagner, der die Fahnder hinauswarf. Die Feldpolizei fand den Sprengstoff, aber nicht die Papiere⁷², die erst im Februar 1945 wieder ans Tageslicht gelangten.

Diese bestehen aus dem Plan für die Besetzung der in Ostpreußen gelegenen Hauptquartiere Hitlers, Himmlers, Görings und Ribbentrops und für die Inangsetzung des Umsturzes, sowie fünf Anlagen. Der Plan trägt die Überschrift „Kalender. Massnahmen“. Die Anlagen lassen sich aus den Angaben im „Kalender“ identifizieren. Eine dort genannte Anlage 6 fehlt in dem Konvolut.

⁷¹ Joachim Kuhn, *Eigenhändige Aussagen des Kriegsgefangenen Major der deutschen Wehrmacht Joachim Kuhn vom 2. September 1944*, 26 masch. Seiten (künftig: Kuhn, *Eigenhändige Aussagen*), in: Ebenda, Ministerium für Staatssicherheit (MGB)-Akte P-46988 Joachim Kuhn (Sledstvennoe delo 5141= Kuhn-Strafakte Nr. 5141), S. 4 u. S. 14; Vernehmung Kuhns am 23. 8. 1951, in: Ebenda, MGB-Akte P-46988 Joachim Kuhn. Kuhns „Eigenhändige Aussagen“ sind die maschinenschriftliche Redaktion seiner handschriftlichen Aufzeichnungen für Stalin und das Staatliche Verteidigungskomitee der UdSSR; hierzu wird ausführlicher berichtet in dem im Sommer 2007 bei C. H. Beck erscheinenden Buch des Verfassers über Joachim Kuhn. Ferner: Reichskriegsgericht 6. 2. 1945, Feldurteil in der Strafsache gegen den fr. Major i. G. Joachim Wilhelm Georg Kuhn (Feldurteil Kuhn), S. 3, in: BA-MA, „Prag-Film“ M 1010/A63; BA-Zentralnachweisstelle an den Verfasser, 19. 8. 1998. Zu Klamroth siehe auch Wibke Bruhns, *Meines Vaters Land. Geschichte einer deutschen Familie*, Berlin 2004.

⁷² Kuhn, *Eigenhändige Aussagen*, S. 16 f.; Christian Ludwig Herzog zu Mecklenburg, *Erzählungen aus meinem Leben*, Schwerin ³1998, S. 136; Bussche an den Verfasser, 1. 3. 1966, 18. 9. 1967, 27. 8. 1978 sowie 29. 8. 1980; Bussche, mündliche Mitteilungen an den Verfasser, 27. 11. u. 2. 12. 1990 sowie 16. 8. 1991; Bussche an den Verfasser, 1. 3. 1966 u. 18. 9. 1967 sowie mündliche Mitteilungen an den Verfasser, 27. 8. 1978, 29. 8. 1980, 27. 11. u. 2. 12. 1990, 16. 8. 1991; Karl Konrad Graf von der Groeben, mündliche Mitteilungen an den Verfasser, 29. 3. 1991; Soldbuch Bussches im Besitz der Familie; BA-Zentralnachweisstelle, Militärische Dienstlaufbahn Frhr. von dem Bussche-Streithorst (Axel) 26. 5. 1970; vgl. Hoffmann, *Stauffenberg*, S. 373 f. (siehe auch überarb. Neuausgabe, Stuttgart 2007); Axel [Freiherr] von dem Bussche, *Eid und Schuld*, *Göttinger Universitätszeitung* 2 (1947) Nr. 7, 7. 3. 1947, S. 1–4; Hagen, in: *Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg*, Band XXXIII, 14. November 1945–1. Oktober 1946, Nürnberg 1949, S. 331; Bussche an den Verfasser, 18. 9. 1967, berichtet, Kuhn habe ihm gesagt, er habe die beiden Sprengstoffpakete verscharrt; Hans von Herwarth, *Zwischen Hitler und Stalin. Erlebte Zeitgeschichte 1931 bis 1945*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1982, S. 301–304, schreibt auf Grund des Berichts (1943) von Kuhn, Kuhn und Hagen hätten für den Sprengstoff und die Papiere Löcher gegraben; Jacobsen (Hrsg.), *Spiegelbild*, S. 89 u. S. 128 ff.; Feldurteil Kuhn, S. 3 f., in: BA-MA, „Prag-Film“ M 1010/A63; Peter Hoffmann, *The History of the German Resistance 1933–1945*, Montreal ³1996, S. 326 f., S. 334 f. u. S. 516; [Urteil des Volksgerichtshofes, I. Senat], 15. 8. 1944, gegen Bernhard Klamroth, Hans-Georg Klamroth, Egbert Hayessen, Wolf Heinrich Graf Helldorf, Dr. Adam von Trott zu Solz, Hans Bernd von Haeften, *Masch.-Abschrift, AZ I L 292/44 OJ 3/44 gRs., AA/PA Inl. II*, in: National Archives II, College Park, Maryland, Mikrofilm T-120 Rolle 1038; Hans Herwarth von Bittenfeld, *Meine Verbindung mit Graf Stauffenberg*, *Stuttgarter Zeitung*, 18. 7. 1969, S. 7; ausführlicher in der Biographie des Verfassers über Joachim Kuhn, die 2007 unter dem Titel *Stauffenbergs Freund* erscheinen wird.

Die Abfassung der vorliegenden und hier abgedruckten Stücke ist auf die Zeit zwischen 7. September und 10. Oktober 1943 zu datieren: In dem Kalender ist der Einsatz der 18. Artillerie-Division vorgesehen, die durch Befehl vom 7. September aufgestellt wurde; am 10. Oktober reiste Tresckow zu seinem Regiment ab.

Die 18. Artillerie-Division entstand nach einer Weisung Hitlers. Nach der verlorenen Panzer-Schlacht von Kursk stellte Hitler seine Strategie im Osten auf Verteidigung und im Westen auf die Abwehr der alliierten Invasion um⁷³. So erging die Weisung: „Der Führer wünscht zur Bildung von artilleristischen Schwerpunkten die Aufstellung von Artillerie-Divisionen.“ Die Organisationsabteilung im Oberkommando des Heeres erließ unter dem 7. September 1943 einen entsprechenden Befehl. Die Heeresgruppe Mitte hatte die 18. Artillerie-Division aus dem Restbestand der 18. Panzer-Division aufzustellen und zum 20. September zu melden, „bis wann die 18. Artl.Div. einsatzbereit sein kann. Den Einsatz der Div. behält sich O K H vor.“⁷⁴ Die Aufstellung der Division war also weitgehend in den Händen der Verschwörer im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte und in der Organisationsabteilung. Der Divisions-Stab, das Panzer-Artillerie-Regiment 88, die Panzer-Nachrichten-Abteilung 88 und Teile der Versorgungstruppen wurden sofort in die 18. Artillerie-Division eingegliedert. Zur Auffüllung erforderliches Personal war beim Befehlshaber des Ersatzheeres anzufordern, soweit der Heeresgruppe nicht genügend Personal zur Verfügung stand. Dafür hatten also Olbricht und Stauffenberg zu sorgen. Die Organisationsabteilung, das Allgemeine Heeresamt und der Generalquartiermeister hatten die Division auch mit Artillerie und Fahrzeugen zu versehen. Dazu konnte nur die der Division zuzuführende Artillerie in den „Auffrischungsbereich“ verlegt werden, die 18. Panzer-Division war noch nicht aus der Front gezogen. Am 20. September waren die im Verband des XXVII. Armee-Korps an der Front eingesetzten Teile der 18. Panzer-Division noch immer nicht herausgelöst und in die 18. Artillerie-Division überführt, die 18. Panzer-Division bat das Oberkommando der Heeresgruppe Mitte um entsprechende Weisung. Der Vorgang zog sich bis in den Oktober hin⁷⁵.

Generalmajor Carl Philipp Thoholte, bisher Höherer Artillerie-Führer 303, war mit Wirkung vom 7. September zum Kommandeur der 18. Artillerie-Division ernannt und blieb es bis zum 20. Juli 1944⁷⁶. Er hatte seit 1923 im 5. Artillerie-

⁷³ Vgl. Hitlers Weisung Nr. 51, in: Walther Hubatsch (Hrsg.), Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939–1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, Frankfurt a. M. 1962, S. 233–241; Andreas Hillgruber, Der Zweite Weltkrieg 1939–1945. Kriegsziele und Strategie der großen Mächte, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz² 1983, S. 128.

⁷⁴ Akten der 18. Art.-Div., in: BA-MA, RH 27-18/150; „Der Führer hat laut Mitteilung des GenStdH die sofortige Aufstellung der 18. Art.=Div. im Osten befohlen“, in: Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), Band III, Frankfurt a. M. 1963, S. 1083 u. S. 1042; Georg Tessin, Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen SS im Zweiten Weltkrieg 1939–1945, Band 4: Die Landstreitkräfte 15–30, Frankfurt a. M. o. J., S. 97; Wolfgang Paul, Geschichte der 18. Panzer-Division 1940–1943. Mit Geschichte der 18. Artillerie-Division 1943–1944, Reutlingen 1989, S. 288 f.

⁷⁵ Akten der 18. Art.-Div., in: BA-MA, RH 27-18/150.

⁷⁶ BA-MA, Pers. 6/363.

Regiment gedient und war 1930 als Hauptmann in dessen Regimentsstab versetzt worden, als Oberst Ludwig Beck Kommandeur des Regiments war. Thoholtes „Herkunft“ war somit bekannt. Er besuchte Beck, wenn er in Berlin war; gelegentlich äußerte er auch über Hitler: „der muß weg“. Kurz vor dem 20. Juli besuchte er Beck, nach dem Attentat rechnete er mit seiner Verhaftung⁷⁷. Der I. Generalstabsoffizier der Division war Oberstleutnant i. G. Günther von Kluge, ein Sohn des Feldmarschalls⁷⁸. Die 18. Artillerie-Division war also wie die „Walküre“-Einheiten für den Umsturz instrumentalisiert.

Der „Kalender“ in den Plänen Tresckows beginnt mit der „Orientierung Berlin“ zum Zeitpunkt „x – 24 [Stunden]“. Diese Orientierung war die Aufgabe Major i. G. Kuhns, wie er im August 1944 in Moskau niederschrieb: „Meine Aufgabe war, die Nachricht vom Erfolg des Attentats nach Berlin zu übermitteln und nach Eintreffen des Feldmarschall v. Witzleben sich [sic] diesem zur Verfügung zu stellen.“

Ferner berichtete Kuhn, „im Oktober oder November 1943“ habe er im Auftrag Stauffenbergs den nach dem Wehrkreis III (Berlin) „nächstwichtigen Wehrkreis I (Ostpreußen – Hauptquartiere)“ zu bearbeiten gehabt⁷⁹. In diesem Zusammenhang hatte er vor dem 12. Oktober in Minsk ein zweistündiges Gespräch mit Generalfeldmarschall von Kluge und Major i. G. von Oertzen⁸⁰. Kuhn sollte mit Kluge die „Zuführung von Kräften nach Ostpreußen für den Umsturzfall vereinbaren“, was Kluge angesichts der Frontlage ausschloß. Kluge hielt auch die Zeit kurz nach dem Sturz Mussolinis für „nicht günstig“. Im Gegensatz zu einer Rebellion der Heerführer könne allein die Beseitigung Hitlers „noch zur Zeit den ganzen Verlauf der Dinge vollständig ändern“. Kluge erklärte sich bereit, falls Hitler im Hauptquartier seiner Heeresgruppe erscheine, ihn bei der Ankunft auf dem Flugplatz festnehmen zu lassen, dazu stehe ihm ein Kavallerie-Regiment unter Oberst Georg von Boeselager zur Verfügung, dessen Offiziere fast alle eingeweiht seien⁸¹.

Zur selben Zeit wie die „Orientierung Berlin“ sollte der Chef des Transportwesens der Wehrmacht General Gercke „SS-Transporte durch das Reich“ feststellen und die „entsprechende Regelung mit Berlin“ veranlassen⁸². Gercke war noch in Becks Amtszeit Chef der 5. Abteilung des Generalstabes des Heeres gewesen und ein scharfer Kritiker Hitlers, auch auf ihn konnten die Verschwörer zählen⁸³.

⁷⁷ Carl-Robert Thoholte (Sohn), mündliche Mitteilungen an den Verfasser, 29. 9. 2006.

⁷⁸ Kuhn, *Eigenhändige Aussagen*, S. 18; Zweng, *Dienstlaufbahnen*, S. 363.

⁷⁹ Kuhn, *Eigenhändige Aussagen*, S. 14.

⁸⁰ Ebenda, S. 17 f.; Schlabrendorff, *Offiziere (1946)*, S. 124 f., mit verwirrender Chronologie; Keilig, *Das deutsche Heer*, Abschnitt 211, S. 51; am 12. 10. 1943 hatte Kluge einen schweren Autounfall.

⁸¹ Kuhn, *Eigenhändige Aussagen*, S. 17 f. Vgl. Hans Joachim Witte/Peter Offermann, *Die Boeselagerschen Reiter. Das Kavallerie-Regiment Mitte und die aus ihm hervorgegangene 3. Kavallerie-Brigade/Division. 1943–1945*, München 1998.

⁸² Siehe S. 337.

⁸³ BA-MA, Pers 6 Nr. 155.

Laut „Kalender“ sollte vierundzwanzig Stunden vor „x“ der Ausbildungsoffizier (Id) des Oberkommandos der Heeresgruppe Mitte „zu einer Id-Besprechung“ bestellt werden. Das war Major i. G. von Oertzen. Die „Id-Besprechung“ zur „Einleitung einer Übung“ – des Staatsstreichs – bedeutete, daß Tresckow Oertzen die erforderliche Tatkraft zutraute, bis Tresckow selbst die Leitung übernehmen konnte⁸⁴.

Ferner war laut „Kalender“ vierundzwanzig Stunden vor dem Anschlag auf Hitler der „Führungsstab zbV“ zu benachrichtigen und seine Erreichbarkeit festzustellen. Damit mußte Tresckow gemeint sein. Die Nennung eines Namens in einem militärischen Einsatz-Kalender wäre ungewöhnlich gewesen (der Kommandant der „Wolfschanze“, Oberstleutnant Gustav Streve, ist der einzige mit der Ausführung der Maßnahmen Befahnte, der im „Kalender“ mit Namen genannt ist), weil zwar Einheiten und Verbände eingeplant werden konnten, aber nicht einzelne Personen, deren Dienststellung bis zum geplanten Einsatz gewechselt haben und die durch Tod oder Krankheit ausgefallen sein konnten. Wer die anderen Positionen besetzen sollte, wie die des im „Kalender“ genannten „Ia für Führungsstab z. b. V.“, geht aus dem „Kalender“ und aus Kuhns Aufzeichnungen nicht hervor. Kuhn sollte nach eigener Bekundung der erste Gehilfe Stieffs sein.

Nach allen Erfahrungen, die Tresckow im Lauf des Jahres 1943 und besonders seit Ende Juli mit den Möglichkeiten und der Tatkraft der Verschworenen in Berlin, Smolensk, Paris und Ostpreußen („Mauerwald“) gemacht hatte, kam nur er selbst für die eigentliche Führung der Maßnahmen in Ostpreußen und Berlin in Frage. Der „Kalender“ impliziert, daß Tresckow sich zur Führung des Umsturzes nach Ostpreußen begeben würde.

Das Einleiten einer Übung zwölf Stunden vor „x“ diente der Vormobilisierung der im Wehrkreis I (Königsberg) stationierten Truppen. Zur selben Zeit war die „Übersiedlung OB.“, also des Generalfeldmarschalls von Witzleben zu veranlassen. Er sollte durch einen zu bestimmenden Ordonnanzoffizier nach „Mauerwald“, ins Hauptquartier des OKH, gebracht werden. Kuhn hatte auch dies vorbereitet und sollte sich Witzleben zur Verfügung stellen. Allerdings suchte Kuhn Witzleben erst im Dezember in der Nähe von Cottbus auf, um „die Einzelheiten seines Eintreffens im Hauptquartier“ zu verabreden⁸⁵. Die militärische Besetzung der Hauptquartiere lag in der Hand von General Fritz Lindemann, General der Artillerie bei Fromm⁸⁶. Vier Stunden vor dem Attentat sollten die Abschaltvorbereitungen für die Isolierung der Hauptquartiere von den Nachrichtenverbindungen beginnen, um das Nachrichtennetz je nach „Befehl von Berlin“ abzuschalten

⁸⁴ Später ließ man den Plan zur Besetzung der Hauptquartiere in Ostpreußen fallen. Im Juli 1944 reiste Oertzen, als das Attentat bevorstand, nicht dorthin, sondern nach Berlin. Peter Sauerbruch, mündliche Mitteilungen an Dr. Thomas Reuther, Militärgeschichtliches Forschungsamt, (künftig: MGFA), 3. 8. 2005; Sauerbruch, mündliche Mitteilungen an den Verfasser, 30. 8. u. 19. 9. 2005; Jacobsen (Hrsg.), Spiegelbild, S. 404.

⁸⁵ Kuhn, Eigenhändige Aussagen, S. 14 ff.

⁸⁶ Ebenda, S. 15.

oder nicht. Diese Aufgabe und den Betrieb der Rundfunksender hatten Fellgiebel für Ostpreußen, Stauffenberg für Berlin übernommen⁸⁷.

Zehn Minuten nach dem Attentat hatte ein Stichwort beim „Führungsstab zbV“ einzugehen, dann war, je nach Lage, ein Stichwort nach Berlin durchzugeben. Fünfundzwanzig Minuten nach dem Attentat sollte der Kommandant des OKH-Hauptquartiers „Mauerwald“ der Umsturzführung unterstellt werden; er hatte dann die Anlage zu sichern. Der Kommandant der „Wolfschanze“, Oberstleutnant Streve, hatte sich der Umsturzführung zu unterstellen. Man rechnete mit seiner Weigerung und würde dann „Zeit gewinnen, bis O. B. eingetroffen“. Ebenfalls fünfundzwanzig Minuten nach dem Anschlag sollte die 18. Artillerie-Division, die zur Zeit der Abfassung des „Kalenders“ in Wilna lag, den Befehl zur Marschbereitschaft erhalten; außerdem war ein verstärktes Bataillon sofort über Kowno nach Gumbinnen in Marsch zu setzen, die Masse der Division habe „baldmöglichst“ abzurücken. Rundfunksendungen mit dem ersten Aufruf und dem Tagesbefehl (Anlagen 4 und 5) waren vom Sender Heilsberg aus dreißig Minuten nach dem Attentat einzuleiten. Der Chef des Feldtransportwesens durfte Transporte nur mit Genehmigung der Umsturzführung erlauben. Eine Stunde nach dem Attentat war das Veranlaßte nach Berlin zu melden und der Tagesbefehl (Anlage 5) durch Fernschreiben den Heeresgruppen, selbständigen Armeekorps, den Militärbefehlshabern in den besetzten Gebieten sowie den Wehrmachtbefehlshabern im Reich bekannt zu geben.

Eine Merkwürdigkeit ist die vorgesehene differenzierte Behandlung der Hauptquartiere Hitlers, Görings, Himmlers und Ribbentrops. Die „Wolfschanze“ war ohne Einschränkung zu „sichern“. Der Schutz des OKH-Quartiers, der die Befehlszentrale („Gefechtsstand“) der Umsturzführung werden sollte, war in einem Anhang-Befehl (Anlage 2) verbunden mit der weiträumigen Umzingelung der Feldkommandostelle Himmlers „Hochwald“ bei Großgarten. Hierzu war ein Bataillon des Jäger-Ersatz-Regiments 1 aus Arys nach Großgarten zu beordern⁸⁸. SS-Kräfte waren zu entwaffnen, aktiver Widerstand war zu brechen, die SS-Kräfte festzusetzen und, falls sie keinen Widerstand leisteten, „bei unbedingter Sicherstellung der eigenen Sicherheit“ kameradschaftlich zu behandeln. Für Görings Hauptquartier „Robinson“ bei Rominten bzw. Goldap war lediglich die Entsendung eines „Offz. Spähtrupp“ vorgesehen, der seine Beobachtungen ständig melden mußte. Anscheinend wollte man Göring, den designierten Nachfolger Hitlers, nicht einfach „ausschalten“, hoffte vielleicht auf sein Einschwenken auf die Seite des Umsturzes. Ribbentrops Quartier im Schloß Steinort sollte durch ein „Jagdkommando“ gesichert werden. Sechs Stunden nach dem Attentat war ein Ordonnanzoffizier mit einem weiteren Einsatzauftrag für die Vorausabteilung der 18. Artillerie-Division nach Gumbinnen zu entsenden.

Die Forschung kannte bisher lediglich einen aus dem Jahr 1944 stammenden „Zeitplan“ für die Ausgabe der „Walküre“-Befehle für den Wehrkreis III (Berlin)

⁸⁷ Ebenda, S. 13 ff.

⁸⁸ Vgl. Georg Tessin, Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen SS im Zweiten Weltkrieg 1939–1945, Band 2: Die Landstreitkräfte 1–5, Frankfurt a. M. o. J., S. 26.

mit entsprechenden Anlagen, sowie die für „innere Unruhen“ vorbereiteten „Walküre“-Pläne zur Mobilisierung von Truppen im Reichsgebiet⁸⁹. Sie richteten sich an die Heereschulen (Panzertruppen-Schule in Krampnitz-Groß-Glienicke, Infanterie-Schule in Döberitz, Fahnenjunker-Schule in Potsdam, Unteroffizierschule in Potsdam), an den Chef des Generalstabes im Wehrkreiskommando III, Generalmajor Otto Herfurth (Nachfolger Rosts), und den Wehrmachtstandort-Kommandanten von Berlin, Generalleutnant Paul von Hase. Diese Pläne sahen vor: Übernahme der Vollziehenden Gewalt durch das Heer; Beorderung des Wachbataillons Berlin zum Wehrmachtstandort-Kommandanten (Unter den Linden 1) und des Kommandanten selbst mit seinem 1. Generalstabsoffizier zum Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres (Fromm) in der Bendlerstraße 11–13; ferner „Walküre“-Alarm für alle Einheiten im Standort Berlin; Absperrung des Regierungsviertels; Besetzung der obersten Reichsbehörden, der Nachrichten- und Rundfunkanlagen und Pressegebäude; Zusammenarbeit der Polizei mit dem Heer; Festnahme der wichtigsten Persönlichkeiten der obersten Reichsbehörden; Eingliederung der Waffen-SS in das Heer; Einsatz von Einheiten der Panzertruppen-Schule. Die Vorbereitungen für Berlin waren durchdacht und gründlich, Schwächen, die in manchen Persönlichkeiten lagen, waren nicht zu vermeiden, abgesehen vielleicht von der Person des Kommandanten des Berliner Wachbataillons, Major Ernst Remer⁹⁰.

Zur Inbesitznahme der Hauptquartiere Hitlers, Görings, Himmlers und Ribbentrops in Ostpreußen aber gab es im Juli 1944 anscheinend keinen aktualisierten Plan, weshalb man in starkem Maße auf Improvisationen angewiesen war. Zwar war im Wehrkreis I der 1. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Hans Otto Erdmann eingeweiht. Major Roland Richard von Hößlin, 1942 vor El Alamein schwer verwundet, Ritterkreuzträger, Kommandeur der Panzer-Aufklärungs- und Ausbildungs-Abteilung in Insterburg bzw. Meiningen, war bereit, mit seiner Abteilung einzugreifen⁹¹. Die Vorgänge des 20. Juli 1944 in Ostpreußen bieten aber sonst keine Anhaltspunkte für das Vorhandensein eines neuen Plans zur Besetzung der dortigen Hauptquartiere⁹². Das Exemplar, das Kuhn in „Mauerwald“ in Empfang genommen hatte und das beim Umsturz benützt werden sollte, lag seit Ende November im OKH-Hauptquartier vergraben und war ohnehin überholt. Major i. G. von Oertzen reiste in den Tagen vor dem Juli-Attentat nicht nach Ostpreußen, sondern nach Berlin, Generalfeldmarschall von Witzleben kam ebenfalls nach Berlin⁹³. Weder Generalmajor von Tresckow noch Major i. G. Kuhn konnten im Juli 1944 ihre Posten verlassen: die Heeresgruppe Mitte brach unter den Angriffen der Roten Armee zusammen, die 2. Armee und die ihr unterstellte 28. Jäger-Division,

⁸⁹ Berichte des Chefs der Sicherheitspolizei zum 20. 7. 44, in: BA Berlin-Lichterfelde, NS 6/4; vgl. auch Jacobsen (Hrsg.), Spiegelbild, S. 37–41.

⁹⁰ Vgl. Hoffmann, Widerstand, S. 480 f. u. S. 593–603.

⁹¹ Vgl. ebenda, S. 381, S. 440 u. S. 542.

⁹² Vgl. ebenda, S. 542 ff.

⁹³ Peter Sauerbruch, mündliche Mitteilungen an Dr. Thomas Reuther (MGFA), 3. 8. 2005; Sauerbruch, mündliche Mitteilungen an den Verfasser, 30. 8. u. 19. 9. 2005; Jacobsen (Hrsg.), Spiegelbild, S. 404; Hoffmann, Widerstand, S. 514, S. 611 u. S. 615 f.

in der Kuhn 1. Generalstabsoffizier war, lagen in schweren Rückzugskämpfen bei Brest und Bialystok⁹⁴. Allerdings befanden sich die Hauptquartiere Hitlers, Görings und Himmlers vom 22. Februar bis 14. Juli 1944 nicht in Ostpreußen, sondern bei Berchtesgaden. Ein Plan zur Besetzung des „Berghofs“ und der umliegenden Quartiere ist aber auch nicht bekannt. Ab 14. Juli bis 20. November 1944 war Hitler wieder in der „Wolfschanze“⁹⁵. Allein schon die Zeit war zu kurz, um zwischen dem 14. Juli und den Attentatgelegenheiten des 15. und 20. Juli noch einen Plan auszuarbeiten oder den gegebenen Verhältnissen anzupassen.

Major i. G. Kuhn schrieb in seiner Aufzeichnung von Ende August 1944, die Vorbereitungen seien zum 22. Dezember 1943 abgeschlossen gewesen, nur die Gelegenheit zum Attentat bei einer Uniformvorführung habe gefehlt⁹⁶. Nach der Übersiedlung Hitlers zum „Berghof“ am 22. Februar 1944 war die Bedeutung des Wehrkreises I, wie Kuhn sich ausdrückte, überholt. Man ließ diesen Wehrkreis mit seinen wichtigen Anlagen zwar nicht aus den Augen. Major von Hößlin war nun für die „Durchführung des Ausnahmezustandes in Königsberg“ und den „Schutz“ des Hauptquartiers des Oberkommandos des Heeres verantwortlich⁹⁷. Die Durchführung hätte aber mehr Improvisation erfordert, als die Pläne vom Herbst 1943 vorsahen. Der Schluß liegt nahe, daß die Vorbereitungen nie wieder so gründlich waren wie die im Herbst 1943 von Tresckow und Stauffenberg erarbeiteten. Die Improvisationen und Konfusionen des 15. und 20. Juli 1944 weisen auch darauf hin⁹⁸.

Tresckow übernahm Anfang Oktober 1943, vor dem Antritt seiner neuen Stelle als Chef des Generalstabes im Oberkommando der 2. Armee, für kurze Zeit die Führung des Infanterie-Regiments 442 der 168. Infanterie-Division in der 8. Armee⁹⁹. Am 10. Oktober reiste er von Berlin ab, flog nach „Mauerwald“ und von da zusammen mit Stieff nach Kirowograd zum Oberkommando der 8. Armee¹⁰⁰. Stieff kam zu Besprechungen über Umgliederungen, Tresckow kam, um sich zu melden. Der Oberbefehlshaber der 8. Armee (in der Heeresgruppe Süd/Manstein), General Otto Wöhler, hatte von April 1942 bis März 1943 als Chef des Generalstabes im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte vertrauensvoll mit Tresckow zusammengearbeitet¹⁰¹. Wöhlers Chef des Generalstabes war Generalmajor Dr. Hans Speidel. Stieff und Tresckow unterrichteten Wöhler und Speidel „über die Kerne der Widerstandsbewegung gegen Hitler und über miß-

⁹⁴ Anlagenband zum Ktb. A. O.K. 2/Ia 19. 7.44 u. 20. 7.44, Ferngespräche am 19. u. 20. 7. 1944, in: BA-MA, RH 20/2/935-936.

⁹⁵ Vgl. Hoffmann, *Hitler's Personal Security*, S. XXX–XXXII.

⁹⁶ Kuhn, *Eigenhändige Aussagen*, S. 14.

⁹⁷ Jacobsen (Hrsg.), *Spiegelbild*, S. 372; Hartmut von Hößlin, *Zwei Brüder im Sturm ihrer Jahre*, Privatdruck, Augsburg 1991, S. 4 f. u. S. 12–16, zu weiteren Anstalten, die Lage in Ostpreußen nach dem Attentat unter Kontrolle zu bekommen.

⁹⁸ Vgl. Hoffmann, *Stauffenberg*, S. 400–443.

⁹⁹ Tresckow an Eta von Tresckow, 14. 10., 21. u. 27. 11. 1943; Otto Wöhler an Bodo Scheurig, 20. 12. 1970, in: IfZ-Archiv, ZS 31/1.

¹⁰⁰ Tresckow an Eta von Tresckow, 13. 10. 1943; Eta von Tresckow an den Verfasser, 26. 7. 1971.

¹⁰¹ Keilig, *Das deutsche Heer*, Abschnitt 211, S. 369; Tresckow an Eta von Tresckow, 21. 11. 1943.

glückte Attentatsversuche“. Tresckow bat um ein Flugzeug „im Notfall“, Wöhler verstand und sagte es sofort zu¹⁰².

Tresckow erreichte sein Regiment am 14. Oktober. Am 20. November machte er sich auf den Weg zu seiner neuen Stelle als Chef des Generalstabes der 2. Armee. Er reiste zunächst wieder zum Oberkommando der 8. Armee, zur „Weiterleitung zu neuer Verwendung“ und von da zu Mansteins Hauptquartier der Heeresgruppe Süd in Sossewka, zehn Kilometer nördlich von Winniza¹⁰³. Nach einem langen nächtlichen Gespräch mit Manstein flog er nach Lötzen. Am 1. Dezember traf er im Hauptquartier des Oberkommandos der 2. Armee in Petrikow in der Pripjet-Gegend ein¹⁰⁴.

Als Tresckow sich am 10. Oktober von seiner Frau verabschiedete, um sein Regiment an der Front zu übernehmen, sagte er, er sei froh, „daß nun jemand da war, der in der Heimat seine Dinge in die Hand nahm, sie weitertrieb und – nicht wie zuvor einfach in tausend Kanälen versickern ließ“¹⁰⁵. Er sprach von Stauffenberg, dessen Bedeutung in der Umsturzbewegung in den folgenden Monaten erheblich zunahm, zumal durch seine Ernennung zum Chef des Generalstabes bei Generaloberst Fromm zum 20. Juni 1944¹⁰⁶. Aber Tresckow blieb der führende Kopf der militärischen Umsturzgruppe. In den Tagen nach den alliierten Landungen in der Normandie im Juni 1944 fragte Stauffenberg Tresckow, ob der Umsturz nun noch weiter zu verfolgen sei. Tresckow gab die berühmte Antwort, das Attentat müsse erfolgen – um jeden Preis und ohne Rücksicht auf den praktischen Zweck, selbst nur als Demonstration des Willens, Hitler und sein Regime zu beseitigen¹⁰⁷.

¹⁰² Hans Speidel, *Aus unserer Zeit. Erinnerungen*, Berlin/Frankfurt a. M./Wien 1977, S. 151; Wöhler an Scheurig, 20. 12. 1970, in: *IfZ-Archiv*, ZS 31/1; vgl. Scheurig, *Tresckow*, S. 172 u. S. 175 (Tresckow habe Speidel um das Flugzeug gebeten, was weder Speidel noch Wöhler berichten); Hoffmann, *Stauffenberg*, S. 314.

¹⁰³ Tresckow an Eta von Tresckow, 27. 11. 1943; Mansteins HQ: Auskunft von Oberst Karl-Heinz Frieser, MGFA, an den Verfasser, 15. 9. 2006.

¹⁰⁴ Vgl. Scheurig, *Tresckow*, S. 175; Tresckow an Eta von Tresckow, 2. 12. 1943.

¹⁰⁵ Eta von Tresckow, mündliche Mitteilungen an Scheurig, 1. 5. 1969, Niederschrift in: *Gedenkstätte Deutscher Widerstand*, Berlin.

¹⁰⁶ Handliste der Generalstabsoffiziere, OKH/HPA Amtsgr. P3, in: *National Archives II*, College Park, Maryland, Mikrofilm T-78 Rolle R57.

¹⁰⁷ Vgl. Schlabrendorff, *Offiziere (1946)*, S. 128 f.; Philipp Freiherr von Boeselager, mündliche Mitteilungen an den Verfasser, 19. 11. 1964, 21. 9. 1983 u. 25. 6. 1984.

Dokument

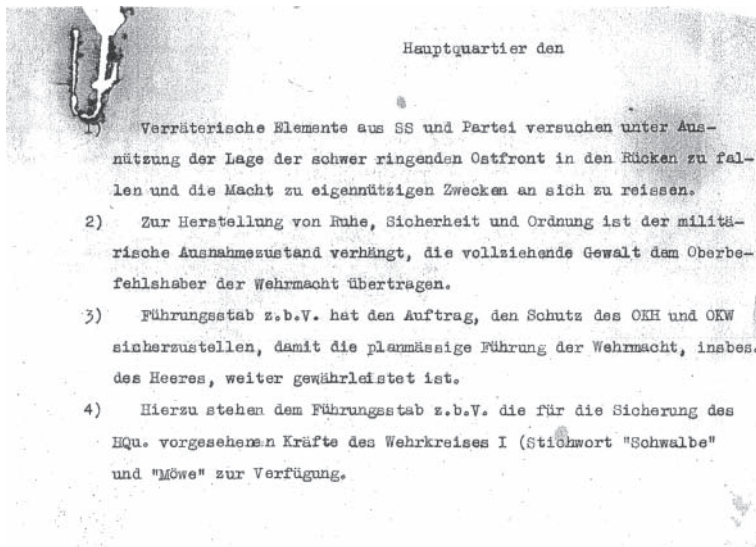
Zeit	Maßnahmen	durch wen zu veranlassen.
X - 24	a) Orientierung Berlin, Stichwortfestlegung. b) Feststellung der SS-Transporte durch das Reich mit Chef Transportw. und entsprechende Regelung mit Berlin. c) Id Mitte zu einer Id-Besprechung bestellen. d) Führungsstab zBv benachrichtigen, seine Erreichbarkeit feststellen und laufendes Verbindunghalten festlegen.	
X - 12	a) Einleiten einer Übung. b) Nachrichtenverbindung zu den Gefechtsständen! c) offene Punkte in Kalender und Befehlen ausfüllen. d) Übersiedlung OB. veranlassen. (Ord.Offz. für OB. bestimmen, evtl. hinschicken.)	Nachr.
X - 10	a) Stichwortausgabe für 1) an Nachrichtenaufz. und Beauftragten. b) Ord.Offz.-Einteilung: OB. VO. zu Kdt. 2 Offz. bei op. z.B.V. 4 Offz. beweglich c) Fzf.-Einteilung, Pkw. und Kradmelder d) Ord.Offz. für Nachrichteneinsatz bestimmen	Nachr.
X - 9	Orientierung des Ia für Führungsstab z.B.V. über Lage und Auftrag (Gen.Stabs.Offz.)	
X - 8	Überlegung über erforderliche Vertretungen	
X - 7	Feststellung wo und in welchem Unterstellungsverhältnis stehen SS-Divisionen und SS-Verbände	
X & 6	Vorbesprechung mit Führungsstab z.B.V.: z.B. Aufträge für Jagdkommandos für: O.B. Heilsberg Schwerte und Jägerhöhe (Fernschreib- stelle Ausw. Amt) Steinort und Wagenführer	
X - 5	Vorbereitung des Gefechtsstandes op. z.B.V. Personalbereitstellung (Ord.Offz. und Schreiber)	
X - 4	Abschaltvorbereitungen	Nachr.

Zeit	Massnahmen	durch wen zu veranlassen
X + 10 Min.	<p>a) Eintreffen der X-Meldung (Stichwort)</p> <p>b) sofortige Weitergabe nach Berlin mit Stichwort: es bedeutet:</p> <p>"sämtliche Ostbatl. werden verlegt"</p> <p>= voll +</p> <p>"Hälfte der Ostbatl. werden verlegt"</p> <p>= 1/2 +</p> <p>"Ostbatl. verbleiben, Zerfallerscheinungen zu erwarten"</p> <p>= offen -</p> <p>"Ostbatl. verbleiben, Umorganisation nicht erforderlich"</p> <p>= nicht offen -</p> <p>c) Einrichten von op. z.b.V.</p> <p>d) Inmarschsetzen O.B. nach Jagdkommando unter Führung GenStoffz) kommt nach</p>	
X + 15 Min.	<p>a) je nach Befehl von Berlin Abschalten des Nachrichtennetzes oder nicht.</p> <p>b) Benachrichtigung Führungsstab z.b.V. (Fernsprecher)</p>	
X + 20 Min.	<p>a) Unterrichtung Chef GenSt, durch</p> <p>1) 2) 3)</p> <p>b) Alarmbefehl an Fdt.HQu. an Fernsprecher..... Schriftl Auftrag Anl. 2</p>	
	Ferner:	
	<p>1) bei Übung: schriftl. Befehle (Anl. 1) durch Ord. Offz. an Führungsstab z.b.V. voraussichtlich zum Übungsgefechtsstand bringen lassen (Einweisen Gefechtsstand und Nachrichtenverbindungen).</p> <p>2) ohne vorhergehende Übung: Ablauf Alarmplan HQu einschl. der auf Stichwort "Schwalbe" und "Möwe" vorgesehenen Massnahmen. Jagdkommando Bartenstein (für Heileberg bestimmt) fernmdl. benachrichtigen, dass es dort bleibt und abgeholt wird durch (GenSt.Offz u. Nachr.Offz.)</p>	

Zeit	- 3 - Massnahmen	durch wen zu veranlassen
X + 25 Min.	<p>a) <u>Persönlicher</u> Anruf Chef GenSt. oder Vertreter bei Obstlt. Strowe (evtl. Kdr. Führerbegleitbatl.) <u>Wolfschanze</u>:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Unterstellung von Batl. und sonstigen Kräften Wolfschanze befehlen 2) Auftrag: Sichern von Wolfschanze 3) Was ist zur Verwendung ausserhalb Wolf- schanze sofort verfügbar? (Diese Teile stehen zur Verfügung Führungsstab z.b.V. Abruf durch diesen.) <p>Falls diese Forderungen abgelehnt werden, Zeit gewinnen, bis O.B. eingetroffen.</p> <p>b) Fernspruch an 18. Artl. Div. (Anl.5) Kraft- stoffbereitstellung (5 - 6 VS für Marsch) fern- mdl. mit 18. Artl. Div. klären.</p>	
X + 30 Min.	<p>a) An Führungsstab z.b.V. Lage Führerbegleit- batl. durchgeben (fernmndl.) Einsatz der verfüg- baren Teile</p> <p>b) Entsenden des GenSt.Offz. und Nachr.Offz. zum Sender Heilsberg. Mitgeben:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Rundfunksendung Nr. 1 (Ausnahmezu- stand, Anl. 4) 2) Tagesbefehl (Anl. 5) <p>Eingehend unterrichten über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Sofortige fernmündl. Meldung ob sende- bereit und Befehlsentgegennahme 2) Über Form der Sendung 	
X + 40 Min.	<p>Kräftenachschub aus dem Wehrkreis I über Ia Wehrkreiskommando I einleiten, insbes. Sturmgesch. Panzer und Artl.</p>	
X + 50 Min.	<p>a) Anweisung an Chef. Trsp.W., dass jegliche Trans- porte nur mit Genehmigung op. z.b.V. durchzuführen sind.</p>	

ch wen zu anlassen	Zeit noch	Massnahmen	dur ver
	X + 50 Min.	b) Anweisung an alle Abt. des Gen. St. : jeder Verkehr mit Dienststellen ausserhalb des Lagers, auch mit Lötzen und Angerburg, hat bis auf Weiteres zu unterbleiben.	
	X + 1 Std.	a) Meldung an Bln. b) Bekanntgabe des Tagesbefehls (Anl. 5) durch Fernschreiben an Heeresgruppen, selbst. AOK Mil. Befh. Wehrm. Befh.	
		c) Durchgabe des Befehls über Übernahme der SS-Verbände an die zuständigen Kdo.-Behörden des Heeres. (Anl. 6)	
	X + 2 Std.	a) Stehenden Offz. Spähtrupp nach Goldap (Robin- son) entsenden. diesen laufend fernmdl. melden las- sen. b) Eintreffen O.B. (Barsche Chef GenSt.) 1. Massnahmen: gegebenenfalls Unterstellung Führerbe- reitbatl. usw. Lageausgabe an sämtl. Abt. Gen.St.d.H. fernmdl. Verständigung mit Heeresgrup- pen. ferner: Massnahmen gemäss Anweisung Berlin.	
	X + 3 Std.	a) Feststellung mit Chef Trsp.W. betr. SS-Trans- porte b) Brennstoff- und Verpflegungsbereitstellung für alle eingesetzten Verbände mit Gen.Qu.	
	X + 4 Std.	Meldung nach Berlin	
	X + 6 Std.	a) Ord. Offz. mit Auftrag für Vorangabt. 18. Art. Div. nach Gumbinnen (Standortalt.) entsenden.	

Anlage 1 zum Dokument „Kalender“



Anlage 2 zum Dokument „Kalender“

HQu. den

An Kdt. HQu. Gen.St. d. H.

- 1) Kdt. HQu. Gen. St. d. H. setzt Lager Fritz und Quelle in Verteidigungszustand und verhindert das Eindringen jeglicher nicht zum HQu. Gen.St.d.H. gehöriger Kräfte mit Waffengewalt.
- 2) Jeglicher Verkehr von Fussgängern und Fahrzeugen vom und zum Lager ist zu unterbinden. Ein Verbindungs-Offz., der für den Durchlass besonders beauftragter Offz. sorgt, tritt zum Kdt.HQu. Gen.St.d.H. Standort: Kurierstelle, Fernsprecher.
- 3) Kdt. HQu. hält Verbindung zu op.Abt.

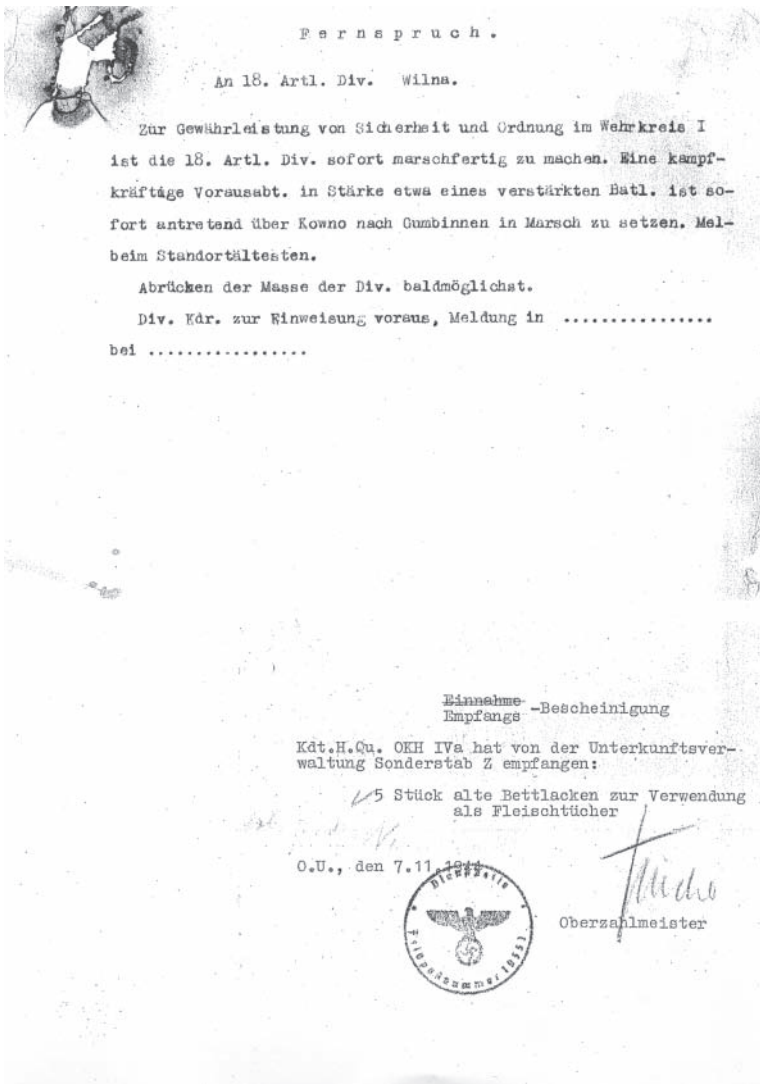
Hauptquartier den

- 1) Verräterische Elemente aus SS und Partei versuchen unter Ausnutzung der Lage, der schwer ringenden Ostfront in den Rücken zu fallen und die Macht zu eigennützigen Zwecken an sich zu reißen.
- 2) Zur Herstellung von Ruhe, Sicherheit und Ordnung ist der militärische Ausnahmezustand verhängt, die vollziehende Gewalt dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht übertragen.
- 3) Führungsstab z.b.V. hat den Auftrag, den Schutz des OKH und OKW sicherzustellen, damit die planmässige Führung der Wehrmacht, insbes. des Heeres, weiterhin gewährleistet ist .
- 4) Das Batl. des Jüg.Krs.Rgts 1 erreicht Grossgarten über Lötzen und sperrt jeglichen Verkehr zwischen der Brücke dicht nordwestl. Grossgarten-See und der Strasse Grossgarten - Haarschen. Aufklärung ist vorzutreiben gegen das Lager des Reichsführers SS (s. Kartenausschnitt). Wo stehen Sicherungen der SS ? Sind Bewegungen von SS-Kräften erkannt?

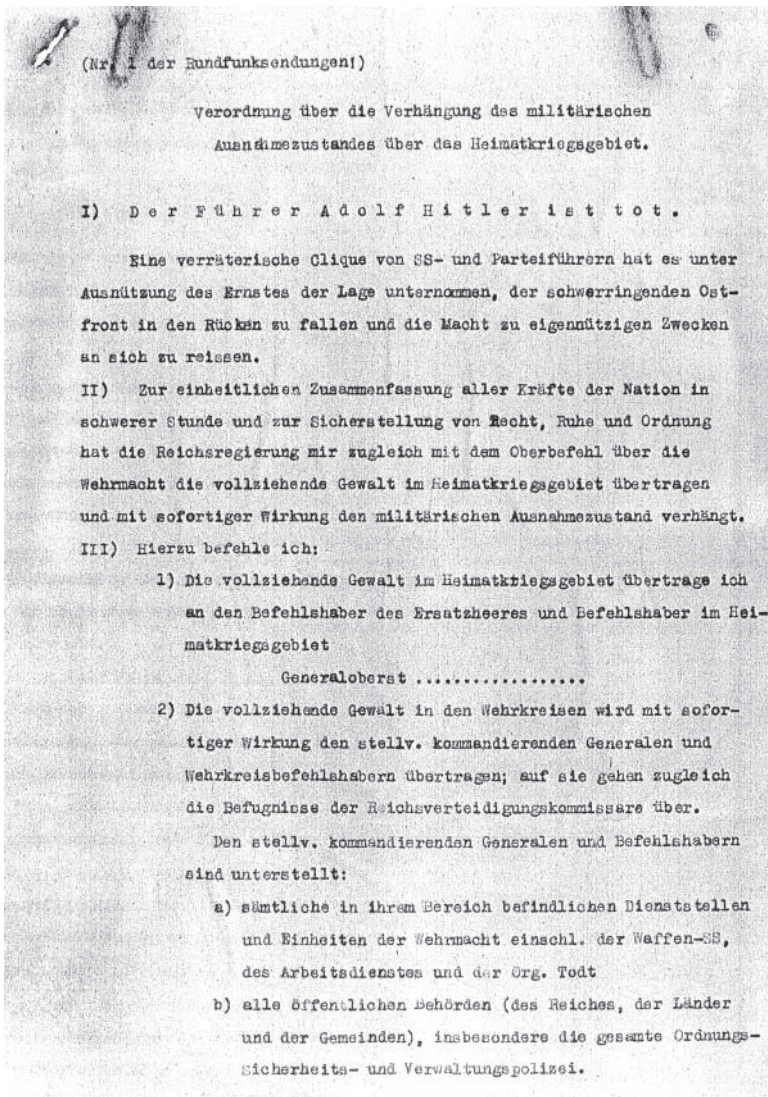
Grossgarten ist nach allen Seiten zu sichern . In Grossgarten angetroffene Teile der SS(Baracken) sind zu entwaffnen und bis zur weiteren Entscheidung festzusetzen. Falls kein Widerstand geleistet wird, sind die Kräfte kameradschaftlich bei unbedingter Sicherstellung der eigenen Sicherheit zu behandeln. Aktiver Widerstand ist zu brechen.

Führungsstab z.b.V. befindet sich ab in
Ord.Offz. mit voraussichtlicher Eintreffmeldung zum Gefechtsstand.

Anlage 3 zum Dokument „Kalender“



Anlage 4 zum Dokument „Kalender“



- 2 -

- c) alle Amtsträger und Gliederungen der NSDAP und der ihr angeschlossenen Verbände.
 - d) Die Verkehrs- und Versorgungsbetriebe.
- 3) Der Befehlshaber des Ersatzheeres und in ihrem Bereich die stellv. kommandierenden Generale treffen die erforderlichen An- und ordnungen Massnahmen zur Aufrechterhaltung und Wiederherstellung von Recht, Ordnung und öffentlicher Sicherheit und setzen sie - erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht - durch.

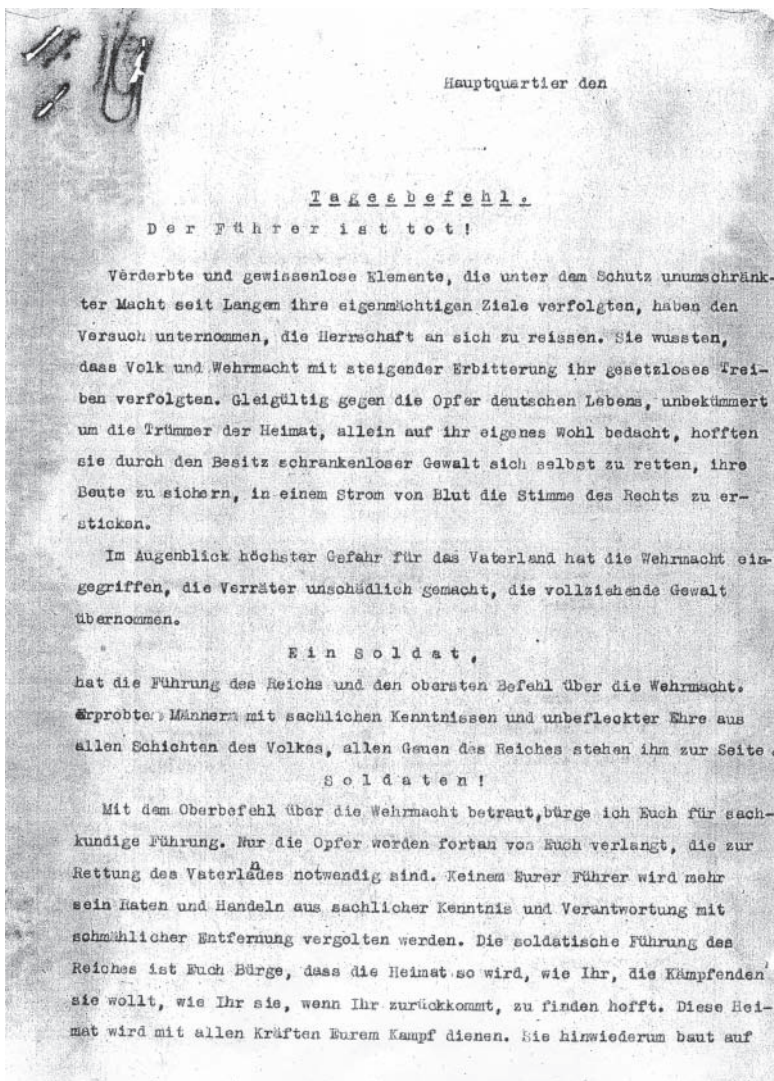
Während der Dauer des militärischen Ausnahmezustandes über das Heimatkriegsgebiet sind Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Eigentums, des Rechts der freien Meinungsäusserung und des Vereins- und Versammlungsrechts, des Brief-, Post-, Telegraf- und Fernsprechheimnisses und Anordnungen von Haussuchungen und Beschlagnahmen auch ausserhalb der sonst hierfür bestehenden gesetzlichen Grenzen zulässig.

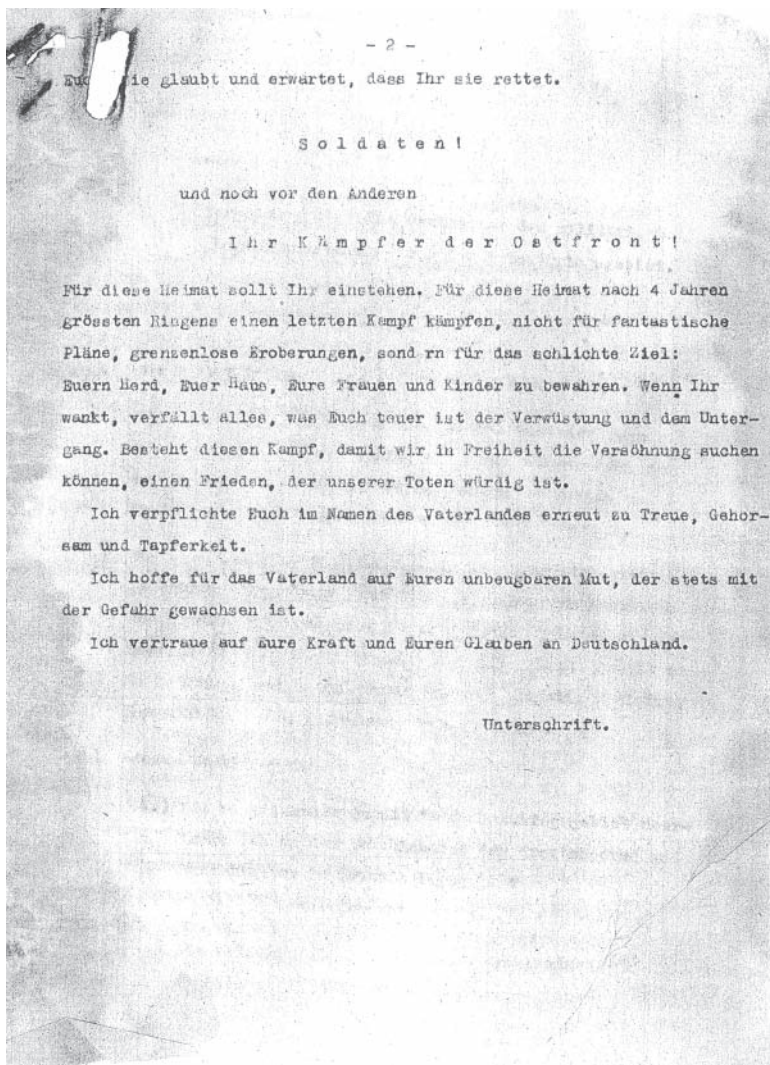
- 4) Wer gegen die zur Durchführung des militärischen Ausnahmezustandes erlassenen Verordnungen und Befehle verstösst oder zum Ungehorsam gegen sie auffordert, verfällt dem Standgericht.

Der Oberbefehlshaber der Wehrmacht

Generalfeldmarschall.

Anlage 5 zum Dokument „Kalender“





Schreib-Praxis

Ein anwendungsorientiertes Seminar des Instituts für Zeitgeschichte

1. Zielsetzung

Die Universitäten vermitteln zwar die Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens, während auf die sprachliche Präsentation der Forschungsergebnisse nicht zuletzt deshalb weniger Wert gelegt wird, weil diesbezügliche Schulungen sehr zeitaufwendig sind und deshalb von den Lehrstühlen nicht mehr geleistet werden können. Die Initiative des Instituts für Zeitgeschichte setzt bei diesen Defiziten an. Das Seminar soll die Sprach- und Darstellungskompetenz jüngerer Historikerinnen und Historiker stärken, ihr diesbezügliches Problembewusstsein wecken und ein Forum bieten für die praktische Einübung der entsprechenden darstellerischen Techniken. Ziel ist mit anderen Worten: Gutes wissenschaftliches Schreiben zu lehren.

Die Redakteure der Reihen des Instituts und insbesondere die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte haben laufend mit Manuskripten zu tun, die zwar wissenschaftlich hochwertig sind, aber im Hinblick auf die sprachliche Gestaltung oft sehr zu wünschen übrig lassen. Sie verfügen deshalb auf diesem Feld über langjährige Erfahrungen und große Kompetenz bei der Arbeit mit Texten, die sie an ihre künftigen Autoren weitergeben wollen.

2. Ablauf

Schwerpunkt des Seminars sind praktische Übungen, die sich insbesondere auf neuralgische Punkte wissenschaftlicher Abhandlungen beziehen: Einstieg in das Thema einer Studie, Vernetzung verschiedener Argumente, richtiger Gebrauch von Stilmitteln wie Bilder und Vergleiche, prägnante Zusammenfassung und Präsentation von Thesen und Ergebnissen. Darüber hinaus soll das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass verschiedene Textgattungen den Einsatz unterschiedlicher Darstellungsformen notwendig machen. Diese Differenzierung soll etwa durch die Erarbeitung von Rezensionen oder durch die Diskussion ausgewählter Aufsätze erlernt und eingeübt werden. Das Seminar dauert vier Tage und umfasst Lehrveranstaltungen im Plenum ebenso wie Einzel- oder Gruppenarbeit, wobei die von den Seminarteilnehmern verfassten Werkstücke unter der Anleitung eines erfahrenen Redakteurs intensiv diskutiert werden.

3. Anmeldung, Unkostenbeitrag, Ort und Zeitpunkt des Seminars

Das Seminar beginnt am 11. September 2007 und dauert bis zum 14. September. Interessenten wenden sich mit Angaben zur Person und zu ihrem bisherigen Studiengang (inhaltliche Schwerpunkte und besondere Interessen, Thema von Master- oder Zulassungsarbeit bzw. der Dissertation, Name des Betreuers) an das *Institut für Zeitgeschichte, Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46b, 80636 München*. Voraussetzung für die Teilnahme ist die Entrichtung einer

Seminargebühr in Höhe von 50 Euro und die Übernahme der Reisekosten. Alle übrigen Leistungen werden vom Institut für Zeitgeschichte erbracht. Um die richtige Arbeitsatmosphäre zu gewährleisten, soll das Seminar in großer Abgeschlossenheit stattfinden. Bestens dafür geeignet ist die Bildungsstätte des ehemaligen Zisterzienserklosters Aldersbach bei Passau, das die nötigen Räumlichkeiten für Unterricht und Unterbringung bietet und verkehrstechnisch mühelos zu erreichen ist.

Thomas Schlemmer und Hans Woller